

FAMILIENBERICHT MÜLHEIM AN DER RUHR 2007
Lebenslage und Zufriedenheit von Familien

FAMILIENBERICHT MÜLHEIM AN DER RUHR 2007
Lebenslage und Zufriedenheit von Familien
in Kooperation mit der Stadt Mülheim an der Ruhr

Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR)
der Ruhr-Universität Bochum, Team Familienberichterstattung

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Projektleitung)

Dipl. Soz.Wiss. Silvia Bader

Dipl. Soz.Wiss. Stefanie Klein

stud. Soz.Wiss. Benjamin Melzer

Dipl. Soz. Annett Schultz

Dipl. Soz.Wiss. Holger Wunderlich

Kontaktadresse

Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR)

der Ruhr-Universität Bochum,

Team Familienberichterstattung

Im Lottental 38

44 780 Bochum

Tel.: +49 (0) 234/ 32-28727

www.familienberichterstattung.de

Dezember 2007

Vorwort		7
1 Familien in der Stadt		11
1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger		11
1.2 Familienpolitik und Familienfreundlichkeit gibt es nicht „von der Stange“		12
1.3 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?		13
2 Konzept und Methode		17
2.1 System kommunaler Familienberichterstattung		17
2.2 Datenbasis des Familienberichtes		17
2.2.1 Daten der Kommunalstatistik		18
2.2.2 Schriftliche Familienbefragung		18
2.3 Grundlegende Definitionen		20
3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose		27
3.1 Weniger, älter und bunter?		
Die Mülheimer Bevölkerungsstruktur von 1975 bis 2006		28
3.2 Ein Blick in die Zukunft: Bevölkerungsprognose 2005 bis 2025		33
4 Kleinräumige Bevölkerungs- und Familienstrukturen in Mülheim		45
4.1 Soziodemografische und Sozioökonomische Basisdaten		47
4.1.1 Bevölkerungsstruktur der Stadt Mülheim		47
4.1.2 Familienhaushalte in Mülheim		57
4.1.3 Sozioökonomischer Status der statistischen Bezirke in Mülheim		63
4.2 Sozialer Status und Familienstatus der Mülheimer statistischen Bezirke		64
5 Die wirtschaftliche Lage von Familien in Mülheim		73
5.1 Die Einkommenssituation von Familien in Mülheim		74
5.1.1 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien		75
5.2 Reicht das Geld zum Leben? Ausgabenstrukturen der Familien		78
5.3 Armut und armutsnahe Lebenslagen		81
6 Lebenssituation von Kindern in Mülheim		85
6.1 Kinderarmut – auch in Mülheim ein Problem?		85
6.1.1 Sozialgeldquoten und Hilfequoten von Familien		85
6.1.2 Arme, armutsnahe und nicht arme Kinder in Mülheim		88
6.2 Bildungsbeteiligung und Familiensituation		90
6.2.1 Übergangsquoten auf weiterführende Schulen und Bildungsabschlüsse		91
6.2.2 Soziale Einflussfaktoren und Einflüsse der Familiensituation auf die Bildungsbeteiligung		92

7	Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	97
7.1	Besonderer Unterstützungsbedarf – was heißt das?	97
7.2	Alltagsbewältigung in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	102
7.2.1	Das Auskommen mit dem Einkommen	102
7.2.2	Alltagsprobleme und Problemkumulationen	105
7.2.3	Hilfen und Unterstützung durch private Netzwerke	107
7.3	Institutionelle Unterstützungsangebote	107
7.3.1	Kenntnis und Nutzung	107
7.3.2	Einschätzung des Angebots und der Hilfe	109
8	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	113
8.1	Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienkonstellationen	113
8.1.1	Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden	113
8.1.2	Müttererwerbstätigkeit	114
8.2	Familienarbeit	115
8.2.1	Arbeitsteilung im Haushalt und Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit	116
8.2.2	Alltägliche Betreuungs- und Hilfeleistungen zu Hause	118
8.3	Außerhäusliche Kinderbetreuung	119
8.3.1	Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen für Kinder	120
8.3.2	Betreuung an Grundschulen	123
8.4	Aus Sicht der Familien: Wie lässt sich Familie und Beruf vereinbaren?	124
9	Lebensraum Stadt	129
9.1	So wohnen Familien in Mülheim	129
9.1.1	Größe der Wohnung und Eigentumsstatus	129
9.1.2	Miethöhe und Mietbelastung	131
9.2	Ist das Wohnumfeld kindgerecht und „alltagstauglich“?	131
9.3	Bewertung der Kinderfreundlichkeit und der Freizeitangebote für Kinder	133
9.4	Zufriedenheit mit der Wohnsituation und Wohndauer	135
9.4.1	Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld	135
9.4.2	Wohndauer	136
9.5	Umzüge in Mülheim: Absichten, Wünsche, Motive und Ziele	137
10	Zusammenführung ausgewählter Ergebnisse	143
	Literatur	151

Liebe Bürger und Bürgerinnen,

ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.“ Übertragen auf unsere Stadt heißt dies: „Wir sind alle gemeinsam für das Wohl der Kinder in Mülheim verantwortlich.“ Es ist unsere Aufgabe, Familien zu stärken, ihnen ein lebens- und liebenswertes Umfeld zu bieten, möglichst flexible Betreuungszeiten für Kinder aller Alterstufen zu garantieren und vor allem für die Erziehung und Bildung der Kinder eine sehr gute Infrastruktur vorzuhalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir genau wissen, was Familien in unserer Stadt brauchen. Nur so können wir wirklich passende Angebote für deren Bedürfnisse entwickeln.

Wir haben uns deshalb die Frage gestellt: Wie leben eigentlich Familien in Mülheim an der Ruhr? Eine detaillierte und differenzierte Antwort darauf gibt der erste Mülheimer Familienbericht, den wir gemeinsam mit ZEFIR, dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, erstellt haben. Dafür wurden kleinräumige Bevölkerungs- und Familienstrukturen in unserer Stadt untersucht. Die Lebenssituation von Kindern war ebenso Thema wie die wirtschaftliche Lage von Familien. Anhand der ermittelten Fakten können wir nun Konsequenzen für künftiges familienpolitisches Handeln in Mülheim an der Ruhr ziehen.

Dies ist vor dem Hintergrund wichtig, dass Mülheim die älteste Bevölkerung der kreisfreien Städten des Ruhrgebiets hat und auch wir künftig um die besten Arbeitskräfte werden werben müssen. Um junge Familien nach Mülheim zu holen bzw. diese hier zu halten, müssen wir uns mit den Herausforderungen, vor denen gerade junge Menschen stehen, auseinandersetzen. Der Familienbericht stellt dazu eine notwendige Arbeitshilfe für Politik und Verwaltung dar. Mit den Daten können wir die kommunale Sozialpolitik querschnittsorientiert so ausrichten, dass Mülheim an der Ruhr Familien auch in Zukunft attraktive Perspektiven bieten kann.

Ich danke allen Mülheimern und Mülheimerinnen, die sich an der Familienbefragung beteiligt und somit wesentlich zur Erstellung des Berichts beigetragen haben. Mein Dank gilt darüber hinaus den wissenschaftlichen Begleitern von ZEFIR sowie der Verwaltung, die umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt hat.



Herzlichst
Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Dagmar Mühlenfeld". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin

Über alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen hinweg nimmt Familienpolitik in den gesellschaftspolitischen Debatten in Deutschland derzeit einen hohen Stellenwert ein. Dabei wird der lokalen Ebene mittlerweile eine große Bedeutung beigemessen. Das ist auch richtig so, denn Menschen leben und erleben Familie vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Hier fallen die Entscheidungen für oder gegen Familienleben und hier müssen Familien die kleinen oder größeren Probleme des Familienalltags bewältigen. Viele Städte haben die Bedeutung von Familie für die Zukunft ihrer Kommunen erkannt. Die Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen vor Ort gilt als Standort-, Image- und Wirtschaftsfaktor, insbesondere um den (lange ignorierten) Herausforderungen der demografischen Entwicklungen zu begegnen. Für die Gestaltung einer zielgenauen Familienförderung ist aber die Kenntnis der konkreten Situation vor Ort unerlässlich. Nur dann kann Familienpolitik als Querschnittspolitik gewinnbringend für Familien und damit gewinnbringend für die Kommune sein. Die familialen Lebensbedingungen unterscheiden sich erheblich zwischen den einzelnen Regionen in Deutschland, was auch – bei aller berechtigten methodischen und konzeptionellen Kritik – die Ergebnisse des kürzlich veröffentlichten „Familienatlas 2007 – Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder“ des Bundesfamilienministeriums nachdrücklich verdeutlichen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2007). Nirgendwo ist es so wie im (Bundes-)Durchschnitt! Wissen über die Lebenslage von Familien, ihre Alltagprobleme und Unterstützungsbedarfe ist daher unerlässliche Voraussetzung für eine fundierte, flexible und familienfreundliche Kommunalpolitik in jeder Stadt. Der folgende Familienbericht soll für die Stadt Mülheim hierzu eine Ist-Analyse der Lebenslage und Zufriedenheit von Familien mit Kindern unter 18 Jahren liefern. Da Familienpolitik nicht nur die Kommune betrifft, richtet sich der vorliegende Familienbericht nicht nur an Politik und Verwaltung, sondern darüber hinaus auch an die Akteure der sozialen Arbeit sowie die Öffentlichkeit.

1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger

In der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion der letzten Jahrzehnte wurden Familien nicht selten ausschließlich als Hilfeempfänger wahrgenommen. Dabei wurde in der Regel vergessen, dass Familien auch Leistungen erbringen, und zwar nicht nur für sich selbst bzw. ihre Mitglieder, sondern auch für die Kommune und die Gesellschaft. Erst sinkende Geburtenzahlen und schrumpfende Städte und Gemeinden haben dafür gesorgt, dass die Leistungen der Familien auch auf örtlicher Ebene eine größere Aufmerksamkeit erhalten. Erst jetzt entsteht bei kom-

munalen Akteuren – langsam zwar, aber unaufhaltsam – ein Bild von Familien als Leistungserbringer und unersetzliche Ressource kommunaler Entwicklungen.

Zu den wichtigsten von Familien erbrachten Leistungen gehören nach Max Wingen (1997: 40) die „Sicherung der Generationenfolge durch Weitergabe des Lebens“ (generative Funktion), das „Auf- und Erziehen der Kinder“ (Sozialisationsfunktion), die „Sorge um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Wohnung und Kleidung und sonstiger Grundversorgung“ (hauswirtschaftliche Funktion), „Basisleistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit“ (Regenerationsfunktion), „Leistungen des Ausgleichs gegenüber vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsformen“ (Ausgleichsfunktion) und „Wirkungen zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen“ (Solidaritätssicherungsfunktion). Mit der Erfüllung dieser Leistungen tragen Familien zur Bildung, zum Erhalt und zur Pflege des Humanvermögens (eine Art Elementar Ausstattung des gesellschaftlichen „Personals“ mit sozialen Motiven und Kompetenzen) bei und gewinnen daraus ihre besondere Bedeutung für die Gesellschaft und letztlich auch für Kommunen (vgl. BMFSFJ 2001: 103).

Familien erbringen die Leistungen aber nicht nur abstrakt für die Gesellschaft insgesamt, sondern diese werden ganz konkret für das örtliche Gemeinwesen wirksam. Aus kommunalpolitischer Sicht ist die Entwicklung einer Stadt oder Gemeinde dann erfolgreich, wenn zu gleicher Zeit die ansässige Wirtschaft wächst, die öffentliche Infrastruktur und der Städtebau modernen Anforderungen genügen, die Bürgerinnen und Bürger gut ausgebildet, leistungsfähig und gemeinschaftsorientiert sind, die demografische Entwicklung und die sozialen Strukturen ausgewogen sind und die demokratisch verfasste kommunale Selbstverwaltung funktioniert, sowie die kommunalen Finanzen ausgeglichen sind (vgl. Feith o.A.: 3). Dieses Zielsystem kann aber nur erreicht werden, wenn alle Teilziele gleichzeitig verfolgt und aufeinander abgestimmt werden und keines der Teilziele Vorrang erhält. Daraus folgt, dass ausgewogene Sozialstrukturen für die kommunale Entwicklung genauso wichtig sind wie eine konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur. Die örtlichen Familienstrukturen sind in diesem Zusammenhang eine wesentliche Komponente der Sozialstrukturen und beeinflussen ihre Entwicklungstrends maßgeblich.

Familien und ihre gesellschaftlichen Leistungen spielen in diesem Prozess daher eine wichtige Rolle. So sind Familien mit Kindern „die Basis einer leistungsfähigen örtlichen und regionalen Sozialstruktur, in der gegenseitige Leistungsanforderungen der

verschiedenen Generationen in einem tragfähigen Verhältnis zueinander stehen“ (vgl. IES 1996: 22). Sozialisationsleistungen der Familien und der Erhalt des Humanvermögens bedeuten auch, dass den nachwachsenden Generationen in Familien die Fähigkeiten für ein solidarisches Leben in Gemeinschaft vermittelt werden. Familien bilden „als soziale Netzwerke zusammen mit Nachbarschaften, Freundschaften, Initiativen und Vereinsstrukturen das Grundgerüst für Hilfe, Geselligkeit und Teilhabe“ in den Städten und Gemeinden. „Dies wirkt sich positiv aus auf die Hausgemeinschaft und Nachbarschaft, in örtlichen Vereinen, am Arbeitsplatz, in der Schule usw.“ (ebenda: 22). Zudem entlasten Familien auf örtlicher Ebene das Gemeinwesen von erheblichen finanziellen Belastungen, z.B. bei der Pflege kranker oder älterer Menschen. Nicht zuletzt sind Familien in den Städten und Gemeinden wichtige wirtschaftliche Akteure: „Sie bilden Vermögen, treffen Konsumententscheidungen, gehen z. T. große wirtschaftliche Risiken ein und tragen erheblich zum Steueraufkommen bei“ (ebenda: 22). Familien sind damit, genau wie leistungsfähige Betriebe und öffentliche Infrastrukturen, „Motoren“ kommunaler Entwicklungen (IES 1996: 27).

Die Leistungen, die Familien für „die Gesellschaft“ bzw. das örtliche Gemeinwesen erzielen, erbringen sie aber in erster Linie für die einzelnen Familienmitglieder und für sich selbst. Niemand bekommt Kinder für die Rentenversicherung oder um das Schrumpfen der Städte aufzuhalten. „Leistungen der Familie“ sind nach wie vor der Grund, warum Menschen Partnerschaften eingehen, Kinder bekommen und sich ihren Angehörigen gegenüber liebevoll und solidarisch verhalten. Leistungen der Familie für „die Gesellschaft“ entstehen demnach nicht direkt, sondern sozusagen als „Nebeneffekt“ des familialen Zusammenlebens. In den letzten Jahrzehnten hat sich aber die Art und Weise, wie diese Leistungen in den Familien erbracht werden, nachhaltig verändert, da sich die Anforderungen und Erwartungen der Familienmitglieder an das familiale Zusammenleben gewandelt haben (vgl. Strohmeier/Schultz 2005). Das betrifft besonders die Veränderungen im Geschlechterverhältnis und die daraus erwachsenen Anforderungen an eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bis heute verlassen sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft aber darauf, dass Familie die von ihr erwarteten Leistungen in der traditionell verlässlichen Quantität und Qualität erfüllt. Die gelebten familialen Realitäten, ihre Wandlungen und die gewandelten Randbedingungen des Familienlebens wurden so lange nicht zur Kenntnis genommen, wie sich keine spürbaren negativen Auswirkungen auf das örtliche Gemeinwesen ergaben. Das gilt sowohl für die Produktion des „Humanvermögens“, für die „ quanti-

tative Nachwuchssicherung“ als auch die Fähigkeit von Familien zur Selbst- bzw. Gemeinschaftshilfe, z.B. bei der Pflege von Familienangehörigen. Erst in den letzten Jahren, vor dem Hintergrund der Bevölkerungsschrumpfung und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft, „lernen“ politische Akteure zunehmend auf veränderte Lebenswirklichkeiten und -planungen von Familien sowie auf die gewandelten Bedürfnisse und Ansprüche einzugehen.

Zwar haben Familien grundsätzlich „ein Interesse am Standort, an dem sie leben und in den sie eingebunden sind, an dem sie arbeiten, wirtschaften und Eigentum bilden“ (Feith o.A.: 8), dennoch werden die Leistungen der Familien für das örtliche Gemeinwesen auch in Zukunft nur „Nebeneffekt“ familialen Lebens bleiben. Die Zielsetzungen kommunaler Entwicklungen sollten daher das veränderte Familienleben und die geänderten Bedingungen, unter denen Familien heute leben, bewusst berücksichtigen. Dabei kommt der kommunalen Politik eine wichtige Rolle zu, denn nur auf kommunaler Ebene können die alltäglichen „Rücksichtslosigkeiten“ abgebaut werden, die die Leistungsfähigkeit der Familien beeinträchtigen können. Möglicherweise sind Instrumente einer auf die Verbesserung der Lebenslage der Familien abzielenden kommunalen Familienpolitik auch die „bevölkerungspolitisch“ wirksamsten, weil zwischen Angebot, Nachfrage und „Wirkung“ die kürzesten Wirkungsketten lägen (vgl. Strohmeier 1994: 13). Mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien in den Städten und Gemeinden werden diese nicht nur für bereits ansässige Familien attraktiver, sondern auch für Familien in anderen Kommunen bzw. prospektive Eltern.

1.2 Familienpolitik und Familienfreundlichkeit gibt es nicht „von der Stange“

Die Familienpolitik und die Familienfreundlichkeit gibt es nicht, da sich die Lebensbedingungen und die Familienstrukturen zwischen Städten und Gemeinden, zwischen den Kernstädten des Ruhrgebietes und den Stadtrandlagen im Umland des Ruhrgebietes oder zwischen den Großstädten innerhalb Nordrhein-Westfalens deutlich unterscheiden. Dies wird deutlich, sobald man sich die Variation demografischer Kennziffern (und der Vorherrschaft bestimmter Lebensformen) anschaut: Wir finden in Deutschland eine Polarisierung der Lebensformen im Sinne einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in einen schrumpfenden Familiensektor und einen wachsenden Nichtfamiliensektor, die sich regional und kleinräumig abbilden lässt.

Innerhalb des schrumpfenden Familiensektors beobachten wir zudem eine Pluralisierung der Lebensformen. Neben der „traditionellen“ Familie (verheiratete Paare mit Kindern) haben andere Lebensformen von Eltern mit Kindern (uneheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Fortsetzungsfamilien, Alleinerziehende) an Bedeutung gewonnen. Auch hier gilt: *Die* Familie gibt es nicht (mehr)! Betrachtet man die Lebensverhältnisse von Familien in Nordrhein-Westfalen etwas genauer, zeigt sich, dass Familien die (weiterhin) in den (Groß-)Städten wohnen, häufig Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund und insbesondere arme Familien sind. Diese Familienformen lassen sich viel seltener in ländlichen Regionen und in den Kreisen finden. Insbesondere die hohe Armutsbetroffenheit von Kindern (vor allem in den Städten) ist augenfällig. Dort wo die wenigsten Kinder (und Familien) wohnen, also beispielsweise in den Kernstädten des Ruhrgebietes, sind im Vergleich mit den Landkreisen mehr Kinder (und Familien) arm (vgl. u. a. Schultz/Weischer/Strohmeier 2006; Strohmeier/Alic 2006). Die Tatsache, dass es nirgends so wie im Durchschnitt ist und es *die* Familie nicht (mehr) gibt, muss konsequenterweise zu der Schlussfolgerung führen, dass Familienfreundlichkeit viele Ausprägungen hat und es auch *die* Familienfreundlichkeit nicht geben kann. Familienfreundlichkeit und Familienpolitik muss sich an den Familien orientieren, die sie vor Ort erreichen will. Entsprechend muss lokale Familienpolitik im Umland und in den Kernstädten, im Süden oder im Norden der großen Städte unterschiedliche Ziele verfolgen und unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

1.3 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?

Durch Artikel 6 des Grundgesetzes sind Bund, Länder und Gemeinden dazu verpflichtet, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen. Die grundsätzliche Orientierung von Familienpolitik wird durch gesetzliche Regelungen auf der Bundesebene (Familienrecht, Familienleistungsausgleich etc.) vorgegeben. Die Bundesländer haben darüber hinaus die Möglichkeit, diese bundespolitischen Vorgaben durch eigene gesetzliche Leistungen zu ergänzen (Landeserziehungsgeld, Familiengründungsdarlehen etc.). Außerdem treffen sie Vorgaben für die Ausgestaltung von Ausführungsgesetzen (bspw. Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Durch die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung (Artikel 28 Grundgesetz) und die ebenfalls verfassungsrechtliche Auffangkompetenz der Kreise sind neben Bund und Ländern auch die Gemeinden, Städte und Kreise originäre Träger von Familienpolitik. Der Rahmen für kommunale Familienpolitik ist durch die Regelungen auf Bundes- und Landesebene allerdings relativ klar

vorgegeben. Allgemein wird bei den Aufgaben der kommunalen Sozial- und Familienpolitik zwischen Aufgaben im übertragenen und im eigenen Wirkungsbereich der Städte und Kreise unterschieden. Der Bereich der Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich besteht aus Auftragsangelegenheiten, die Kommunen aufgrund staatlicher Weisung erfüllen, und Pflichtaufgaben, die Kommunen auf der Basis gesetzlicher Regelungen wahrnehmen. Die Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen und Kreise werden differenziert in pflichtige und freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Der Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik liegt in der Ausführung von Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungsbereich (Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe, kommunale Leistungen nach dem SGB II) und in der Bereitstellung Familien unterstützender sowie Familien ergänzender Angebote im Rahmen der pflichtigen Selbstverwaltungsangelegenheiten, welche vornehmlich Betreuungs- und Beratungsangebote (Kindergartenplätze, Erziehungsberatung) sind. Darüber hinaus besteht für die Kommunen und Kreise im Rahmen ihrer Allzuständigkeit die Möglichkeit, aus eigenem Antrieb Aufgaben zu ergreifen und nach eigenem Ermessen zu gestalten. Streng genommen kann erst mit der Wahrnehmung dieser freiwilligen Leistungen von aktiv gestaltender kommunaler Familienpolitik gesprochen werden. Zu diesen freiwilligen Aufgaben zählt beispielsweise die Förderung von familienfreundlichem Wohnen oder die familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur.

Übersicht 1.1: Aufgaben der Kommunen mit Familienbezug

Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich		Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich	
Auftragsangelegenheiten	Pflichtaufgaben	Pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten
z.B. - Bauaufsicht - Melderecht	z.B. - Sozialhilfe - Jugendhilfe - kommunale Leistungen nach dem SGB II	z.B. - Betreuungsangebote (Kindergartenplätze) - Beratungsangebote (Erziehungsberatung)	z.B. - Förderung familien-gerechten Wohnens - familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur - Kommunale Familienberichterstattung

Eigene Zusammenstellung

Die familienpolitischen Akteure vor Ort wissen oftmals wenig über ihre „Zielgruppe“: Welche Familien leben vor Ort? Welche Veränderungen bezüglich der Lebenslage und der Familienstrukturen lassen sich in den letzten Jahren beobachten? Welche Alltagsprobleme und Alltagsbedürfnisse haben die Familien(-mitglieder)? Wo sehen Familien(-mitglieder) Defizite? Wie kann die Alltagsorganisation durch familienpolitische Angebote unterstützt werden? Die hoch aggregierten Daten und Analysen von Familienforschung und -berichterstattung auf Bundes- und Landesebene, wie sie beispielsweise auch der aktuelle Familienatlas präsentiert, helfen nur wenig, die konkrete Situation vor Ort zu beschreiben.

Zwischen dem, was Familien für eine bessere Organisierbarkeit des Alltags brauchen und dem, was ihnen durch kommunale Familienpolitik angeboten bzw. zugestimmt wird, gibt es in der Regel bisher nur wenig Abstimmung. Vor diesem Hintergrund erweist sich die konkrete Ausgestaltung kommunaler Familienpolitik häufig als schwierig. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, kommunale Familienpolitik nachhaltig auszurichten. Kommunale Familienberichterstattung kann in diesem Prozess ein Instrument sein, um Informationsdefizite aufzuarbeiten und Entscheidungen vorzubereiten.

Voraussetzung für effektives politisches Handeln für Familien auf kommunaler Ebene ist die systematische und umfassende Information über die Lebensformen und Lebenslagen von Familien und Kindern sowie deren subjektive Bewertung durch Familien. Erst vor diesem Hintergrund ist die Identifikation von Handlungs- und Gestaltungsbedarfen möglich. Gefragt ist also ein Berichtsformat mit kleinräumigen, handlungsrelevanten sowie aktuellen und möglichst aktualisierbaren Informationen, die

- intrakommunale Disparitäten der Lebensverhältnisse erfassen und damit präzise, ortsteilspezifische Problembeschreibungen ermöglichen,
- die Entwicklung entsprechend teilraumspezifischer, „ortsnahe“ Handlungs- und Lösungsansätze erleichtern und schließlich
- eine Wirkungskontrolle von Handlungen und Maßnahmen ermöglichen (vgl. ZEFIR 2003: 11ff.).

2.1 System kommunaler Familienberichterstattung

Der vorliegende Familienbericht Mülheim basiert auf einem Berichtssystem, welches in einem vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Modellprojekt entwickelt wurde. An dem Modellprojekt waren die Städte Herten, Gelsenkirchen und Oberhausen sowie der Kreis Unna beteiligt. Mittlerweile ist es inter-

essierten Kommunen möglich, in das Projekt einzusteigen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Familienberichts Mülheims beteiligten sich neben Mülheim die Städte Gladbeck, Herne, Kreuztal, Neuss, Rheine, Wesseling sowie der Kreis Siegen-Wittgenstein. Das einheitliche Berichtssystem bietet wesentliche Vorteile. Zum einen findet Informationsaustausch und Diskussion zwischen den Kooperationspartnern über den Prozess der Berichterstattung statt: Datenbeschaffung und -aufbereitung, die Vermittlung von Ergebnissen vor Ort und das Ableiten von Handlungsschwerpunkten. Die Vereinheitlichung der Indikatoren und der standardisierte einheitliche Fragebogen ermöglicht zum anderen einen Vergleich zwischen den Städten und Kreisen. Außerdem ist das Instrument in der Praxis mehrfach erprobt.

Das System kommunaler Familienberichterstattung besteht aus zwei Bestandteilen: ein internetgestütztes Familienstatistisches Informationssystem (FIS) mit amtlichen und prozessproduzierten Daten (vgl. Kapitel 2.2.1) und eine Familienbefragung (vgl. Kapitel 2.2.2). Die „Bausteine“ sind auf die Etablierung einer dauerhaften Familienberichterstattung gerichtet, deren erste Erhebungsphase 2006 durchgeführt wurde.

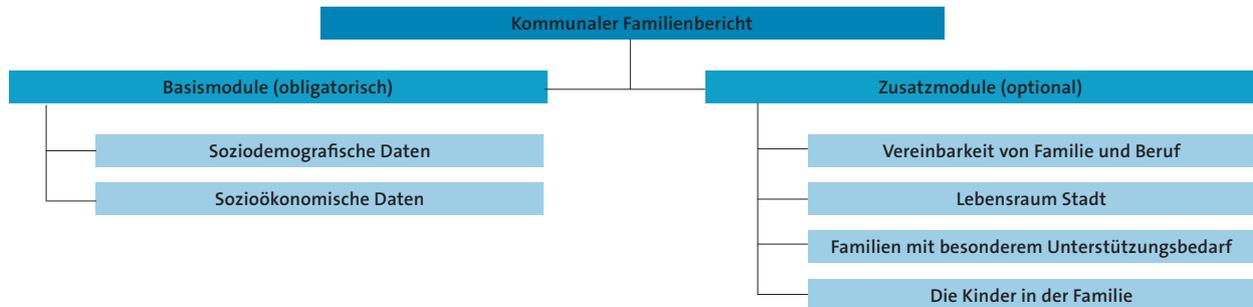
Auf Basis des Familienstatistischen Informationssystems und der Familienbefragung wurde ein Familienberichtssystem entwickelt. Ein Ergebnis halten Sie in den Händen: den ersten Mülheimer Familienbericht. Die Grundlage dieses Familienberichtes bilden zwei Basismodule, die soziodemografische und sozioökonomische Daten beinhalten. Darüber hinaus unterscheiden wir vier thematische Zusatzmodule, die die Themenfelder „Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Lebensraum Stadt“ und „Kinder in der Familie“ abdecken.

Die Grundüberlegung dieser modularen Konzeption ist, dass die Kooperationspartner bei einer Fortschreibung der Berichterstattung in Zukunft die Option haben, nicht (immer) umfassende (und damit arbeits- und kostenintensive) Familienberichte erstellen zu müssen, sondern „lediglich“ bestimmte Module auswählen zu können. Dies ermöglicht eine flexible und „passgenaue“ Reaktion auf die (Informations-)Bedürfnisse vor Ort.

2.2 Datenbasis des Familienberichtes

Die vorliegenden Analysen zur Lebenslage und zur Zufriedenheit von Familien in Mülheim basieren auf familienrelevanten Daten der Kommunalstatistik (vgl. Kapitel 2.2.1) und der Befragung Mülheimer Familien mit minderjährigen, d.h. unter 18-jährigen Kindern (vgl. Kapitel 2.2.2).

Übersicht 2.1: Themen und Module der kommunalen Familienberichterstattung



2.2.1 Daten der Kommunalstatistik

Eine Datenbasis des vorliegenden Familienberichtes sind die quantitativen Daten der amtlichen bzw. prozessproduzierten Kommunalstatistik, die kleinräumig aufbereitet und in das „Familienstatistische Informationssystem (FIS) Mülheim“ eingestellt wurden. „Prozessproduzierte“ Daten sind Daten, die im Verwaltungsvollzug entstehen und sozusagen für Verwaltungszwecke erhoben werden. Dazu zählen die verschiedensten Arten der Kommunalstatistik, z.B. die Einwohner-, Sozialhilfe- und Jugendhilfestatistik, aber auch Daten des Schul-, Gesundheits- und Wohnungsamtes. Die für Mülheim erhobenen und verwendeten Daten lassen sich den folgenden Themenbereichen zuordnen:

- Bevölkerung / Demografie
- Wanderungsbewegung / Mobilität
- SGB II und SGB XII
- Arbeitslosigkeit
- Kinderbetreuung und Kinderspielplätze
- Intervention und Beratung
- Schulwesen und Bildung sowie
- Schuleingangsuntersuchungen.

2.2.2 Schriftliche Familienbefragung

In Ergänzung zu den erhobenen Verwaltungsdaten wurde zu ausgewählten familienpolitisch relevanten Themenbereichen eine schriftliche Familienbefragung von Haushalten mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren durchgeführt. Gegenstand der Befragung waren vor allem Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation sowie der Zufriedenheit von Familien, die mit den Daten der Kommunalstatistik nicht oder nur sehr unzureichend abgebildet werden können.

Insgesamt wurden 2.000 Mülheimer Familien mit mindestens einem im Haushalt lebenden minderjährigen Kind angeschrieben. Der Fragebogen umfasst auf 20 Seiten insgesamt 69 Einzelfra-

gen zur Lage von Familien, die von jeweils einem Elternteil beantwortet werden sollten und sich – analog zu den oben genannten Modulen – zu folgenden Themenbereichen gruppieren lassen:

- „Standarddemografie“
- wirtschaftliche Lage von Familien in Mülheim
- Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Lebensraum Stadt
- Kinder in der Familie.

Um die Bevölkerung über die Befragung zu informieren und um ihre Mitarbeit zu bitten, wurde unmittelbar vor dem Versand der Fragebögen eine Pressekonferenz durchgeführt und die örtliche Presse informiert. Zur Erhöhung des Fragebogenrücklaufes wurde darüber hinaus nach Ablauf einer ersten Rücksendefrist ein Erinnerungsschreiben an die gesamte Stichprobe geschickt, in dem die Familien – sofern noch nicht geschehen – nochmals um Beteiligung an der Befragung gebeten wurden. Im Anschreiben wurde zusätzlich jeweils ein Ansprechpartner der Stadt Mülheim und des ZEFIR mit Telefonnummer angegeben, an die sich die Familien bei Rückfragen wenden konnten. Diese „Telefonhotline“ fand regen Anklang und insbesondere Fragen zu Anonymität der Daten und Veröffentlichung der Ergebnisse konnten auf diesem Wege beantwortet werden. Fragebögen, Anschreiben und Rückumschläge wurden im September 2006 versandt; die erste Rücklauffrist endete am 18. Oktober 2006, die zweite Rücksendefrist nach dem Erinnerungsschreiben am 8. November 2006.

Tabelle 2.1 gibt einen Überblick über die Eckwerte zur Zusammensetzung der Stichprobe. Insgesamt konnte ein Rücklauf von 38,3 Prozent erzielt werden. Das sind 766 der angeschriebenen 2.000 Familien. Hinweise für die Qualität der Stichprobe bieten Vergleiche mit den Eckwerten der Kommunalstatistik. Für kleinräumige Analysen beziehen wir uns auf die Ebene der neun Stadtteile. Mit dem Fragebogen wurde eine Karte versandt, damit Familien

Tabelle 2.1: Zusammensetzung der Stichprobe

	Familien in der Befragung	Eckwerte der Kommunalstatistik
versendete Fragebögen	2.000	
Rücklauf (absolut)	766	
Rücklauf (in Prozent)	38,3	
	Angaben in Prozent	
Mutter Bezugsperson	79,7	
mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit	11,2	21,5
mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund	19,6	
Alleinerziehende	18,4	17,9
Kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder unter 18 Jahren)	11,5	10,4
Altstadt I	6,5	10,1
Altstadt II	8,3	14,4
Styrum	7,2	7,8
Dümpten	15,3	11,4
Heißen	17,3	13,2
Menden-Holthausen	9,5	8,0
Saarn	17,7	14,7
Broich	7,2	10,0
Speldorf	10,9	10,4

Anmerkung: Die Bezugsperson ist der Elternteil, welcher den Fragebogen ausgefüllt hat.
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006; Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

ihren Wohnort besser bestimmen konnten (siehe Karte im Glossar). Der Rücklauf der Familienbefragung entspricht in einigen Stadtteilen relativ gut der Verteilung der Familien in der Stadt, allerdings gibt es einige Stadtteile, die in der Stichprobe überrepräsentiert (Heißen, Dümpten, Saarn, Menden-Holthausen) und einige, die unterrepräsentiert (Altstadt I, Altstadt II, Broich) sind.

Die Anteile von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien werden in der Stichprobe in ähnlichen Anteilen wie in der Stadt wiedergegeben. Familien, in denen mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit hat, sind hingegen in der Stichprobe deutlich unterrepräsentiert. Die Befragung fand offenbar unter nichtdeutschen Eltern bzw. Eltern mit Migrationshintergrund weniger Unterstützung als unter deutschen Eltern. Die kleinräumige Verteilung der eingegangenen Fragebögen lässt zudem erkennen, dass besonders nichtdeutsche Familien aus den vergleichsweise ärmeren Stadtteilen Altstadt I und Altstadt II nicht durch die Familienbefragung erreicht wurden. Die im Be-

richt dargestellten Ergebnisse der Familienbefragung sind daher stärker durch die Lebensbedingungen deutscher Eltern geprägt, als dies im Alltag der Mülheimer Familien tatsächlich der Fall ist.

Knapp 80 Prozent der Fragebögen wurden von Müttern ausgefüllt, die sich offenbar für familiäre Themen stärker verantwortlich fühlen als Väter bzw. dies tatsächlich sind.

Bei der Bewertung der Analyseergebnisse der Familienbefragung sind die Fallzahlen für Detailauswertungen zu beachten.¹ In der empirischen Sozialforschung wird bei Fallzahlen über 30 von hinreichend validen Ergebnissen für Verteilungen ausgegangen. Diesem Grundsatz folgend präsentieren wir ausschließlich Analyseergebnisse für Gruppen über 30 Fälle. Sind einzelne Ergebnisse wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen, werden diese Tabellenzellen mit (-) gekennzeichnet. Eine 0 hingegen steht tatsächlich für den Wert Null.

1 Grundsätzlich muss man berücksichtigen, dass Stichprobenergebnisse nicht den gleichen Genauigkeitsgrad wie Totalerhebungen oder amtliche Statistiken erreichen können.

2.3 Grundlegende Definitionen

Familie, Migrationshintergrund, Äquivalenzeinkommen sowie Bildungs- und Erwerbsstatus sind Begriffe, die in den weiteren Kapiteln häufiger vorkommen. Um diese nicht jedes Mal ausführlich erklären zu müssen und damit den Lesefluss zu behindern, wird im Folgenden erläutert, was wir darunter verstehen:

Familie

Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Mülheim betrachtet das familiäre Leben in einem gemeinsamen Haushalt und beschränkt sich auf die Analyse der gemeinsamen Haushaltsführung von Eltern und minderjährigen Kindern. Es muss aber angemerkt werden, dass diese Sichtweise „nur“ Familien im engeren Sinne im Blick hat. Die Familienforschung spricht daher von „Kernfamilien“, da sich die Betrachtung auf die Betreuungs- und Erziehungsphase von Kindern beschränkt. Im Grunde ist dies aber nur eine Lebensphase des gesamten Familienlebens. Denn Familie konstituiert sich zwar mit der Geburt oder der Adoption von Kindern, besteht aber lebenslang (Familie im weiteren Sinne), auch wenn die Kinder das Haus verlassen und erwachsen werden (vgl. Strohmeier/ Schultz 2005: 49ff.). Die enge Definition von Familie für diesen Familienbericht ergab sich zum einen aus den inhaltlichen Fragestellungen und war zum anderen notwendig, um die Befragung durchzuführen und eine valide Stichprobe zu ziehen.

Migrationshintergrund

Als Familien mit Migrationshintergrund können wir auf Basis der Familienbefragung eine breitere Gruppe von Familien betrachten als dies mit Daten der öffentlichen Statistik möglich ist. Nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil werden berücksichtigt, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund. D.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

Äquivalenzeinkommen und Armutsgrenzen auf Basis bedarfsgewichteter Einkommensdaten

Man kann die Einkommen von Haushalten und Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzungen nicht direkt vergleichen und nicht an einem für alle Haushalte einheitlichen Einkommensbetrag als Armutsschwelle messen. Für einen Ein-Personen-Haushalt sind 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen etwas anderes als für einen Acht-Personen-Haushalt. Um diese

beiden Haushalte hinsichtlich ihres Einkommens vergleichen zu können, muss man die Haushaltsgröße berücksichtigen. Die einfachste Möglichkeit wäre, das Haushaltseinkommen durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder zu teilen. Dabei entstehen Pro-Kopfeinkommen. Der hier genannte Ein-Personen-Haushalt mit 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen hätte danach auch ein „tatsächliches“ Pro-Kopf-Einkommen von 2.000 Euro, der Acht-Personen-Haushalt lediglich von 250 Euro.

Nun kann man aber davon ausgehen, dass größere Haushalte durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen realisieren können, die kleineren Haushalten nicht möglich sind. Darüber hinaus haben Kinder noch einen geringeren Unterhaltsbedarf als Erwachsene. Konkret heißt das: Der Haushalt mit acht Familienmitgliedern benötigt nicht eine achtmal so große Wohnung wie der Ein-Personen-Haushalt und er benötigt nicht acht Autos. Auch Stromkosten für das Fernsehgerät, das Radio, die Beleuchtung steigen nicht auf das Achtfache der Kosten des Ein-Personen-Haushaltes usw. Das heißt also, der Bedarf an Einkommen in größeren Familien steigt zwar mit der Zahl der Familienmitglieder, aber keinesfalls proportional. Dies würden wir aber voraussetzen, wenn wir eine Armutsgrenze auf Basis von tatsächlichen Pro-Kopf-Einkommen betrachten würden. Deshalb werden in der Armutsforschung so genannte bedarfs- bzw. äquivalenzgewichtete Pro-Kopf-Einkommen betrachtet, die zum einen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen vergleichbar machen und gleichzeitig die Einsparungen in größeren Familien berücksichtigen. Hierfür wird eine theoretische „bedarfsgewichtete Familiengröße“ ermittelt, die bei größeren Haushalten immer unter der tatsächlichen Größe des Haushaltes liegt und durch diese theoretische Haushaltsgröße wird dann das tatsächliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen geteilt. Diese bedarfsgewichteten Einkommen werden als „Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet. Wir greifen auf die alte OECD-Skala zurück, die auch in der Sozialberichterstattung des Landes NRW Anwendung findet.

Nach der alten OECD-Skala wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Gewicht 1 zugewiesen. Jede weitere Person im Haushalt im Alter von 14 Jahren und älter erhält das Gewicht 0,7; jüngere Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,5 zugewiesen.

Somit ergibt sich für einen Ein-Personen-Haushalt ein Gewicht von 1. Um das gleiche Wohlstandsniveau wie ein Single zu haben, benötigt also eine Paar ohne Kinder ein Haushaltseinkommen, welches 1,7 mal so hoch ist (1+0,7); für ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren wird ein 2,7 (1+0,7+0,5+0,5) mal so großes Haushaltseinkommen benötigt, um den gleichen Lebensstandard zu erhalten.

Einkommensarmut von Familien definieren wir in Abhängigkeit vom aktuellen Durchschnittseinkommen. Analog zum Sozialbericht NRW 2007 (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2007) legen wir das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen, welches über den Mikrozensus erhoben wird, zu Grunde und errechnen das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen). Als arm gelten Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in NRW beträgt.

2005 lag das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen bei 1.229 Euro. Als einkommensarm gelten demnach Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 615 Euro beträgt. Die Familienmitglieder einer Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltseinkommen niedriger ist als 1.353 Euro oder ein Alleinerziehendenhaushalt mit einem unter 14-jährigen Kind wird als einkommensarm bezeichnet, wenn das Einkommen weniger als 923 Euro beträgt (vgl. Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2: Äquivalenzeinkommen und Einkommensarmut

Haushaltstyp	Faktor der Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala	50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens	Die Haushaltsmitglieder gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltseinkommen niedriger ist als...
Ein-Personen-Haushalt	1	x615 € =	615 €
Paare ohne Kinder	1,7	x615 € =	1.046 €
Paare mit einem Kind			
unter 14 Jahren	2,2	x615 € =	1.353 €
unter 14 Jahre und einem Kind im Alter von 14 Jahren und älter	2,9	x615 € =	1.784 €
Alleinerziehende			
mit einem Kind unter 14 Jahren	1,5	x615 € =	923 €
mit einem Kind im Alter von 14 Jahren und älter	1,7	x615 € =	1.046 €

Datenquelle: MAGS 2007:19, eigene Darstellung

Tabelle 2.3: Schulabschluss und Ausbildungsniveau

Bildungsgruppe	Schulabschluss	Ausbildungsniveau
Niedrige Qualifikation	kein Abschluss Volks-/ Hauptschulabschluss Realschule/ POS	Lehre/ (noch) kein Abschluss/ keine Angabe (noch) kein Abschluss/ keine Angabe
Mittlere Qualifikation	Volks-/ Hauptschulabschluss Realschule/ POS	Fach-, Meister-, oder Technikerschule Lehre/ anderer Abschluss
Höhere Qualifikation	Keine Angabe/ anderer Abschluss Realschule/ POS (Fach-)Hochschulreife	Lehre/ Fach-, Meister- oder Technikerschule Fach-, Meister-, oder Technikerschule Lehre/ Fach-, Meister-oder Technikerschule noch in der Ausbildung
Höchste Qualifikation		Fachhochschul- oder Hochschulabschluss
<i>Nicht berücksichtigt</i>	<i>(Fach-) Hochschulreife</i>	<i>Keine Lehre/ Anlernzeit mit Zeugnis/ keine Angabe</i>

Bildungsstatus der Eltern

Für den Bildungsstatus von Mutter und Vater wurde ein Indikator gebildet, der eine Kombination aus höchstem Schulabschluss und Ausbildungsniveau darstellt. Die vier Bildungsgruppen reichen von „niedriger Qualifikation“, über „mittlere“ und „höhere“ bis zur „höchsten Qualifikation“. So zählt z.B. ein Vater, der einen Hauptschulabschluss besitzt und eine Lehre abgeschlossen hat zur „niedrigsten Qualifikation“. Hat er neben dem Hauptschulabschluss auch eine Ausbildung an einer Fach-, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Bildungsakademie abgeschlossen, wird er in die Kategorie „mittlere Qualifikation“ eingeordnet. Zur „höchsten Qualifikation“ gehören nur die Personen, die entweder einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss besitzen. Der Bildungsstatus des Familienhaushalts ergibt sich aus dem höchsten Abschluss der Elternteile. Wenn wir also der Mutter die „höchste Qualifikation“ zuordnen und dem Vater die „höhere Qualifikation“, zählt der Haushalt insgesamt zur „höchsten Qualifikation“.

Berufliche Stellung der Eltern

Ähnlich dem Bildungsstatus der Mütter und Väter wurde eine weitere Variable gebildet, die die berufliche Stellung der Eltern abbildet. Die Zuweisung zu den vier Gruppen „niedrige berufliche Stellung“, „mittlere“, „höhere“ und „höchste berufliche Stellung“ erfolgt aufgrund der derzeitigen bzw. – falls der jeweilige Elternteil zurzeit nicht erwerbstätig ist – aufgrund der letzten Art der Erwerbstätigkeit. Die berufliche Stellung der Eltern ergibt sich aus der jeweils höchsten beruflichen Stellung beider Elternteile. Wenn wir also dem Vater die „höchste berufliche Stellung“ zuordnen und der Mutter die „höhere berufliche Stellung“, zählt der Haushalt insgesamt zur „höchsten beruflichen Stellung“.

Erwerbsstatus der Eltern

Erwerbstätig ist, wer einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sich im Wehr- oder Zivildienst oder einer beruflichen Ausbildung befindet. Geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose, Schüler/

Tabelle 2.4: Berufliche Stellung der Eltern

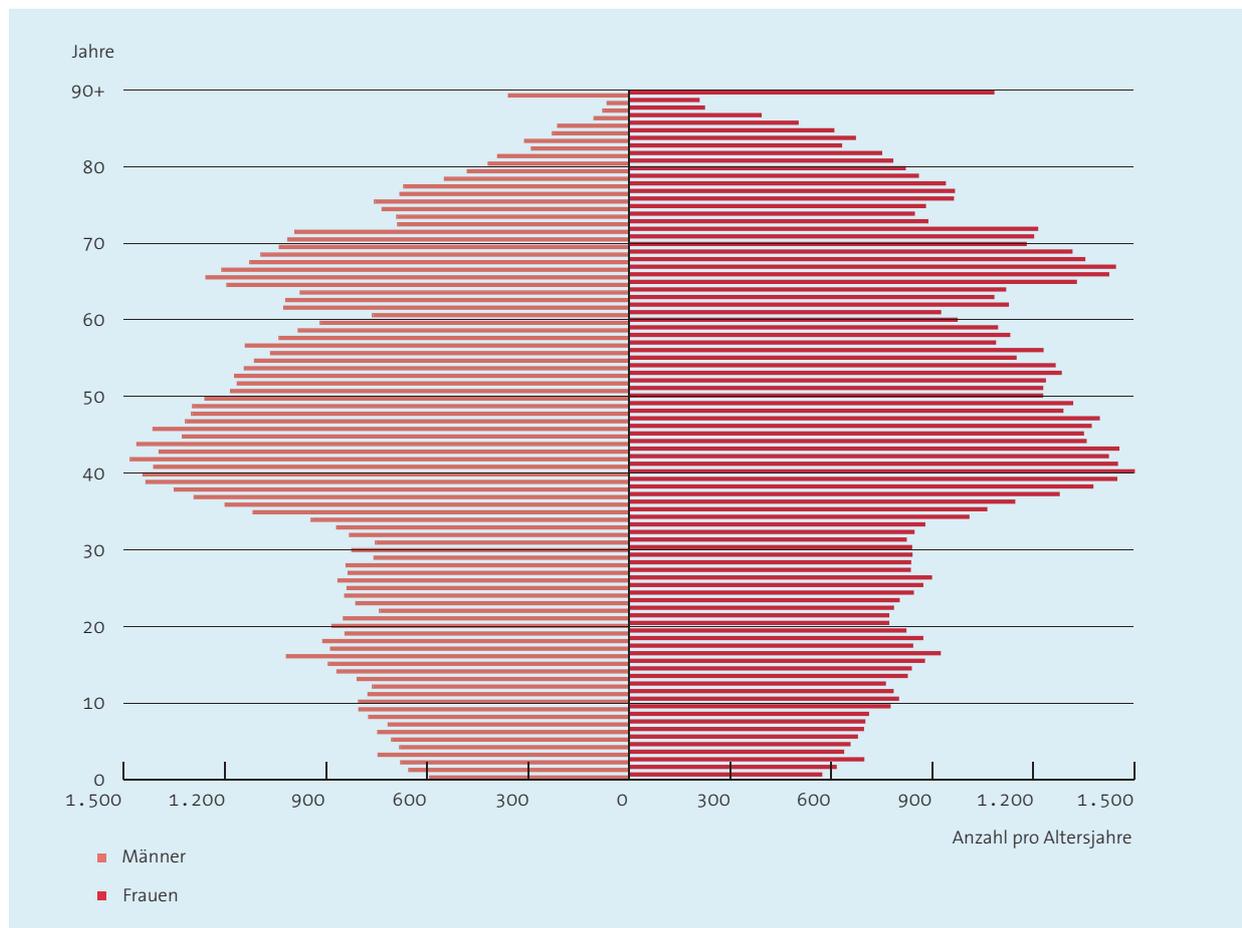
Berufliche Stellung	Zurzeit (bzw. zuletzt) erwerbstätig als ...
Niedrige berufliche Stellung	Noch nie erwerbstätig Ungelernte/r Arbeiter/in Angelernte/r Arbeiter/in
Mittlere berufliche Stellung	Gelernte/r und Facharbeiter/in Angestellte/r mit einfacher Tätigkeit Beamte/r im einfachen Dienst
Höhere berufliche Stellung	Vorarbeiter/in, Kolonnenführer/in Meister/ Polier Angestellte/r mit qualifizierter Tätigkeit Beamte/r im mittleren Dienst
Höchste berufliche Stellung	Angestellte/r mit hochqualifizierter Tätigkeit Angestellte/r mit umfassenden Führungsaufgaben Beamte/r im gehobene Dienst Beamte/r im höheren Dienst Freie Berufe, selbst. Akademiker/in Sonstige Selbstständige

innen, Studenten/innen, Rentner/innen und Väter und Mütter in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub und Elternzeit zählen somit zu den Nichterwerbstätigen. Vollzeit erwerbstätig sind Personen, die Vollzeit erwerbstätig, Wehr- oder Zivildienst oder berufliche Ausbildung angegeben haben. Ist eine Zuordnung über die oben genannten Kriterien nicht möglich, wird zusätzlich die Wochenarbeitszeit berücksichtigt: Eltern, die über 30 Stunden wöchentlich arbeiten, gelten als voll erwerbstätig.

3

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

Abbildung 3.1: Bevölkerung in Mülheim am 31.12.2006



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Am 31.12.2006 lebten in Mülheim 169.414 Einwohner.^{2 3} Einen ersten Eindruck über den Bevölkerungsstand zum 31.12.2006 nach Altersjahren und Geschlecht bietet die folgende Bevölkerungspyramide:

Der Altersaufbau zeigt deutlich den Geburtenanstieg bis Mitte der 1960er Jahre und den 1965 einsetzenden nachhaltigen Geburtenrückgang (bei den heute etwa Vierzigjährigen), der sich für Deutschland insgesamt nachweisen lässt. Wie aber haben sich die Bevölkerung und ihre Struktur in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt? Wie hoch ist der Anteil von nichtdeutschen Einwohnern und wie wird sich die Bevölkerungsstruktur in Zukunft voraussichtlich entwickeln?

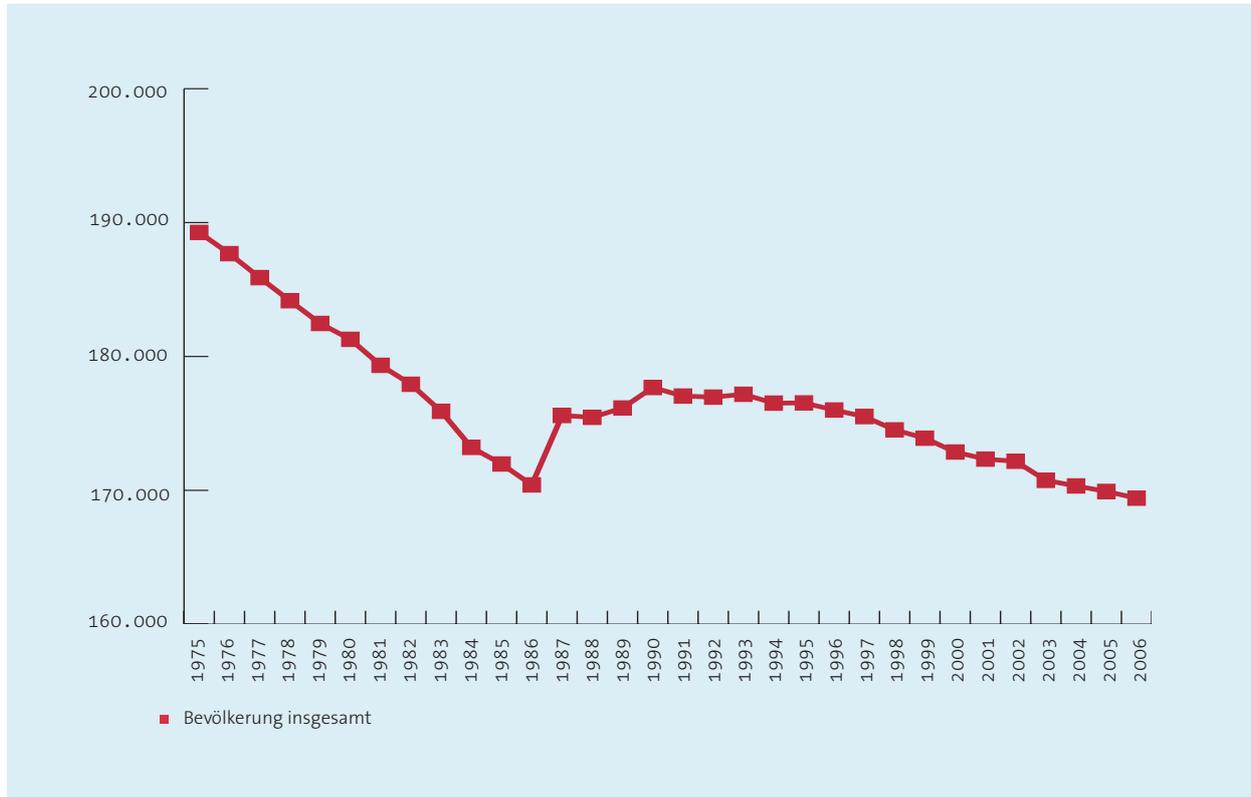
„Wir werden weniger. Wir werden älter. Wir werden bunter.“

So oder ähnlich werden die Hauptmerkmale des demografischen Wandels häufig zusammengefasst. Im vorliegenden Kapitel sollen diese (und andere) Merkmale anhand der Bevölkerungsentwicklung in Mülheim von 1975 bis 2006 nachgezeichnet werden (Kapitel 3.1). Anknüpfend daran wagen wir einen Blick in die Zukunft und betrachten die voraussichtliche Entwicklung der Mülheimer Bevölkerung bis 2025 (Kapitel 3.2).

² Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes.

³ In diesem Kapitel beziehen wir uns ausschließlich auf Bevölkerungsdaten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen (LDS), die von den Bevölkerungsdaten der Stadt abweichen können, da uns sowohl für die Bevölkerungsentwicklung ab 1975 als auch für die Bevölkerungsprognose keine stadt eigenen Daten zur Verfügung stehen.

Abbildung 3.2: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2006



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

3.1 Weniger, älter und bunter? Die Mülheimer Bevölkerungsstruktur von 1975 bis 2006

„Weniger. Älter. Bunter.“ Gilt das auch für die Stadt Mülheim? Dahinter stehen verschiedene Fragen, die im Folgenden beantwortet werden sollen: Wie hat sich die Bevölkerung der Stadt Mülheim im betreffenden Zeitraum entwickelt? Stagniert sie, ist sie gewachsen oder ist sie, wie in vielen großen deutschen Städten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005), geschrumpft? Von Interesse für die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur der Stadt ist zudem, wie sich die Altersstruktur und ihre Zusammensetzung nach Staatszugehörigkeit entwickelt hat.

Schrumpfung, Stagnation oder Wachstum?

Betrachten wir den Zeitraum von 1975 bis 2006 trifft die Aussage „Wir werden weniger“ für Mülheim zu. Am deutlichsten ist der Bevölkerungsverlust bis Mitte der 1980er Jahre, durch den Mülheim fast 20.000 Einwohner verliert. Anschließend findet

ein kurzfristiger Bevölkerungsanstieg bis 1993 statt, Mülheim erreicht wieder eine Einwohnerzahl von 177.175. Der deutliche Bevölkerungsanstieg von 1986 auf 1987 ist allerdings mit der Bereinigung durch die Volkszählung im Jahr 1987 zu erklären. Seit 1993 sinken die Bevölkerungszahlen in Mülheim erneut und haben im Jahr 2005 erstmals die 170.000-Einwohner-Grenze unterschritten (vgl. Abbildung 3.2). Insgesamt hat Mülheim in drei Jahrzehnten mehr als zehn Prozent seiner Einwohner verloren.

Ähnlich wie in anderen Ruhrgebietsstädten verlief die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Mülheim anders als die des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt (vgl. Abbildung 3.3). Die Bevölkerungsverluste bis Mitte der 1980er Jahre und den anschließenden Bevölkerungsgewinn finden wir zwar auch in Nordrhein-Westfalen, allerdings hält der Bevölkerungsgewinn in Nordrhein-Westfalen länger an und stagniert seit Mitte der 1990er Jahre, während Mülheim bereits seit 1993 wieder Einwohner verliert.

Abbildung 3.3: Bevölkerungsentwicklung in Mülheim und in Nordrhein-Westfalen von 1975 bis 2006 (Index: 1975=100)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

„Demografische Herausforderungen“, wie sie aktuell in vielen Presseveröffentlichungen und gesellschaftspolitischen Diskussionen diagnostiziert werden, ergeben sich allerdings nicht alleine aus sinkenden oder steigenden Bevölkerungszahlen. Von Bedeutung sind vielmehr mit der Veränderung der Bevölkerungszahl möglicherweise einhergehende Verschiebungen in der Altersstruktur.

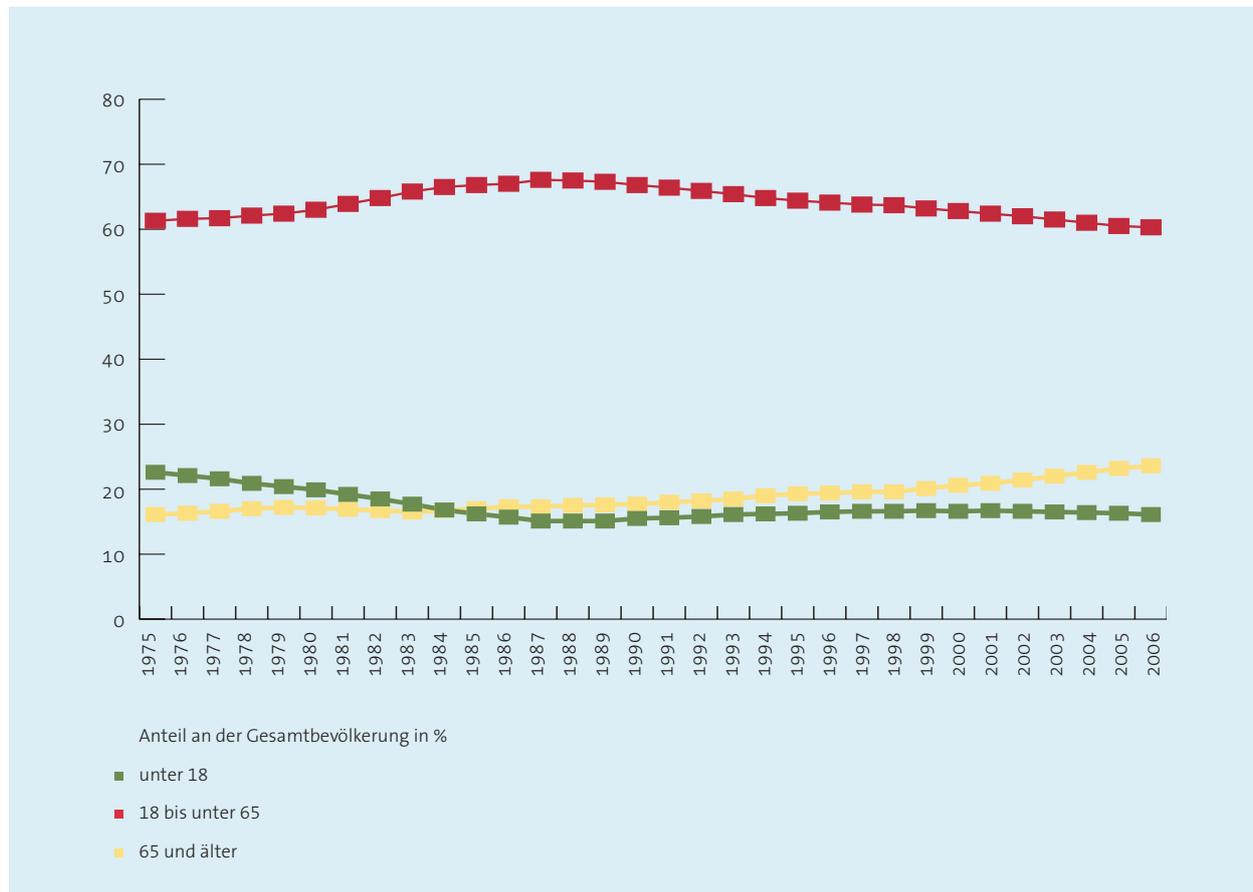
Jenseits von Beitragszahlern und Leistungsempfängern – wie hat sich die Altersstruktur der Mülheimer Bevölkerung entwickelt?

Wie die Diskussionen um andere Merkmale des demografischen Wandels wird auch die Diskussion um die Alterung der Gesellschaft in der Regel ausschließlich mit Blick auf *gesamtg*esellschaftliche und *gesamtsstaatliche* Probleme, also auf einem hohen Aggregationsniveau, geführt (Stichwort Rentenversicherung:

„Wir haben zu wenige Beitragszahler und zu viele Leistungsempfänger.“). Die *lokalen* Auswirkungen in den Städten und Gemeinden dagegen werden in diesem Zusammenhang häufig übersehen. Unsere alltäglichen Handlungs- und Erfahrungsräume sind aber zu einem erheblichen Teil die örtlichen sozialen Verhältnisse *in den Städten und Gemeinden*. Unsere sozialen Bindungen und Beziehungen sind zu einem großen (für viele zum größten) Teil Beziehungen *innerhalb der Stadtgesellschaft*. Wichtig für die lokale Ebene ist nicht die Arithmetik von Beitragszahlern und Leistungsempfängern, sondern – mit Blick auf z.B. informelle Solidarpotenziale in Familie und Nachbarschaft oder infrastrukturelle Erfordernisse – die Stärke der einzelnen Altersgruppen bzw. ihr Verhältnis zueinander in konkreten Stadtgebieten.

Schon die Differenzierung nach drei Altersgruppen (den 18- bis

Abbildung 3.4: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen von 1975 bis 2006



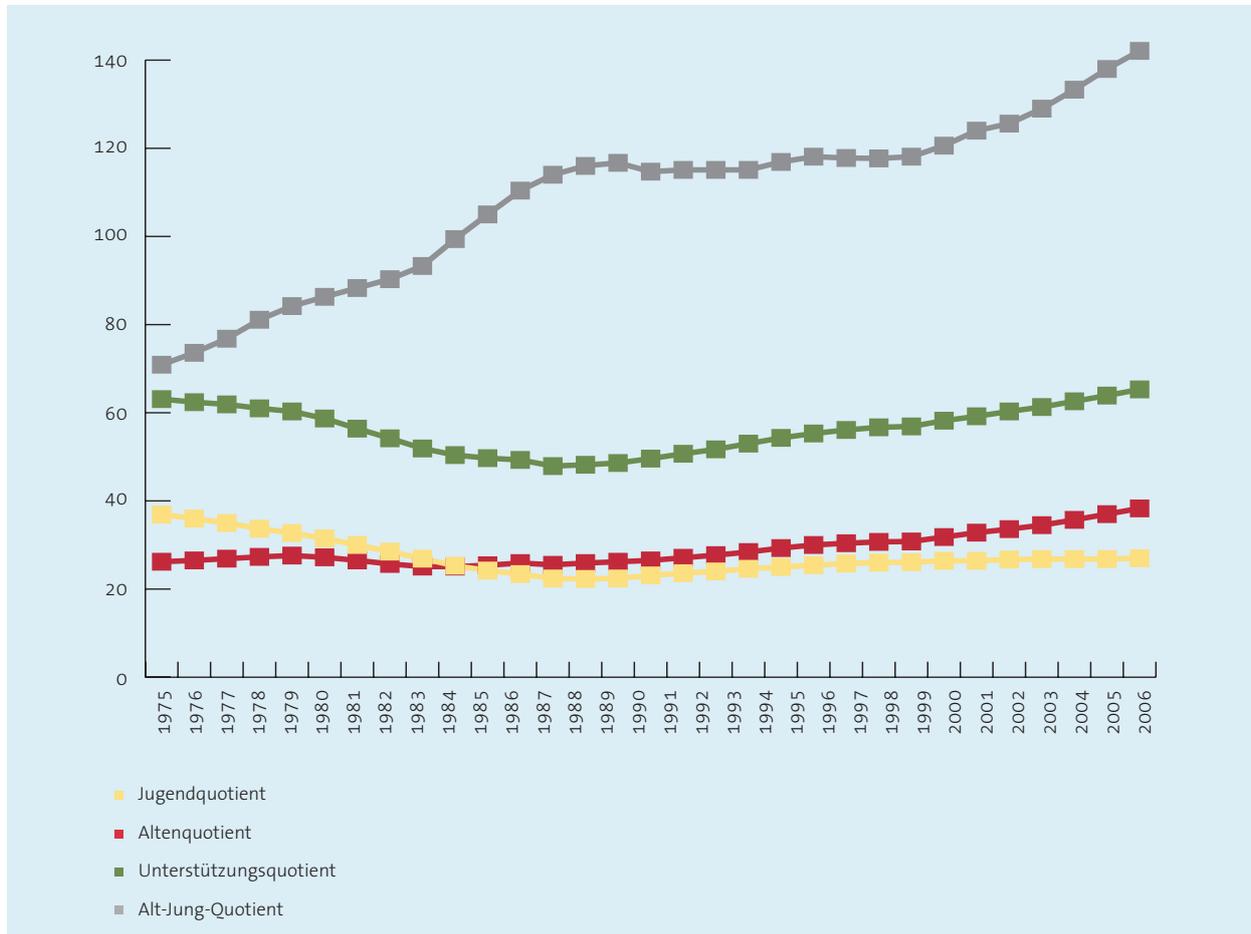
Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

unter 65-Jährigen sowie den von dieser „mittleren“ Altersschicht wirtschaftlich und sozial abhängigen Bevölkerungsgruppen der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen und der über 64-jährigen Älteren und Alten) macht deutlich, dass sich von 1975 bis heute (2006) in Mülheim ein Wandel vollzogen hat (vgl. Abbildung 3.4). Von 1975 bis 1987 ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung von knapp 23 Prozent auf gut 15 Prozent gesunken und pendelt seitdem zwischen 15 und 17 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der über 64-Jährigen von gut 16 Prozent auf fast 24 Prozent im Jahr 2006 kontinuierlich an. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt damit heute (2006) um knapp sieben Prozentpunkte unter dem Wert von 1975, während die Bevölkerung im Alter von 65 und älter um fast acht Prozentpunkte zugenommen hat. Anders als 1975, als der Anteil der Kinder und Jugendlichen

fast sieben Prozentpunkte größer als der Anteil der über 64-Jährigen war, übersteigt der Anteil der Älteren und Alten heute (2006) den der Kinder und Jugendlichen somit deutlich. Eine Umkehrung des Verhältnisses fand bereits Mitte der 1980er Jahre statt. Schon diese veränderten Größenverhältnisse der Altersgruppen verweisen auf Veränderungen in den Nachbarschaften und lokalen Milieus.

Setzt man die Anteilswerte für diese Altersgruppen in Beziehung zu einander, lassen sich Aussagen über Solidarpotenziale vor Ort (!) treffen. Wie viele wirtschaftlich und sozial abhängige Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) und wie viele Ältere und Alte (65 Jahre und älter) stehen der potenziell wirtschaftlich aktiven Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen gegenüber? Indikatoren, die etwas über die Altersstruktur und die Familienprägung

Abbildung 3.5: Altersstrukturquotienten von 1975 bis 2006



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

von Städten (sowie Stadtteilen und statistischen Bezirken, vgl. Kapitel 4) aussagen und zudem Auskunft über informelle Solidarpotenziale geben, sind der Jugend-, der Alten- sowie der Unterstützungsquotient. Diese Indikatoren erlauben darüber hinaus Aussagen über die Verteilung relevanter Zielgruppen der kommunalen Familien- und Sozialpolitik innerhalb der Städte.

1. Der **Jugendquotient** gibt die Anzahl der (zumeist wirtschaftlich und sozial abhängigen) Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf 100 Erwachsene im Alter von 18 bis unter 65 Jahren an. Häufig wird dieser Quotient als Indikator für die Familienprägung der entsprechenden Gebiete verwendet.
2. Der **Altenquotient** (über 64-Jährige auf 100 18- bis unter 65-Jährige) zeigt das Ausmaß der demografischen Alterung an. Auch hier gehen wir davon aus, dass die Alten und Ältere in einem gewissen „Abhängigkeitsverhältnis“ (Unterstützung

im Alltag, Hilfe in bestimmten Lebensbereichen, Pflege) zur „mittleren Generation“ stehen.

Häufig werden die Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der über 64-Jährigen direkt zueinander in Beziehung gesetzt und der so genannte „Alt-Jung-Quotient“ gebildet. Hier ist allerdings Vorsicht geboten! Zwar kann dieser Indikator als Hinweis auf die Überalterung des betreffenden Gebietes benutzt werden, allerdings stehen die entsprechenden Werte in keinem Verhältnis zur mittleren Bevölkerungsgruppe und sagen daher nichts über Solidarpotenziale aus. Hierzu eignet sich der „Unterstützungsquotient“:

3. Der **Unterstützungsquotient** addiert den Jugend- und den Altenquotienten, setzt also beide von der mittleren Altersgruppe „abhängigen“ Bevölkerungsgruppen – die Kinder und Jugendlichen sowie die Älteren und Alten – in Beziehung zu den 18- bis unter 65-Jährigen.

Abbildung 3.6: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2006 nach Staatsangehörigkeit



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Hohe Jugend- und Altenquotienten – beides kann gemeinsam auftreten – bzw. hohe Unterstützungsquotienten deuten auf eine besondere Belastung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften hin, die besonderen sozial- und familienpolitischen Handlungsbedarf signalisieren (vgl. dazu auch Kapitel 4). Nicht mehr Kinder und Jugendliche bilden die größte zu unterstützende Gruppe in Mülheim, sondern die Älteren und Hochbetagten, was sich in einem ansteigenden Altenquotienten ausdrückt. Da in Mülheim jedoch – anders als in anderen Städten des Ruhrgebietes – der Jugendquotient nur leicht gesunken ist, kommt es zu einem moderaten Anstieg des Unterstützungsquotienten. Dennoch muss sich die kommunale Sozial- und Familienpolitik auf diese Herausforderungen einstellen, da es ihre Aufgabe ist, einzugreifen, falls die informellen Solidarpotenziale diesen veränderten Anforderungen nicht mehr gerecht werden können. Gefragt sind beispielsweise innovative Strategien, um entsprechende Infrastruktureinrichtungen bereitzustellen bzw. die vorhandenen Einrichtungen anzupassen (Stichwort: mehr Hilfsangebote und Einrichtungen für Ältere).

len bzw. die vorhandenen Einrichtungen anzupassen (Stichwort: mehr Hilfsangebote und Einrichtungen für Ältere).

Mülheim – heute „bunter“ als 1975?

Insbesondere Zuzüge Nichtdeutscher in den 1980er und 1990er Jahren haben zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der nicht-deutschen Bevölkerung geführt. Waren 1975 nur knapp sechs Prozent der Einwohner Mülheims ohne deutschen Pass, galt dies 2006 bereits für knapp zehn Prozent. Allerdings finden sich in den meisten anderen Ruhrgebietsstädten heute höhere Anteile Nichtdeutscher.⁴ Obwohl die Bevölkerungsverluste in Mülheim ohne diesen Zuwachs noch deutlicher ausgefallen wären, als dies ohnehin der Fall ist, konnte der Zuzug von Nichtdeutschen – anders als in anderen Städten Nordrhein-Westfalens – die Bevölkerungsverluste nicht ausgleichen.

4 Zu den Konsequenzen des neuen Staatsbürgerschaftsrechts für die Bevölkerungsstatistik und die Erfassung der Bevölkerungsgruppe mit Migrationsgeschichte vgl. Kapitel 4.1.1.

3.2 Ein Blick in die Zukunft: Bevölkerungsprognose 2005 bis 2025

Nachdem in Kapitel 3.1 deutlich wurde, dass die Mülheimer Bevölkerung in den vergangenen Jahren tatsächlich weniger, älter und bunter geworden ist, wird im vorliegenden Kapitel eine Prognose gewagt, wie sich diese Merkmale in der näheren Zukunft (bis 2025) entwickeln könnten.

Keiner von uns kann in die Zukunft sehen

Wissenschaftliche Aussagen über die Zukunft sind (lediglich) Annahmen über die Folgen der Fortdauer vergangener Entwicklungen über den gegenwärtigen Zeitpunkt hinaus. Wissenschaftliche Bevölkerungsprognosen sind also nichts anderes als „in die Zukunft gerechnete Annahmen“ bzw. numerisch exakte „Wenn-dann-Vermutungen“. Prognosen sollten daher grundsätzlich kritisch betrachtet werden!

Der entscheidende Teil einer Prognose ist immer der „Wenn“-Teil. Die prognostizierten Daten – in diesem Falle die zukünftige Bevölkerungsentwicklung – können sich tatsächlich drastisch von der faktischen Entwicklung unterscheiden, falls sich der „Wenn“-Teil (in diesem Zusammenhang die Geburtenentwicklung⁵ und die Wanderungsannahmen) nur geringfügig anders entwickelt, als angenommen.

Warum Prognosen?

Wenn Prognosen Zukunftsentwürfe in Verlängerung der Vergangenheit sind, was ist dann ihr Zweck? Sie sollen zur Bewertung der so entworfenen Zukünfte und zum politischen Handeln aufordern. Wollen wir die erwartbare Entwicklung? Können wir die Bedingungen, unter denen sie eintreten (die „Wenn-Komponente“), ändern? Können wir Randbedingungen ändern? Wenn ja, welche und wie ist das möglich? Kann man prognostizierte Entwicklungen nicht mehr beeinflussen, so hat man immer noch die Möglichkeit, sich auf sie einzustellen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Eckdaten und Parameter zur Bevölkerungsprognose Mülheim

Für den vorliegenden Familienbericht Mülheim greifen wir auf eine Bevölkerungsprognose der Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) zurück, welche auf der Ebene der 54 kreisfreien Städte und Kreise Nordrhein-Westfalens durchgeführt wurde. Die Vorausberechnung basiert auf dem Bevölkerungstand zum 01.01.2005 und berücksichtigt Annahmen über die zukünftige Entwicklung von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen. Als Basiszeitraum werden in der Regel die Jahre 2000 bis 2004 herangezogen (vgl. Ströker 2006).

Der Bevölkerungsprognose liegen folgende Annahmen zu Grunde: In Bezug auf **Fertilität** wird für die Analysen angenommen, „dass die durchschnittlichen altersspezifischen Geburtenziffern des Zeitraums 2002 bis 2004 für jede kreisfreie Stadt und jeden Kreis, trotz regionaler starker Unterschiede [...], über den gesamten Berechnungszeitraum konstant bleiben. Für die Landesebene ergibt sich daraus eine zusammengefasste Geburtenziffer von etwa 1,39. [...] Für die kreisfreien Städte und Kreise wird eine Konstanz der **Säuglingssterblichkeit** auf dem Niveau des Referenzzeitraums 2000 bis 2004 für die Zukunft unterstellt. [...] Für die weitere Entwicklung der Lebenserwartung ist unterstellt worden, dass es in Zukunft zu einem langsameren Ansteigen der Lebenserwartung kommt. [...] Für die jeweiligen Städte und Kreise wird eine Steigerung der **Lebenserwartung** eines weiblichen Neugeborenen um ungefähr 4,8 Jahre und eines männlichen Neugeborenen um ungefähr 5,8 Jahre bis 2050 angenommen“ (Ströker 2006: 5).

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind **Annahmen über zukünftige Wanderungsbewegungen** zu treffen, die über einen längeren Zeitraum schwer prognostizierbar sind. Allerdings sind diese für eine Bevölkerungsprognose unverzichtbar, da sie erheblichen Einfluss auf Bevölkerungsanzahl und -struktur haben. Das LDS unterscheidet Zu- und Fortzüge nach unterschiedlichen Herkunfts- und Zielregionen, für die jeweils unterschiedliche Annahmen zu treffen sind:

- innerhalb Nordrhein-Westfalens (Landesbinnenwanderung),
- in die bzw. aus den übrigen Bundesländern,
- über die Bundesgrenzen hinaus.

Die Vorausberechnungen der Landesbinnenwanderung sind entsprechend dem Basiszeitraum von 2000 bis 2004 konstant gehalten worden, da es keine konkreten Anzeichen für Veränderungen gibt. Die Annahmen über die Verflechtungen über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus ergeben für Mülheim einen jährlichen positiven Wanderungssaldo (vgl. Ströker 2006).⁶

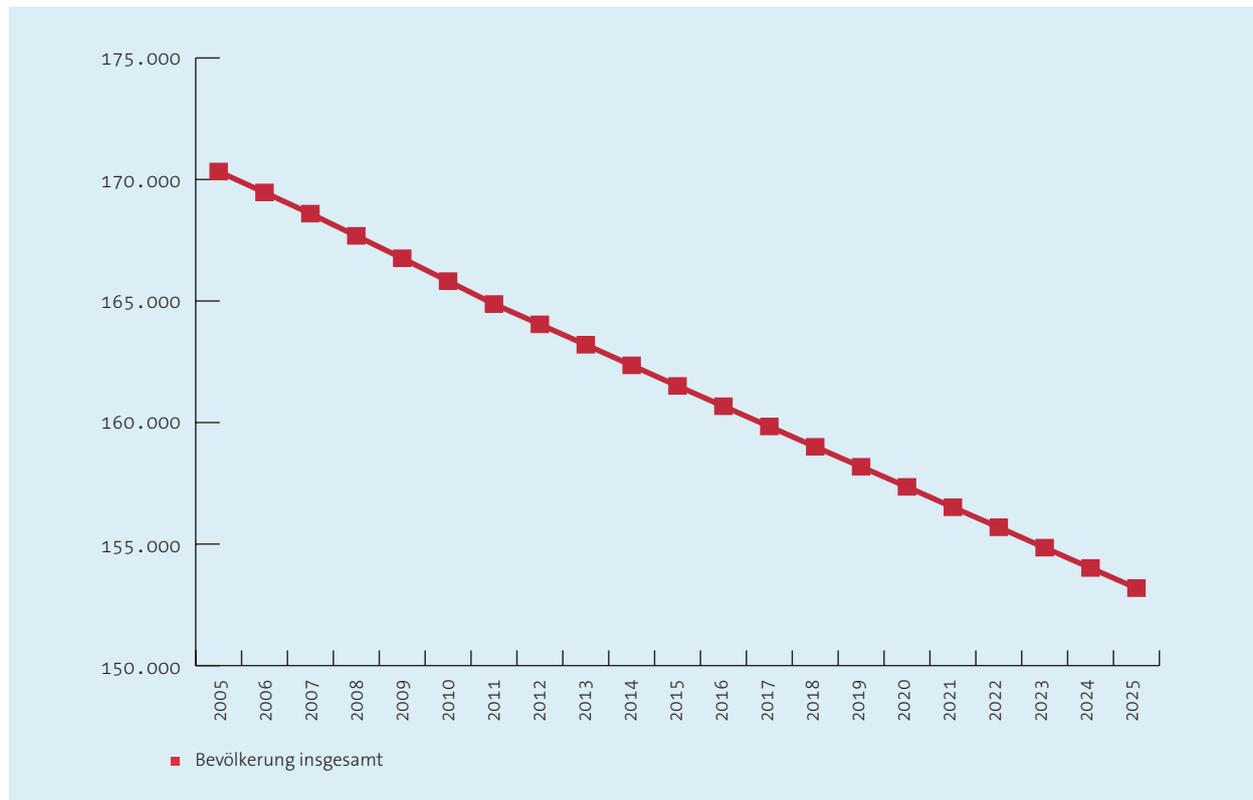
Entwicklung der Gesamtbevölkerung

Entsprechend der formulierten Parameter ist davon auszugehen, dass die Gesamtbevölkerung Mülheims bis 2025 kontinuierlich von 170.327 Einwohnern im Jahr 2005 auf 153.186 Einwohner im Jahr 2025 schrumpfen wird (vgl. Abbildung 3.7). Das entspricht einer Abnahme der Bevölkerung um mehr als zehn Prozent (etwa 17.000 Einwohner) in 20 Jahren.

⁵ Im Gegensatz zur Geburtenentwicklung ist die Sterblichkeit relativ einfach und verlässlich prognostizierbar.

⁶ Für detailliertere Angaben und Begründungen zu den Wanderungsannahmen siehe Ströker 2006.

Abbildung 3.7: Bevölkerungsentwicklung von 2005 bis 2025 (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Abbildung 3.8: Bevölkerung nach Altersjahren 2005 und 2025 im Vergleich (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Altersaufbau

Vergleichen wir die Alterspyramide der Prognose für das Jahr 2025 mit dem Altersaufbau des Jahres 2005, so zeigt sich, dass im Jahr 2025 nicht mehr die 30- bis 55-Jährigen (die heutigen Eltern von minderjährigen Kindern) die stärkste Altersgruppe stellen werden, sondern dass genau diese geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre (die dann 55- bis 70-Jährigen) die stärkste Gruppe sein werden (vgl. Abbildung 3.8). Auch die Gruppe der Hochbetagten wird deutlich zunehmen (vgl. dazu auch Abbildung 3.9).

Die deutlich schwächer besetzte (zukünftige) Elterngeneration der nach 1975 Geborenen wird zusammen mit den voraussichtlich anhaltend niedrigen Geburtenraten dazu führen, dass die Kindergeneration der potenziellen Elterngeneration des Jahres 2025 noch einmal schwächer besetzt sein wird. Diese „Abwärts-

spirale“ ist also bereits durch die Größe der heutigen Kindergenerationen angelegt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird in Mülheim bis 2025 von 16,4 auf 13,6 Prozent weiter abnehmen.

Abbildung 3.9 stellt für jedes Altersjahr die absoluten Zahlen von 2005 den für das Jahr 2025 prognostizierten Werten direkt gegenüber. Anhand dieser Darstellung wird auf einen Blick deutlich, dass die unter 25-Jährigen – und noch deutlicher die 35- bis 55-Jährigen – im Jahr 2025 zahlenmäßig schwächer vertreten sein werden, während die anderen Altersgruppen, insbesondere die 55- bis 65-Jährigen sowie die über 80-Jährigen, deutlich zunehmen werden. Innerhalb der jüngeren Bevölkerung wird es dieser Prognose zufolge 2025 nur eine kleine Altersgruppe der etwa 25- bis 35-Jährigen geben, die sich im Gegensatz zu heute (2005) vergrößern wird. Das sind die Kinder der Generation der „Babyboomer“.

Abbildung 3.9: Zu-/Abnahme der Bevölkerung nach Altersjahren: 2005 und 2025 im Vergleich (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

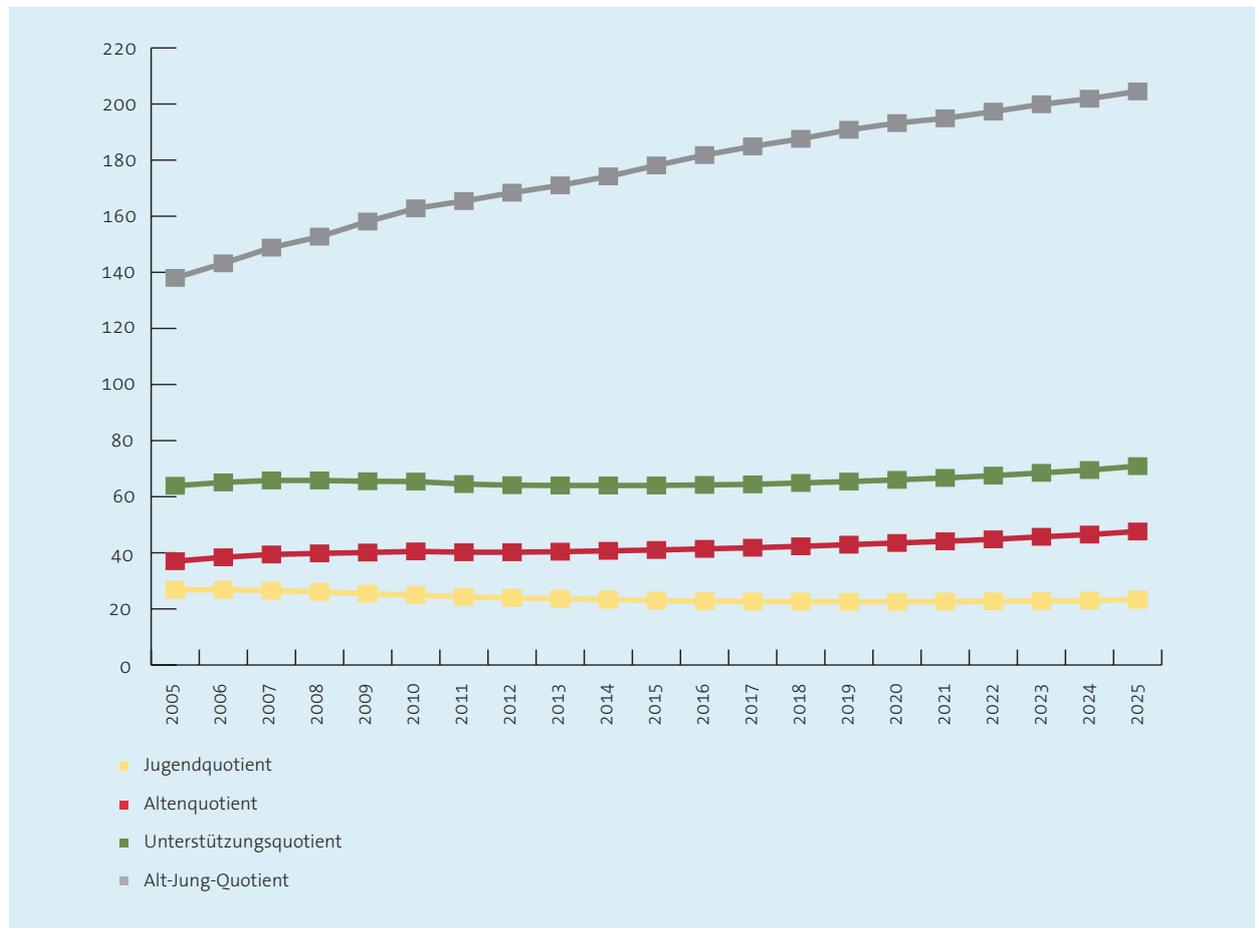
Die „Verschiebung“ der Altersstrukturen wirkt sich bis 2025 auch auf die in Kapitel 3.1 angesprochenen Solidarpotenziale aus. Der Jugendquotient sinkt deutlich von 26,8 auf 23,3 und der Altenquotient steigt deutlich von heute 37,0 auf 47,1 im Jahr 2025, so dass sich einerseits eine Verschiebung der zu unterstützenden Gruppe ergibt, was andererseits auch bedeutet, dass der Unterstützungsquotient in Mülheim in den nächsten Jahren steigen wird.

Entwicklung der Altersgliederung als Planungsvoraussetzung für soziale Institutionen

Abschließend soll die Frage beantwortet werden, wie sich für (soziale) Institutionen relevante Altersgruppen innerhalb der drei bisher betrachteten Altersgruppen (unter 18-Jährige, 18- bis unter 65-Jährige und über 64-Jährige) in Zukunft entwickeln werden, um Informationen zu potenziellen Bedarfsentwicklungen für sozi-

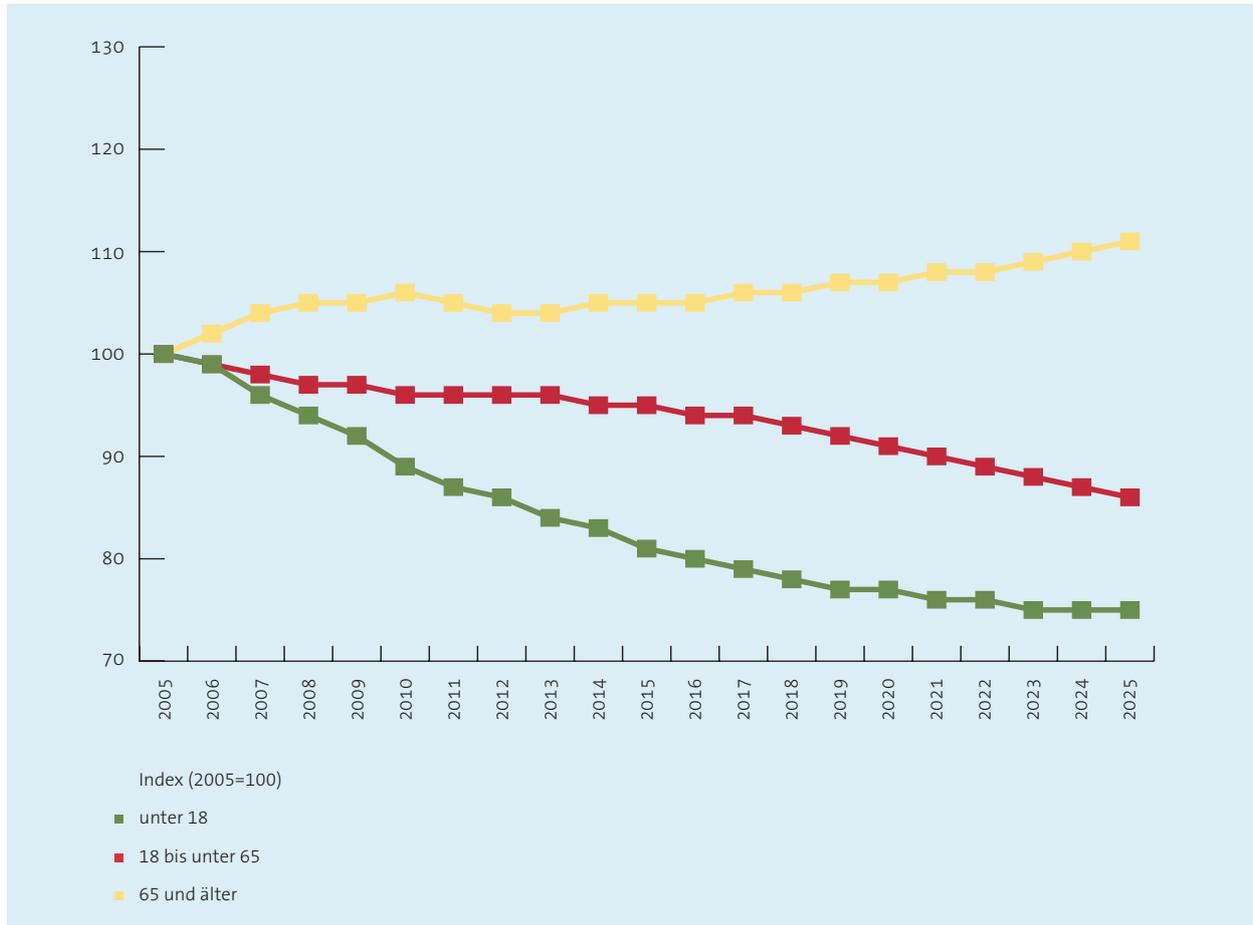
ale Institutionen und Infrastruktureinrichtungen zu erhalten. Um abschätzen zu können, wie sich die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entwickeln und um gegebenenfalls entsprechende Infrastrukturangebote anzupassen (vgl. dazu Kapitel 7.3), verwenden wir keine Anteilswerte (wie bei den Aussagen über informelle Solidarpotenziale), sondern betrachten die Entwicklung anhand der absoluten Zahlen. Wir setzen dazu den Wert für das Jahr 2005 gleich 100 und führen diesen Index entsprechend der Bevölkerungsprognose für die Jahre bis 2025 fort.

Abbildung 3.10: Altersstrukturquotienten von 2005 bis 2025 (Prognose)



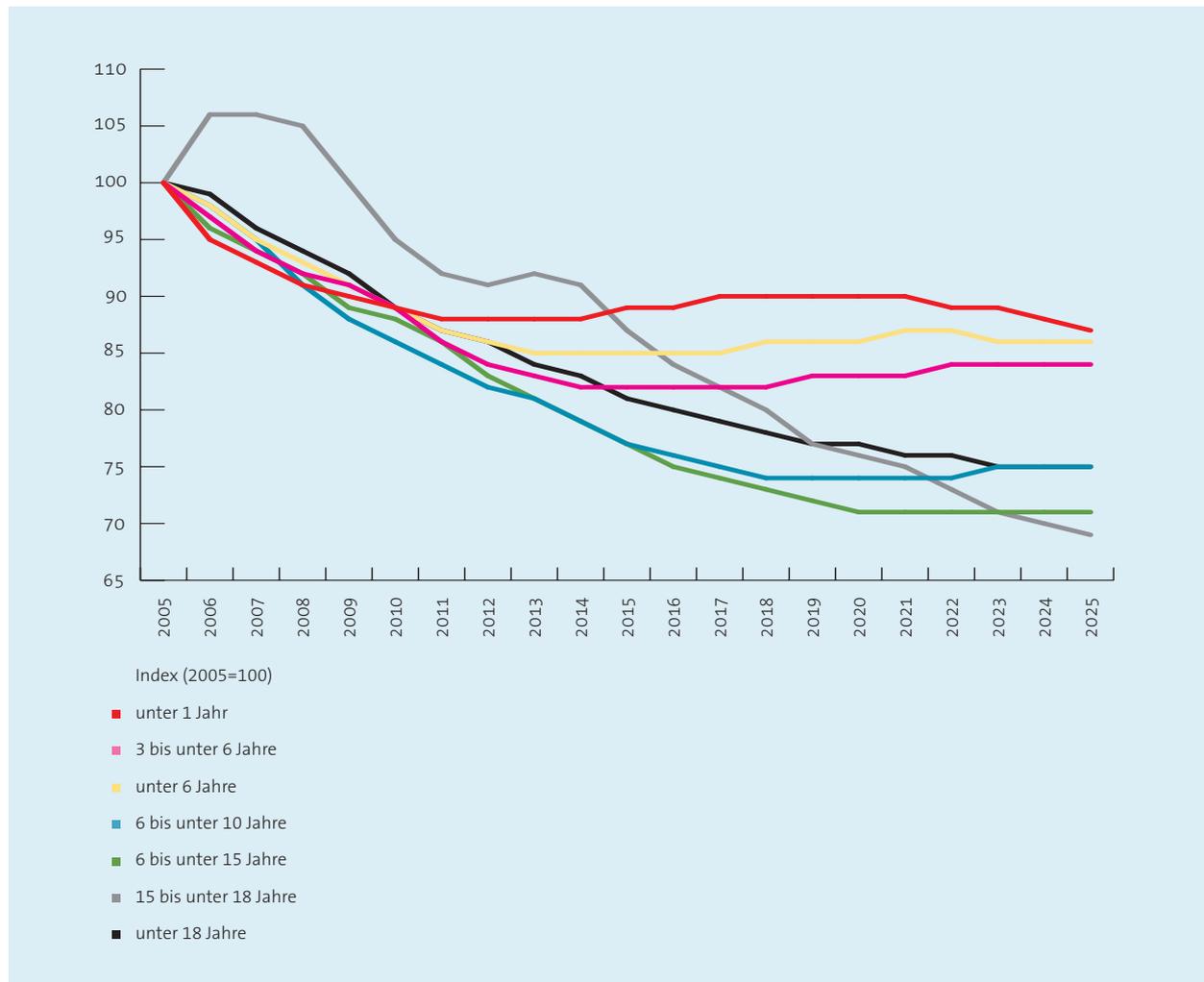
Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Abbildung 3.11: Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen von 2005 bis 2025 (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Abbildung 3.12: Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren nach Altersgruppen von 2005 bis 2025 (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Betrachten wir die drei Altersgruppen genauer. Zuerst die **Gruppe der Kinder und Jugendlichen**: Hier unterscheiden wir nicht nur Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren insgesamt, sondern differenzieren nach Säuglingen (unter einem Jahr), Kindern im Kindergartenalter (drei bis unter sechs Jahren), nicht schulpflichtigen Kindern (unter sechs Jahren), Kindern im Grundschulalter (sechs bis unter zehn Jahren), schulpflichtigen Kindern insgesamt (sechs bis unter 15 Jahren) sowie Schulpflichtigen und Lehrlingen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

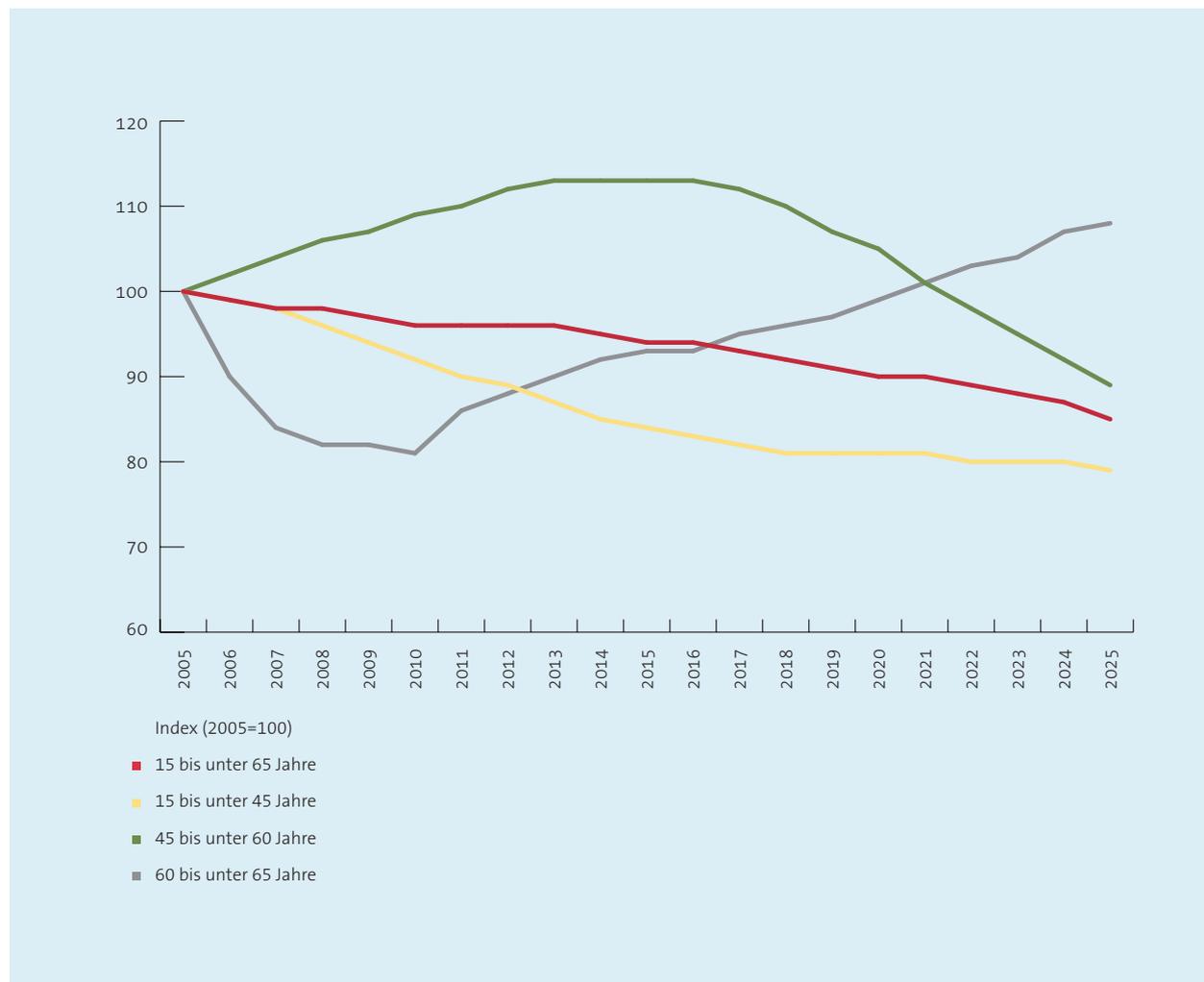
Insgesamt wird die Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis 2025 um ein Viertel abnehmen. Je älter die Kinder und Jugendlichen

in der entsprechenden Altersgruppe sind, desto stärker wird der Rückgang ausfallen. Der Indexwert der 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen sinkt im Jahr 2025 auf 70, diese Altersgruppe wird sich in den kommenden Jahren allerdings als einzige Altersgruppe der unter 18-Jährigen kurzfristig vergrößern.

In der Gruppe der Volljährigen unterscheiden wir die Erwerbsfähigen (vgl. Abbildung 3.13) und die sich im Rentenalter befindenden Bevölkerungsgruppen (vgl. Abbildung 3.14).

Insgesamt sinkt die Bevölkerungszahl der **Gruppe der Erwerbsfähigen** bis 2025 kontinuierlich. Die Entwicklung der einzelnen

Abbildung 3.13: Entwicklung der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren nach Altersgruppen von 2005 bis 2025 (Prognose)



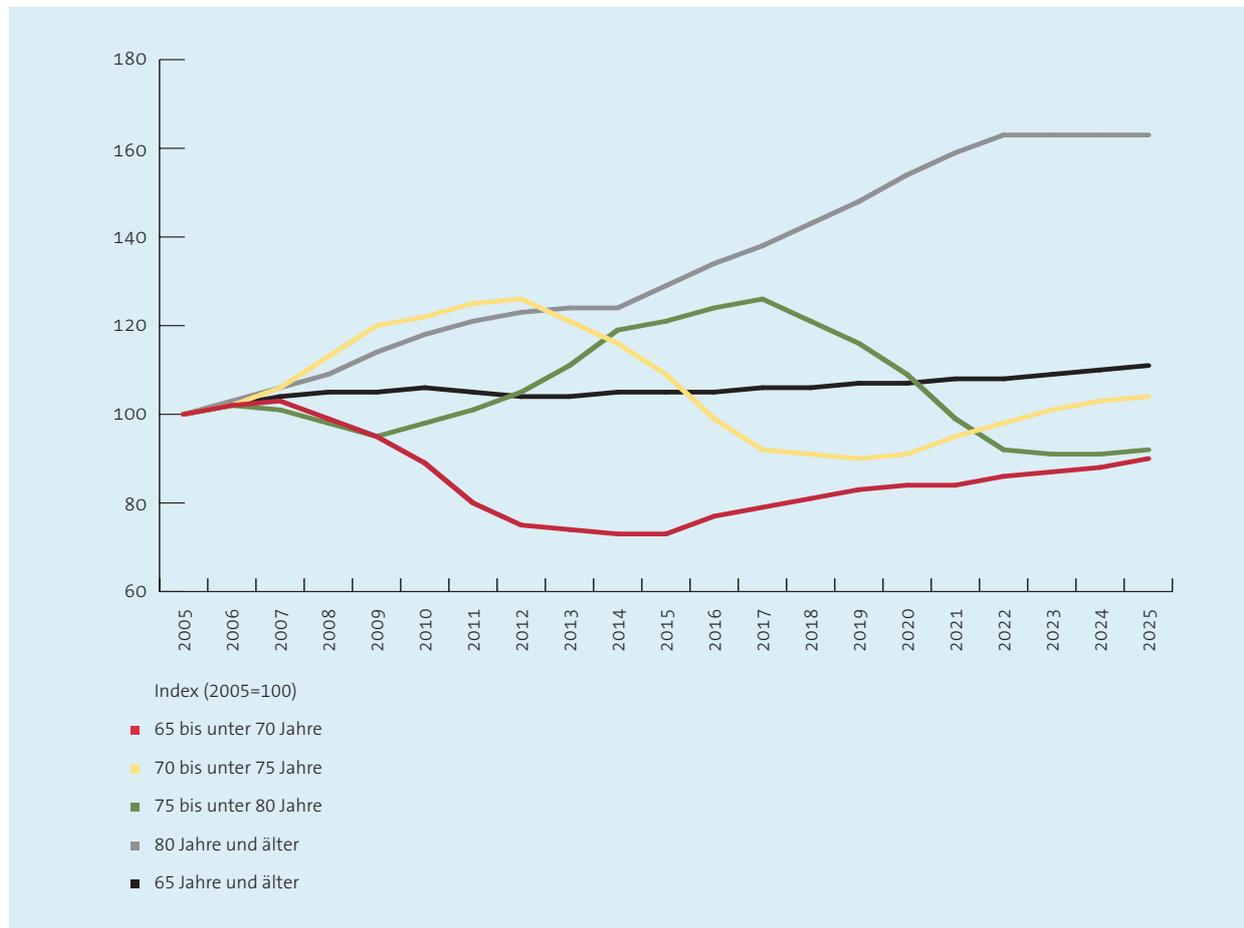
Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Altersgruppen ist hier allerdings sehr unterschiedlich: Während sich die Gruppe der „jungen“ Erwerbsfähigen bis 2025 kontinuierlich verringern wird, nimmt die Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen bis 2016 zu, um dann im Anschluss wieder kleiner zu werden und im Jahr 2022 unter den Wert von heute (2005) zu sinken. Ganz anders wird sich die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen entwickeln. Nachdem diese Gruppe in den nächsten Jahren bis 2010 schrumpft, steigt sie danach kontinuierlich an und wird im Jahr 2025 deutlich größer als heute (2005) sein.

Für die **Gruppe der Älteren und Hochbetagten** wird bis 2025 ein deutlicher Anstieg prognostiziert. Aber auch hier gibt es deutli-

che Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die Gruppe der 75- bis unter 80-jährigen bleibt einige Jahre konstant bzw. sinkt leicht, verzeichnet anschließend einen deutlichen Anstieg und sinkt ab 2017 unter das Niveau von 2005. Ähnlich, aber etwas zeitversetzt, verhält es sich mit der Bevölkerungsgruppe der 70- bis unter 75-Jährigen, deren Anzahl bis 2012 ansteigt, dann bis 2019 deutlich sinkt, um danach wieder leicht anzusteigen. 2025 erreicht diese Altersgruppe etwa das Niveau von 2005. Für die Gruppe der 65- bis unter 70-Jährigen wird in den nächsten Jahren ein deutlicher Bevölkerungsverlust prognostiziert, ab 2015 steigt die Anzahl dieser Altersgruppe leicht, aber kontinuierlich an.

Abbildung 3.14: Entwicklung der Bevölkerung im Alter von über 64 Jahren nach Altersgruppen von 2005 bis 2025 (Prognose)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Der deutliche Bevölkerungsanstieg der Altersgruppe der über 64-Jährigen begründet sich also in dem Anstieg der Hochbetagten, die 80 Jahre und älter sind. 2025 werden in Mülheim über 60 Prozent mehr Menschen im Alter von 80 Jahren und älter als heute (2005) leben. Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Pflegebedarf proportional mit dem Anteil der Hochbetagten steigt, ergeben sich aus diesen Entwicklungen dennoch wachsende Anforderungen an eine altersgerechte Infrastruktur.

4

KLEINRÄUMIGE BEVÖLKERUNGS- UND FAMILIENSTRUKTUREN IN MÜLHEIM

Karte 4.1: Kleinräumige Gliederung der Stadt Mülheim



Nachdem im vorhergehenden Kapitel die Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis heute (2006) skizziert und der weitere Verlauf bis 2025 prognostiziert wurde, werden im vorliegenden Kapitel die aktuellen Bevölkerungs- und Familienstrukturen für das Bezugsjahr 2005 ausführlicher und darüber hinaus auch kleinräumig dargestellt. Eine kleinräumige Betrachtung ist sinnvoll, da auch für Mülheim gilt: Nirgends ist es so wie im Durchschnitt. Die Bevölkerungs- und Familienstrukturen variieren zwischen den statistischen Bezirken: Es gibt „ältere“ und „jüngere“ Gebiete, Räume in denen mehr Nichtdeutsche leben als in anderen, Räume die stärker „familiengeprägt“ sind und solche, die durch eine Häufung bestimmter Familienformen (Alleinerziehende, Kinderreiche) auffallen.

Um diese Strukturen und die damit verbundenen unterschiedlichen Herausforderungen an die lokale Politik zu identifizieren, beziehen wir uns in diesem Kapitel auf die Ebene der 27 statistischen Bezirke. Für die Darstellung der Ergebnisse der Familienbefragung in den nachfolgenden Kapiteln weichen wir dagegen auf die Ebene der neun Stadtteile aus, da auf der Ebene der statistischen Bezirke keine ausreichenden Fallzahlen vorliegen.

Die neun Mülheimer Stadtteile sind – gemessen an ihren absoluten Bevölkerungszahlen – zum Stichtag 31.12.2005 unterschiedlich groß. Die Einwohnerzahl reicht von 13.616 in Menden-Holthausen bis zu 24.759 in Altstadt II. Dazwischen liegen Broich (14.151 Einwohner) und Styrum (15.900 Einwohner), Speldorf (18.381 Einwohner), Altstadt I und Dümpften (jeweils etwa 19.500), Heißen

Übersicht 4.1: Zuordnung der Statistischen Bezirke zu den Stadtteilen

Stadtteile	Statistische Bezirke
Altstadt I	Altstadt I-Stadtmitte Altstadt I-Südwest Altstadt I-Südost Altstadt I-Nordost
Altstadt II	Altstadt II-Südost Altstadt II-Nordost Altstadt II-Nord Altstadt II-Südwest
Styrum	Styrum-Süd Styrum-Nord
Dümpten	Dümpten-West Dümpten-Ost
Heißen	Heißen-Nord Heißen-Mitte Heißen-Süd
Menden-Holthausen	Holthausen-Nord Holthausen -Südost Menden und Ickten Holthausen-West
Saarn	Saarn-Mitte Saarn-Süd Saarn-West
Broich	Broich-West + Waldgebiet Broich-Ost
Speldorf	Speldorf-Nordost Speldorf-Süd Speldorf-Nordwest

(21.686) und Saarn (23.848 Einwohner).

Deutlich größere Unterschiede lassen sich auf der Ebene der statistischen Bezirke feststellen (vgl. Karte 4.2). Während im statistischen Bezirk Menden und Ickten 1.326 Einwohner leben (das sind 0,8 Prozent der Mülheimer Gesamtbevölkerung), ist die Zahl für den statistischen Bezirk Saarn-Mitte mehr als zehnmal so hoch (13.961 Einwohner).

4.1 Soziodemografische und Sozioökonomische Basisdaten

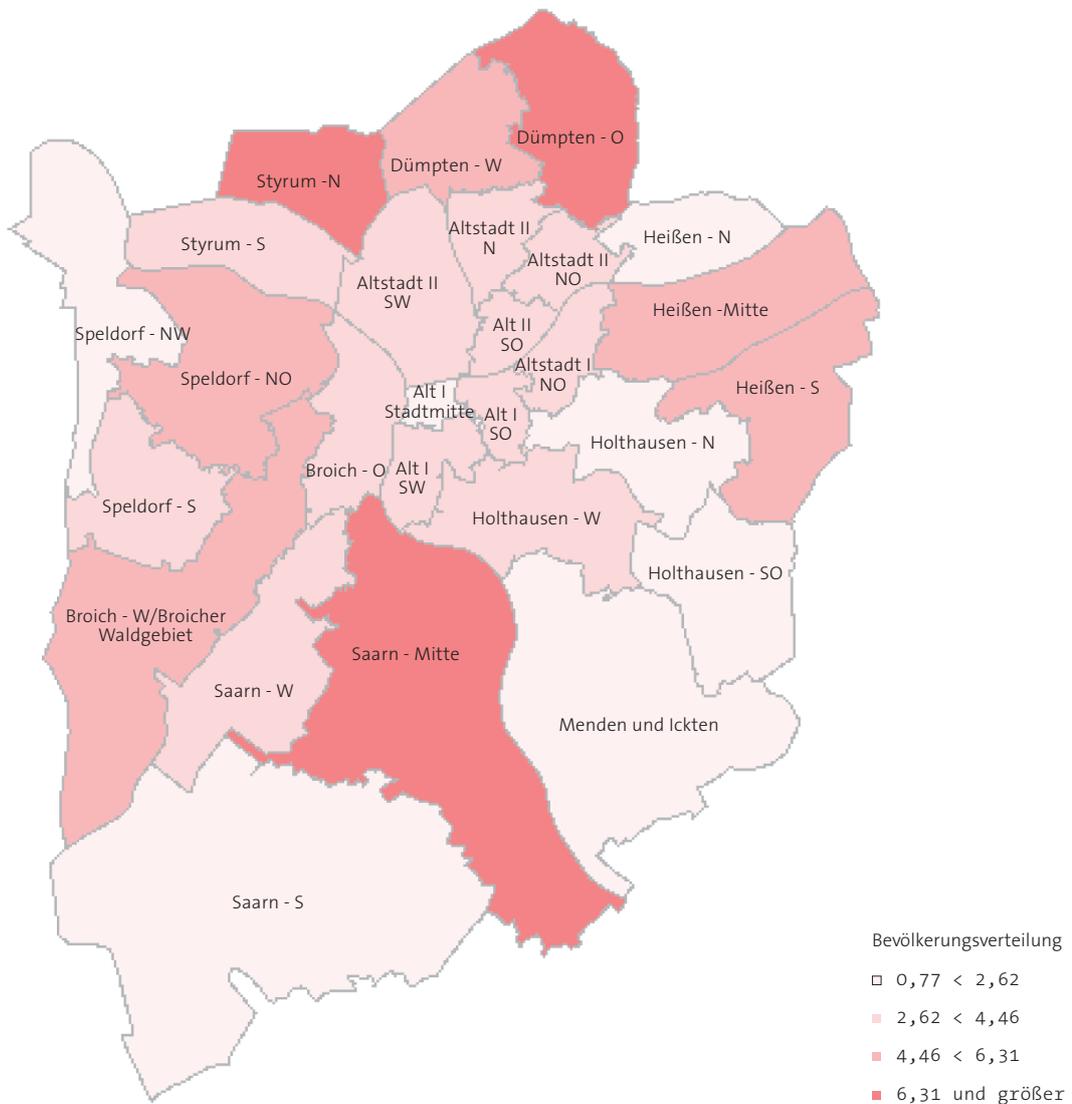
Wie viele Mülheimer gibt es? Wie alt sind sie? Und wie viele von Ihnen haben einen deutschen Pass? Diese und andere damit zusammenhängende Fragen werden in Kapitel 4.1.1 sehr konkret für die einzelnen statistischen Bezirke beantwortet. In Kapitel 4.1.2 stehen dann ausgewählte Daten zu Familienformen, zu Geburten und zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Vordergrund. In Kapitel 4.2 wird anhand einer Korrelationsmatrix dargestellt, wel-

che Indikatoren einen statistischen Zusammenhang aufweisen, d.h. bedeutsam für die Beschreibung der soziodemografischen und sozioökonomischen Profile der statistischen Bezirke sind.

4.1.1 Bevölkerungsstruktur der Stadt Mülheim

16,3 Prozent der am 31.12.2005 in Mülheim lebenden Einwohner⁷ sind Kinder und Jugendliche im Alter von unter 18 Jahren. 22,8 Prozent der Bevölkerung sind im Rentenalter, darunter 5,3 Prozent Hochbetagte im Alter von 80 Jahren und älter (vgl. Tabelle 4.1).

Karte 4.2: Bevölkerung der statistischen Bezirke in Prozent der Stadtbevölkerung 2005



Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

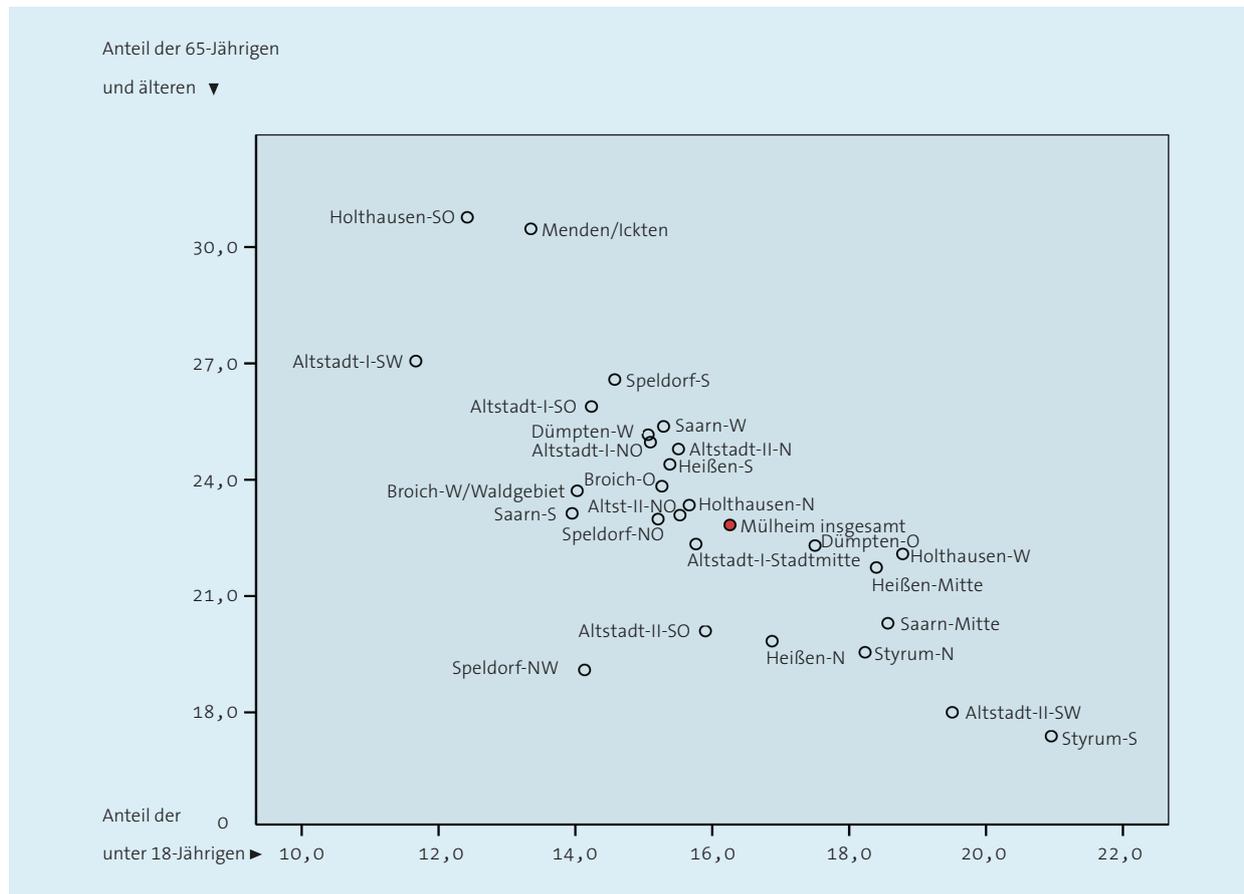
Tabelle 4.1: Bevölkerungsstruktur der Stadt Mülheim nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2005

Bevölkerungsgruppe	Alter von...Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kleinkinder	unter 3	3.951	2,3	2.034	2,5	1.917	2,1
darunter	unter 1	1.206	0,7	615	0,8	591	0,7
darunter	1 bis unter 3	2.745	1,6	1.419	1,7	1.326	1,5
Kindergartenalter	3 bis unter 6	4.163	2,4	2.148	2,6	2.015	2,2
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	8.114	4,7	4.182	5,1	3.932	4,4
Grundschulalter	6 bis unter 10	6.111	3,6	3.131	3,8	2.980	3,3
Schulpflichtige	6 bis unter 15	14.378	8,4	7.308	8,9	7.070	7,9
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	5.361	3,1	2.769	3,4	2.592	2,9
Kinder und Jugendliche	unter 18	27.853	16,3	14.259	17,5	13.594	15,2
Volljährige	18 und mehr	143.460	83,7	67.409	82,5	76.051	84,8
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	109.705	64,0	54.203	66,4	55.502	61,9
darunter	15 bis unter 45	63.142	36,9	31.580	38,7	31.562	35,2
darunter	45 bis unter 60	35.919	21,0	17.591	21,5	18.328	20,4
darunter	60 bis unter 65	10.644	6,2	5.032	6,2	5.612	6,3
im Rentenalter	65 und mehr	39.116	22,8	15.975	19,6	23.141	25,8
Hochbetagte	80 und mehr	9.110	5,3	2.586	3,2	6.524	7,3
Einwohner insgesamt		171.313	100,0	81.668	100,0	89.645	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Zwischen den einzelnen statistischen Bezirken variieren diese Anteile zum Teil erheblich. Zudem finden sich in den statistischen Bezirken, in denen der Anteil der unter Siebenjährigen am höchsten ist (Altstadt II-Südwest und Styrum-Süd mit jeweils 7,8 Prozent) auch die höchsten Anteile unter 18-Jähriger (19,5 und 21,0 Prozent) sowie die niedrigsten Anteile über 65-Jähriger (18,0 und 17,4 Prozent). In den statistischen Bezirken Holthausen-Südost und Menden und Ickten, in denen anteilig die meisten über 65-Jährigen leben (30,8 und 30,5 Prozent), sind dagegen die stadtweit niedrigsten Anteile unter Siebenjähriger und unter 18-Jähriger zu finden. Diese Tendenz ist für die gesamte Stadt Mülheim zu beobachten: Dort wo viele Junge wohnen, leben wenige Alte und umgekehrt. Wo anteilig etwa ähnlich viele 18-Jährigen wie im stadtweiten Durchschnitt leben, liegt auch der Anteil der über 65-Jährigen etwa in diesem Schnitt (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1: Anteile der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren und über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung Mülheims 2005



Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Jugend- und Altenquotienten in den statistischen Bezirken

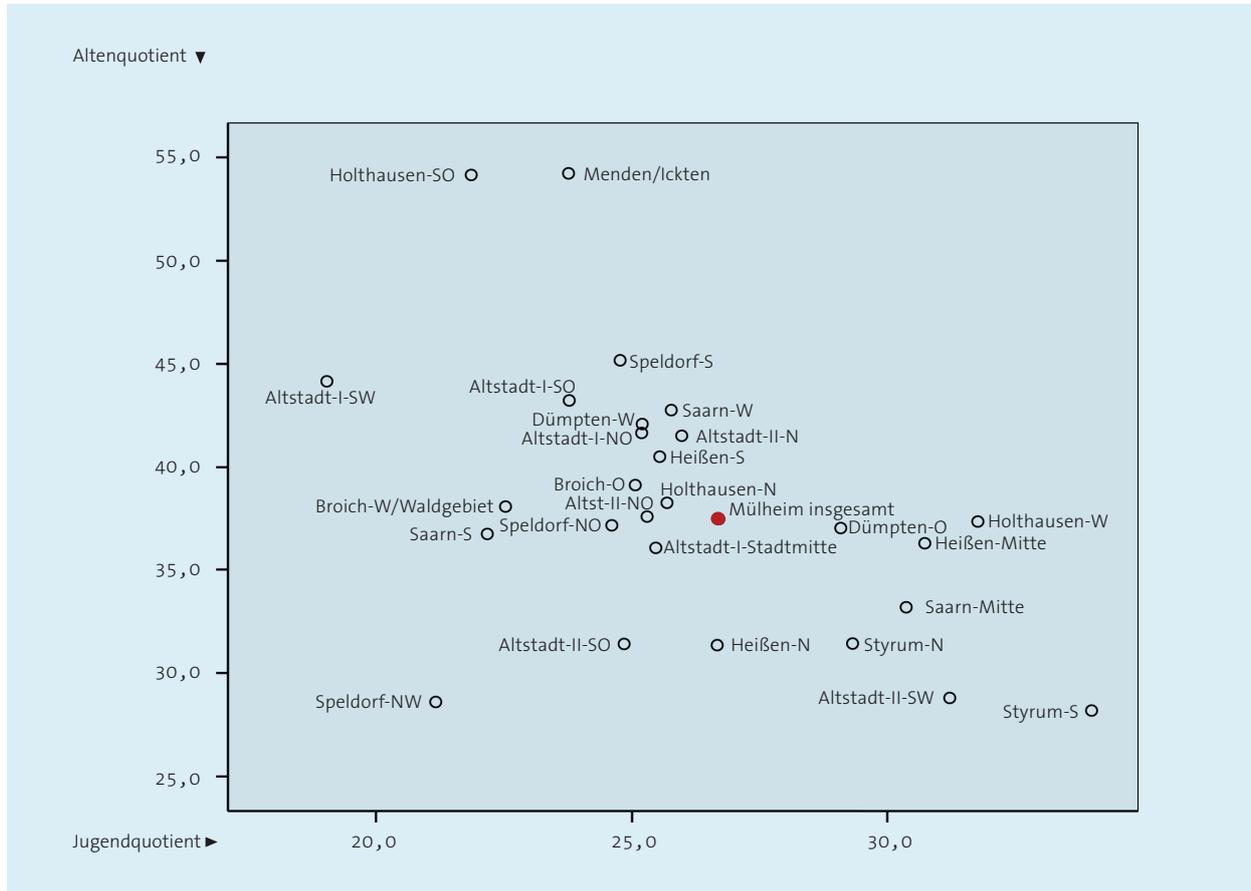
Ein ähnlicher, wenn auch weniger stark ausgeprägter statistischer Zusammenhang ist in Mülheim auch für den Jugendquotienten (dem Verhältnis der unter 18-Jährigen zu den 18- bis unter 65-Jährigen) und Altenquotienten (dem Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 18- bis unter 65-Jährigen) festzustellen.

Für die Gesamtstadt liegt der **Jugendquotient** bei einem Wert von 26,7, innerhalb der statistischen Bezirke variiert er jedoch erheblich zwischen 19,0 und 34,0. Erwartungsgemäß ist der Jugendquotient dort, wo auch anteilig die meisten Kinder und Jugendlichen unter 7 Jahren bzw. unter 18 Jahren leben, am höchsten (in Styrum-Süd, Altstadt II-Südwest und Holthausen-West) und dort, wo anteilig die wenigsten Kinder und Jugendlichen leben, am niedrigsten (in Altstadt I-Südost). Ebenfalls deutliche

kleinräumige Unterschiede zeigen sich beim **Altenquotienten**. Hier finden wir die höchsten Werte in den statistischen Bezirken Menden und Ickten (54,2) und Holthausen-Südost (54,1), die niedrigsten in Styrum-Süd (28,2) und Speldorf-Nordwest (28,6). Statistische Bezirke, die sowohl einen hohen Jugend- als auch einen hohen Altenquotienten aufweisen, gibt es in Mülheim nicht, was auf eine deutliche Trennung der Wohngebiete von Familien mit minderjährigen Kindern und der älteren Bevölkerung über 64 Jahren innerhalb der Stadt hinweist (vgl. Abbildung 4.2).

Addieren wir den Jugend- und den Altenquotienten, so erhalten wir den **Unterstützungsquotienten**, also die Gruppe der wirtschaftlich von der mittleren Generation „abhängigen“ Bevölkerungsteile (vgl. auch Kapitel 3). Den mit Abstand niedrigsten Unterstützungsquotienten weist mit 49,8 der statistische Bezirk

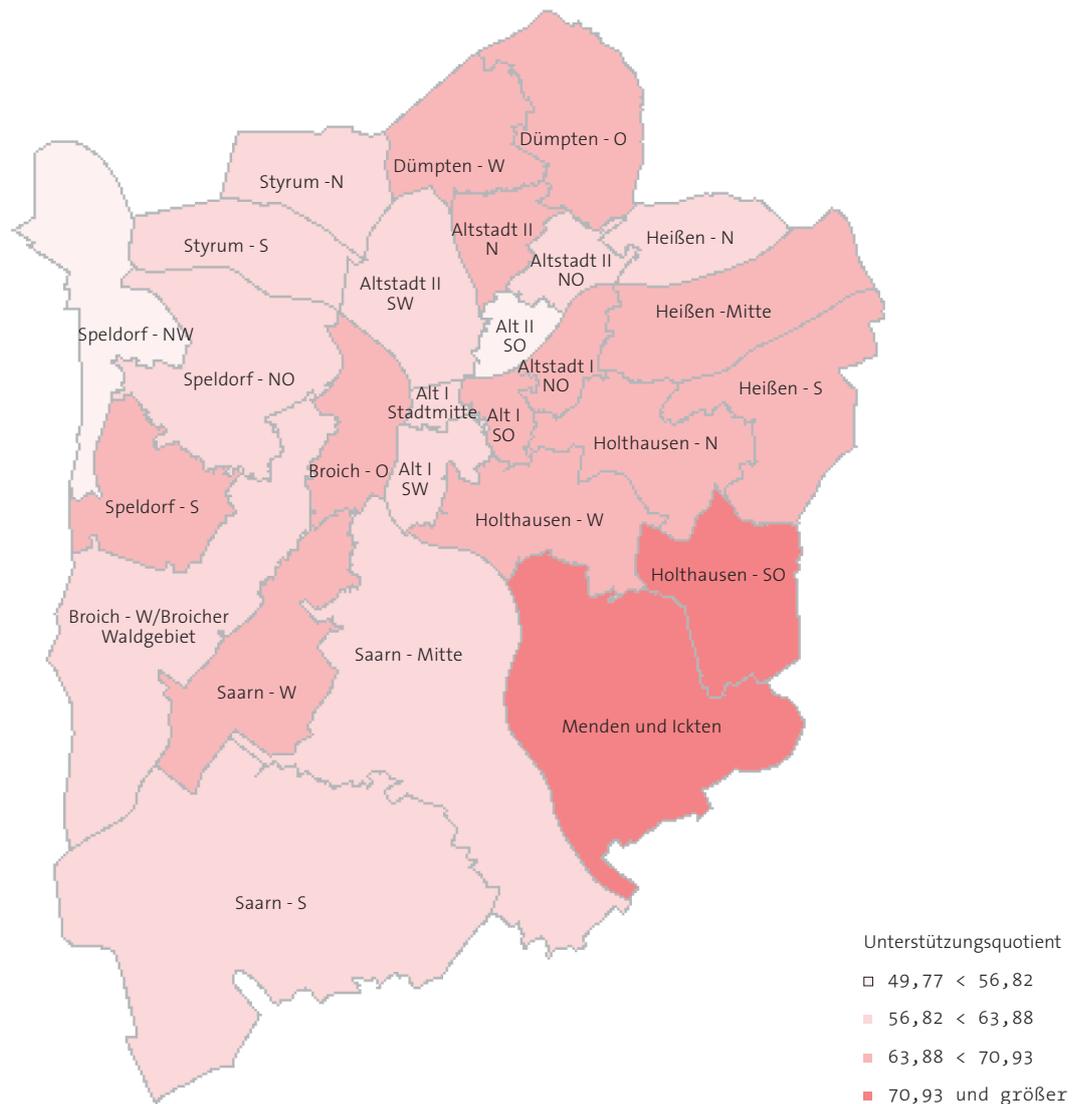
Abbildung 4.2: Jugend- und Altenquotienten in den statistischen Bezirken 2005



Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Speldorf-Nordwest auf, was auf eine zahlenmäßig stärker besetzte Altersgruppe der Erwerbsfähigen hinweist (vgl. Karte 4.3). Dagegen sind die stadtwweit höchsten Unterstützungsquotienten in den Bezirken Holthausen-Südost und Menden und Ickten (76,0 und 78,0) auf die hohen Altenquotienten zurückzuführen, die sehr deutlich über denen anderer statistischer Bezirke liegen. Statistische Bezirke, deren überdurchschnittlich hoher Unterstützungsquotient auf einen hohen Jugendquotienten zurückzuführen ist, finden sich innerhalb Mülheims im Grunde nicht. Einzig die Bezirke Heißen-Mitte und Holthausen-West liegen mit 67,0 und 69,1 geringfügig über dem stadtwweiten Durchschnitt von 66,8.

Karte 4.3: Unterstützungsquotient 2005



(unter 18-Jährige und 65-Jährige und Ältere in % der 18- bis unter 65-Jährigen; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Wie viele Mülheimer Einwohner haben keinen deutschen Pass und wo wohnen sie?

Zum 31.12.2005 besaßen 16.952 Mülheimer Einwohner keinen deutschen Pass. Der Anteil der Nichtdeutschen beträgt damit in der Gesamtstadt 9,9 Prozent. Für einzelne Altersgruppen sind aber zum Teil erhebliche Unterschiede bei den Anteilswerten Deutscher und Nichtdeutscher festzustellen: Gehören unter den Deutschen 62,5 Prozent der Altersgruppe der Erwerbsfähigen an, sind unter den Nichtdeutschen 77,9 Prozent dieser Gruppe zuzurechnen. Begründet ist dieser Unterschied in der unter den Nichtdeutschen deutlich größeren Gruppe der 15- bis unter 45-Jährigen (56,2 Prozent gegenüber 34,7 Prozent bei den Deutschen).

Auch die Anteile der über 64-Jährigen unterscheiden sich erheblich. Während von den Bewohnern mit deutschem Pass fast ein Viertel dieser Bevölkerungsgruppe angehört, gilt dies für die Nichtdeutschen nur für 7,7 Prozent. Hochbetagte (über 80-Jährige) Nichtdeutsche machen sogar nur einen Anteil von 0,7 Prozent an allen Nichtdeutschen aus, bei den Deutschen sind es fast sechs Prozent. Dagegen unterscheiden sich die Anteilswerte für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren deutlich weniger. Während unter den Nichtdeutschen etwas mehr als 18 Prozent zur Gruppe der unter 18-Jährigen zählen, gilt dies bei den Deutschen für 16 Prozent. Die deutsche Bevölkerung in Mülheim ist demnach im Durchschnitt deutlich älter als die nichtdeutsche Bevölkerung.

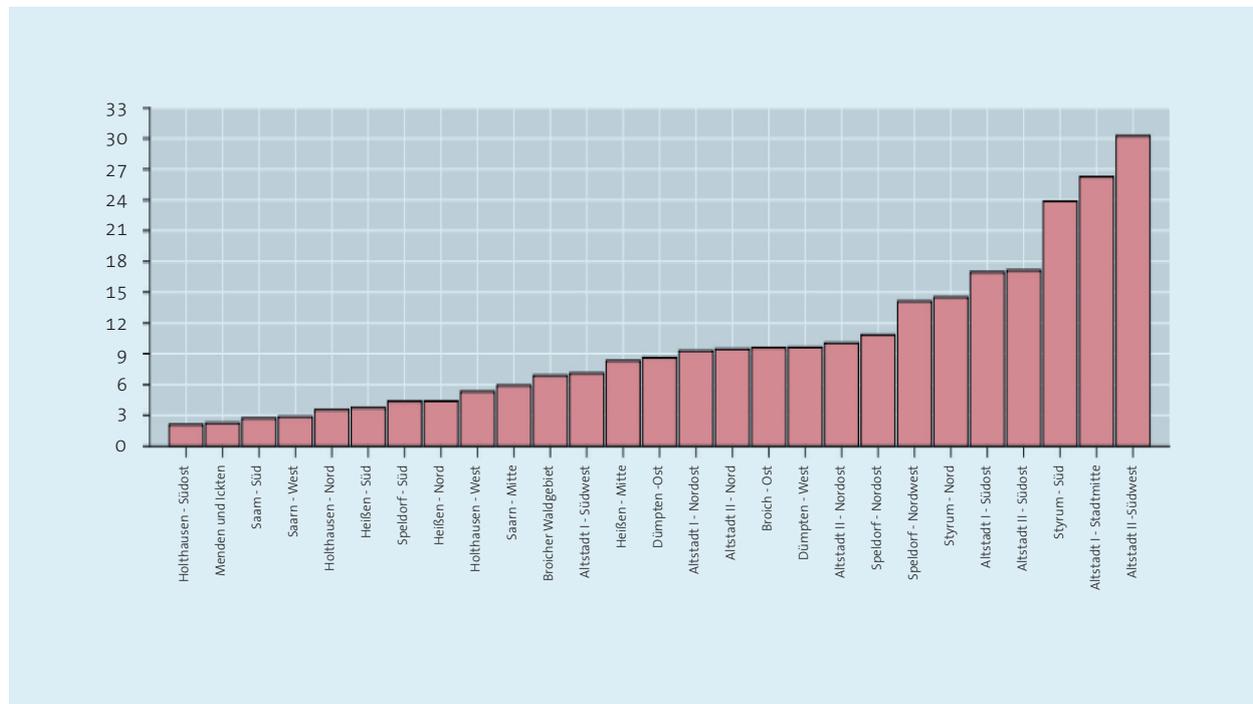
Bei der Interpretation der Anteilswerte für die jüngeren Altersgruppen ist zu beachten, dass es seit dem 1. Januar 2000 in Deutschland ein neues Staatsbürgerschaftsrecht gibt. Neu daran ist nicht nur die verkürzte Einbürgerungsfrist für Erwachsene, sondern auch, dass der Ort der Geburt die Staatsangehörigkeit begründet (und nicht wie in der Vergangenheit das Abstammungsprinzip). In Deutschland geborene Kinder von Ausländern bekommen einen Doppelpass. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für einen Pass entscheiden. Diese Gesetzesänderung führt dazu, dass statistisch gesehen der Anteil der Nichtdeutschen von Jahr zu Jahr sinkt, obwohl der tatsächliche Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund u.U. ansteigt.

Wie schon für die Altersstruktur der Bevölkerung finden wir auch beim Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung zwischen den statistischen Bezirken zum Teil erhebliche Unterschiede (vgl. Abbildung 4.3). Am höchsten ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Altstadt II Südwest. Hier hat fast ein Drittel der Bevölkerung keinen deutschen Pass. Ebenfalls hohe Anteile finden wir darüber hinaus noch in den statistischen Bezirken Alt-

stadt I-Stadtmitte (26,2 Prozent) und Styrum-Süd (23,9 Prozent). Die anteilig wenigsten Nichtdeutschen leben in Holthausen-Südost (2,1 Prozent), Menden und Ickten (2,3 Prozent), Saarn-Süd (2,7 Prozent) und Saarn-West (2,9 Prozent).

Nehmen wir die Gruppe der Nichtdeutschen genauer in den Blick und betrachten nur die unter 18-Jährigen, so entspricht die kleinräumige Verteilung in dieser Altersgruppe bis auf geringe (Niveau-)Abweichungen der aller Nichtdeutschen (vgl. Karte 4.4). Mit 11,2 Prozent ist der Anteil der Nichtdeutschen an den unter 18-Jährigen für die Stadt insgesamt jedoch etwas höher als der Anteil der Nichtdeutschen über alle Altersgruppen hinweg (9,9 Prozent).

Abbildung 4.3: Nichtdeutsche Bevölkerung 2005



(in % der Bevölkerung; 31.12.2005)

Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Tabelle 4.2: Bevölkerungsstruktur der Stadt Mülheim nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2005 nach Staatsangehörigkeit

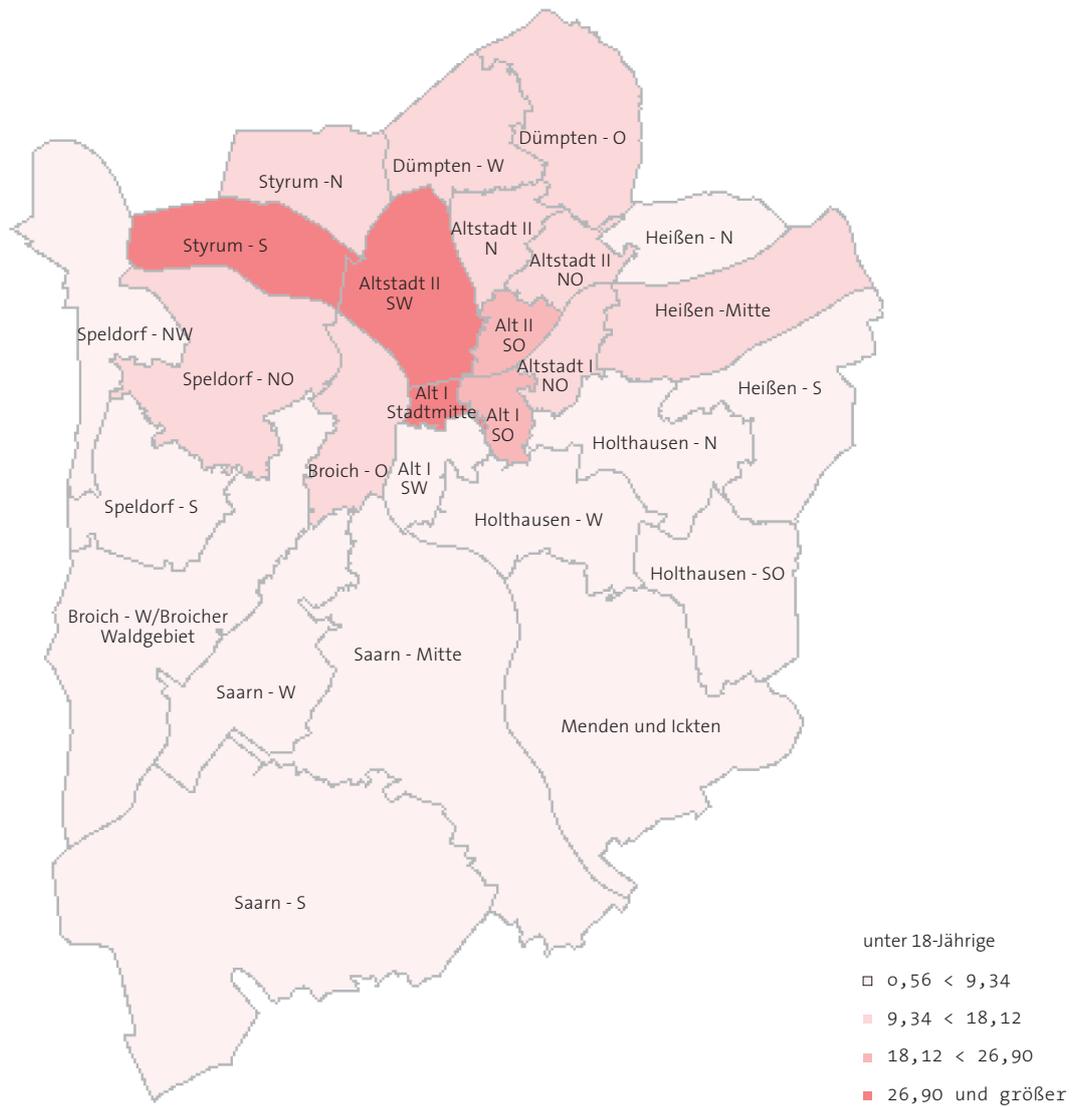
deutsch							
Bevölkerungsgruppe	Alter von...Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kleinkinder	unter 3	3.712	2,4	1.903	2,6	1.809	2,2
darunter	unter 1	1.141	0,7	579	0,8	562	0,7
darunter	1 bis unter 3	2.571	1,7	1.324	1,8	1.247	1,5
Kindergartenalter	3 bis unter 6	3.879	2,5	2.011	2,8	1.868	2,3
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	7.591	4,9	3.914	5,4	3.677	4,5
Grundschulalter	6 bis unter 10	5.277	3,4	2.682	3,7	2.595	3,2
Schulpflichtige	6 bis unter 15	12.469	8,1	6.301	8,6	6.168	7,6
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	4.661	3,0	2.404	3,3	2.257	2,8
Kinder und Jugendliche	unter 18	24.721	16,0	12.619	17,3	12.102	14,9
Volljährige	18 und mehr	129.640	84,0	60.434	82,7	69.206	85,1
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	96.494	62,5	47.602	65,2	48.892	60,1
darunter	15 bis unter 45	53.611	34,7	26.767	36,6	26.844	33,0
darunter	45 bis unter 60	32.942	21,3	16.165	22,1	16.777	20,6
darunter	60 bis unter 65	9.983	6,4	4.670	6,4	5.271	6,5
im Rentenalter	65 und mehr	37.807	24,5	15.236	20,9	22.571	27,8
Hochbetagte	80 und mehr	8.983	5,8	2.540	3,5	6.443	7,9
Einwohner insgesamt		154.361	100,0	73.053	100,0	81.308	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

nichtdeutsch							
Bevölkerungsgruppe	Alter von...Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kleinkinder	unter 3	239	1,4	131	1,5	108	1,3
darunter	unter 1	65	0,4	36	0,4	29	0,3
darunter	1 bis unter 3	174	1,0	95	1,1	79	0,9
Kindergartenalter	3 bis unter 6	284	1,7	137	1,6	147	1,8
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	523	3,1	268	3,1	255	3,1
Grundschulalter	6 bis unter 10	834	4,9	449	5,2	385	4,6
Schulpflichtige	6 bis unter 15	1.909	11,3	1.007	11,7	902	10,8
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	700	4,1	365	4,2	335	4,0
Kinder und Jugendliche	unter 18	3.132	18,5	1.640	19,0	1.492	17,9
Volljährige	18 und mehr	13.820	81,5	6.975	81,0	6.845	82,1
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	13.211	77,9	6.601	76,6	6.610	79,3
darunter	15 bis unter 45	9.531	56,2	4.813	55,9	4.718	56,6
darunter	45 bis unter 60	2.977	17,6	1.426	16,6	1.551	18,6
darunter	60 bis unter 65	703	4,1	362	4,2	341	4,1
im Rentenalter	65 und mehr	1.309	7,7	739	8,6	570	6,8
Hochbetagte	80 und mehr	127	0,7	46	0,5	81	1,0
Einwohner insgesamt		16.952	100,0	8.615	100,0	8.337	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Karte 4.4: Nichtdeutsche Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren 2005



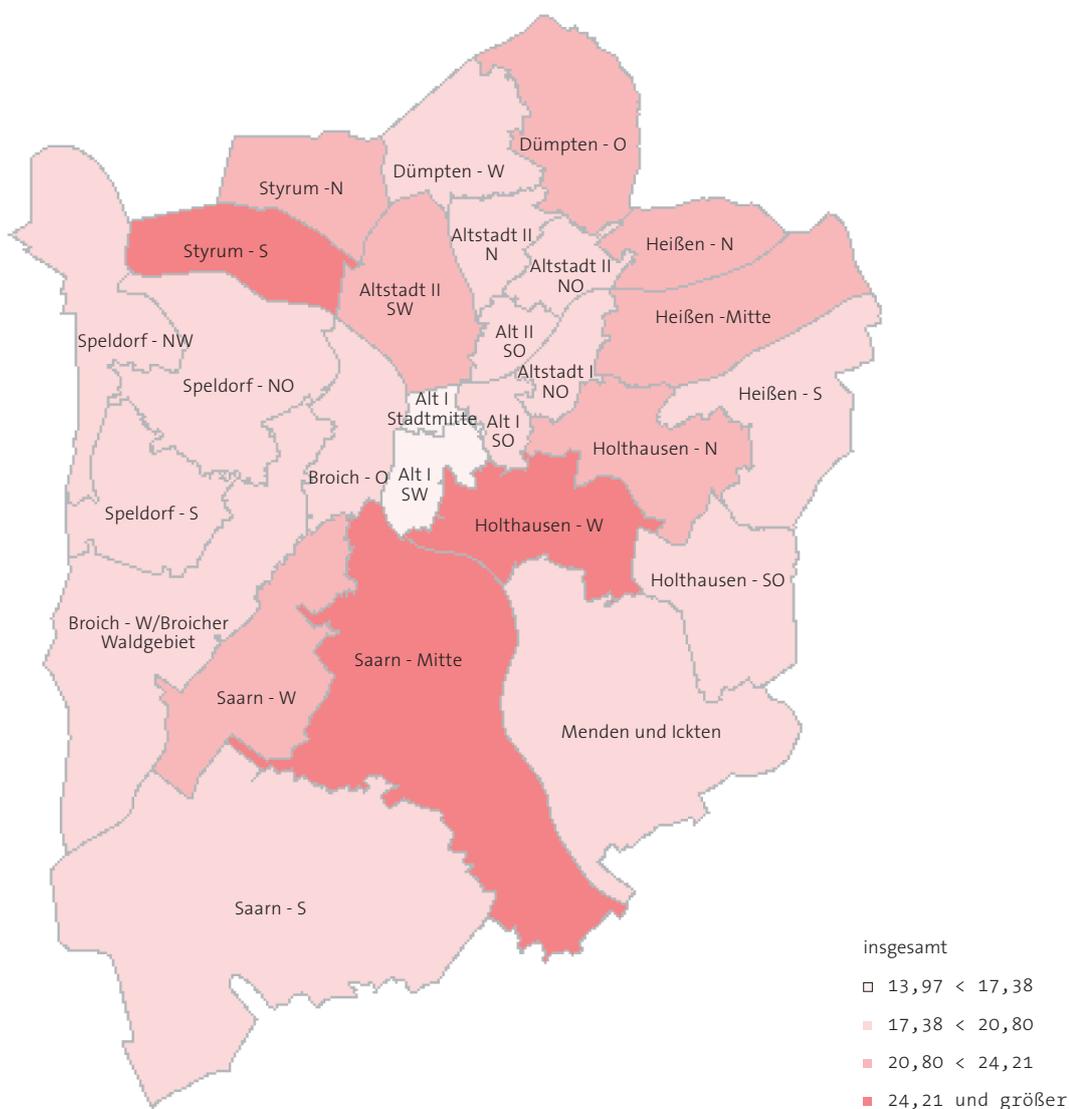
(in % der gleichaltrigen Bevölkerung; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

4.1.2 Familienhaushalte in Mülheim

17.458 der 83.292 Mülheimer Haushalte sind Familienhaushalte, d.h. in diesen Haushalten leben Kinder unter 18 Jahren. Das sind 21,0 Prozent und entspricht in etwa dem Anteil in anderen (vergleichbaren) Städten in Nordrhein-Westfalen. Am niedrigsten ist die Familienprägung in den statistischen Bezirken Altstadt I-

Südwest und Altstadt I-Stadtmitte. Hier haben Familienhaushalte einen Anteil von 14,0 beziehungsweise 16,1 Prozent an allen Haushalten. Deutlich familiengeprägter ist der statistische Bezirk Styrum-Süd, wo in mehr als jedem vierten Haushalt Kinder unter 18 Jahren leben. Auch der bevölkerungsstärkere statistische Bezirk Saarn-Mitte weist einen Anteil von Familienhaushalten von über 25 Prozent auf. Im statistischen Bezirk Holthausen-West ist etwas weniger als jeder vierte Haushalt ein Haushalt mit Kindern (vgl. Karte 4.5).

Karte 4.5: Anteil der Familienhaushalte an den Haushalten 2005



(in % aller Haushalte; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

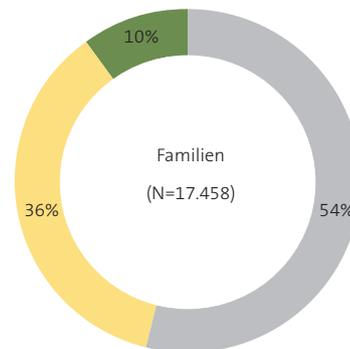
21,5 Prozent der Mülheimer Familienhaushalte sind Haushalte nichtdeutscher Familien mit Kindern unter 18 Jahren, wobei ihre Anteile innerhalb Mülheims stark schwanken. Während in den statistischen Bezirken Holthausen-Südost, Saarn-West, Heißen-Süd und Saarn-Süd weniger als jeder zehnte Familienhaushalt ein nichtdeutscher ist, hat in Altstadt II-Südwest, Altstadt I-Stadtmitte und Styrum-Süd jeweils in etwa der Hälfte der Familienhaushalte der Haushaltsvorstand keinen deutschen Pass. Einen Anteil von je gut einem Drittel weisen die Bezirke Altstadt I-Südost und Altstadt II-Südost auf.

Wie viele Kinder haben die Mülheimer Familien und in welchen Familien leben sie?

Mit 54 Prozent ist mehr als jede zweite Mülheimer Familie eine Ein-Kind-Familie. In 36 Prozent der Familien leben zwei Kinder unter 18 Jahren und nur in zehn Prozent der Familien leben drei und mehr Kinder (vgl. Abbildung 4.4).⁸

64 Prozent der Mülheimer Familienhaushalte zählen zu den Paarhaushalten, 17,9 Prozent zu den Haushalten Alleinerziehender und weitere 18,1 Prozent zu den sonstigen Familienhaushalten. Erwartungsgemäß ist bei den alleinerziehenden Müttern und Vätern der Anteil der Familien mit mehr als einem Kind unter 18 Jahren deutlich kleiner als bei den Paarhaushalten. Während in 40 Prozent der Paarfamilien zwei Kinder und in elf Prozent drei und mehr Kinder leben, trifft dies bei den Alleinerziehenden auf nur 27 Prozent (zwei Kinder) bzw. acht Prozent (drei und mehr Kinder) zu. Dagegen leben gut zwei Drittel der Alleinerziehenden – gegenüber 48 Prozent der Paare – im Jahr 2005 mit „nur“ einem Kind zusammen. Bei den sonstigen Familienhaushalten, zu denen sowohl Paar- als auch Alleinerziehendenhaushalte gehören können, zeigt sich eine sehr ähnliche Verteilung wie bei den Alleinerziehenden (vgl. Abbildung 4.5).

Abbildung 4.4: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren 2005

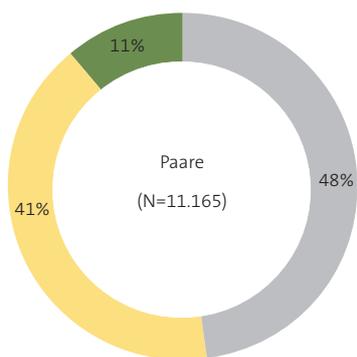


- (9.369) ■ Familien mit einem Kind unter 18 Jahren
- (6.274) ■ Familien mit zwei Kindern unter 18 Jahren
- (1.815) ■ Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren

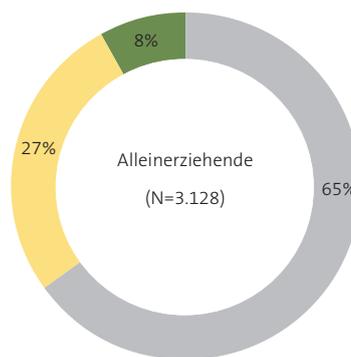
(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren; 31.12.2005)
Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

⁸ Die amtlichen Daten der Stadt Mülheim, die diesen Auswertungen zugrunde liegen, weisen die Besonderheit auf, dass Haushalte, in denen mehr als zwei Erwachsene mit Kindern zusammenleben, nicht den Paarhaushalten oder Alleinerziehendenhaushalten zugeordnet, sondern zu einer weiteren Kategorie „sonstige Familienhaushalte“ zusammengefasst werden. Ein direkter Vergleich mit anderen Städten ist deshalb nicht möglich.

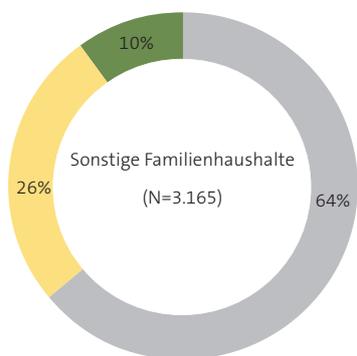
Abbildung 4.5: Paare, Alleinerziehende und sonstige Familienhaushalte nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren 2005



- (5 . 311) ■ Paare mit einem Kind unter 18 Jahren
- (4 . 607) ■ Paare mit zwei Kindern unter 18 Jahren
- (1 . 247) ■ Paare mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren



- (2 . 035) ■ Alleinerziehende mit einem Kind unter 18 Jahren
- (853) ■ Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 18 Jahren
- (240) ■ Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren



- (2 . 023) ■ Sonstige Familienhaushalte mit einem Kind unter 18 Jahren
- (814) ■ Sonstige Familienhaushalte mit zwei Kindern unter 18 Jahren
- (328) ■ Sonstige Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren

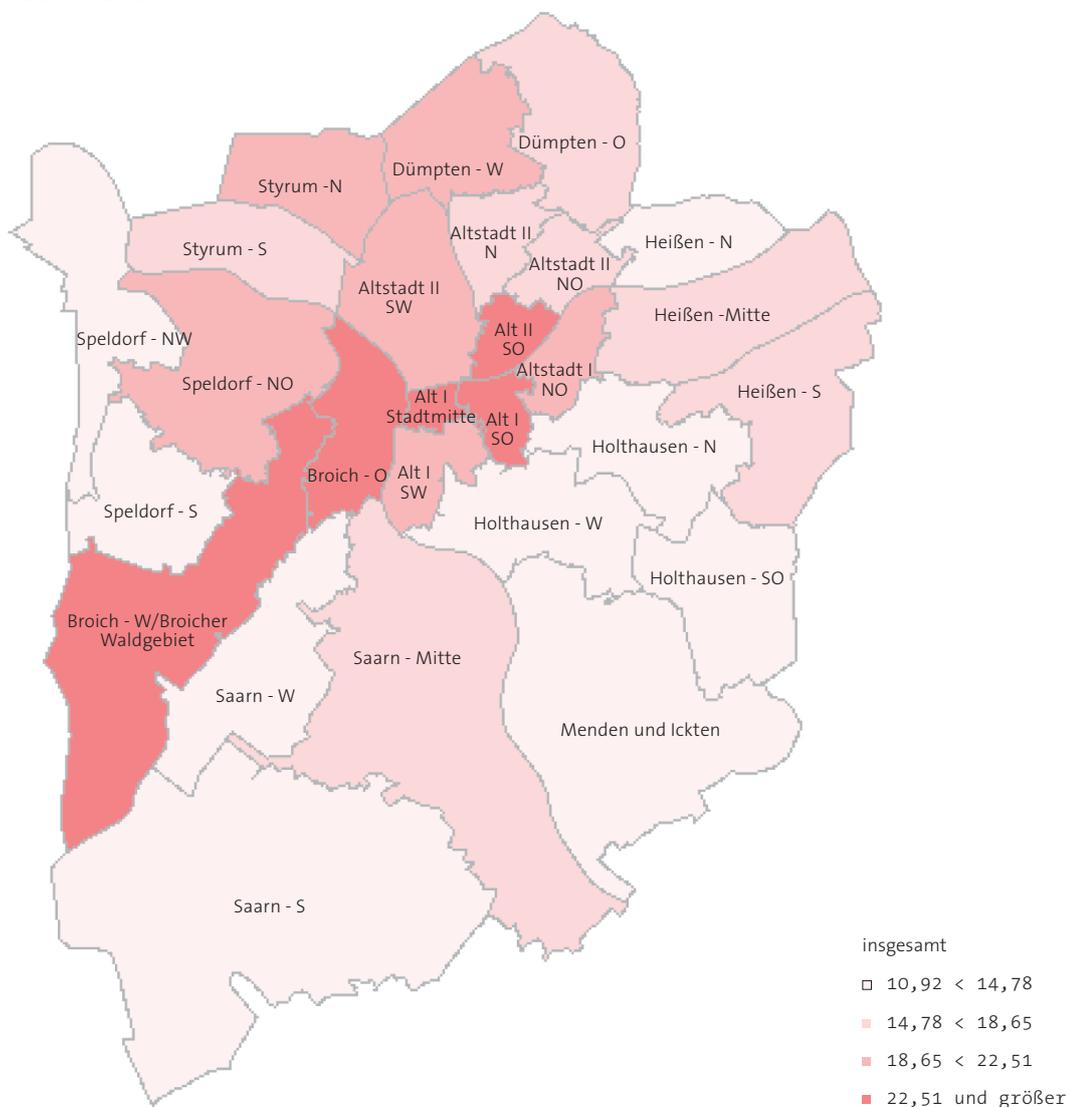
(in % der jeweiligen Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Wo leben welche Familien?

Wir wollen uns im Folgenden anschauen, wo Alleinerziehende und kinderreiche Familienhaushalte in Mülheim wohnen. Beides sind Familienformen, die zwar nicht per se benachteiligt sind, bei denen es sich aber unbestritten um Familien handelt, die häufiger als andere Familien auf Unterstützung angewiesen sind und somit besondere Zielgruppen örtlicher Familienpolitik sein sollten (vgl. Kapitel 6). Es ist daher wichtig zu wissen, wo in der Stadt Alleinerziehende oder kinderreiche Familien leben.

Die Anteile alleinerziehender Mütter und Väter an allen Familienhaushalten liegen in Mülheim insgesamt bei 17,9 Prozent (vgl. Karte 4.6).⁹ Die niedrigsten Anteile Alleinerziehender werden in den statistischen Bezirken Saarn-Süd (10,9 Prozent), Holthausen-Südost (11,5 Prozent) und Saarn-West (11,8 Prozent) erreicht, die stadtweit höchsten in Broich-Ost (26,4 Prozent), Altstadt I-Stadtmitte (23,4 Prozent) und Altstadt I-Südost (23,3 Prozent). Insgesamt ist in neun der 27 Mülheimer statistischen Bezirke mehr als jeder fünfte Haushalt ein Alleinerziehendenhaushalt.

Karte 4.6: Alleinerziehende 2005



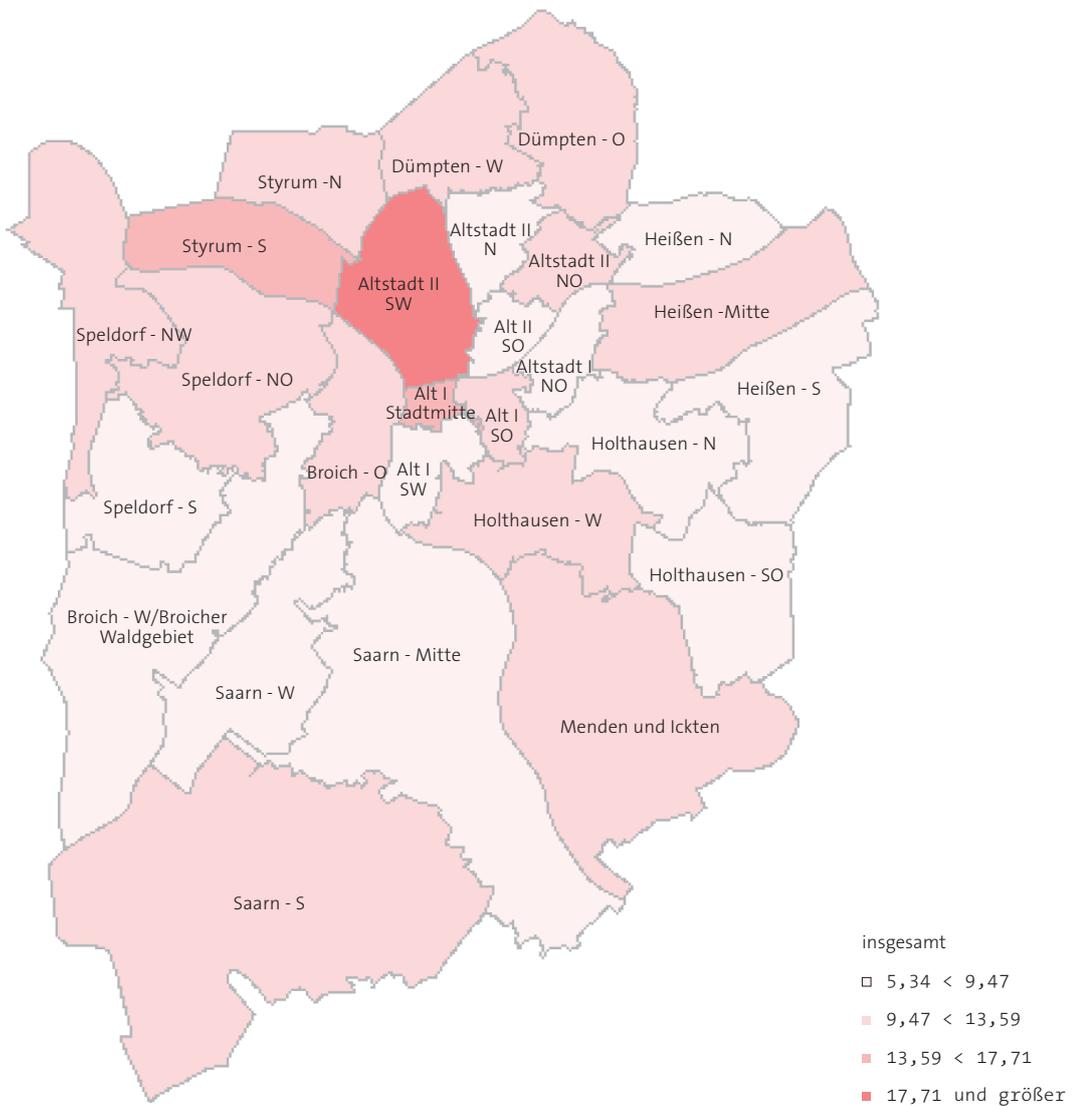
(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren; 31.12.2005
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

9 Da sich unter den sonstigen Familienhaushalten allerdings ein unbekannter Anteil an Alleinerziehenden befindet, ist der tatsächliche (höhere!) Anteil der Alleinerziehendenhaushalte nicht bekannt.

Kinderreiche Familien konzentrieren sich demgegenüber in Mülheim vor allem in drei statistischen Bezirken: Altstadt II-Südwest (21,8 Prozent), Altstadt I-Stadtmitte (17,1 Prozent) und Styrum-Süd (16,9 Prozent). Dort werden Anteile erreicht, die deutlich über dem Anteil kinderreicher Familien in Mülheim insgesamt (10,4 Prozent) liegen. Die niedrigsten Anteile finden sich in Holthausen-

Südost (5,3 Prozent), Altstadt I-Südwest (6,1 Prozent), Broich-West + Broicher Waldgebiet (7,4 Prozent) und Speldorf-Süd (7,8 Prozent) (vgl. Karte 4.7). Aufgrund dieser starken kleinräumigen Disparitäten sollten familien- und sozialpolitische Angebote vor Ort diese Unterschiede in den Familienstrukturen der statistischen Bezirke bzw. Stadtteile berücksichtigen.

Karte 4.7: Kinderreiche Familien 2005

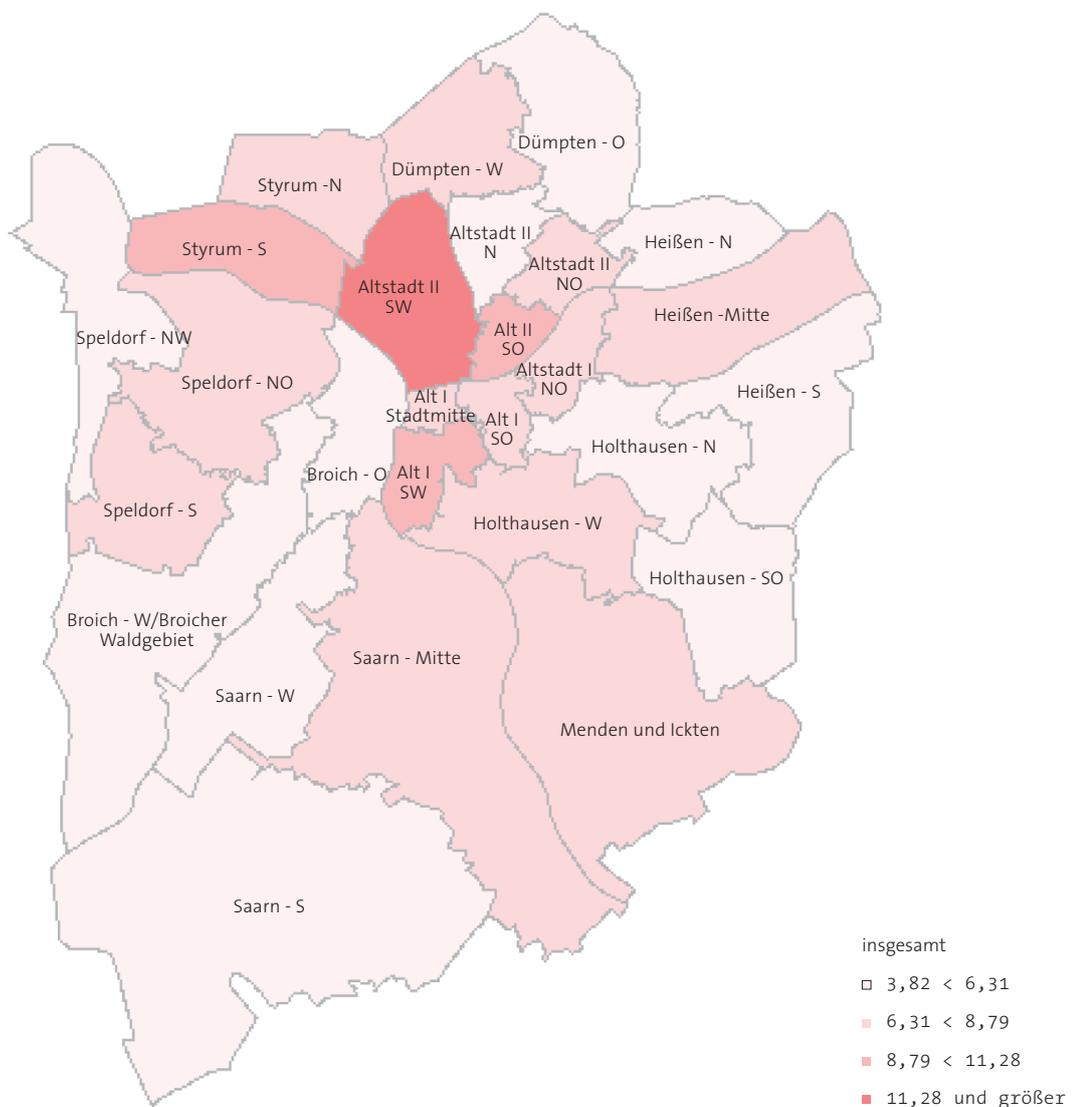


(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Hinweise auf die zukünftige Entwicklung der kleinräumigen Bevölkerungsstrukturen der statistischen Bezirke geben insbesondere die Geburtenraten und die natürliche Bevölkerungsentwicklung, d.h. der Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen je 1.000 der Bevölkerung. Im Jahre 2005 lag die Geburtenrate in Mülheim bei 7,3 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner und damit unterhalb der vom Statistischen Bundesamt für dieses Jahr ausgewiesenen deutschlandweiten Rate von 8,2. In sieben statistischen Bezirken wurden allerdings Werte erreicht, die zum Teil sehr deutlich über

der deutschlandweiten Geburtenrate liegen (vgl. Karte 4.8). Die stadtweit höchsten Geburtenraten weist mit 13,8 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner der statistische Bezirk Altstadt II-Südwest auf, in dem anteilig auch die mit Abstand meisten kinderreichen Familien in Mülheim leben. Ebenfalls sehr hohe Geburtenraten sind in Altstadt II-Südost (10,6) und Styrum-Süd (10,3) festzustellen. Die niedrigsten Geburtenraten finden sich in den statistischen Bezirken Heißen-Nord (3,8) und Broich West + Broicher Waldgebiet (4,8).

Karte 4.8: Geburtenrate 2005



(Lebendgeborene je 1.000 der jeweiligen Bevölkerung; basierend auf Jahressumme 2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

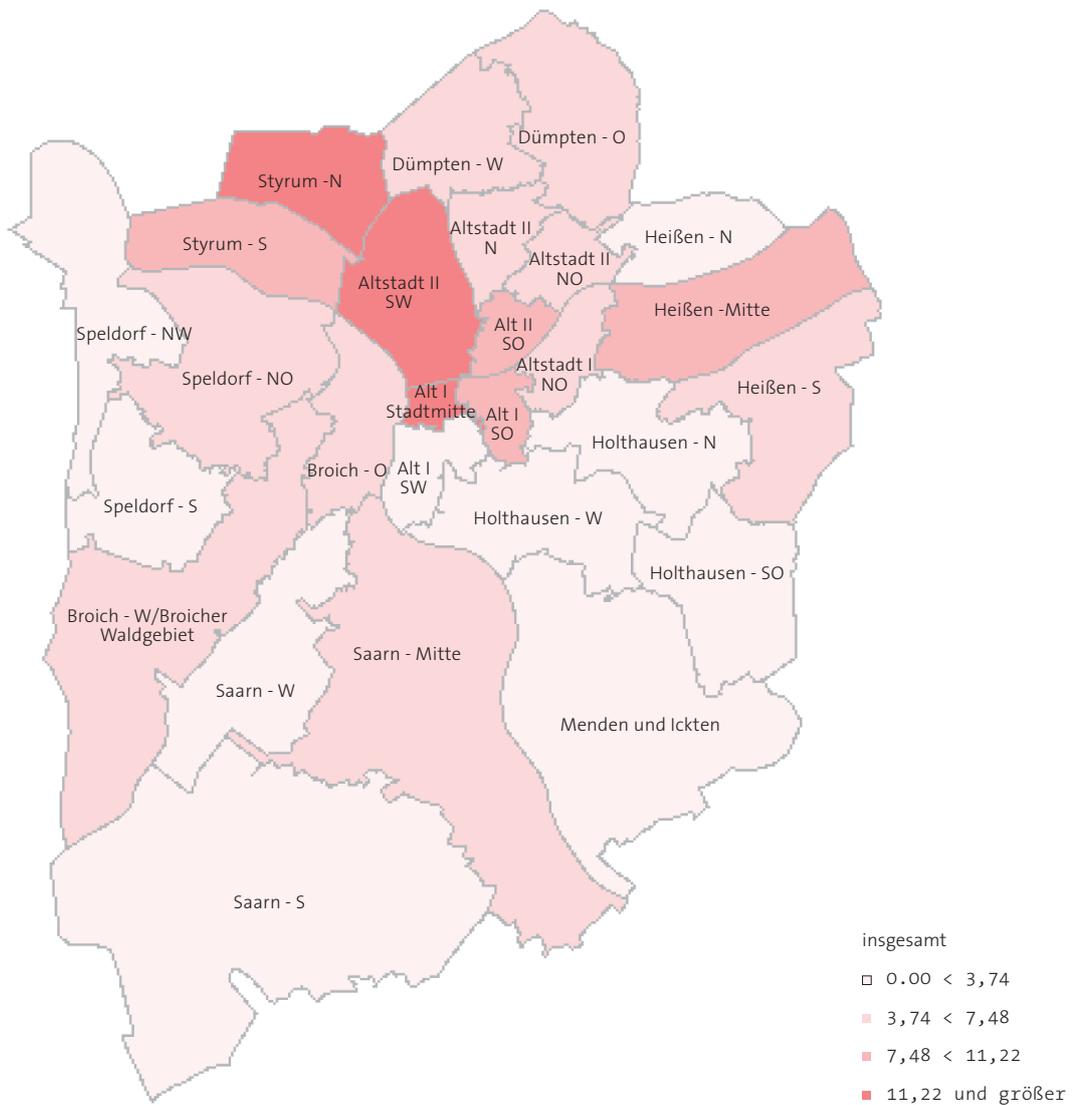
4.1.3 Sozioökonomischer Status der statistischen Bezirke in Mülheim

Da die wirtschaftliche Lage von Familien in Kapitel 5 auf Basis der Ergebnisse der Familienbefragung ausführlicher beschrieben wird, beschränken wir uns in diesem Kapitel auf die Indikatoren Arbeitslosigkeit und ALGII-Empfänger/innen. Erfahrungsgemäß lässt sich der sozioökonomische Status eines kleinräumigen Gebietes mit diesen beiden Indikatoren recht zutreffend beschreiben.

Die Arbeitslosenrate, also Arbeitslose in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, lag in der Stadt Mülheim zum

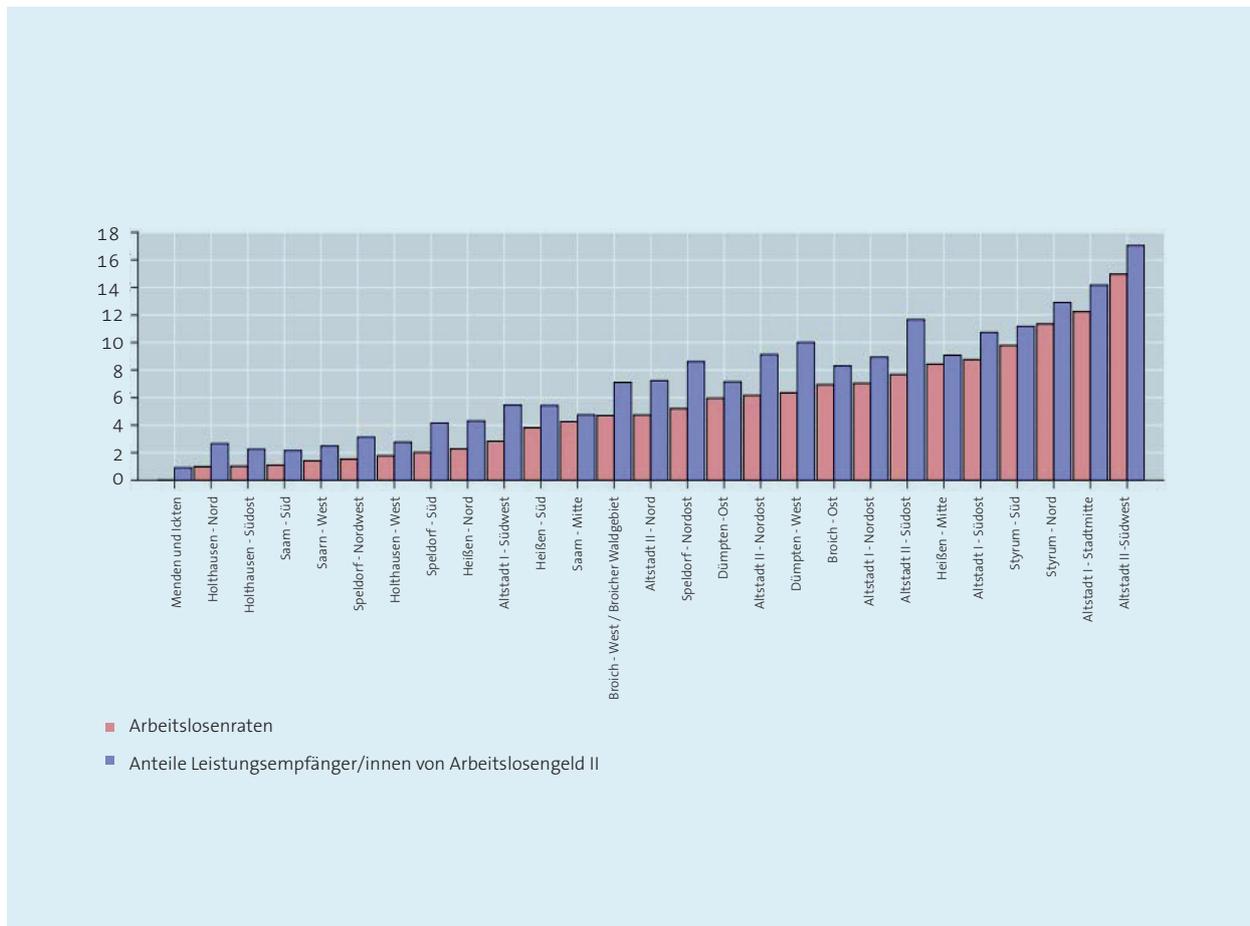
Stichtag 31.12.2005 mit 5,9 Prozent vergleichsweise niedrig. Innerhalb der statistischen Bezirke wurden die niedrigsten Werte in Menden und Ickten (0,0 Prozent), Holthausen-Nord und Holthausen-Südost (jeweils 1,0 Prozent), die höchsten Werte in Altstadt II-Südwest (15,0 Prozent), Altstadt I-Stadtmitte (12,2 Prozent) und Styrum-Nord (11,3 Prozent) erreicht (vgl. Karte 4.9). Durch hohe Arbeitslosenraten geprägte Gebiete sind in der Regel auch durch eine hohe Anzahl von ALG II-Empfängern gekennzeichnet (vgl. Abbildung 4.6). Auch hier weisen die Bezirke Altstadt II-Südwest, Altstadt I-Stadtmitte und Styrum-Nord die höchsten, der Bezirk Menden und Ickten den niedrigsten Anteilswert auf.

Karte 4.9: Arbeitslosenraten 2005 (nach SGB II und SGB III)



(in % der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Abbildung 4.6: Arbeitslosenraten und Anteile Leistungsempfänger/innen von Arbeitslosengeld II 2005



(in % der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren; 31.12.2005)

Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

4.2 Sozialer Status und Familienstatus der Mülheimer statistischen Bezirke

In Kapitel 4.1 wurden eine Vielzahl von Einzelmerkmalen bzw. Einzelindikatoren (wie beispielsweise der Jugendquotient, die Arbeitslosenrate oder der Anteil Alleinerziehender) und ihre Verteilung über die statistischen Bezirke vorgestellt. Eine sehr übersichtliche Darstellung darüber, zwischen welchen dieser Indikatoren über sämtliche statistischen Bezirke hinweg lineare Zusammenhänge bestehen, bietet eine Korrelationsmatrix (vgl. Tabelle 4.3).

Diese zeigt Korrelationen auf, die die Beschreibungen in den vorhergehenden Unterkapiteln nochmals unterstreichen, wie beispielsweise die Korrelation zwischen dem Jugendquotienten und dem

Anteil der Familienhaushalte an allen Haushalten ($r = 0,904$).¹⁰ Es handelt sich hierbei um eine stark positive Korrelation, die besagt: Je höher der Anteil der Familienhaushalte an allen Haushalten in einem statistischen Bezirk ist, umso höher fällt der Jugendquotient aus und umgekehrt (vgl. auch Abbildung 4.2 und Karte 4.5).

Hohe positive Korrelationen beschreiben demnach Ausprägungen von Merkmalen der statistischen Bezirke, die über alle Bezirke betrachtet in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen und in ihrer je spezifischen Ausprägung das jeweilige soziodemografische und sozioökonomische Profil der statistischen Bezirke bestimmen.

Betrachten wir den Indikator „Anteil der kinderreichen Familienhaushalte an allen Familienhaushalten“, so findet sich eine stark

¹⁰ Der Korrelationskoeffizient r von Bravais/Pearson besitzt einen Wertebereich von -1 bis $+1$. Bei einem Wert von $+1$ (bzw. -1) besteht ein vollständig positiver (bzw. negativer) linearer Zusammenhang zwischen den betrachteten Merkmalen. Weist der Korrelationskoeffizient den Wert 0 auf, hängen die beiden Merkmale nicht linear voneinander ab.

positive Korrelation ($r = 0,857$) mit dem Indikator „Anteil Nichtdeutscher“ (an allen Einwohnern des statistischen Bezirks). D.h. dort wo viele kinderreiche Familien wohnen, wohnen auch viele nichtdeutsche Familien. Diese Tatsache steht wiederum im Zusammenhang mit dem Anteil der unter 18-Jährigen, die Sozialgeld beziehen. Auf der kleinräumigen Ebene der statistischen Bezirke zeigt sich demnach ein enger Zusammenhang zwischen den Familienformen, die in einem statistischen Bezirk wohnen, und der Armutsbetroffenheit der Kinder (vgl. auch Kapitel 6 und 7). Niedrigere Korrelationen, d.h. geringere Zusammenhänge, zeigen sich kleinräumig für die Indikatoren „Anteil der Familienhaushalte an allen Haushalten“ und „Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung“ (bzw. „Anteil der deutschen Bevölkerung“)¹¹, da es in Mülheim auch ausgesprochen familiengeprägte statistische Bezirke mit einem vergleichsweise geringen Anteil an Nichtdeutschen gibt (vgl. Karte 4.4 und 4.5). Ebenfalls vergleichsweise niedrig fällt die Korrelation zwischen den Merkmalen „Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten“ und „Jugendquotient“ bzw. „Anteil der unter 18-Jährigen“ aus, was darauf verweist, dass höhere Anteile Alleinerziehender nicht in den am stärksten familiengeprägten statistischen Bezirken der Stadt zu finden sind (vgl. Karte 4.6). Besonders bedeutsam ist aber die nur niedrige Korrelation zwischen dem „Anteil der Familienhaushalte an allen Haushalten“ und dem Anteil der Sozialgeldbeziehenden unter 18 Jahren: Offensichtlich finden sich nicht in allen stärker familiengeprägten statistischen Bezirken auch anteilig viele Minderjährige, die auf Sozialgeldzahlungen angewiesen sind. Familien- und Kinderarmut ist demnach kein übergreifendes Problem in den statistischen Bezirken der Stadt.

Bedeutsam für die kleinräumige sozioökonomische Struktur der Stadt Mülheim sind vielmehr die folgenden beiden Zusammenhänge, die in den nachfolgenden Streudiagrammen noch einmal detaillierter verdeutlicht werden sollen. In Abbildung 4.7 ist die Korrelation des Anteils der Nichtdeutschen an den unter 18-Jährigen mit dem Anteil von Sozialgeld Beziehenden unter 18 Jahren an allen unter 18-Jährigen dargestellt. Die Korrelation für diesen Zusammenhang liegt bei $r = +0,888$. Es lässt sich klar erkennen, dass dort, wo der Anteil der Nichtdeutschen unter 18-Jährigen am höchsten ist (beispielsweise in Altstadt I-Stadtmitte und Altstadt II-Südwest), anteilig auch die meisten unter 18-Jährigen Bezieher von Sozialgeld leben.

Die beiden statistischen Bezirke Altstadt I-Stadtmitte und Altstadt II-Südwest fallen auch in der Abbildung 4.8 durch eine Position im oberen rechten Bereich des Streudiagramms auf, was darauf verweist, dass der Anteil von Alleinerziehenden in diesen

statistischen Bezirken ebenfalls ausgesprochen hoch ist. Übergreifend lässt sich also feststellen: In den statistischen Bezirken, in denen wir einen hohen Anteil Nichtdeutscher, Nichtdeutscher unter 18 Jahren und viele Alleinerziehende finden, ist tendenziell auch der Anteil von unter 18-Jährigen, die Sozialgeld beziehen, hoch. Statistische Bezirke mit einem ähnlichen sozioökonomischen Profil sind auch Altstadt I-Südost, Altstadt II-Südost und Styrum-Süd.

Zudem finden wir einen niedrigen Anteil deutscher Bewohner, aber einen hohen Anteil nichtdeutscher Bewohner, einen hohen Anteil kinderreicher Familien sowie unter 18-Jähriger Sozialgeld Beziehender dort, wo auch die Arbeitslosenrate hoch ist.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse für eine relativ deutliche Armut- und ethnische Segregation innerhalb der Stadt und eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den genannten statistischen Bezirken.

11 Der Zusammenhang mit dem Anteil der deutschen Bevölkerung wird implizit durch diesen Indikator mit gemessen, da er nur die Umkehrung des Anteils der nichtdeutschen Bevölkerung ist.

Tabelle 4.3: Korrelationsmatrix der Indikatoren

	Anteil Nichtdeutsche an der Bevölkerung	Jugendquotient	Altenquotient
Anteil Nichtdeutsche an der Bevölkerung	1		
Jugendquotient	0,355 n.s	1	
Altenquotient	-0,569 **	-0,502*	1
Anteil der unter 18-Jährigen	0,459*	0,973**	-0,688**
Anteil der 65-Jährigen und Älteren	-0,581**	-0,606**	0,991**
Anteil der Nichtdeutschen an den unter 18 Jährigen	0,977**	0,385*	-0,493**
Anteil der Familienhaushalte (Paare, Alleinerziehende und sonstige Familienhaushalte) an allen Haushalten	0,064 n.s	0,904**	-0,488**
Anteil der Kinderreichen an allen Familienhaushalten	0,857**	0,553**	-0,504**
Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten	0,564**	-0,055 n.s	-0,179 n.s.
Arbeitslosenrate 2005 (nach SGB II und SGB III)	0,872**	0,478*	-0,494**
Anteil von Sozialgeld Beziehenden unter 18 Jahren an allen unter 18 Jährigen	0,851**	0,205 n.s	-0,380 n.s.

11 Der Zusammenhang mit dem Anteil der deutschen Bevölkerung wird implizit durch diesen Indikator mit gemessen, da er nur die Umkehrung des Anteils der nichtdeutschen Bevölkerung ist.

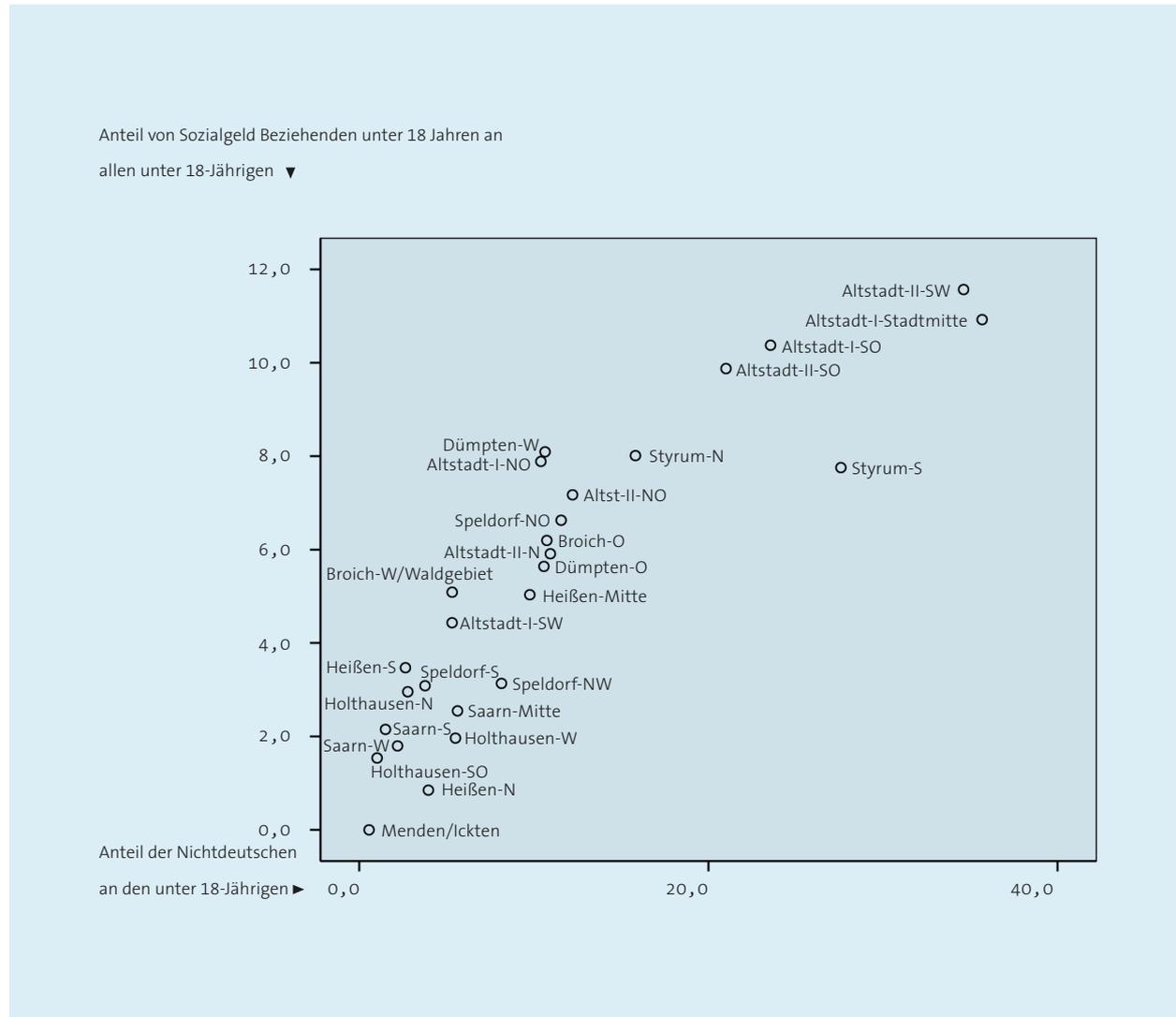
Anteil der unter 18-Jährigen	Anteil der unter 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Nichtdeutschen an den unter 18-Jährigen	Anteil der Familienhaushalte (Paare, Alleinerziehende und sonstige Familienhaushalte an allen Haushalten)	Anteil der Kinderreichen an allen Familienhaushalten	Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten	Arbeitslosenrate 2005 (nach SGB II und SGB III)	
Korrelation nach Pearson							
1							
-0,774**	1						
0,463*	-0,510**	1					
0,888**	-0,582**	0,068 n.s.	1				
0,607**	-0,552**	0,847**	0,264 n.s.	1			
0,003 n.s.	-0,140 n.s.	0,602**	-0,330 n.s.	0,294 n.s.	1		
0,540**	-0,519**	0,903**	0,175 n.s.	0,783**	0,673**	1	
0,278 n.s.	-0,370 n.s.	0,888**	-0,093 n.s.	0,628**	0,790**	0,903**	

n.s. Die Korrelation ist nicht signifikant

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

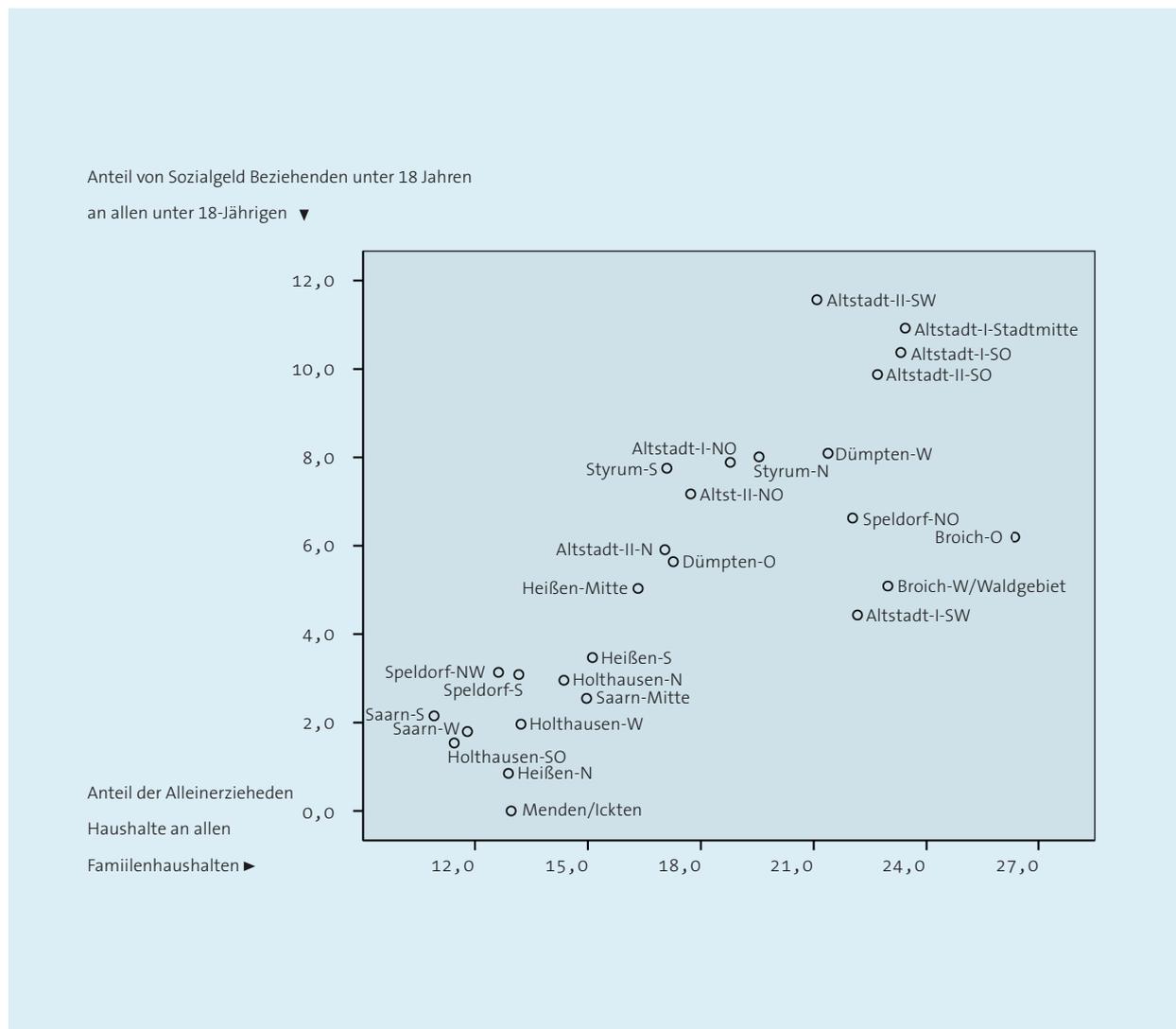
* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

Abbildung 4.7: Anteil der Nichtdeutschen an den unter 18-Jährigen und Anteil der Sozialgeld Beziehenden unter 18 Jahren an allen unter 18-Jährigen 2005



Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Abbildung 4.8: Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Familienhaushalten und Anteil der Sozialgeld Beziehenden unter 18 Jahren an allen unter 18-Jährigen 2005

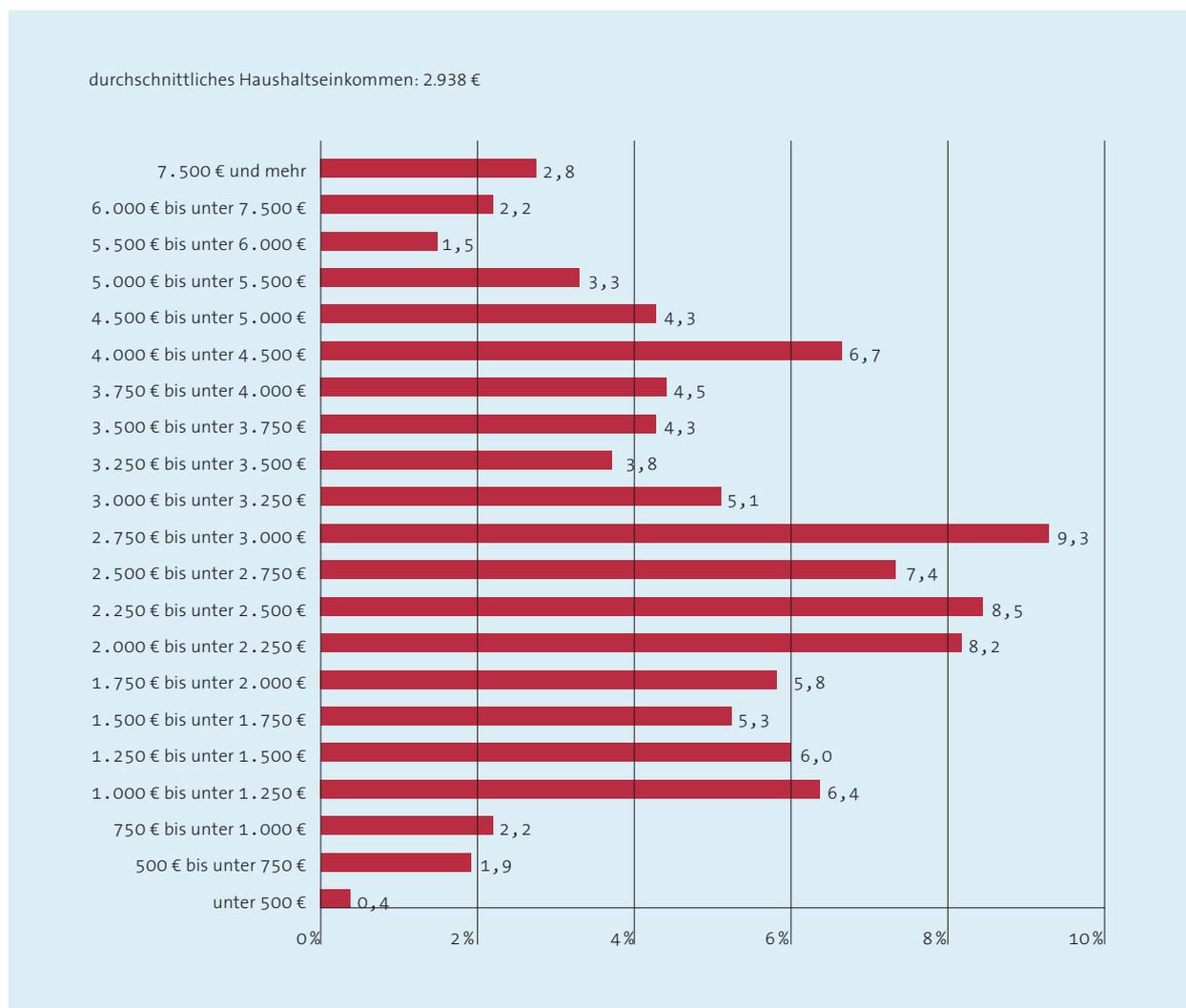


Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

In diesem Kapitel soll die wirtschaftliche Lage der Familien in Mülheim insgesamt und in den einzelnen Stadtteilen genauer betrachtet werden. Wir stützen uns hierzu auf detaillierte Analysen der Familienbefragung. Wie hoch ist das Einkommen der Familien in Mülheim? Gibt es Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Stadtteilen? Welchen Einfluss haben die Familienform oder das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes auf die wirtschaftliche Lage von Familien? Im Mittelpunkt der Analysen stehen dabei die Einkommens- und Ausgabensituation der Familien. Denn das Haushaltseinkommen ist eine wichtige (vielleicht die wichtigste) Ressource der Lebensführung von Familien. Es wird die Zusammen-

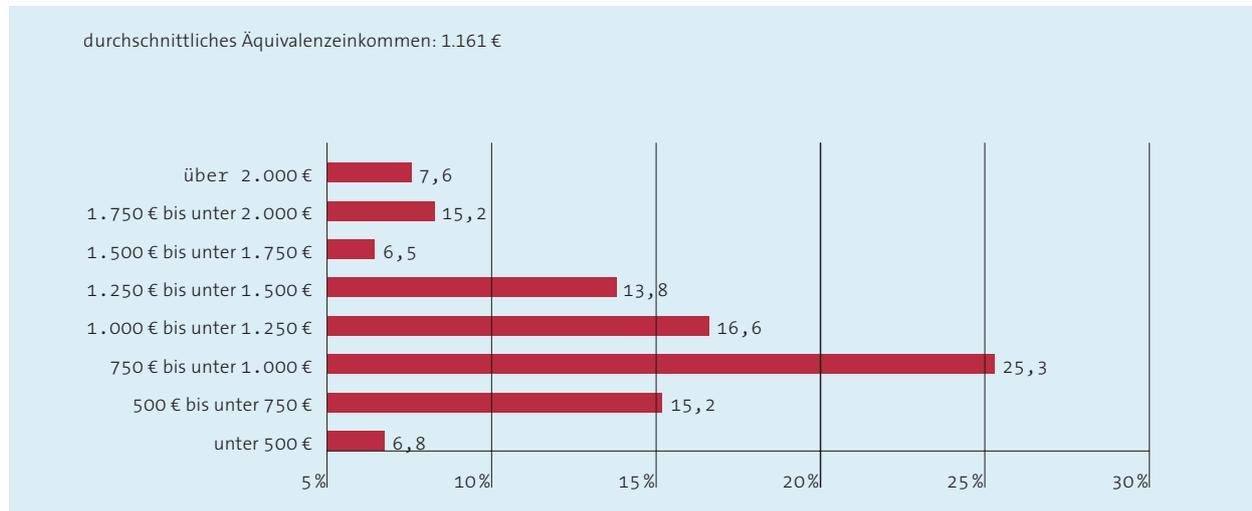
setzung der Haushaltseinkommen und die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Situation der Familien durch die Eltern näher betrachtet und analysiert, in welchen Bereichen die Familien finanzielle Einschränkungen wahrnehmen. Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die Einkommensarmut von Familien, denn Mangel an Einkommen bzw. Einkommensarmut ist einer der wichtigsten Risikofaktoren für soziale Benachteiligungen und soziale Ausgrenzung von Familien, aber besonders von Kindern. Die Armutsberechnungen orientieren sich dabei an Armutsanalysen der Landesozialberichterstattung Nordrhein-Westfalens (vgl. LDS 2007). Darüber hinaus wird näher betrachtet, inwiefern sich die Lebenslagen der

Abbildung 5.1: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von Familien in Mülheim 2006



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Abbildung 5.2: Durchschnittliche Äquivalenzeinkommen von Familien in Mülheim 2006



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Familien hinsichtlich wesentlicher Merkmale unterscheiden und wie die Lebenslage durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien beeinflusst wird.

5.1 Die Einkommenssituation von Familien in Mülheim

Anhand der Einkommensdaten der Familienbefragung lässt sich die wirtschaftliche Situation der Familien sehr differenziert, auch für unterschiedliche Familientypen, analysieren. Ein Blick auf die Gesamtverteilung der **Haushaltsnettoeinkommen**¹² der Familien zeigt eine erhebliche Streuung der Familien über die Einkommensgruppen. Zwar lässt sich für Mülheim in Ansätzen eine mehrgipflige Verteilung erkennen, die mittleren Gruppen mit monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2.000 und 3.000 Euro sind jedoch am stärksten besetzt: Etwa jede dritte Mülheimer Familie verfügt über ein Einkommen in dieser Höhe (vgl. Abbildung 5.1). Ein gutes Viertel der Familien hat monatlich weniger als 2.000 Euro Einkommen zur Verfügung, unter ihnen (nur) etwa fünf Prozent mit einem vergleichsweise sehr niedrigen Einkommen von weniger als 1.000 Euro. Auf der anderen Seite sind die Einkommensgruppen mit einem vergleichsweise hohen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen über 4.000 Euro in Mülheim ebenfalls noch gut besetzt: Ein gutes Fünftel aller Familien ordnet sich in diese höheren Einkommensgruppen ein. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren liegt in Mülheim danach bei 2.938 Euro monatlich.

Von diesen Haushaltsnettoeinkommen müssen aber ganz unterschiedlich große Familien leben. Auch die Bedarfe der Kinder in diesen Familien gestalten sich je nach Altersgruppe sehr unterschiedlich. Zudem lassen sich in größeren Familien und Haushalten durch das gemeinsame Zusammenleben Einsparungen erzielen. Daher sagen die bisher berichteten Zahlen noch nicht wirklich etwas über die faktische Einkommenssituation bzw. über Armut und Reichtum der Familien aus. Die Haushaltsnettoeinkommen müssen vielmehr auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen werden. Zusätzlich wird eine Bedarfsgewichtung der Einkommen nach der alten OECD-Skala vorgenommen, wie sie auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt (vgl. LDS 2007: 19ff.). Mit dieser so genannten **Äquivalenzgewichtung** wird eine Gewichtung am faktischen Bedarf vorgenommen, denn ein Vier-Personen-Haushalt wird (in Abhängigkeit nicht nur von der Zahl, sondern auch vom Alter der Familienmitglieder) nicht eine viermal so große Wohnung wie ein Ein-Personen-Haushalt bewohnen, er wird nicht viermal so viel Einkommen für Nebenkosten und Lebensmittel ausgeben usw.¹³ Zieht man eine solche Bedarfsgewichtung zur Analyse heran, verändert sich die Einkommensverteilung (vgl. Abbildung 5.2).¹⁴

Nur auf Basis dieser Zahlen ist sowohl ein Vergleich der Einkommenssituation zwischen verschiedenen Familienformen als auch zwischen den Stadtteilen oder mit anderen Städten möglich. In Abbildung 5.2 wurde die Verteilung der monatlichen Äquivalenzein-

12 Die Familien wurden gebeten, ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen, einschließlich aller Transfereinkommen und abzüglich aller Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern anzugeben.

13 Die genaue Vorgehensweise zur Äquivalenzgewichtung der Einkommen wird in Kapitel 2 erklärt.

14 Zu den Ergebnissen der Familienbefragung sind ergänzend zu den im Familienbericht dokumentierten Analysen weitere detaillierte Auswertungen in einem kommentierten Tabellenband für die Stadt Mülheim zusammengefasst worden. An einigen Stellen im Familienbericht wird auf diese weiterführenden Auswertungen verwiesen.

kommen für die Mülheimer Familien dargestellt. Durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Familienkonstellationen verändert sich die Verteilung deutlich. Es zeigt sich eine größere Häufung von Familien im mittleren Einkommensbereich mit 750 bis 1.000 Euro Äquivalenzeinkommen. Das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern erreicht 2006 in Mülheim eine Höhe von 1.161 Euro.

Betrachtet man die Verteilung der Äquivalenzeinkommen für die Stadtteile etwas genauer (vgl. Abbildung 5.3), zeigt sich eine deutliche Besserstellung der Familien in den Stadtteilen Menden-Holthausen und Speldorf, aber auch für Familien in Saarn. Hier verfügt etwa jede zweite Familie über ein recht komfortables Äquivalenzeinkommen von 1.250 Euro oder mehr. In Styrum und Altstadt I hingegen hat mehr als ein Drittel der Familien lediglich ein bedarfsgewichtetes Einkommen von unter 750 Euro monatlich zur Verfügung und der Anteil der Familien mit höheren Einkommen ist deutlich geringer. Hinsichtlich der mittleren Einkommensgruppen zeigen sich zwischen den Stadtteilen nicht ganz so deutliche Unterschiede. Dennoch fällt hier der Stadtteil Altstadt II mit dem höchsten Anteil von Familien (etwa jede zweite Familien in diesem Stadtteil) mit Einkommen zwischen 750 und 1.250 Euro auf.

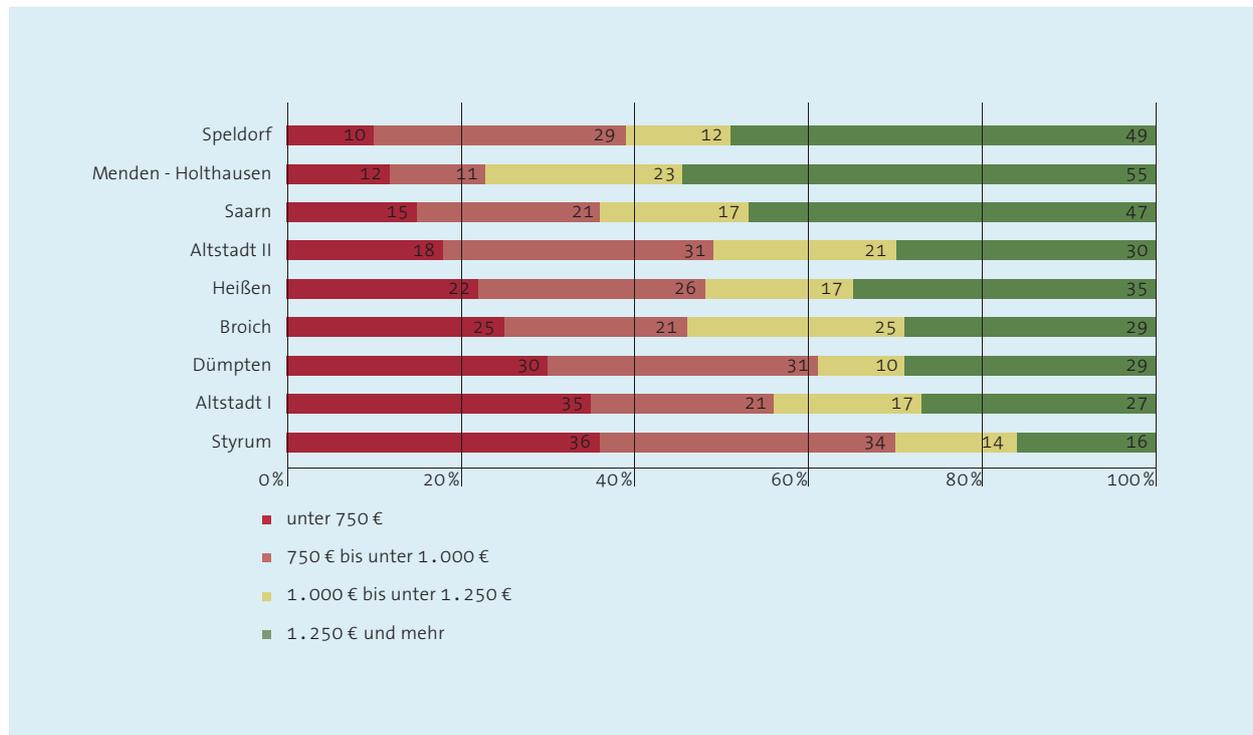
5.1.1 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien

Der Sozialbericht des Landes NRW (LDS 2007: 19) weist für 2005 die Armutsrisikoschwelle in Nordrhein-Westfalen mit 50 Prozent des bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens bei 615 Euro aus. Diese Schwelle bezieht sich auf die Haushaltseinkommen aller Haushalte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005, also auch auf Haushalte ohne Kinder. Auch im Landessozialbericht erfolgte die Bedarfsgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen auf Basis der alten OECD-Skala. Die folgenden Analysen orientieren sich an dieser Armutsschwelle.¹⁵ Zusätzlich wird im Folgenden ein weiterer Schwellenwert benutzt, um armutsgefährdete bzw. armutsnahe Lebensverhältnisse zu charakterisieren. Diese Schwelle liegt (gerundet) bei 750 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen, was etwa 60 Prozent des bedarfsgewichteten Einkommens entspricht.

Wir definieren die Armutsgrenze also bei einem Äquivalenzeinkommen von 615 Euro netto im Monat. Einkünfte unter 750 Euro (Äquivalenzeinkommen) bezeichnen „armutsnahe“ wirtschaftliche Verhältnisse.

Unter den Familien in der Stadt Mülheim sind nach dieser Definition 78 Prozent nicht arme Familien, neun Prozent leben in armutsna-

Abbildung 5.3: Durchschnittliche Äquivalenzeinkommen nach Stadtteilen



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

15 Die auf Basis der Familienbefragung berechneten Armutsanteile unter den Familien in der Stadt Mülheim sind aufgrund dieser Berechnungsweise vergleichbar mit den landesweiten Ergebnissen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, aber auch mit den Ergebnissen der anderen Familienberichte der Projektfamilie mit Befragungen im Jahr 2006.

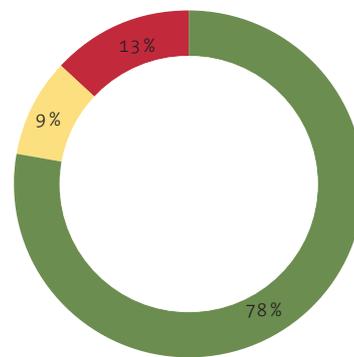
hen Einkommensverhältnissen und 13 Prozent der Familien sind arm (vgl. Abbildung 5.4). Unterschiede hinsichtlich des Gesamtanteils der armen und armutsnahen Familien in den Stadtteilen Mülheims lassen sich aufgrund der Grenzziehung bei 750 Euro aus der vorangegangenen Abbildung 5.3 erkennen. Auf die unterschiedliche Armutsbetroffenheit von Kindern und kleinräumige Unterschiede innerhalb der Stadt wird in Kapitel 6.1 gesondert eingegangen.

Das Armutsrisiko ist auch hinsichtlich der verschiedenen Familienformen sehr unterschiedlich: Während unter Paarhaushalten mit Kindern lediglich etwas mehr als jede zehnte Familie über ein Äquivalenzeinkommen unter 615 Euro verfügt, also arm ist, sind unter Alleinerziehenden mit 26 Prozent etwas mehr als ein Viertel von Einkommensarmut betroffen (vgl. Abbildung 5.5). Auch Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, d.h. kinderreiche Familien, haben im Vergleich zu Familien mit Kindern insgesamt ein erhöhtes Armutsrisiko. Etwa ein Viertel der kinderreichen Familien müssen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auskommen.

Vergleicht man diese Zahlen aber mit den Armutsquoten¹⁶ im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens, so zeigt sich für alle betrachteten Familienformen ein deutlich niedrigeres Armutsrisiko für Familien in Mülheim. Auch Alleinerziehende und Kinderreiche

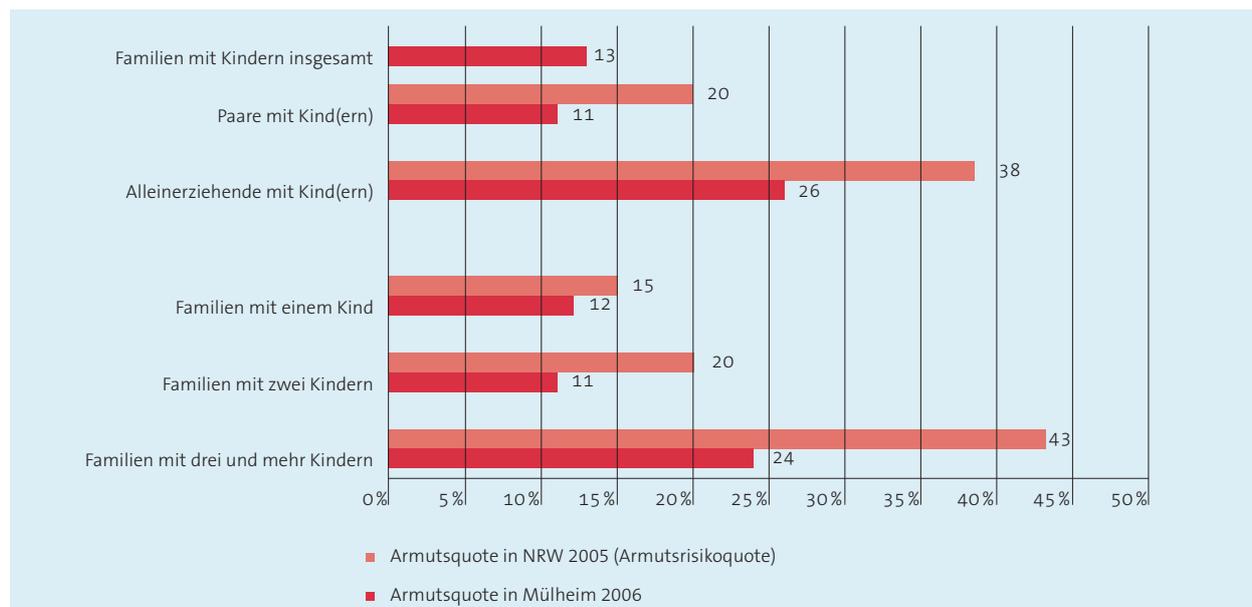
sind in Mülheim viel seltener von Einkommensarmut betroffen, als vergleichbare Familien im Landesdurchschnitt. Ein ähnlich positives Bild zeigt sich hinsichtlich des Armutsrisikos von Paarfamilien im Allgemeinen. Familien in Mülheim sind demnach eher unterdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen. Höhere Quoten weisen insbesondere kreisfreie Städte im nördlichen Ruhrgebiet auf (vgl. ZEFIR/Oberhausen 2006; ZEFIR/Gelsenkirchen 2006; ZEFIR/Herten 2006).

Abbildung 5.4: Arme, armutsnahe und nicht arme Familien in Mülheim



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Abbildung 5.5: Armutsrisiko nach Familienform in Nordrhein-Westfalen* und in Mülheim



* Ergebnisse des „Sozialbericht NRW 2007“.
 Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 und Daten des Mikrozensus 2005 (LDS 2007: 125).

16 Im Ländersozialbericht werden diese Quoten in Anlehnung an die Bundes- und europäische Armutsberichterstattung als Armutsrisikoquoten bezeichnet.

Tabelle 5.1: Äquivalenzeinkommen der Familien nach Migrationshintergrund und Bildungsstatus

	unter 750 €	750 € bis unter 1.000 €	1.000 € bis unter 1.250 €	1.250 € und mehr
	Angaben in Prozent			
Familienhaushalte				
ohne Migrationshintergrund	17	26	18	39
mit Migrationshintergrund	43	24	9	24
Familienhaushalte mit				
niedriger Qualifikation	52	30	10	7
mittlerer Qualifikation	25	37	25	13
höherer Qualifikation	20	33	18	29
höchster Qualifikation	10	11	15	63
Familienhaushalte insgesamt	22	25	17	36

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Ganz ähnlich wie in anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen ist aber das Armutsrisiko von Migrantenfamilien¹⁷ in der Stadt deutlich höher als das von Familien ohne Migrationsgeschichte. Mehr als zwei Fünftel der Migrantenfamilien in Mülheim leben im Sinne unserer Definition in Armut bzw. Armutsnähe, aber lediglich 17 Prozent der Familien ohne Migrationshintergrund haben ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der 750-Euro-Schwelle (vgl. Tabelle 5.1).

Armut und Reichtum der Familien sind in Mülheim zudem, wie in allen anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie, in hohem Maße bildungsabhängig. Der Anteil armer bzw. armutsnaher Familien sinkt mit höheren Qualifikationsabschlüssen sehr deutlich. Das Bildungsniveau der Familien wurde hier über den höchsten Schul- und Berufsbildungsabschluss der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils bestimmt.¹⁸ Während in der untersten Bildungsgruppe etwas mehr als die Hälfte der Familien monatlich mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen auskommen muss, trifft dies in der obersten Bildungsgruppe für nur jede zehnte Familie zu. In dieser Bildungsgruppe sind fast zwei Drittel der Familien wohlhabend mit einem Äquivalenzeinkommen von 1.250 Euro und mehr. Die Einkommensverteilung der Familien mit höchster Qualifikation unterscheidet sich damit sehr deutlich von allen anderen Bildungsgruppen. Vertiefende Analysen zeigen, dass es besonders Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund sind, die häufiger nur über einen niedrigeren Bildungsabschluss verfügen (vgl. Kapitel 7).

Neben der beruflichen Qualifikation ist insbesondere die Erwerbseinbindung der Eltern von entscheidender Bedeutung für das Armutsrisiko. Sind Alleinerziehende erwerbslos oder beide Elternteile nicht erwerbstätig, verfügt nur ein kleiner Teil dieser Familien über ein Äquivalenzeinkommen oberhalb der hier definierten Armutsgefährdungsgrenze von 750 Euro. Dies spiegelt sich auch in der Einkommenszusammensetzung wider. Wir messen hier die Bedeutung der einzelnen Einkommenskomponenten am Anteil der Familien, die über ein Einkommen der entsprechenden Art verfügen.¹⁹

Betrachtet man die Einkommensbestandteile von armen, armutsnahen und nicht armen Familien genauer, lässt sich deutlich erkennen, dass in nicht armen Familien das Einkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit die wichtigste Einkommensquelle ist (vgl. Tabelle 5.2). In 96 Prozent der nicht armen Familien trägt das Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit mindestens eines Haushaltsmitgliedes zum Haushaltseinkommen bei. In armutsnahen Familien erreicht dieser Anteil lediglich 74 Prozent und in armen Familien ist es sogar nur die Hälfte der Familien, die Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit beziehen. Für arme Familien sind Arbeitslosengeld II und Sozialgeld eine fast ebenso bedeutsame Einkommensquelle. Auch andere Transferzahlungen, wie Unterhaltsvorschussleistungen, Sozialhilfe oder Wohngeld gewinnen an Bedeutung. Für etwa jede zwölfte arme Familie gehören auch Zuwendungen von Verwandten zum regelmäßigen Haushaltsbudget.

17 Als Migrantenfamilien können wir auf Basis der Familienbefragung nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil berücksichtigen, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund. D.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren

18 Die Definition der Bildungsniveaus der Familienhaushalte ist in Kapitel 2 nachzulesen.

19 In der Familienbefragung wurde nur erfragt, aus welchen Bestandteilen sich das monatliche Haushaltseinkommen zusammensetzt und nicht, in welcher Höhe diese zum Haushaltseinkommen beitragen.

Tabelle 5.2: Zusammensetzung des Haushaltseinkommens von Familien in Mülheim

	arme Familien	armutsnahe Familien	nicht arme Familien
	Angaben in Prozent		
Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	50	74	96
Kindergeld	93	97	94
Arbeitseinkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	21	18	20
Unterhaltszahlungen (für Ledige, Geschiedene, Kinder)	18	18	14
Einkommen aus Vermögen (Pacht, Zinsen)	1	2	9
Erziehungsgeld	11	13	4
Sonstiges (z.B. Rente, Pflegegeld, BAföG)	8	10	4
Kinderzuschlag	0	2	4
Zuwendungen von Verwandten	8	2	3
Arbeitslosengeld II, einschließlich Sozialgeld	46	16	2
Arbeitslosengeld I	4	5	2
Unterhaltsvorschuss	11	5	1
Wohngeld und andere Zuschüsse zur monatlichen Miete	12	13	1
Sozialhilfe	9	3	0

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Unter armutsnahen Familien ist der Anteil der Familien mit Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld vergleichsweise niedriger, aber auch in diesen Familien sind Transfereinkommen deutlich wichtiger als in nicht armen Familien. Schon diese Betrachtung zeigt, dass auch ein Teil der Familien mit erwerbstätigen Eltern einem Armutsrisiko ausgesetzt ist. Wir bezeichnen solche Familien, die trotz Erwerbstätigkeit mindestens eines Erwachsenen in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben, als die „arbeitenden Armen“ oder „working poor“. In Mülheim betrifft dies 13 Prozent aller Familien. Bei den erwerbstätigen Alleinerziehenden finden wir einen deutlich höheren Anteil von armen bzw. armutsnahen Familien: Etwa ein Viertel der Alleinerziehenden ist in dieser Situation. Aber auch unter Paarfamilien mit nur einem Erwerbstätigen haben 20 Prozent lediglich ein Äquivalenzeinkommen bis 750 Euro.

Dies erklärt sich u.a. dadurch, dass mehr als die Hälfte der „working poor“-Familien in Mülheim Paarfamilien mit nur einem Erwerbstätigen – zumeist dem Vater – sind (vgl. Abbildung 5.6). Das ist die von der bundesdeutschen Familienpolitik lange Zeit faktisch unterstützte Normalfamilienform. Ausschlaggebend für die

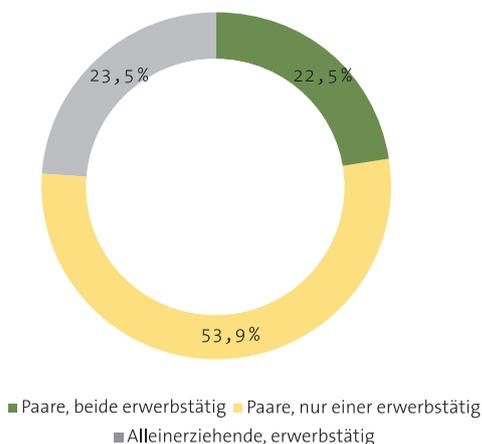
Armutslagen dürften hier vor allem niedrige Erwerbseinkommen sein, bei Alleinerziehenden verbunden mit einem größeren Anteil der Teilzeitbeschäftigung. Eine Erwerbstätigkeit verhindert also auch für Mülheimer Familien nicht immer ein Armutsrisiko.

5.2 Reicht das Geld zum Leben? Ausgabenstrukturen der Familien

Wir haben die Familien der Stadt Mülheim gefragt, wofür sie ihr Geld ausgeben: Wie viel sie zum Beispiel im Monat für ihre Wohnung bezahlen und wie hoch der Betrag ist, den sie für Versicherung und Vorsorge verwenden. Wir haben aber auch danach gefragt, was die Familien für wichtige Dinge des Alltags, z.B. Lebensmittel oder Kleidung, monatlich ausgeben oder wie viel Geld für Zinsen und Kreditabzahlungen aufgewendet wird. Darüber hinaus war von Interesse, wie die Familien ihre finanzielle Situation selbst einschätzen, wo sie also finanzielle Engpässe wahrnehmen.

Für die wichtigsten Ausgabenbereiche haben wir Durchschnittsbeträge der monatlichen Ausgaben errechnet. Um die Angaben der Familien besser vergleichen zu können, wurden die jeweili-

Abbildung 5.6: „Working poor“ in Mülheim nach Familienform



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

gen Ausgaben zusätzlich auf das Haushaltsnettoeinkommen bezogen. Über alle Ausgabenbereiche hinweg betrachtet, sind die monatlichen Verbindlichkeiten für Zins- und Kreditabzahlungen mit 776 Euro der höchste Absolutbetrag für einen Ausgabenbereich. Es ist aber zu beachten, dass (nur) etwa die Hälfte der Familien solche monatlichen Zahlungsverpflichtungen hat. Betrachtet

man darüber hinaus den relativen Anteil dieser Zahlungen am Haushaltseinkommen der Familien mit Zahlungsverpflichtungen, so betreffen diese „nur“ 20 Prozent des Haushaltseinkommens. Höhere Zins- und Kreditbelastungen nehmen demnach insbesondere wohlhabende Familien in Kauf, die sich diese hohen Zahlungen auch leisten können. Vergleicht man diese Ausgaben mit der Mietbelastung der Familien, zeigt sich ein anderes Verhältnis zwischen absoluten und relativen Ausgabenanteilen. Für Familien, die zur Miete wohnen,²⁰ sind die Mietkosten mit durchschnittlich 545 Euro monatlich der größte Ausgabenposten, der in den Familien insgesamt 27 Prozent und in armen Familien (trotz deutlich niedriger absoluter Mietzahlungen) sogar 43 Prozent des Haushaltseinkommens bindet. Gleich danach folgen Aufwendungen für Lebensmittel und den täglichen Bedarf mit 524 Euro monatlichen Ausgaben, die in den Familien insgesamt 21 Prozent des Haushaltseinkommens verbrauchen. Auch für diesen Bereich zeigt sich für arme Familien eine deutlich höhere relative Belastung des Haushaltsbudgets, obgleich mit monatlich 350 Euro absolut sehr viel weniger ausgegeben wird. Gemessen an den Absolutbeträgen der Ausgaben schlagen alle weiteren Ausgaben deutlich geringer im Haushaltsbudget zu Buche. Vergleichsweise höhere Ausgabenbeträge werden in den Familien insgesamt noch für Nebenkosten in Miet- und Wohneigentum sowie für Versicherung und private Vorsorge mit durchschnittlich jeweils 226 Euro monatlich angegeben.

Tabelle 5.3: Ausgabenstruktur armer Familien und Familien insgesamt

	durchschnittl. monatl. Ausgaben je Familie in €		durchschnittl. Anteil am Haushaltseinkommen in %	
	Familien insg.	arme Familien	Familien insg.	arme Familien
Miete für Wohnung*	545	437	27,1	42,5
Lebensmittel/ alltäglicher Bedarf	524	350	20,6	30,7
Nebenkosten (inkl. Heizung, Strom)	226	177	8,8	15,5
Versicherung/ private Vorsorge	226	57	7,1	4,6
Kleidung	150	81	5,3	6,8
Auto (ohne Versicherung)	149	72	5,2	5,8
Freizeit/ Bildung/ Kultur	105	41	3,5	3,3
Telefon/ Handy/ Internet	79	64	3,3	5,8
Kinderbetreuung	51	8	1,5	0,7
Öffentliche Verkehrsmittel	25	27	1,2	2,5
Dienstleistung durch Dritte	21	2	0,5	0,2
Sparen**	319	77	8,9	22,3
Zins-bzw.Kreditzahlungen***	776	247	22,1	7,1

* von 57 Prozent der Familien, die zur Miete wohnen; ** von 61 Prozent der Familien, die angeben, Geld zu sparen; *** von 53 Prozent der Familien, die Kreditzahlungen leisten; Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

20 In Mülheim sind dies 57 Prozent aller Familien. Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

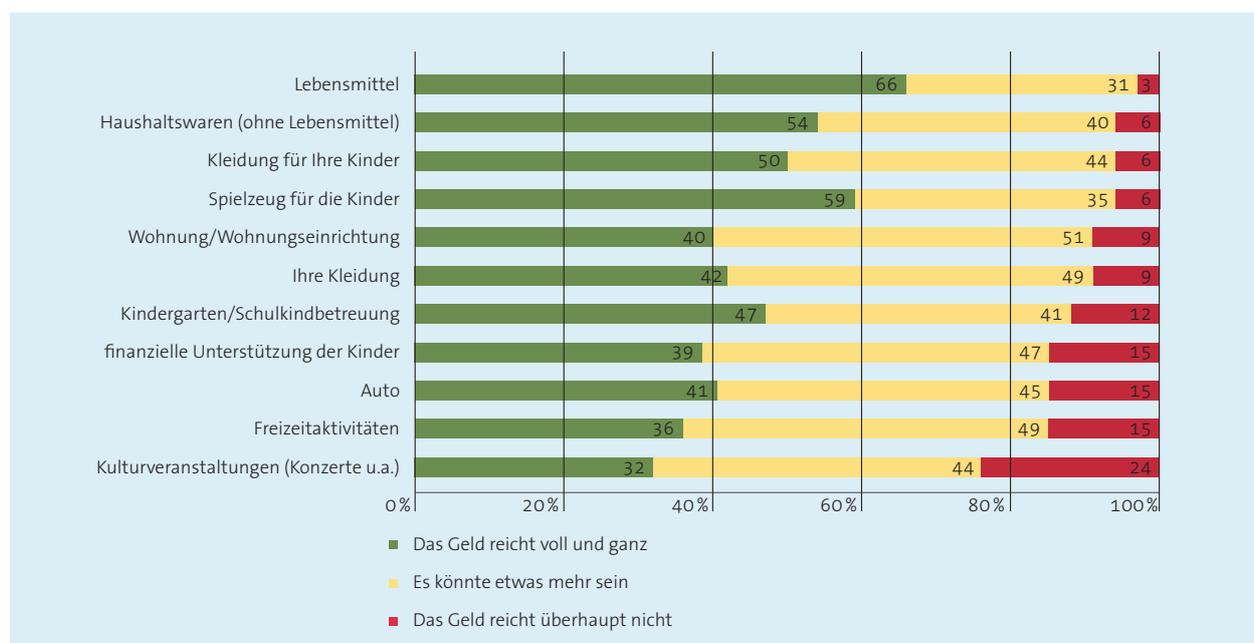
Je weniger Geld die Familien zur Verfügung haben, desto höher ist der Anteil der Miete bzw. der Aufwendungen für die Wohnung am Haushaltseinkommen. Ganz ähnliche Zusammenhänge zeigen sich für die unbedingt notwendigen Ausgabenbereiche, wie Lebensmittel/ alltäglicher Bedarf, Nebenkosten oder Kleidung: Obgleich in armen Familien absolut deutlich weniger Geld für diese Dinge ausgegeben wird, steigt der relative Anteil am Haushaltsnettoeinkommen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel. Ebenfalls relativ weniger Geld geben armen Familien insbesondere für den Bereich Versicherung und Vorsorge sowie die Kinderbetreuung aus.

Drei von fünf Mülheimer Familien sparen regelmäßig einen festen Betrag ihres Einkommens. Dies sind bezogen auf die Familien, die etwas zurücklegen, durchschnittlich 319 Euro monatlich bzw. durchschnittlich neun Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Auch ein Teil der armen Familien spart trotz des sehr engen Haushaltsbudgets noch regelmäßig. Hier werden im Durchschnitt nur noch 77 Euro zurückgelegt, was durchschnittlich aber 22 Prozent des Haushaltseinkommens der entsprechenden Familien ausmacht.

Werden die Familien gebeten, ihre aktuelle finanzielle Situation in Bezug auf verschiedene Ausgabenbereiche einzuschätzen,

zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Vergleichen wir die Extreme links und rechts sowie unten und oben in der Abbildung 5.7: Eine Mehrheit erklärt, das Geld „reiche voll und ganz“ für Lebensmittel, während nur drei Prozent sagen, es reiche überhaupt nicht. Etwa ein Viertel der Familien dagegen sagt auf der anderen Seite, dass ihr Einkommen nicht für Kulturveranstaltungen, also Konzerte oder ähnliches ausreicht und nur ein Drittel der Familie hat hier keine Probleme. Neben dem kulturellen Bereich werden vor allem im Freizeitbereich größere bzw. kleinere finanzielle Engpässe wahrgenommen. Insgesamt zeigt sich für Mülheimer Familien aber eine vergleichsweise positive Einschätzung der finanziellen Situation.

Abbildung 5.7: Beurteilung der finanziellen Situation des Haushaltes



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Man kann diese Angaben zusammenfassen und zählen, wie oft die Familien „reicht voll und ganz“ bzw. „reicht überhaupt nicht“ und „könnte etwas mehr sein“ angeben. Wir haben auf diese Weise zwei Typen gebildet:

- Typ 1: „Wir können uns (fast) alles leisten“. Das sind Familien, die mindestens zehnmal gesagt haben: „Geld reicht voll und ganz“. **In Mülheim gehören 18,9 Prozent der Familien zu diesem Typ.**
- Typ 2: „Wir können uns nur (sehr) wenig leisten“. Es wurde mindestens zehnmal angegeben: „Geld reicht überhaupt nicht“ oder „Es könnte etwas mehr sein“. **In Mülheim gehören 25,2 Prozent der Familien in diese Kategorie**, die teilweise finanzielle Einschränkungen wahrnehmen.

Betrachtet man die Verteilung dieser Typen nach Familienformen, zeigen sich vergleichbare Unterschiede wie hinsichtlich der Einkommensarmut: Finanzielle Einschränkungen werden deutlich häufiger in Migrantenfamilien und von Alleinerziehenden angegeben. Unter diesen Familien gibt es mit sieben bzw. sechs Prozent auch nur sehr wenige, die sich (fast) alles leisten können. Es sind aber besonders Familien der niedrigsten Qualifikationsgruppe, die Einschränkungen bei Alltagsausgaben hinnehmen müssen. In Mülheim gehört etwa die Hälfte der Familien mit niedriger Qualifikation zum Typ „Wir können uns nur (sehr) wenig leisten“.

5.3 Armut und armutsnahe Lebenslagen

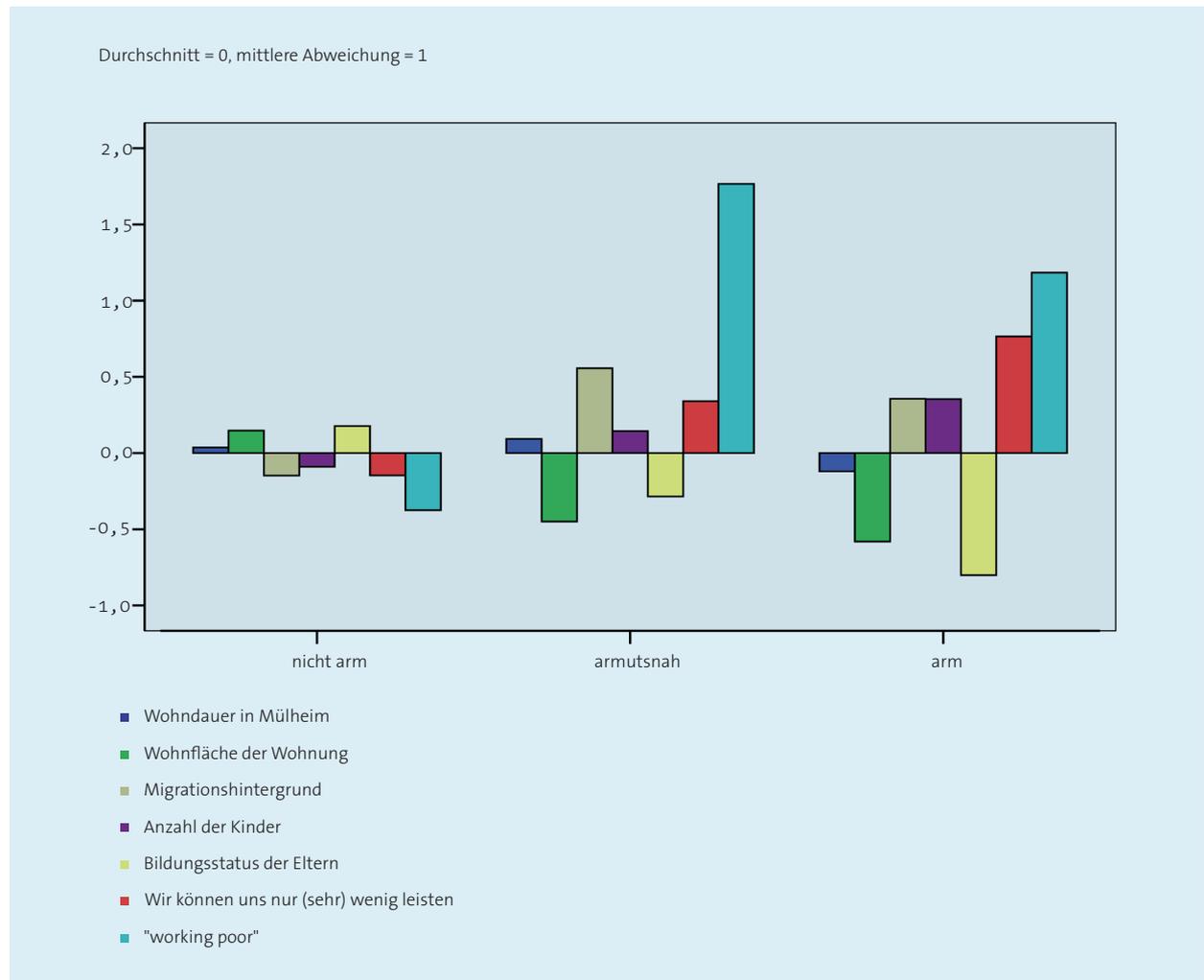
Kennzeichnend für arme Lebenslagen von Familien sind häufig eine mehrdimensionale Benachteiligung bzw. Defizite in verschiedenen Lebensbereichen. Armutslagen sind also nicht nur durch Einkommensknappheit gekennzeichnet. Abschließend wollen wir daher noch einmal zusammenfassend betrachten, in welcher Hinsicht sich arme, armutsnahe und nicht arme Familien in Mülheim unterscheiden. Um unterschiedliche Merkmale der Lebenslage vergleichbar zu machen, haben wir jedes Merkmal so transformiert, dass der Durchschnitt des jeweiligen Merkmals für alle Familien gleich Null gesetzt wird und die mittlere Abweichung der Einzelwerte für die betrachteten Gruppen gleich 1 (vgl. Abbildung 5.8). So entstehen für die drei interessierenden Gruppen Lebenslageprofile.

Es zeigt sich, dass die Unterscheidung zwischen armen und armutsnahen Lebensverhältnissen bei der Betrachtung charakteristischer Aspekte der Lebenslage ohne große Bedeutung ist. Dahingegen unterscheiden sich die nicht armen Familien von

den armen und armutsnahen Familien hinsichtlich fast aller hier berücksichtigter Merkmale, zumindest was die Einordnung „überdurchschnittlich“ und „unterdurchschnittlich“ angeht: Im Gegensatz zu den nicht armen Familien wohnen arme und armutsnahe Familien in kleineren Wohnungen und haben häufiger kein Wohneigentum, sondern wohnen zur Miete. Arme und armutsnahe Familien haben im Unterschied zu nicht armen Familien häufiger einen Migrationshintergrund sowie einen geringeren Bildungsstatus. Zudem ist die durchschnittliche Kinderzahl in armen und armutsnahen Familien höher als bei den nicht armen Familien. Wie zu erwarten, gehören beide Gruppen auch häufiger zu den Familien, die sich (sehr) wenig leisten können und sind häufiger arm, obwohl mindestens ein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Allerdings ist das letztgenannte Merkmal im Unterschied zu den vorangegangenen anteilig häufiger für armutsnahe Familien charakteristisch. „Working poor“ sind häufiger armutsgefährdet als arm.

Armutspräventive Unterstützungsangebote der Familien- und Sozialpolitik sollten sich daher nicht ausschließlich an die Familien unterhalb der Armutsgrenze wenden. Vielmehr geht es darum auch Maßnahmen für die armutsgefährdete Gruppe von Familien in prekären Lebenslagen anzubieten, bei denen jede weitere finanzielle Belastung bzw. Veränderung der Einnahmenseite (z. B. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) und der Aufwendungsseite (ein weiteres Kind, Umzug in eine teurere Wohnung) ein Abrutschen in arme Lebenslagen bedeuten würde.

Abbildung 5.8: Lebenslageprofil armer, armutsnaher und nicht armer Familien in Mülheim



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Die folgenden Analysen nehmen verschiedene Aspekte der Lebenslage von Kindern in Mülheim noch einmal etwas genauer in den Blick, d.h. es erfolgt eine Verknüpfung der familienzentrierten Perspektive mit der Kinderperspektive – nicht mehr Familien mit Kindern, sondern die Kinder in der Familie sind von Interesse. Dabei muss dieser Perspektivwechsel auf Aspekte der Lebenslage von Kindern beschränkt bleiben, da nicht die Kinder selbst zu ihrer Lebenssituation befragt wurden. Neben der Bildungsbeteiligung, den Bildungsübergängen und Schulabschlüssen von Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Familientypen soll vor allem dem Thema Kinderarmut besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

6.1 Kinderarmut – auch in Mülheim ein Problem?

„Arme Kinder leiden in Deutschland [...] in der Regel weder Hunger noch Durst, sie haben ein eigenes Bett und sie gehen zur Schule“ (vgl. Belwe 2006:2). Dennoch ist Kinderarmut in Deutschland existent. Sie äußert sich in einer eingeschränkten materiellen Grundversorgung, verminderten Bildungschancen, einer schlechteren Gesundheit und geringerer sozialer Teilhabe. Armut stellt somit den größten Risikofaktor für kindliche Lebenschancen dar, was letztendlich zu einem immer stärkeren Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führt (vgl. ebd.). Ende 2004 waren amtlichen Statistiken zufolge 1,1 Millionen der Sozialhilfe beziehenden Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, was 7,5 Prozent sämtlicher Minderjährigen in Deutschland entspricht. Aufgrund der Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme sowie der Einführung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes Anfang 2005 erhöhte sich nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf Sozialhilfeniveau leben, auf 1,7 Millionen oder 14,2 Prozent aller Minderjährigen (vgl. Reißlandt / Nollmann 2006:24f.). Kinder (und Jugendliche) sind damit nach wie vor die am häufigsten von Armut betroffenen Altersgruppen.

6.1.1 Sozialgeldquoten und Hilfequoten von Familien

Doch wie sieht es diesbezüglich in der Stadt Mülheim aus? Muss auch hier Kinderarmut als ein Thema angesehen werden, dem die Politik vor Ort begegnen muss oder belegen amtliche Daten und Ergebnisse der Familienbefragung das Gegenteil? Betrachtet man anhand amtlicher Daten aus dem Familienstatistischen Informationssystem den Anteil der Leistungsempfänger/innen von Arbeitslosengeld II an der erwerbsfähigen Bevölkerung in Mülheim, so lag dieser zum Stichtag 31.12.2005 mit 7,8 Prozent leicht unterhalb des landesweiten Niveaus von 9,0 Prozent. Innerhalb Mülheims schwankt dieser Anteil stark zwischen 0,9 Prozent im statistischen Bezirk Menden/Ickten und 17,0 Prozent in Altstadt II-Südwest, wobei nur in sieben der 27 statistischen Bezirke Werte über zehn Prozent erreicht wur-

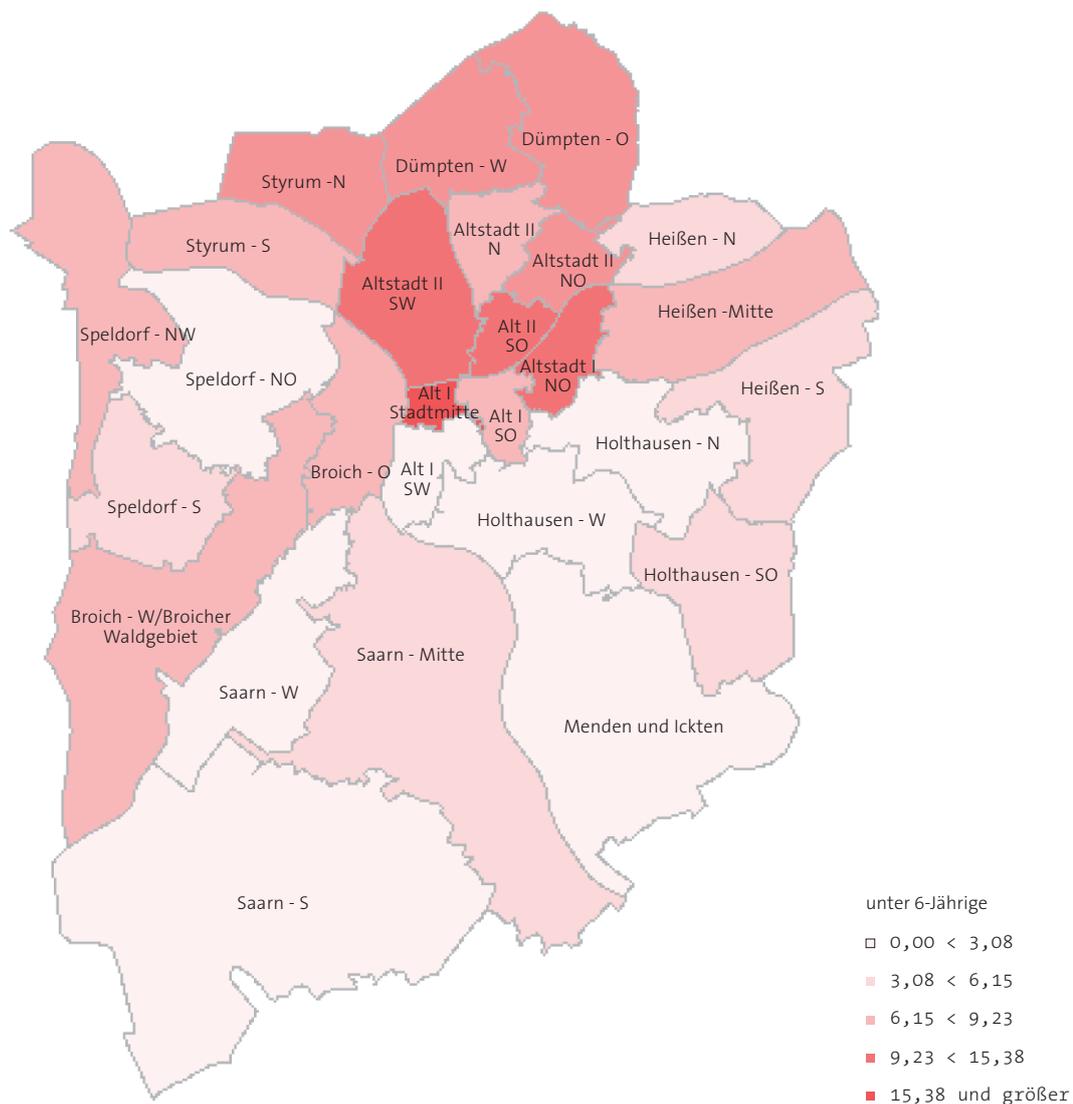
den. Bis auf Dümpten-West (10,0 Prozent) liegen sämtliche dieser Bezirke in den Stadtteilen Altstadt I, Altstadt II und Styrum.

Die Sozialgeldquote der unter Sechsjährigen (vgl. Karte 6.1) lag zum Stichtag 31.12.2005 zwischen 0 Prozent im statistischen Bezirk Menden/Ickten und 18,5 Prozent in Altstadt I-Stadtmitte. Stadtweit wurde bezogen auf die unter Sechsjährigen eine Quote von 7,6 Prozent erreicht. Die Sozialgeldquote der unter 18-Jährigen (vgl. Karte 6.2) lag etwas niedriger bei stadtwweit 5,7 Prozent, was auf eine höhere Betroffenheit der jüngeren Altersgruppen verweist. Hier wurde der niedrigste Wert ebenfalls in Menden/Ickten erreicht (0 Prozent), der höchste Wert lag bei 11,6 Prozent wiederum in Altstadt II-Südwest. Wie beim Anteil der ALG II-Empfänger/innen findet sich auch bei den Sozialgeldquoten der unter Sechs- und unter 18-Jährigen innerhalb Mülheims eine Konzentration der höchsten Werte in den Stadtteilen Altstadt I, Altstadt II, Styrum und Dümpten.

Innerhalb der statistischen Bezirke lag die Sozialgeldquote der unter 18-Jährigen lediglich in Holthausen-Nord über der Quote der ALG II-Beziehenden (3,0 gegenüber 2,7 Prozent). Die Sozialgeldquote der unter Sechsjährigen aber lag in neun statistischen Bezirken oberhalb der Quote der ALG II-Empfänger/innen. Sieben dieser neun Bezirke sind in den Stadtteilen Altstadt I, Altstadt II und Dümpten zu finden, in den Bezirken Altstadt I-Stadtmitte und Altstadt I-Nordost lag die Sozialgeldquote mit 18,5 bzw. 13,2 Prozent zudem sehr viel deutlicher über der jeweiligen ALG II-Quote (14,2 bzw. 8,9 Prozent) als dies in anderen statistischen Bezirken Mülheims der Fall ist. Die Aussage, dass Kinder (und Jugendliche) die am häufigsten von Armut betroffenen Altersgruppen sind, trifft demnach auf die Stadt Mülheim insgesamt nicht zu. Vielmehr zeigt sich eine Armutskonzentration in den genannten Stadtteilen.

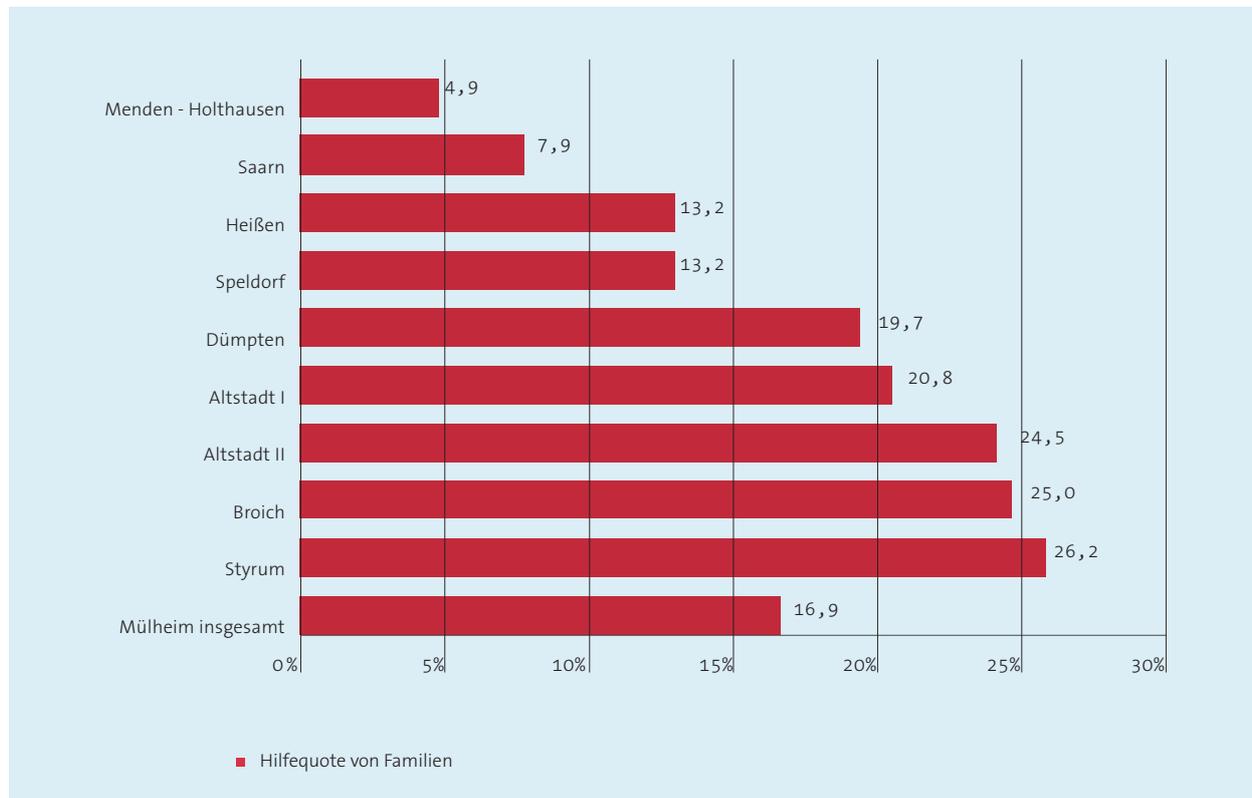
Betrachtet man die Hilfequoten von Familien – also die Anteile der Haushalte mit Kindern, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, an allen Familienhaushalten – in Mülheim insgesamt und in den einzelnen Stadtteilen, zeigt sich eine ähnliche Verteilung wie bei den ALG II- und Sozialgeldquoten (vgl. Abbildung 6.1). Während in Mülheim insgesamt jeder sechste Familienhaushalt Leistungen nach dem SGB II bezieht, sind dies in Saarn und Menden-Holthausen lediglich jeder zwölfte bzw. zwanzigste Familienhaushalt. Überdurchschnittlich hohe Werte werden in Styrum, Broich und Altstadt II, aber auch in Altstadt I und Dümpten erreicht, wo etwa jede vierte bis fünfte Familie von staatlichen Leistungen abhängig ist. Mit Ausnahme von Broich sind dies Stadtteile, in denen auch überdurchschnittlich hohe ALG II- und Sozialgeldquoten erreicht wurden.

Karte 6.1: Sozialgeldquote der unter Sechsjährigen 2005



(in % der altersgleichen Bevölkerung; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Abbildung 6.1: SGB II-Hilfequoten von Familien 2005



(Haushalte mit Kindern, die Leistungen nach SGB II beziehen, in % aller Familien in Mülheim; 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

6.1.2 Arme, armutsnahe und nicht arme Kinder in Mülheim

Doch nicht nur Kinder aus Familien, die von staatlichen Leistungen leben, sind von Armut bedroht bzw. betroffen. Wie in Kapitel 5 bereits dargestellt wurde, können Familien mit Kindern auch dann in Armut (unterhalb von 615 Euro monatlichem Nettoäquivalenzeinkommen) oder Armutsnähe (615 bis unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen) leben, wenn ein oder sogar beide Elternteile arbeiten. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von den so genannten „working poor“ (vgl. Kapitel 5). Einem besonders hohen Armutsrisiko sind außerdem Kinder aus Familien Alleinerziehender, aus kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund ausgesetzt (vgl. Kapitel 7). Eine genauere Betrachtung von Kindern aus armen, armutsnahen und nicht armen Familien soll im Folgenden anhand der Ergebnisse unserer Familienbefragung geschehen.

Die Unterteilung in arme, armutsnahe und nicht arme Familien und Kinder in Mülheim auf Basis der monatlichen Nettoäquiva-

lenzeinkommen (Abbildung 6.2) zeigt, dass 22 Prozent der Familien bzw. 24 Prozent der Kinder in Mülheim von (Einkommens-) Armut bedroht oder betroffen sind. Diese Werte liegen noch über den Quoten von Familien mit Leistungen nach dem SGB II. Mehr als Dreiviertel der Familien bzw. Kinder können allerdings als „nicht arm“ eingestuft werden.

Kleinräumig betrachtet, können auch hier zwischen den Mülheimer Stadtteilen deutliche Unterschiede festgestellt werden (vgl. Abbildung 6.3). Überdurchschnittlich gute Werte werden insbesondere in den Stadtteilen Speldorf und Menden-Holthausen erreicht, hier lebt lediglich jedes achte bzw. zehnte Kind in armen oder armutsnahen Familien. Dahingegen schneidet der Stadtteil Styrum, wie schon bei den SGB II-Hilfequoten von Familien, am schlechtesten ab: Hier müssen 42 Prozent der Kinder als arm bzw. armutsnah eingestuft werden. Im Stadtteil Altstadt I sind dies mit 40 Prozent zwar fast ebenso viele Kinder, während in Styrum allerdings „nur“ jedes vierte Kind in Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 615 Euro lebt, ist es in Altstadt I sogar jedes dritte!

Abbildung 6.2: Arme, armutsnahe und nicht arme Familien und Kinder in Mülheim

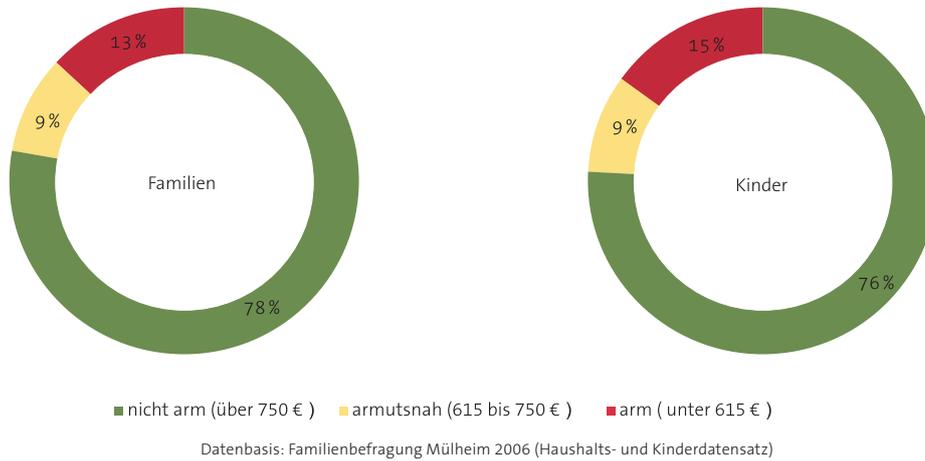


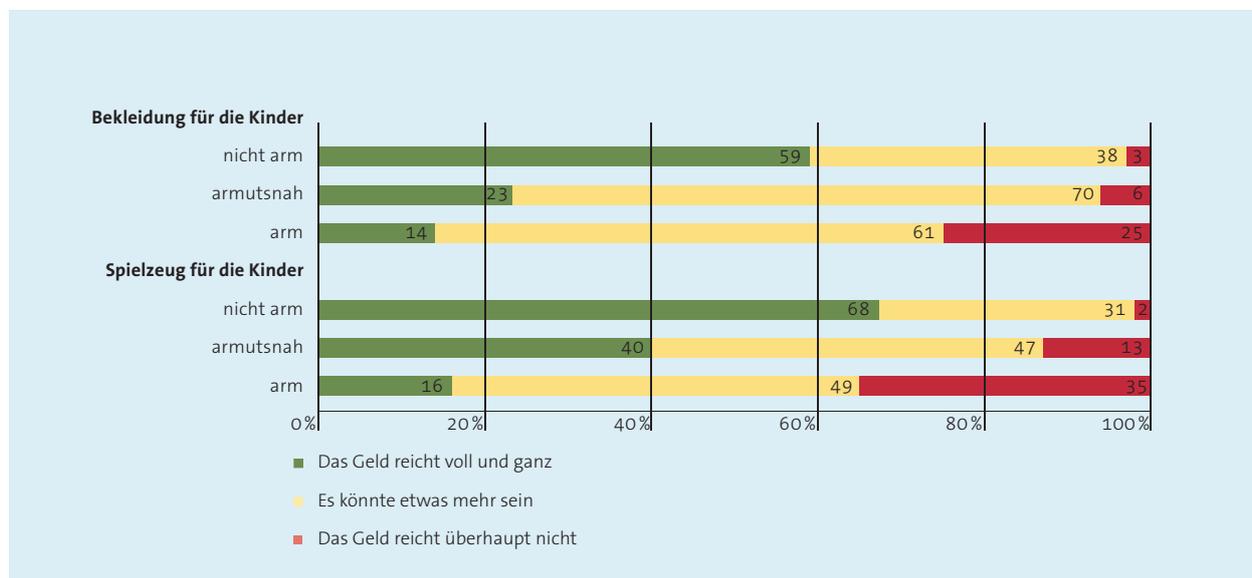
Abbildung 6.3: Arme, armutsnahe und nicht arme Kinder in Mülheim nach Stadtteilen



Ein nicht ausreichendes Einkommen bedeutet auch, dass möglicherweise für Lebensbereiche, die speziell die Kinder in den Familien betreffen, kein oder nicht genügend Geld zur Verfügung steht, bzw. dies zumindest subjektiv so empfunden wird. Danach befragt, ob das Geld in der Familie für Spielzeug und Bekleidung der Kinder ausreicht, zeigen sich zwischen den Familien deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 6.4). So gibt die große Mehrheit der Familien, die aufgrund ihres Einkommens als nicht arm eingestuft werden, an, dass ihr Geld für Spielzeug (68 Prozent) und Bekleidung der Kinder (59 Prozent) voll und ganz ausreicht.

Die Aussage, dass ihr Geld für diese Dinge etwas mehr sein könnte, wird dagegen deutlich seltener gemacht, und dass das Geld überhaupt nicht ausreicht, kommt in nicht armen Familien kaum vor. Armutsnahe, aber vor allem arme Familien empfinden ihr Einkommen demgegenüber deutlich häufiger als unzureichend. Nur etwa jede siebte arme Familie hat das Gefühl, für Spielzeug und Bekleidung der Kinder ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu haben, während bei einem Drittel bzw. einem Viertel der armen Familien das Geld für Spielzeug und Bekleidung der Kinder überhaupt nicht reicht.

Abbildung 6.4: Beurteilung der finanziellen Situation des Haushaltes



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 (Kinderdatensatz)

Doch nicht nur finanziell sind Kinder aus armen und armutsnahen Familien gegenüber anderen Kindern benachteiligt. „In der Armutsforschung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass besonders Kinderarmut viel mehr heißt, als wenig Geld zu haben. [...] Sie manifestiert sich in verschiedenen Lebensbereichen und führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Wohn-, Bildungs-, Ausbildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich“ (Butterwegge 2006: 33). Bereits in Kapitel 5 wurde verdeutlicht, welche weiteren Auswirkungen Armut und Armutsnähe auf das Leben von Familien haben. Dort zeigte der Vergleich, dass arme und armutsnahe Familien im Gegensatz zu nicht armen Familien unter anderem kleinere Wohnungen bewohnen und über einen geringeren Bildungsstatus verfügen. Darüber hinaus gehören beide Gruppen häufiger zu den Familien,

die angaben, sich nur (sehr) wenig leisten zu können. Aus der Perspektive der Kinder bedeuten diese Ergebnisse eine zusätzliche Verschärfung der Probleme, da in armen und armutsnahen Haushalten durchschnittlich mehr Kinder als in armutsfernen Haushalten leben.

6.2 Bildungsbeteiligung und Familiensituation

Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen sind wichtige Sozialisationsinstanzen im Leben von Kindern. Nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studien und ganz aktuell eine OECD-Studie zur Bildungssituation (vgl. OECD 2007) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungsverlauf und -erfolg sehr stark durch die soziale Herkunft und die Staatsangehörigkeit der

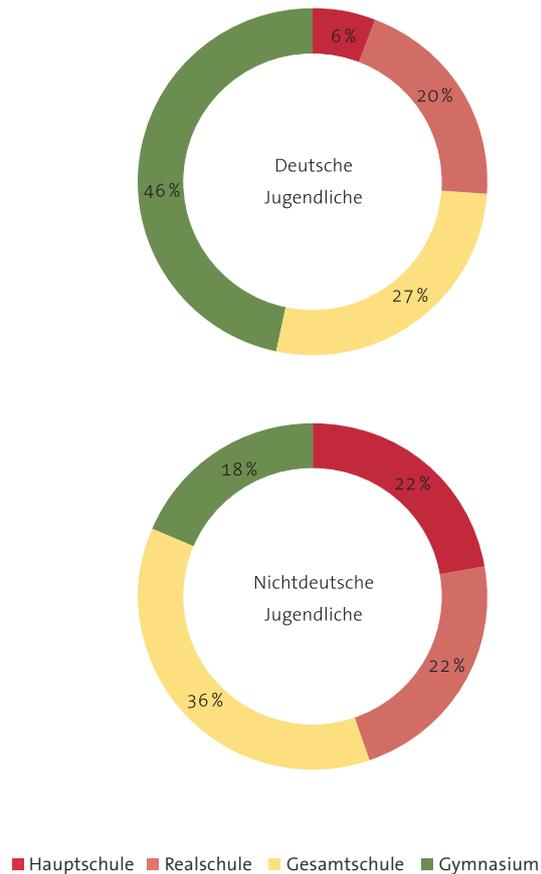
Kinder bestimmt werden. Eine herausragende Rolle spielt dabei der Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen. Die Bildungschancen und späteren Lebenschancen der Kinder werden durch diesen Bildungsübergang maßgeblich beeinflusst. Welche weiterführende Schule angeraten bzw. gewählt wird, ist aber nicht nur von den Wünschen und Bestrebungen der Eltern abhängig. Die Schulform richtet sich auch nach den schulischen Leistungen der Kinder und darauf fußenden Empfehlungen der Grundschule. Soziale Selektivität im Zugang zu unterschiedlichen Schulformen ist also nicht nur das Ergebnis familialer Bildungsentscheidungen und Bildungspräferenzen, sondern wird zugleich durch die jeweilige Grundschule und die Kriterien der Schulempfehlungen mitbestimmt.²¹

6.2.1 Übergangsquoten auf weiterführende Schulen und Bildungsabschlüsse

In Abbildung 6.5 sind die Übergangsquoten der Mülheimer Schüler/innen auf weiterführende Schulen nach Schulart und Staatsangehörigkeit dargestellt.²² Die Übergangsquoten der Kinder in Mülheim sind, wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, sehr stark von ihrer Staatsangehörigkeit beeinflusst. Übergreifend ist eine Benachteiligung von Kindern aus nichtdeutschen Familien beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen nachzuweisen, was sich besonders deutlich beim Übergang auf die Hauptschule und das Gymnasium zeigt.

Mehr als jede/r fünfte nichtdeutsche Schüler/in der Stadt ist im Schuljahr 2005/2006 nach der Grundschule auf eine Hauptschule gewechselt. Der vergleichbare Wert für deutsche Schüler/innen lag bei lediglich sechs Prozent. Auf der anderen Seite haben 46 Prozent der deutschen Schüler/innen, aber nur 18 Prozent der nichtdeutschen Schüler/innen im gleichen Jahr den Übergang zum Gymnasium geschafft. Sowohl unter den deutschen als auch unter den nichtdeutschen Schüler/innen besucht etwa ein Fünftel nach der Grundschule eine Realschule. Nichtdeutsche Schüler/innen wechseln zudem anteilig häufiger als deutsche Schüler/innen nach der Grundschule auf eine Gesamtschule. Insgesamt gesehen, bleibt die Schlechterstellung nichtdeutscher Schüler/innen beim Übergang zu Schulen mit der Möglichkeit zu höheren Bildungsabschlüssen trotz der höheren Übergangsraten auf die Gesamtschule bestehen: Fast drei Viertel der deutschen Schüler/innen und nur gut die Hälfte der nichtdeutschen Schüler/innen wechselten nach der Grundschule auf eine Schule mit der Möglichkeit zum Abschluss mit allgemeiner Hochschulreife, was sich letztlich auch auf die am Ende der Schulzeit realisierten Schulabschlüsse auswirkt (vgl. Abbildung 6.6).

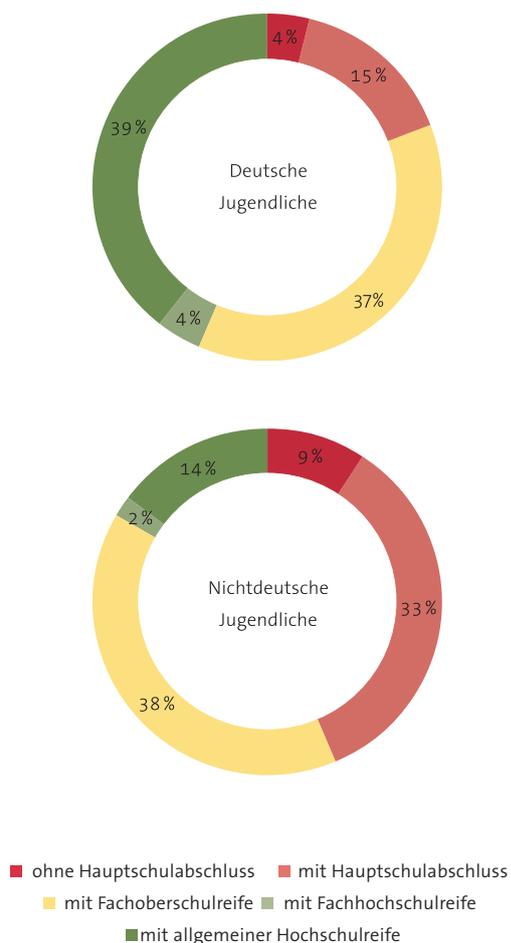
Abbildung 6.5: Übergangsquoten auf weiterführende Schulen nach Staatsangehörigkeit in Mülheim 2005/2006*



*Daten zu Übergangsquoten auf Förderschulen für Mülheim nicht vorhanden.
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

21 Da die Befragung im Oktober/November 2006 durchgeführt wurde und die Verwaltungsdaten das Schuljahr 2005/2006 betreffen, sind die neusten gesetzliche Änderungen zur Schulempfehlung im Schulgesetz Nordrhein-Westfalens für die vorliegenden Daten noch nicht relevant.
 22 Da es sich hier um Angaben der Schulstatistik handelt, werden deutsche und nichtdeutsche Schüler/innen betrachtet, nicht Schüler/innen mit Migrationshintergrund, wie es für die Analysen mit Befragungsdaten möglich ist.

Abbildung 6.6: Bildungsabschlüsse an weiterführenden Schulen nach Staatsangehörigkeit in Mülheim 2005/2006



Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Während 43 Prozent aller deutschen Schüler/innen das Schuljahr 2005/2006 mit einer Fachhochschul- oder Hochschulreife beendeten und 19 Prozent die Schule ohne Abschluss bzw. lediglich mit einem Hauptschulabschluss verließen, dreht sich diese Zahl bei den nichtdeutschen Schüler/innen sozusagen um: Lediglich 16 Prozent von ihnen erreichten die Fachhochschul- oder Hochschulreife, während 42 Prozent die Schule ohne Abschluss bzw. lediglich mit einem Hauptschulabschluss verließen. Besonders der deutlich höhere Anteil nichtdeutscher Jugendlicher, die die Schule ohne Hauptschulabschluss beenden, muss hier negativ angemerkt werden.

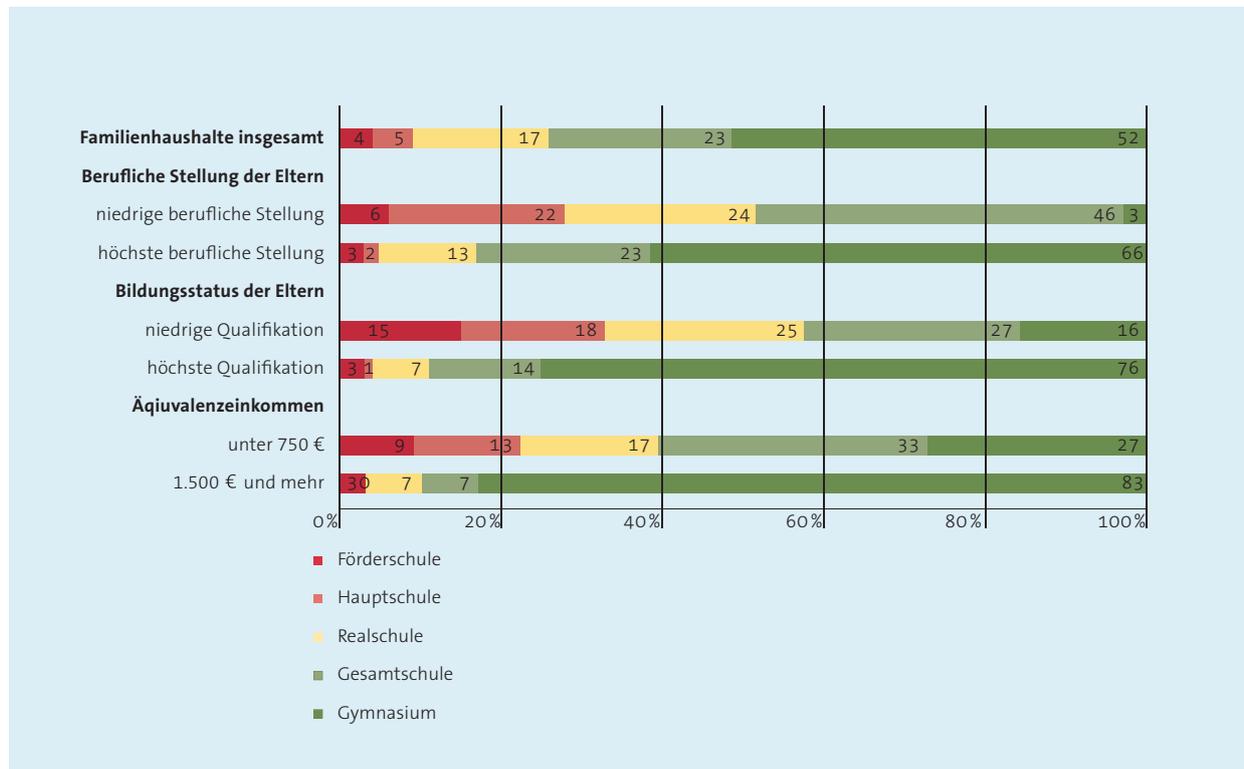
6.2.2 Soziale Einflussfaktoren und Einflüsse der Familiensituation auf die Bildungsbeteiligung

Neben der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund der Schüler/innen sind weitere soziale Einflussfaktoren und Einflüsse der Familiensituation für die Bildungsbeteiligung wirksam. Eine ganze Reihe sozialwissenschaftlicher Untersuchungen hat bereits gezeigt, dass sich Armut, aber auch der längerfristige Bezug von sozialstaatlichen Transferleistungen oder längere Arbeitslosigkeitsphasen der Eltern negativ auf die Bildungsbeteiligung und den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen auswirken können. Auch in Mülheim zeigen sich Zusammenhänge der Bildungsbeteiligung der Kinder mit der Einkommenssituation und der Lebenslage der Familien (vgl. Tabelle 40 im Kommentierten Tabellenband: 90).

Der Anteil der Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, niedriger Qualifikation und niedriger beruflicher Stellung ist in den Klassenstufen der gymnasialen Oberstufe (an Gymnasien und Gesamtschulen) unterdurchschnittlich, was gleichzeitig bedeutet, dass ein unterdurchschnittlicher Anteil dieser Kinder später ein Studium aufnehmen wird (vgl. Abbildung 6.7). Gleichzeitig besuchen sie überdurchschnittlich häufig eine Haupt- oder Förderschule. Kinder aus Familien mit höheren Einkommen bzw. höchster Qualifikation oder beruflicher Stellung besuchen dagegen sehr viel häufiger ein Gymnasium. In der Einkommensgruppe der Familien mit einem bedarfsgewichteten Einkommen von 1.500 Euro und mehr sind dies vier von fünf Kindern, während keines der Kinder eine Hauptschule besucht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die späteren Arbeitsmarkt- und Berufschancen von Schüler/innen mit Hauptschulabschluss wesentlich eingeschränkter sind als von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen, da die „Verwertbarkeit“ eines Hauptschulabschlusses am Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken ist. Das betrifft sowohl die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden oder beruflich aufzusteigen, als auch die zu realisierenden Einkommenshöhen. In Mülheim sind besonders für nichtdeutsche Kinder sowie für Kinder aus Familienhaushalten mit niedriger Qualifikation und niedriger beruflicher Stellung sowie aus einkommensarmen Familienhaushalten die Startbedingungen für das spätere Leben im Durchschnitt schlechter als für andere Kinder.

Abbildung 6.7: Schulform der Kinder auf weiterführenden Schulen und Lebenslagen der Familien



Anmerkung: Nur Kinder, die eine weiterführende Schule besuchen
 Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 (Kinderdatensatz)

In diesem Kapitel wollen wir Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf näher betrachten. Uns interessiert, mit welchen Alltagsproblemen diese Familien aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation konfrontiert sind, wie sie diese bewältigen und welche Unterstützung sie bereits erhalten haben oder u.U. zusätzlich benötigen.

7.1 Besonderer Unterstützungsbedarf – was heißt das?

Als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf betrachten wir Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund:

- Alleinerziehende definieren wir dabei als Elternteile, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben und allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder sorgen und verantwortlich sind.
- Kinderreiche Familien sind Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, unabhängig davon, ob sie mit einem oder zwei Elternteilen zusammenleben.
- Als Familien mit Migrationshintergrund können wir auf Basis der Familienbefragung eine breitere Gruppe von Familien betrachten, als dies mit Daten der amtlichen Statistik möglich ist. Nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil werden berücksichtigt, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund; d.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

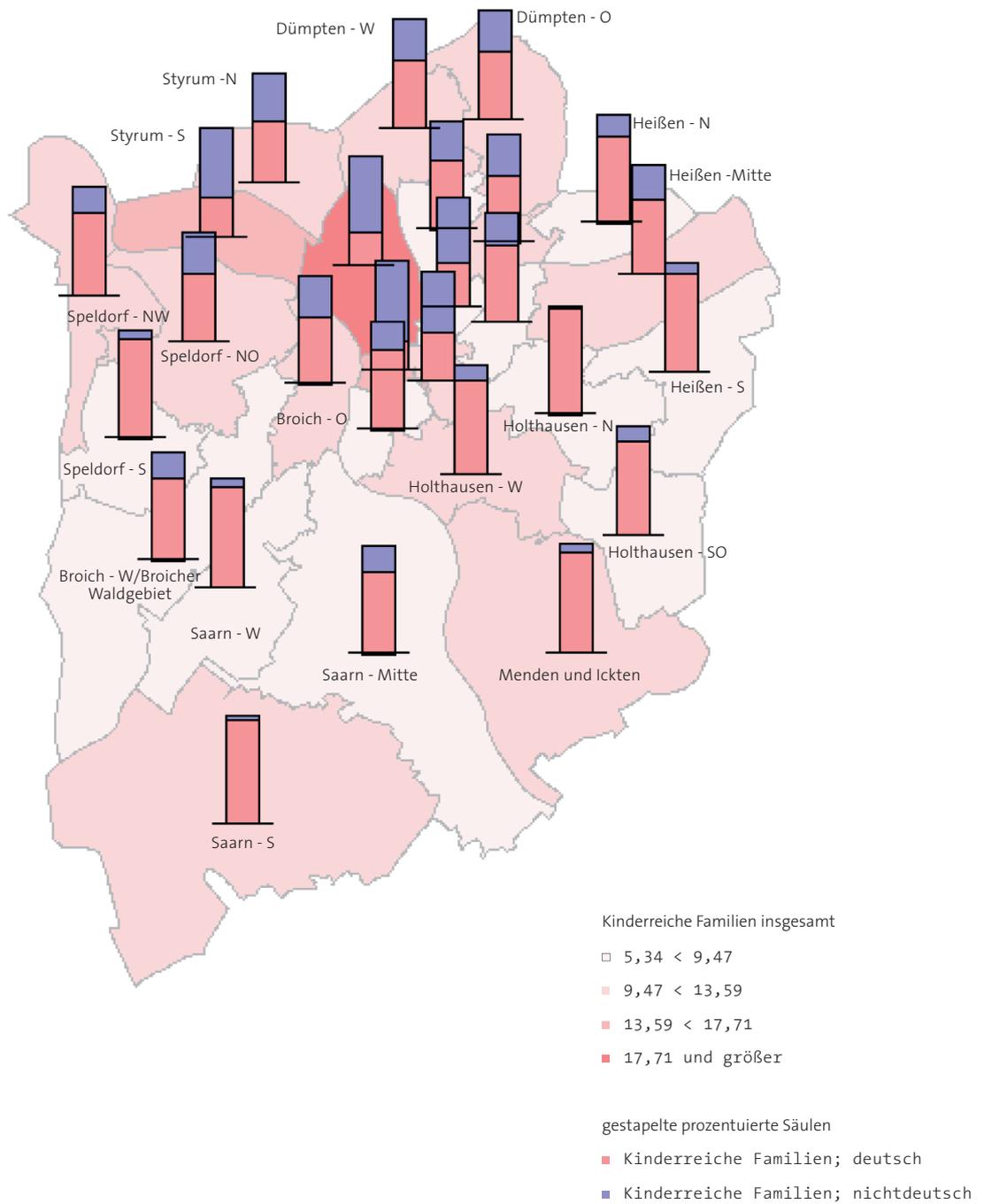
Wir gehen für diese Familien davon aus, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen haben. Bei Alleinerziehenden ist dies z.B. die Tatsache, dass sie alleine für ihre Kinder verantwortlich sind und bei der Familien- und Erziehungsarbeit nicht auf Unterstützung durch einen Partner oder eine Partnerin bauen können. Für kinderreiche Familien ergeben sich bereits durch die größere Zahl der Kinder ein höherer Organisationsaufwand und vielfältige Anforderungen durch Kinder unterschiedlichen Alters, sowohl hinsichtlich der Erziehungsarbeit als auch hinsichtlich der Hausarbeit, die zumeist zeitgleich zu lösen sind. Migrantenfami-

en hingegen haben sich mit den z.T. anderen kulturellen Anforderungen der Aufnahmegesellschaft, mit Sprach- oder Integrationsproblemen auseinander zu setzen. Darüber hinaus wurde bereits in Kapitel 5 darauf verwiesen, dass diese Gruppen ein besonders hohes Armutsrisiko haben.

In Kapitel 4 haben wir bereits etwas über die räumliche Verteilung der hier interessierenden Familien in den statistischen Bezirken der Stadt Mülheim auf Basis der Verwaltungsdaten erfahren, wobei sich die Betrachtung der Familien mit Migrationshintergrund auf Familien mit nichtdeutschen Eltern beschränken musste. Alleinerziehende und Kinderreiche finden sich in den statistischen Bezirken in recht unterschiedlichen Anteilen (vgl. Kapitel 4.2). Der Anteil der Alleinerziehenden variiert zwar von minimal 11 Prozent in Saarn-Süd bis maximal 26 Prozent in Broich-Ost. Es zeigt sich aber keine deutliche Abgrenzung von statistischen Bezirken mit ausgesprochen hohen Alleinerziehendenanteilen. Vielmehr ist in der Mehrzahl der statistischen Bezirke etwas mehr als jede fünfte Familie ein Alleinerziehendenhaushalt.

Hinsichtlich des Anteils kinderreicher Familien lässt sich demgegenüber eine Konzentration dieser Familien in den statistischen Bezirken Altstadt II-Südwest (23 Prozent), Altstadt I-Stadtmitte und Styrum-Süd (jeweils 17 Prozent) erkennen. In den anderen statistischen Bezirken liegt der Anteil kinderreicher Familien unter bzw. weit unter 12 Prozent aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren. Betrachtet man die kinderreichen Familien in den statistischen Bezirken nach ihrer Staatszugehörigkeit (vgl. Karte 7.1), so zeigt sich auch, dass der hohe Anteil kinderreicher Familien in den drei genannten statistischen Bezirken insbesondere durch sehr hohe Anteile nichtdeutscher kinderreicher Familien begründet ist. In Styrum-Süd sind 64 Prozent, in Altstadt II-Südwest 70 Prozent und in Altstadt I-Stadtmitte 73 Prozent der kinderreichen Eltern nichtdeutscher Nationalität. Spezielle Hilfe- und Unterstützungsangebote für diese Familienformen sollten deshalb besonders in diesen Stadtgebieten konzentriert sein.

Karte 7.1: Kinderreiche Haushalte nach Staatszugehörigkeit in Mülheim 2005



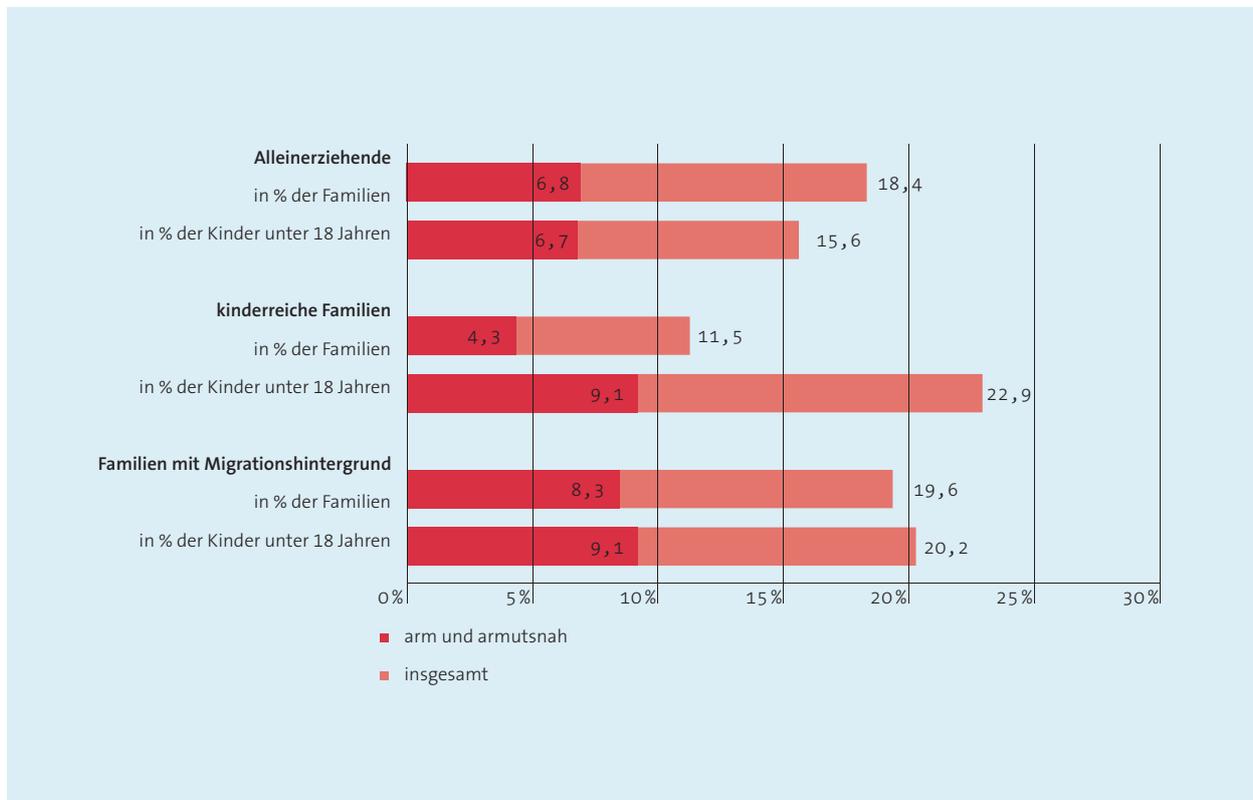
(in % aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren bzw. in % aller kinderreichen Haushalte 31.12.2005)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

Die nun folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die Ergebnisse der Familienbefragung, mittels derer die Lebenssituation der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf etwas detaillierter dargestellt werden kann. Insbesondere Migrantenfamilien und ihre Lebenssituation können vor dem Hintergrund der zugrunde gelegten umfassenden Definition besser beschrieben werden. Es sollte an dieser Stelle aber auch darauf verwiesen werden, dass gerade die Stadtteile in Mülheim mit besonders hohen Anteilen an nichtdeutschen Familien in der Befragung etwas unterrepräsentiert sind, was sich insbesondere aus den vergleichsweise niedrigen Rücklaufquoten der nichtdeutschen Familien erklärt.

In Abbildung 7.1 werden mit Daten der Familienbefragung Mülheimer Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und ihre Armutsbetroffenheit (sowie die Kinder unter 18 Jahren in diesen Familien) in Relation zu allen Familien (sowie zu allen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren) gesetzt: 18,4 Prozent der Familien

in Mülheim sind Familien von alleinerziehenden Müttern oder Vätern. Unter diesen alleinerziehenden Familien finden sich anteilig häufiger arme und armutsnahe Familien: 36 Prozent der Alleinerziehenden (das sind 6,8 Prozent aller Familien in Mülheim) leben mit weniger als 750 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen und sind damit als arm oder armutsnah einzustufen. Von den Kindern unter 18 Jahren in Mülheim leben 15,6 Prozent in Familien Alleinerziehender. 42 Prozent von ihnen (also 6,7 Prozent aller Mülheimer Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren) müssen als arm oder armutsnah betrachtet werden. D.h. Alleinerziehende haben, obwohl sie unter Umständen Unterhaltszahlungen erhalten, häufig nur ein geringes Einkommen zur Verfügung. Ein hohes Armutsrisiko von Alleinerziehenden lässt sich auch in anderen Städten nachweisen. Besonders in kreisfreien Städten des nördlichen Ruhrgebietes ist das Armutsrisiko alleinerziehender Mütter und Väter aber häufig deutlich höher (vgl. ZEFIR/ Gelsenkirchen 2006; ZEFIR/ Oberhausen 2006).

Abbildung 7.1: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und Armutsbetroffenheit in Mülheim



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

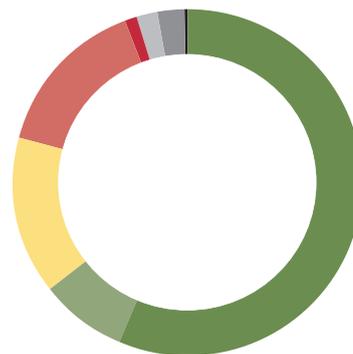
11,5 Prozent aller befragten Familien in Mülheim sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern. In den kinderreichen Familien lebt aber fast ein Viertel der Mülheimer Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (22,9 Prozent). Die Armutsbetroffenheit ist unter kinderreichen Familien in Mülheim etwa ebenso stark ausgeprägt wie unter Alleinerziehenden: 38 Prozent der kinderreichen Familien (das sind 4,3 Prozent aller Familien in Mülheim) leben in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Bei den Kindern entspricht das 9,1 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Mülheim.

Legt man die Ergebnisse der Familienbefragung und die angesprochene erweiterte Definition zugrunde, haben in Mülheim 19,6 Prozent der Familien und 20,2 Prozent (ein Fünftel) der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. In Mülheim zählen Familien mit Migrationshintergrund mit 44 Prozent häufiger als kinderreiche Familien und Alleinerziehende zu den untersten Einkommensgruppen mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen, was gleichzeitig bedeutet, dass in Mülheim etwa jedes zehnte Kind unter 18 Jahren in einer armen oder armutsnahen Migrantenfamilien lebt.²³

Das höhere Armutsrisiko von Alleinerziehenden, kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund kann auch damit zusammenhängen, dass sich Belastungen in der beschriebenen Art zum Teil überschneiden (vgl. Abbildung 7.2). In Mülheim ist dies aber insgesamt ausgesprochen selten der Fall. Zu keiner der drei Gruppen, die wir aufgrund struktureller Merkmale als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf eingeordnet haben, gehören etwa 56 Prozent und nur für etwa sechs Prozent aller Familien in Mülheim gibt es eine entsprechende Überschneidung.

Aus anderen Kommunen und bundesweiten Untersuchungen ist bekannt, dass weitere Hintergründe der höheren Armutsbetroffenheit der hier betrachteten Familien häufig ihr durchschnittlich geringeres Bildungsniveau, eine insgesamt geringere Erwerbsbeteiligung und die dadurch durchschnittlich niedrigere berufliche Stellung sind, die die Eltern erreichen bzw. aktuell erreicht haben. Diese Merkmale sollen daher im Folgenden für die Mülheimer Familien etwas genauer analysiert werden.

Abbildung 7.2: Kumulation der Gruppenzugehörigkeit in Prozent der Familien



- 56,4% ■ Familie gehört zu keiner der genannten Gruppen
- 8,2% ■ nur kinderreich
- 14,8% ■ nur alleinerziehend
- 14,9% ■ nur Migrationshintergrund
- 1,0% ■ kinderreiche Alleinerziehende
- 2,1% ■ Migrationshintergrund und kinderreich
- 2,5% ■ Migrationshintergrund und alleinerziehend
- 0,1% ■ kinderreiche Alleinerziehende mit Migrationshintergrund

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

23 Da Migrantenfamilien in der Befragung unterrepräsentiert sind, ist dieser Anteil eher als zu niedrig einzuschätzen, da aus der empirischen Sozialforschung bekannt ist, dass sich gerade arme bzw. sozial benachteiligte Familien seltener an repräsentativen Befragungen beteiligen.

Tabelle 7.1: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Bildungsstatus und Erwerbsbeteiligung

	Familien insgesamt	Familien mit Migrationshintergrund	kinderreiche Familien	Alleinerziehende
	Angaben in Prozent			
Bildungsstatus				
niedrige Qualifikation	15	32	15	18
mittlere Qualifikation	16	8	10	25
höhere Qualifikation	31	32	26	39
höchste Qualifikation	38	29	49	18
Erwerbsbeteiligung				
Paare, beide erwerbstätig	42	33	47	
Paare, nur 1 erwerbstätig	37	45	37	
Paare, beide nicht erwerbstätig	3	10	5	
Alleinerziehende, erwerbstätig	13	10	6	64
Alleinerziehende, nicht erwerbstätig	6	3	6	36

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Das Bildungsniveau der Familien wurde über den jeweils höheren Schul- und Berufsbildungsabschluss der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils bestimmt.²⁴ Für Mülheimer Familien fällt besonders der hohe Anteil unter den Familien mit Migrationshintergrund mit niedriger Qualifikation auf (vgl. Tabelle 7.1): Fast ein Drittel der Migrantenfamilien verfügt lediglich über eine niedrige Qualifikation und in der höchsten Bildungsgruppe sind sie deutlich unterrepräsentiert. Etwas günstiger, aber dennoch unterhalb des Durchschnitts der Mülheimer Familien, stellt sich das Bildungsniveau für Alleinerziehende dar. Alleinerziehende sind besonders in der Gruppe der Familien mit höchster Qualifikation unterrepräsentiert, so besitzen lediglich 18 Prozent der Alleinerziehenden einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (höchste Qualifikation). Unter allen Mülheimer Familien liegt dieser Anteil bei 38 Prozent. Deutlich anders stellt sich das Bildungsniveau der kinderreichen Familien in Mülheim dar, das insgesamt sogar etwas überdurchschnittlich ausfällt. In fast der Hälfte der kinderreichen Familien in Mülheim hat mindestens ein Elternteil einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss (höchste Qualifikation); das liegt deutlich über dem Durchschnitt aller Familien in Mülheim. Im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten der Projektfamilie ist das Bildungsniveau der Mülheimer Familien insgesamt etwas höher.

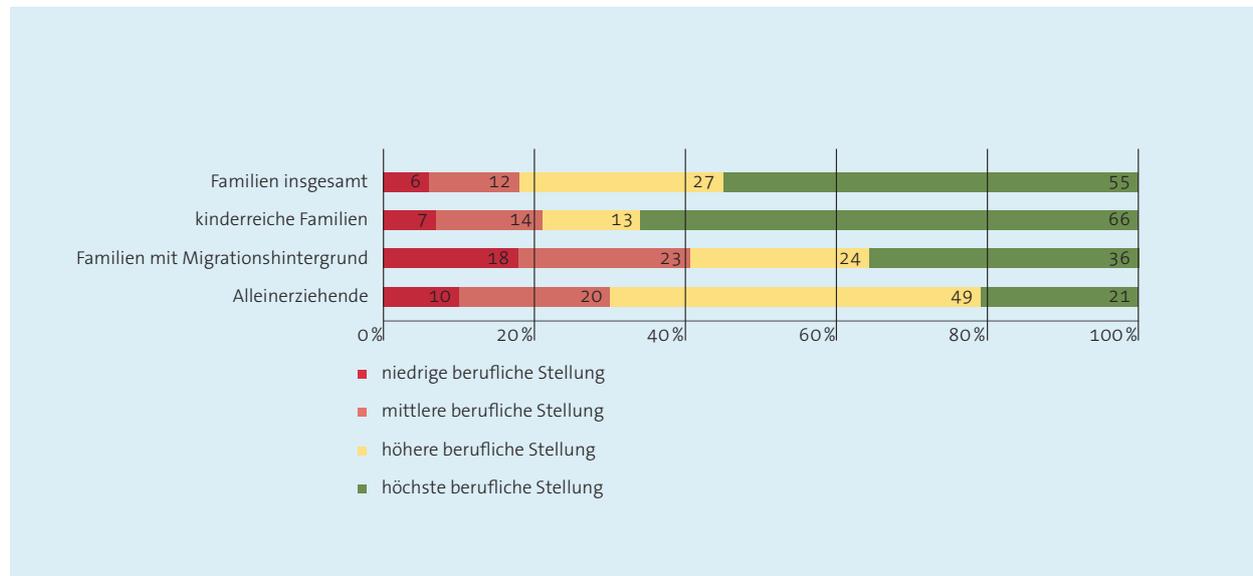
Vor dem Hintergrund des Bildungsniveaus, aber besonders der größeren familialen Belastungen ist für Alleinerziehende, Migranten-

familien und kinderreiche Familien typischer Weise eine geringere Erwerbsbeteiligung der Eltern, besonders der Mütter, vorzufinden. Dies kann sowohl Ausdruck einer freiwilligen Entscheidung für das eher traditionelle Familienmodell einer Ernährerfamilie sein, als auch ein (unfreiwilliges) Ergebnis der größeren familialen Belastungen, die die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit einschränken. Die Alltagsorganisation zu Hause und die Betreuung der Kinder konzentrieren sich in diesen Familien bei den Müttern (vgl. Kapitel 8). In Mülheim sind besonders in Migrantenfamilien Mütter häufiger nicht erwerbstätig und nur das Erwerbseinkommen des Vaters trägt zum Haushaltsbudget bei. In 45 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund ist nur ein Elternteil erwerbstätig und in noch einmal zehn Prozent sind sogar beide Elternteile ohne Erwerbstätigkeit. In einem Drittel der Migrantenfamilien sind aber auch beide Elternteile erwerbstätig. Für kinderreiche Familien und Alleinerziehende in Mülheim bestätigt sich die These für die durchschnittlich eher geringere Erwerbsbeteiligung dieser Familienformen nicht. In kinderreichen Familien ist der Anteil der erwerbstätigen Elternpaare sogar höher als unter Mülheimer Familien insgesamt, was mit dem hohen Bildungsniveau der kinderreichen Familien korrespondiert. Auch Alleinerziehende sind in Mülheim häufiger erwerbstätig als nichterwerbstätig.

Die insgesamt stärkere Erwerbseinbindung dieser Familien in Mülheim spiegelt sich auch in einer entsprechenden beruflichen Stel-

24 Zur Operationalisierung des Bildungsstatus vgl. Kapitel 2

Abbildung 7.3: Berufliche Stellung der Eltern in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

lung der Eltern²⁵ wider (vgl. Abbildung 7.3). Auch hier zeigt sich eine Besserstellung von kinderreichen Familien in Mülheim. Unter diesen Familien ist der Anteil der Eltern mit höchster beruflicher Stellung (z.B. Angestellte/r mit hoch qualifizierter Tätigkeit, freie Berufe) deutlich höher als unter den Familien insgesamt. Dennoch ist die Gruppe der kinderreichen Familien, wie in anderen Städten, sozial heterogen, da auch die Anteile der Eltern mit niedriger und mittlerer beruflicher Stellungen nur durchschnittlich bzw. leicht überdurchschnittlich ausfallen. Alleinerziehende erreichen in Mülheim auch aufgrund ihres vergleichsweise guten Bildungsstatus zwar nur selten höchste berufliche Stellung, aber recht häufig eine höhere berufliche Stellung, z.B. als Angestellte/r mit qualifizierter Tätigkeit oder Beamter im mittleren Dienst.

Hinsichtlich der beruflichen Positionierung deutlich schlechter gestellt als der Durchschnitt der Mülheimer Familien sind hingegen Familien mit Migrationshintergrund. Etwa ein Fünftel dieser Familien erreicht lediglich eine niedrige berufliche Stellung, d.h. sie sind als un- bzw. angelernte Arbeiter beschäftigt und auch der Anteil der Familien, die lediglich eine mittlere berufliche Stellung erreichen, liegt mit 23 Prozent über dem gesamtstädtischen Anteil von 12 Prozent.

7.2 Alltagsbewältigung in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

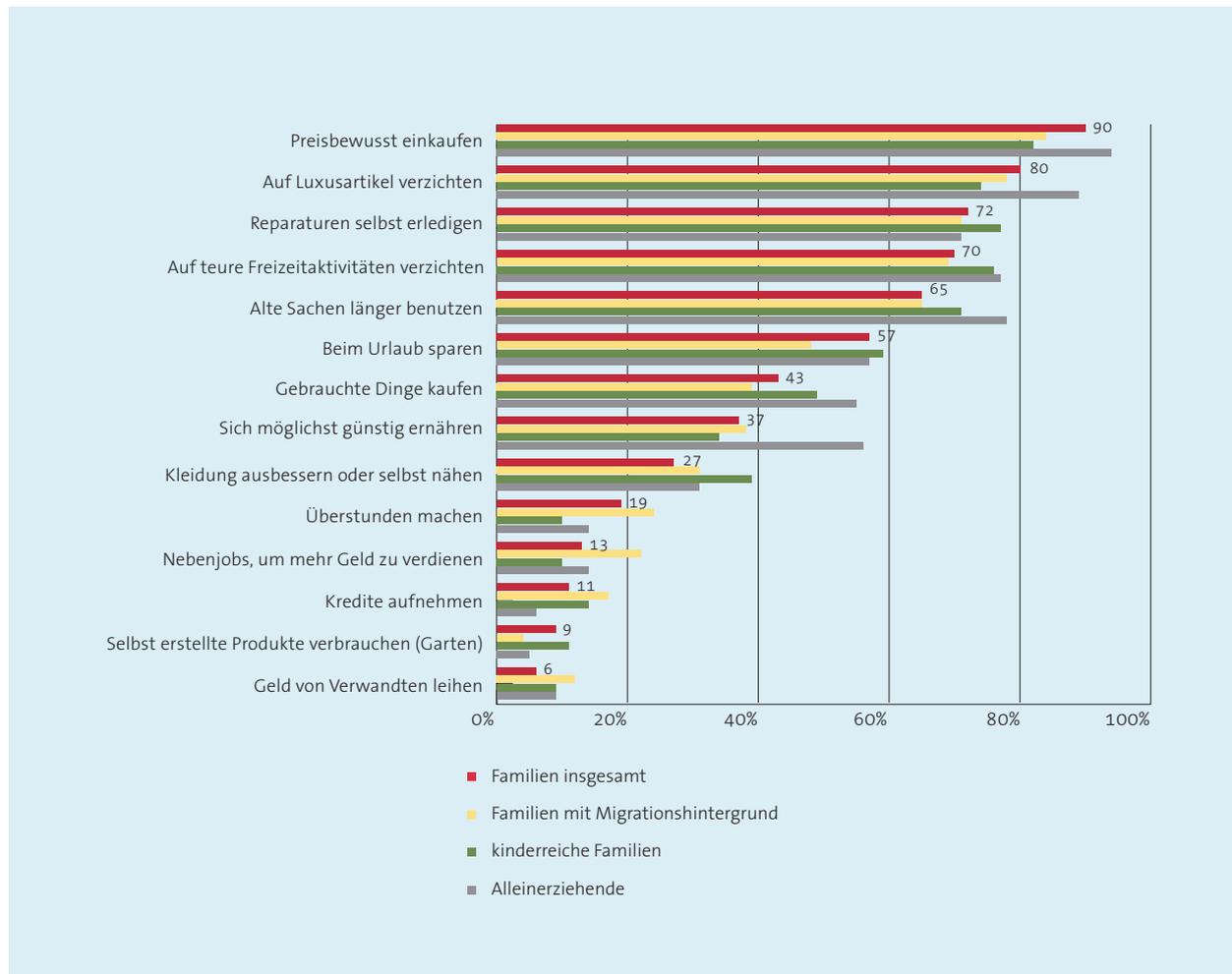
Alltagsbelastungen und Unterstützungsbedarfe entstehen nicht nur durch erhöhte Armutsrisiken und eine angespannte finanzielle Situation in den Familien. Das Zusammenleben mit Kindern verläuft insgesamt in der Regel nicht völlig problemlos, so dass im Familienalltag Probleme unterschiedlichster Art bewältigt werden müssen. Dennoch sind gerade finanzielle Engpässe und Einschränkungen, die im Alltagsleben wahrgenommen werden, eine besondere Belastung für Familien und erfordern eine erhöhte Flexibilität in der Alltagsorganisation. Im Familienalltag bedeutet dies, dass sich insbesondere Familien in armen oder armutsnahen Verhältnissen oft mit Fragen des „Auskommens mit dem Einkommen“ auseinandersetzen müssen. Sie müssen Wege finden, um mit dem (knappen) Geld den verschiedensten Anforderungen des Alltagslebens gerecht zu werden.

7.2.1 Das Auskommen mit dem Einkommen

Wir haben deshalb die Familien nicht nur gefragt, ob ausreichend Geld für verschiedene Lebensbereiche vorhanden ist, sondern auch auf welche Weise sie versuchen, ihr Haushaltseinkommen zu schonen oder aufzubessern.

25 Zur Operationalisierung beruflicher Stellung vgl. Kapitel 2

Abbildung 7.4: Wege, um das Einkommen zu schonen oder aufzubessern



Angaben in Prozent der Nennungen.
 Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

In Abbildung 7.4 sind die Häufigkeitsanteile der Nennungen nach den verschiedenen Familienformen abgetragen. Zusätzlich sind die Anteile für alle Mülheimer Familien enthalten und die genannten Möglichkeiten nach der Häufigkeit der Nennungen (Familien insgesamt) geordnet.

Unabhängig von der Familienform ist dabei das **preisbewusste Einkaufen die am häufigsten genutzte Form, um Geld zu sparen**. Zwischen den betrachteten Familienformen gibt es aber Unterschiede hinsichtlich der bevorzugten Wege. Es zeigt sich, dass viele der angeführten Möglichkeiten von Familien mit besonde-

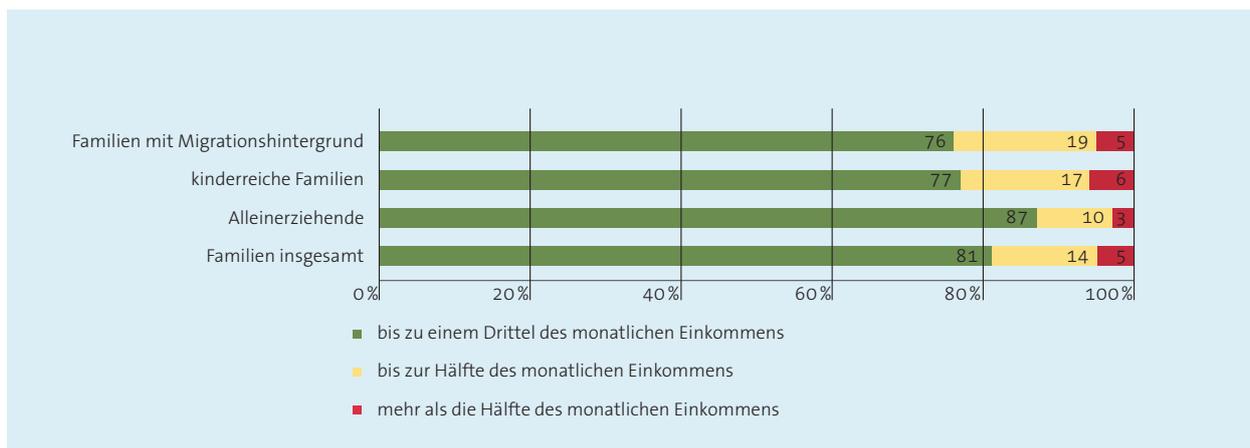
rem Unterstützungsbedarf häufiger genutzt werden als von Familien insgesamt. Besonders bewusst wirtschaften in Mülheim Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Sie geben die meisten der genannten Möglichkeiten anteilig häufiger als Familien insgesamt an. Alleinerziehende nutzen dabei besonders Möglichkeiten, um das Einkommen zu schonen, z.B. durch sparsame Haushaltsführung und den Verzicht auf Luxus oder Freizeitaktivitäten. Überstunden oder Nebenjobs hingegen werden durch Migrantenfamilien vergleichsweise häufig genutzt, um das Haushaltsbudget aufzubessern. Übergreifend zeigt sich, dass Alleinerziehende seltener aktiv ihr Einkommen aufbessern können.

Kinderreiche Familien und Migrantenfamilien hingegen können sogar häufiger als der Durchschnitt aller Familien zusätzliche Ressourcen aktivieren.

Ein Teil der Familien greift auch auf die Möglichkeit der Kreditaufnahme bei einer Bank zurück. Die Kredit- und Schuldenaufnahme ist aber nur dann ein Weg, um temporäre finanzielle Engpässe zu überbrücken, wenn das Haushaltseinkommen ausreicht, um den damit entstehenden Zahlungsverpflichtungen gerecht zu werden. Das gilt auch dann, wenn Kredite für den Hausbau oder den Kauf einer Eigentumswohnung aufgenommen werden. Im Folgenden möchten wir deshalb noch etwas genauer die Kredit- und Schuldenbelastung der Familien mit besonderem Unter-

stützungsbedarf in Mülheim analysieren. Wir haben die Familien danach gefragt, ob sie Kredite und Zahlungsverpflichtungen haben und wie hoch die monatliche Belastung für Zinsen und Tilgungsraten sind. Bereits in Kapitel 5 wurde darauf hingewiesen, dass in Mülheim 53 Prozent der Familien Kredit- oder Schuldenverpflichtungen haben, die monatlich gezahlt werden müssen. Im Durchschnitt sind dies 776 Euro monatliche Belastungen. Etwa durchschnittlich ist der Anteil von Familien mit monatlichen Zahlungsverpflichtungen unter Familien mit Migrationshintergrund (52 Prozent), während er mit 35 Prozent unter Alleinerziehenden deutlich niedriger liegt. Kinderreiche Familien sind mit einem Anteil von 65 Prozent dagegen überdurchschnittlich häufig durch Kredite und Zahlungsverpflichtungen belastet.

Abbildung 7.5: Monatliche Zahlungsverpflichtungen in Familien mit Krediten und Schulden



Anmerkung: Der Anteil der Zinsen- und Tilgungsraten am Haushaltseinkommen wird bezogen auf die Gruppenmitte der jeweiligen Einkommensgruppe.
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass eine vergleichsweise kleine Schuldenlast für eine Familie mit einem höheren Einkommen eine relativ einfach zu handhabende Aufgabe sein kann, für eine arme Familie unter Umständen aber bereits ein extrem schwieriges Wirtschaften im Alltagsleben bedeutet. Das gilt auch dann, wenn Familien Kredite für den Hausbau oder den Kauf einer Eigentumswohnung aufnehmen. Entscheidend für die Schuldenbelastung der Familien ist nicht das Vorhandensein von Schulden oder Krediten, sondern das Verhältnis der Zahlungsverpflichtungen zum Einkommen. In Abbildung 7.5 werden deshalb die jeweiligen Zahlungsbeträge auf das Haushaltseinkommen der Familien bezogen.

Eine Zahlungsbelastung von mehr als einem Drittel des monatlichen Haushaltseinkommens kann unserer Ansicht nach bereits

als Hinweis für eine hohe Schuldenlast angesehen werden. Das gilt besonders bei niedrigen Haushaltseinkommen. Unvorhergesehene zusätzliche Ausgaben, wie etwa eine höhere Nachzahlung bei den Wohnnebenkosten, kostenintensive notwendige Haushaltsreparaturen oder Einkommenseinbußen, z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit, können dann schnell zur Überschuldung der Familien führen. Bei Zahlungsverpflichtungen, die mehr als die Hälfte des monatlichen Geldbudgets "auffressen", sind bereits massive Geldprobleme und z. T. Überschuldungssituationen anzunehmen.

Der Großteil der Mülheimer Familien mit Schulden und Krediten hat eher geringere relative Zahlungsbelastungen von weniger als einem Drittel des Haushaltseinkommens, die in der Regel zu bewältigen sind. Insgesamt passt der Großteil der Familien ihre Kre-

ditverpflichtungen offenbar an die vorhandene Einnahmensituati- on an. Sehr hohe Zahlungsverpflichtungen von mehr als der Hälfte des Einkommens finden sich für Familien in Mülheim eher selten. Dennoch zeigt sich unter Familien mit Migrationshintergrund und für kinderreiche Familien jeweils ein Anteil von etwas mehr als einem Fünftel der Familien mit Zahlungsverpflichtungen, die mehr als ein Drittel des monatlichen Einkommens betreffen.

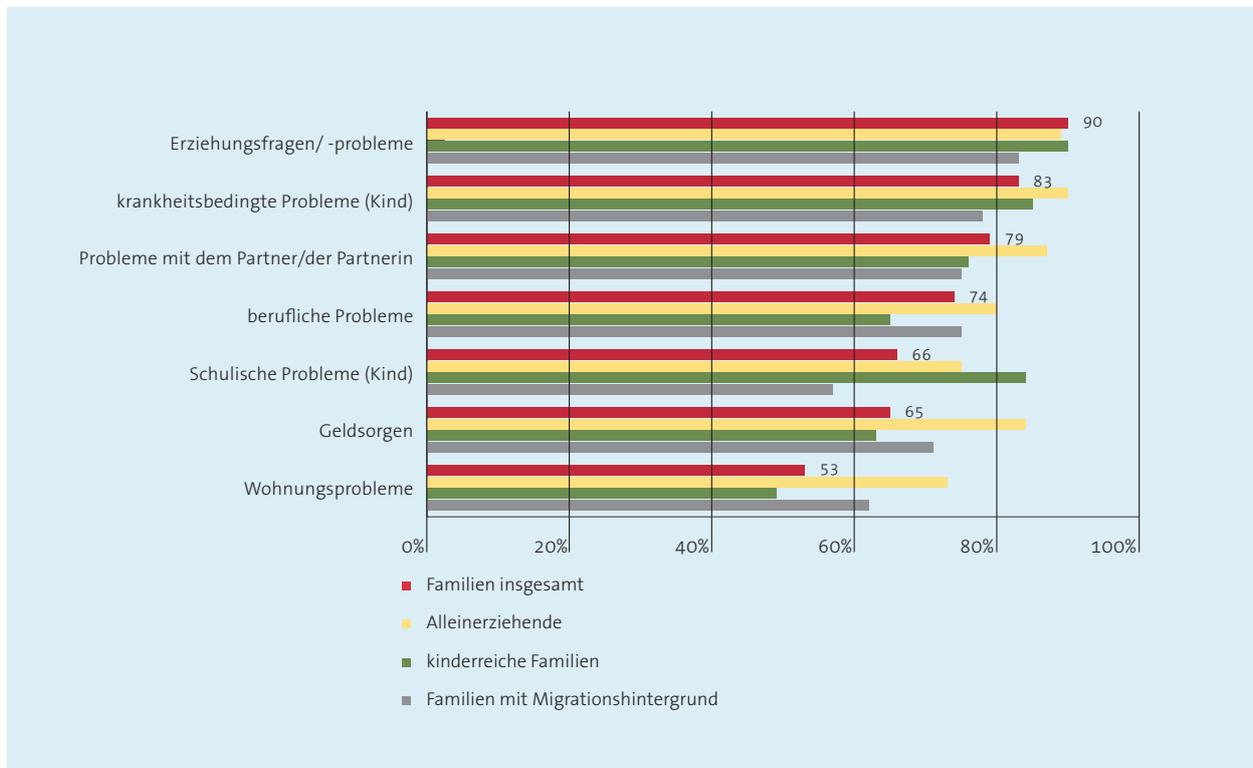
7.2.2 Alltagsprobleme und Problemkumulationen

Das Zusammenleben mit Kindern führt im Alltag für alle Famili- en häufig zu Situationen, die nur mit Unterstützung anderer Fam- ilienmitglieder, von Freunden oder Bekannten oder unter Um- ständen auch durch die Hilfe entsprechender Fachkräfte gelöst werden können. Wir haben die Mülheimer Familien deshalb anhand einer Auswahl vorgegebener Probleme gefragt, welche da- von sie bereits im Alltag bewältigen mussten. Dabei wurde eine sehr offene Fragestellung verwendet, die davon ausgeht, dass solche Probleme selbstverständlich für das Familienleben sind.

In Abbildung 7.6 lässt sich erkennen, welche Familien wie häufig die angeführten Probleme bereits zu bewältigen hatten. In der Abbildung wurde wiederum nach der Häufigkeit der Nennun- gen für Familien insgesamt geordnet. Übergreifend zeigt sich, dass Erziehungsfragen und -probleme in allen Gruppen am häu- figsten genannt werden. Darüber hinaus unterscheidet sich die Gewichtung der zu bewältigenden Probleme zwischen den be- trachteten Familienformen zum Teil aber erheblich. Bei Allein- erziehenden sind es besonders Probleme mit dem Partner/der Partnerin, krankheitsbedingte Probleme und Geldsorgen, die zu bewältigen sind. Auch Wohnungsprobleme spielen im Vergleich zu den anderen Familienformen eine größere Rolle. Migrantenfam- ilien nennen besonders häufig berufliche Probleme, Geldsorgen und ebenfalls Wohnungsprobleme. Kinderreichen machen besonders schulische Probleme ihrer Kinder und krankheitsbe- dingte Probleme Sorgen.

Bei der Lösung der Alltagsprobleme wurde in der Mehrzahl der Familien auf private Hilfe von Partner oder Partnerin, Verwandten

Abbildung 7.6: Welche Probleme gab es?



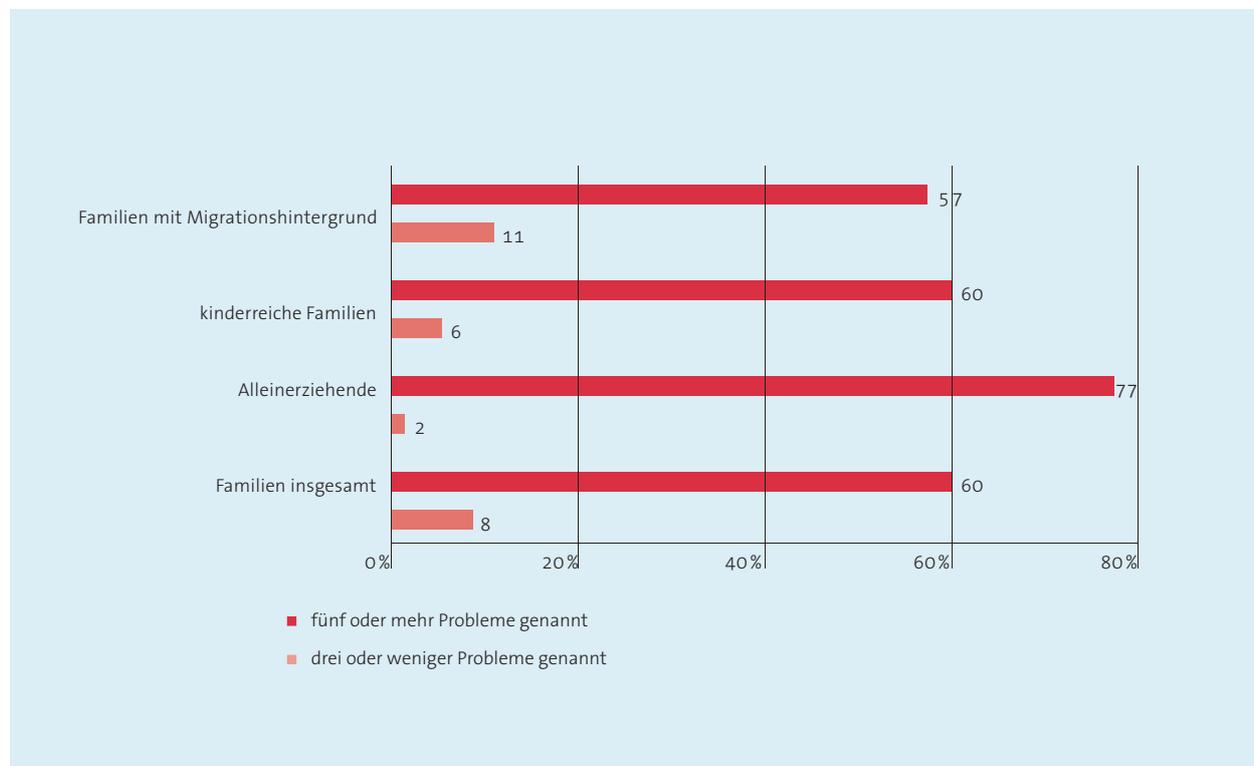
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

oder Freunden zurückgegriffen, darin unterscheiden sich die Mülheimer Familien nicht von den Familien in anderen Kommunen. D.h. die Familie selbst ist auch heute noch die wichtigste Basis für Unterstützungsleistungen im Alltagsleben. Das trifft auch für die hier betrachteten Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf zu. Hilfe durch Fachkräfte wurde wesentlich seltener in Anspruch genommen, wobei schulische Probleme der Kinder eine Ausnahme bilden. Alleinerziehende und Kinderreiche greifen bei der Lösung solcher Probleme ausgesprochen häufig auf die Unterstützung von Lehrern, Erziehern und anderen Fachkräfte zurück. Dies gilt jedoch nicht im gleichen Maße für Migrantenfamilien, obgleich gerade sie besonders häufig über diese Probleme berichten. Migrantenfamilien werden in solchen Problemsituationen u.U. noch nicht ausreichend durch Fachkräfte erreicht (vgl. Tabelle 13 im Kommentierten Tabellenband: 40f.).

Betrachtet man etwas genauer, ob es eine Kumulation von Alltagsproblemen und Überschneidungen unterschiedlicher Pro-

blemlagen bei den Familien gibt, lässt sich nur für Alleinerziehende eine Häufung hinsichtlich der genannten Probleme nachweisen. Unter Alleinerziehenden geben 77 Prozent an, mindestens fünf der sieben genannten Probleme bereits einmal gehabt zu haben. Unter allen Familien in Mülheim erreicht dieser Anteil einen Wert von 60 Prozent. Familien mit Migrationshintergrund berichten dagegen vergleichsweise seltener von einer Vielzahl unterschiedlicher Probleme. Betrachtet man den Anteil der Familien, die von drei oder weniger Problemen berichten (bei denen sozusagen von einem subjektiv relativ problemlos eingestuften Alltagsleben der Familie ausgegangen werden kann), so sind es ebenfalls die Familien mit Migrationshintergrund, die mit einem vergleichsweise hohen Anteil von elf Prozent auffallen. Diese Unterschiede zwischen Migrantenfamilien und anderen Familien können eine Vielzahl von Ursachen haben: Sie könnten sowohl auf ein harmonischeres Familienleben in Migrantenfamilien oder auf eine andere Problemwahrnehmung in diesen Familien zurückzuführen sein.

Abbildung 7.7: Kumulation von Problemen



Angaben in Prozent.

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

7.2.3 Hilfen und Unterstützung durch private Netzwerke

Verwandschafts-, Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen und darauf aufbauende Hilfsnetzwerke sind eine wichtige Ressource für die Alltags- und Lebensbewältigung von Familien. Die Verfügbarkeit solcher Netzwerkbeziehungen und informelle Unterstützungen können im Familienalltag und in schwierigen Lebenssituationen auch einen gewissen Ausgleich sozialer Benachteiligungen bewirken. Daher haben wir die Familien danach gefragt, ob und von wem sie gegebenenfalls Unterstützung im Alltag, bei Arbeiten wie Renovierung, Gartenarbeit oder Kinderbetreuung etc. erhalten. Zusätzlich wurde erfragt, ob die befragten Familien selbst anderen helfen und wem sie gegebenenfalls helfen (vgl. Abbildung 7.8).

Besonders die in der Regel voraussetzungslose Unterstützung von (Groß-)Eltern, die nicht zum eigenen Haushalt gehören, ist auch in Mülheim für viele Familien eine verlässliche Hilfe im Alltagsleben. Die (Groß-)Eltern werden dabei sowohl als Helfende als auch als Empfänger von Hilfen am häufigsten genannt und das relativ unabhängig von der jeweiligen Familienform. Danach folgen bereits Freunde und Bekannte mit ähnlich häufigen Nennungen. Bei Migrantenfamilien spielen Netzwerkbeziehungen außerhalb des eigenen Haushaltes offenbar für Alltagshilfen eine etwas geringere Rolle. Zugleich sind für Migrantenfamilien Kollegen innerhalb der Netzwerkbeziehungen etwas wichtiger als für andere Familien. Kinderreiche und Alleinerziehende erhalten etwas häufiger als alle Mülheimer Familien Unterstützung

von Nachbarn oder Freunden und Bekannten. Insgesamt geben die Familien etwas häufiger an, dass sie Unterstützung gewähren, als dass sie diese erhalten, relativ unabhängig davon, für wen diese Unterstützung bestimmt ist.

7.3 Institutionelle Unterstützungsangebote

Nachdem wir betrachtet haben mit welchen Alltagsproblemen die Familien konfrontiert sind, möchten wir nun darauf schauen, welche zusätzlichen Unterstützungsangebote in der Stadt bisher in Anspruch genommen wurden und ob diese den Familien, die sie erreichen sollen, überhaupt bekannt sind.

7.3.1 Kenntnis und Nutzung

Wir haben die Familien gefragt, welche städtischen Einrichtungen und Beratungsangebote sie in den letzten zwei Jahren in Mülheim genutzt haben oder ob ihnen diese gar nicht bekannt sind. In Tabelle 7.2 beschränken wir uns auf Einrichtungen und Beratungsangebote der Stadt, die von jeweils mehr als fünf Prozent der Familien in Anspruch genommen wurden.²⁶ Unter Familien mit Migrationshintergrund und vor allem unter Alleinerziehenden ist der Anteil derer, die auf Unterstützung der hier angeführten Einrichtungen und Beratungsangebote zurückgegriffen haben, zumeist überdurchschnittlich hoch. Genutzt wurden von diesen Familien in den letzten zwei Jahren hauptsächlich das Arbeitsamt, das Jugendamt aber auch das Wohnungs- und Sozialamt. Unter den kinderreichen Familien in Mülheim sind die

Tabelle 7.2: In den letzten zwei Jahren von Mülheimer Familien genutzte städtische Einrichtungen und allgemeine Beratungsangebote

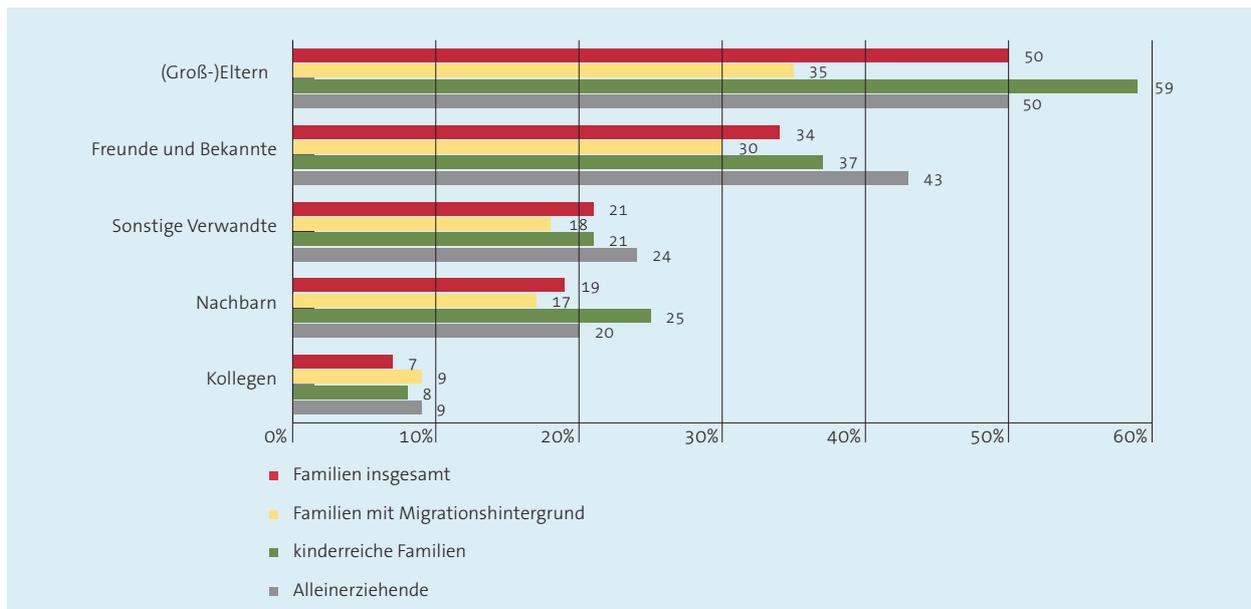
	Familien insgesamt		Familien mit Migrationshintergrund		kinderreiche Familien		Alleinerziehende	
	Angaben in Prozent							
	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht
Arbeitsamt	29	1,6	38	2,8	29	4,7	40	0,0
Jugendamt	22	1,6	25	3,7	22	4,8	51	0,0
Familienbildungstätte	22	2,2	11	7,6	23	6,0	18	0,0
Sozialamt	12	1,8	25	3,5	14	4,7	29	0,0
Wohnungsamt	11	1,9	24	4,4	14	4,8	23	1,0
Schulpsychologe	10	2,3	11	6,1	11	4,8	13	0,8
Erziehungsberatung	8	1,8	10	4,7	15	4,8	16	0,8
Kindertherapeut	8	1,8	8	5,3	11	3,6	12	0,0

Anmerkung: Nur Einrichtungen und Beratungsangebote, die von mindestens fünf Prozent der Familien in Anspruch genommen wurden.
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

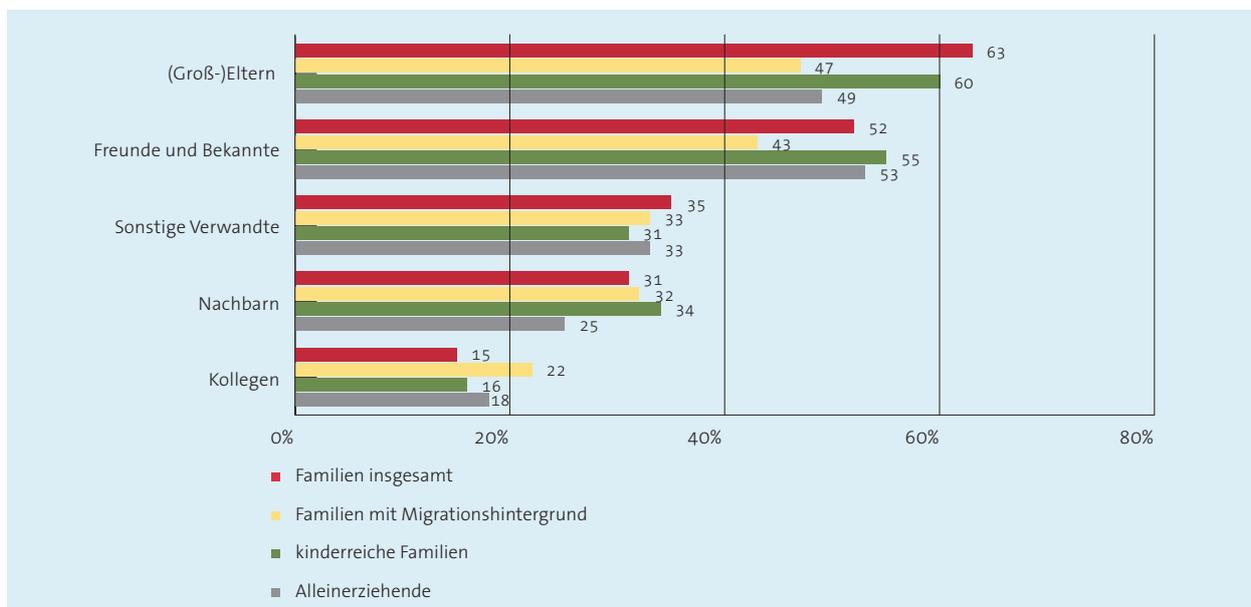
26 Die Nutzungsraten für weitere städtische Angebote werden in Tabelle 14 auf den Seiten 42 und 43 im Kommentierten Tabellenband dargestellt.

Abbildung 7.8: Wer hilft im Alltag?

„Wir erhalten regelmäßig oder hin und wieder Hilfeleistungen von: ...“



„Wir gewähren regelmäßig oder hin und wieder Hilfeleistungen an: ...“



Angaben in Prozent der Nennungen (regelmäßig oder hin und wieder).
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Anteile von Familien, die in den letzten beiden Jahren Unterstützung in den genannten Ämtern gesucht bzw. bekommen haben, nicht höher als unter Familien insgesamt.

Eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Familien spielen darüber hinaus die Familienbildungsstätten. Diese wurden von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf aber nicht häufiger in Anspruch genommen. Jeweils etwa jede zehnte Familie in Mülheim konnte in den letzten zwei Jahren auch auf die Unterstützung eines Schulpsychologen, der Erziehungsberatung oder eines Kindertherapeuten zurückgreifen. Auch hier suchten Alleinerziehende etwas häufiger Unterstützung als andere Familien.

Allgemeine Beratungsangebote, wie die Mietrechtsberatung oder Schuldnerberatung werden zwar auch anteilig häufiger von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf genutzt, der Anteil der Familien, die diese Einrichtungen in den letzten zwei Jahren besucht haben, liegt aber deutlich unter den Nutzungsraten für die anderen Beratungsangebote. In größerem Umfang Unterstützung und Beratung für Familien bieten in Mülheim darüber hinaus auch die Kirchengemeinden und Pfarrämter (vgl. Tabelle 14 im Kommentierten Tabellenband: 42f.). Betrachtet man den Bekanntheitsgrad der verschiedenen Einrichtungen, zeigt sich, dass die übergroße Mehrheit der Familien die genannten Einrichtungen und Beratungsstellen kennt.

7.3.2 Einschätzung des Angebots und der Hilfe

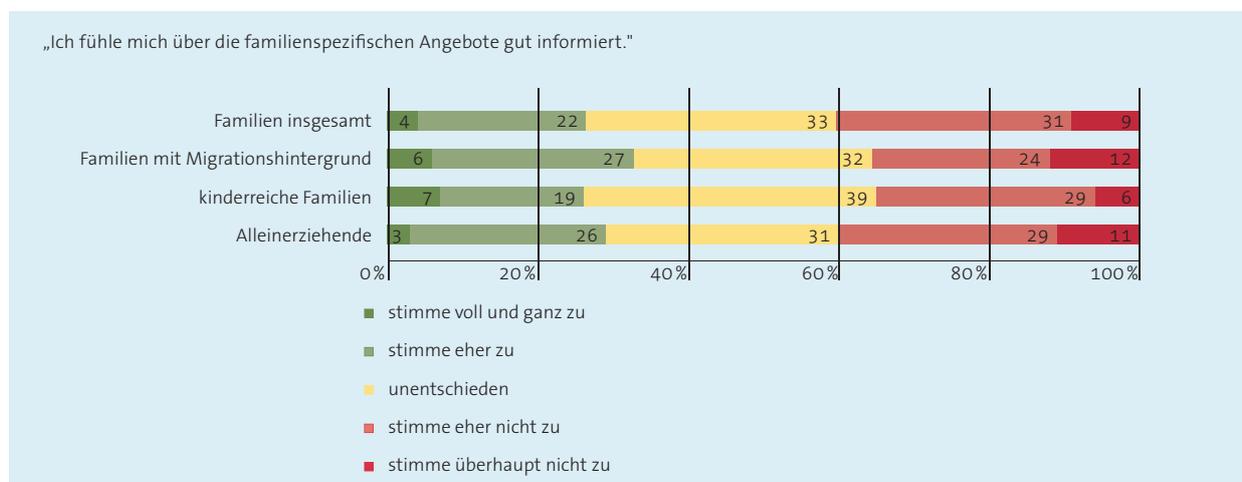
Abschließend möchten wir kurz betrachten, wie die subjektiven Einschätzungen der Familien zu den familienspezifischen Ange-

boten und Unterstützungsleistungen in der Stadt ausfallen. Um eine Einschätzung der Mülheimer Familien zu diesen Aspekten zu erhalten, haben wir ihnen eine Reihe von Aussagen zur Bewertung vorgelegt, die mit dem Satz eingeführt wurde: „Das Leben in einer Familie und die Erziehung der Kinder können durch äußere Umstände erleichtert oder erschwert werden. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?“ Die Familien bewerteten die Aussagen auf einer Fünferskala von 1 „stimme voll und ganz zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“. Hier sollen zwei Items näher betrachtet werden, die sich auf das institutionelle und städtische Angebot für Familien beziehen.

Fragt man Mülheimer Familien danach, ob sie sich über die familienspezifischen Angebote gut informiert fühlen, zeigt sich für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sogar ein leicht positiveres Bild als für Familien insgesamt (vgl. Abbildung 7.9): Unter allen Familien fühlt sich etwa ein Viertel der Familien gut informiert, aber 40 Prozent der Familien stimmen dieser Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. Unter Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind diese Anteile der kritischen Familien (mit Ausnahme der Alleinerziehenden) etwas kleiner. Die Bewertungen von Familien mit Migrationshintergrund sind ambivalenter. Zwölf Prozent der Familien stimmen der Aussage überhaupt nicht zu. Auf der anderen Seite sind es mit 33 Prozent aber auch besonders viele Migrantenfamilien, die der Aussage eher bzw. voll und ganz zustimmen.

Fragt man danach, ob auf den Ämtern bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen wird, urteilen die Familien in Mülheim eher unentschieden bis negativ (vgl. Abbildung 7.10). Jeweils

Abbildung 7.9: Information über familienspezifische Angebote

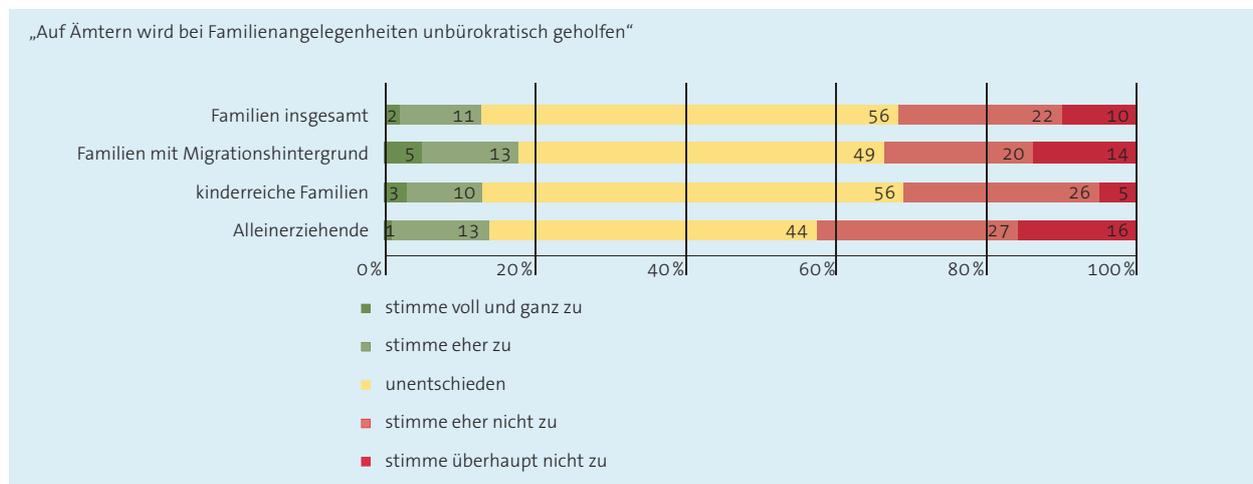


Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

etwa die Hälfte der Familien insgesamt und der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf ist in dieser Frage in ihrem Urteil unentschieden. Alleinerziehende, die häufiger Rat und Unterstützung bei den Ämtern suchen als andere Familien, sehen diesen Punkt der Arbeit städtischer Ämter aber vergleichsweise kritisch. Mit 43 Prozent der Wertungen im Bereich „stimme eher nicht“ oder „stimme überhaupt nicht zu“, sind ihre Bewertungen deutlich negativer als im Stadtdurchschnitt. Zweigeteilt fallen die

Antworten der Migrantenfamilien aus. Unter ihnen findet sich auf der einen Seite mit 18 Prozent ein überdurchschnittlicher Anteil von Familien, die in dieser Hinsicht positive Wertungen („stimme voll und ganz“ und „stimme eher zu“) abgegeben. Auf der anderen Seite sind aber auch hier die Anteile der Ablehnungen höher als für Familien insgesamt. Die Einschätzungen von kinderreichen Familien entsprechen etwa den Bewertungen aller Familien in Mülheim.

Abbildung 7.10: Unbürokratische Hilfe bei Familienangelegenheiten



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Die Frage nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht aktuell im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussionen und Bestrebungen für mehr Familienfreundlichkeit. Mit Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Eltern und besonders für Mütter erleichtern sollen, ist auf kommunaler Ebene die Hoffnung verbunden, die Geburtenrate (wieder) zu steigern, junge Familien in den Städten und Gemeinden zu halten oder neue Familien anzusiedeln. Die im europäischen Vergleich geringe Einbindung von Müttern in die Erwerbstätigkeit in Deutschland wird im Allgemeinen durch die ungünstigen institutionellen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit erklärt: Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, Unflexibilität auf Arbeitgeberseite, negative Wirkungen des Steuersystems auf die Erwerbseinbindung von Müttern und andere „strukturelle Rücksichtslosigkeiten“ (Kaufmann) der Gesellschaft gegenüber Familien mit Kindern. In Deutschland geht die Entscheidung von Frauen für Kinder daher in der Regel (immer noch) mit dem Verzicht oder der Einschränkung der Erwerbstätigkeit einher und Kinderlosigkeit ist in diesem Kontext häufig Ausdruck von fehlenden Möglichkeiten, Beruf und Familie zu kombinieren: „Frauen [in Deutschland] sind im internationalen Vergleich seltener erwerbstätig, seltener Mütter und noch seltener beides zusammen.“ (vgl. Scheuer / Dittmann 2007: 1) Diese Feststellung gilt insbesondere für Westdeutschland.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse zur Erwerbseinbindung von Frauen und Müttern sowie zu Problemen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Mülheim spiegeln insofern bestehende bundesweite Trends und Problemlagen wider. Dennoch finden sich in Mülheim spezifische Ausprägungen, die ebenfalls dokumentiert werden. Themen des Kapitels sind der Umfang und die Art der Erwerbseinbindung von Eltern, die Arbeitsteilung im Haushalt bezüglich Betreuungs-, Pflege- und Hilfeleistungen im Alltag sowie die subjektiven Einschätzungen der Eltern dazu, wie sie persönlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewerten. Da besonders der Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuung eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht, werden die Kinderbetreuungsarrangements in Mülheim etwas genauer betrachtet. Im Vordergrund steht dabei die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten.

8.1 Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienkonstellationen

Ist das für (West-)Deutschland lange Zeit typische ErnährermodeLL mit dem Vollzeit erwerbstätigen Mann und einer nicht oder

nur Teilzeit erwerbstätigen Frau auch in Mülheim noch Normalität? Welche Rolle spielen Bildungsniveau, Kinderzahl und Alter der Kinder für die Müttererwerbstätigkeit in Mülheim? Dies sind Fragen, die wir im Folgenden anhand der Ergebnisse der Familienbefragung beantworten werden.

8.1.1 Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden

Wie in vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen ist auch in Mülheim das klassische Modell mit dem Vollzeit erwerbstätigen Vater und der Ehefrau, die die Familienarbeit leistet und höchstens Teilzeit erwerbstätig ist, die am weitesten verbreitete Erwerbskonstellation²⁷ unter den Paarfamilien. In 42 Prozent der Mülheimer Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren ist der Vater alleine Vollzeit erwerbstätig, während die Mutter die Kinder betreut. In 37 Prozent der Familien geht die Mutter zusätzlich zur Volleizerwerbstätigkeit des Vaters einer Teilzeitbeschäftigung nach (vgl. Abbildung 9 im Kommentierten Tabellenband: 47). Erwerbskonstellationen jenseits dieser klassischen Arbeitsteilung gibt es in Mülheim dahingegen deutlich seltener: Eine Vollzeitbeschäftigung beider Eltern ist in elf Prozent der Familienhaushalte zu finden, in lediglich zwei Prozent der Familienhaushalte gehen beide Elternteile einer Teilzeitbeschäftigung nach und bei vier Prozent der Paare ist der Erwerbsumfang der Mutter größer als der des Vaters. Ebenso selten findet sich die Nichterwerbstätigkeit beider Elternteile.

Allerdings sind zwischen den Stadtteilen Mülheims zum Teil deutliche Unterschiede hinsichtlich der Erwerbseinbindung der Eltern erkennbar (vgl. Abbildung 8.1). Die beiden klassischen ErnährermodeLL finden sich anteilig am häufigsten in Broich (in 46 Prozent der Familien ist der Vater in Voll- und die Mutter in Teilzeit beschäftigt) und Saarn (in 47 Prozent der Familien ist der Vater alleine erwerbstätig), am seltensten in Altstadt II (27 Prozent Vater in Voll- und Mutter in Teilzeitbeschäftigung) und Altstadt I (36 Prozent Vater alleine erwerbstätig). Die wenigsten Familien, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig sind, finden sich in Broich (fünf Prozent), die meisten Familien in Altstadt II (19 Prozent). Überdurchschnittlich viele Familien, in denen die Mutter hauptsächlich erwerbstätig ist, gibt es in den Stadtteilen Styrum, Broich und Altstadt I. Allerdings ist im Gegensatz zu den beiden anderen Stadtteilen in Styrum in allen Familien dieser Erwerbskonstellation die Mutter lediglich in Teilzeit beschäftigt, während der Vater gar nicht erwerbstätig ist.²⁸ Zudem ist in Styrum auch der höchste Anteil an Familien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind, zu finden.

27 Erwerbstätig ist, wer einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sich im Wehr- oder Zivildienst oder einer beruflichen Ausbildung befindet. Geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose, Schüler/innen, Student/innen, Rentner/innen und Personen in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub und Elternzeit zählen somit zu den Nichterwerbstätigen.

28 Eine hauptsächliche Erwerbstätigkeit der Mutter kann – wie es in den Stadtteilen Broich und Altstadt I auch der Fall ist – bedeuten, dass die Mutter in Voll- und der Vater Teilzeit arbeitet bzw. dass die Mutter Vollzeit erwerbstätig und der Vater nicht erwerbstätig ist.

Abbildung 8.1: Erwerbsaufteilung von Paaren mit minderjährigen Kindern nach Stadtteilen



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Alleinerziehende – in Mülheim handelt es sich in 96 Prozent der Fälle um alleinerziehende Mütter – haben aufgrund der alleinigen Verantwortung für die Familienarbeiten oft besondere Schwierigkeiten, diese mit einer Berufstätigkeit zu verbinden. Gleichzeitig ist die Erwerbstätigkeit für Alleinerziehende häufig eine ökonomische Notwendigkeit, um den eigenen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der Kinder zu sichern. Diese ambivalente Situation spiegelt sich in der Erwerbseinbindung der Alleinerziehenden wider (vgl. Abbildung 9 im Kommentierten Tabellenband: 47). 29 Prozent der Alleinerziehenden sind voll erwerbstätig, 40 Prozent (und damit der höchste Anteil) arbeiten in Teilzeit und 31 Prozent gehen keiner Erwerbstätigkeit nach. Besonders diese Familien sind auf private Unterhaltszahlungen bzw. sozialstaatliche Transfers zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen.

8.1.2 Müttererwerbstätigkeit

Die Erwerbsaufteilung von Paaren zeigt, dass Mütter häufig nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig sind, für Väter hingegen stellt sich die Frage nach einer Einschränkung der Erwerbs-

tätigkeit zugunsten der Familie zumeist nicht. Daher betrachten wir im Weiteren die Müttererwerbstätigkeit etwas genauer und überprüfen, inwiefern diese durch die Familiensituation beeinflusst wird. Der Umfang der Erwerbseinbindung der Mütter steht aber auch im engen Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund, der Familienphase bzw. dem Alter des jüngsten Kindes sowie dem Bildungsstatus der Mütter. Ökonomische Zwänge und fehlende Arbeitsmöglichkeiten können hier ebenso von Bedeutung sein, wie kulturelle Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit oder die institutionellen Rahmenbedingungen im Lebensumfeld der Familien (vgl. u.a. Scheuer/ Dittmann 2007: 1ff.).

Wie aus Tabelle 8.1 ersichtlich wird, ist mehr als die Hälfte der Mütter in Mülheim berufstätig. Auch wenn der überwiegende Teil dieser Mütter einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sind in Mülheim insgesamt etwas mehr Mütter berufstätig, als dies in den anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie der Fall ist. Mütter aus Familien mit Migrationshintergrund sind zwar ebenso häufig voll erwerbstätig wie Mütter aus Familien ohne Migrationshintergrund, sie arbeiten jedoch anteilig seltener in

Tabelle 8.1: Müttererwerbstätigkeit nach Migrationshintergrund, Alter des jüngsten Kindes und Bildungsstatus der Mütter

	Mutter voll erwerbstätig	Mutter Teilzeit erwerbstätig	Mutter nicht erwerbstätig
	Angaben in Prozent		
Familienhaushalte			
ohne Migrationshintergrund	16	42	42
mit Migrationshintergrund	16	32	52
Familien, deren jüngstes Kind ... alt ist			
unter 3 Jahre	10	23	67
3 bis unter 6 Jahre	13	53	34
6 bis unter 10 Jahre	15	41	43
10 bis unter 14 Jahre	18	46	36
14 bis unter 18 Jahre	23	41	36
Mütter mit ...			
niedriger Qualifikation	12	25	63
mittlerer Qualifikation	12	44	44
höherer Qualifikation	15	39	46
höchster Qualifikation	25	49	26
Familienhaushalte insgesamt	16	40	43

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Teilzeit, weshalb der Anteil nicht erwerbstätiger Mütter in Familien mit Migrationshintergrund höher ist.

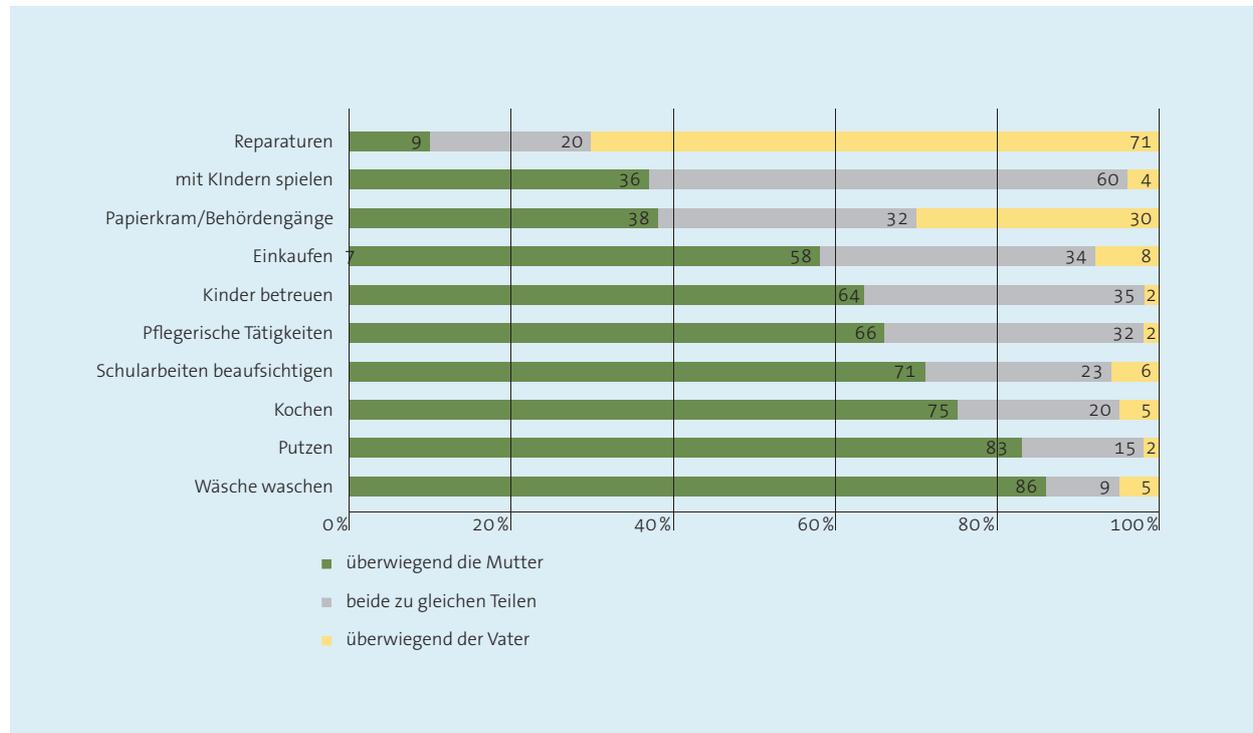
Betrachtet man die Müttererwerbstätigkeit nach dem Alter des jüngsten Kindes, so ist mit zunehmendem Alter des Kindes auch eine vermehrte Berufstätigkeit der Mutter feststellbar. So gehen zwei Drittel der Mütter, deren jüngstes Kind unter drei Jahren ist, keiner Erwerbstätigkeit nach, ein knappes Viertel ist Teilzeit berufstätig, jede zehnte Mutter vollzeitlich. Demgegenüber sind in Familien, deren jüngstes Kind zwischen zehn und 13 Jahren alt ist, nur noch 36 Prozent der Mütter nicht erwerbstätig, während 46 Prozent in Teilzeit und 18 Prozent in Vollzeit erwerbstätig sind. Ist das jüngste Kind noch einmal etwas älter, nimmt der Anteil der Teilzeit erwerbstätigen Mütter zugunsten der Vollzeit erwerbstätigen leicht ab.

Ebenfalls deutlich ist der Einfluss des Bildungsstatus der Mutter auf ihre Erwerbseinbindung. Je höher die Bildung der Mutter, umso wahrscheinlicher ist ihre Erwerbstätigkeit. Bei Müttern mit niedriger Qualifikation gehen 63 Prozent keiner Erwerbstätigkeit nach, 12 Prozent sind Vollzeit erwerbstätig. Bei Müttern mit höchster Qualifikation – Fachhochschul- oder Hochschulabschluss – sind dagegen nur 26 Prozent nicht erwerbstätig und 25 Prozent arbeiten in einer Vollzeitbeschäftigung.

8.2 Familienarbeit

Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft neben der Erwerbstätigkeit auch die Familienarbeit, also die im Haushalt anfallenden Arbeiten wie Putzen, Kochen und Einkaufen, die Betreuung und Erziehung der Kinder oder die Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder. Diese eher private Seite der Vereinbarkeitsprobleme wird in der öffentlichen Diskussion nur sehr selten aufgegriffen. Da sie aber ein untrennbarer Teil des Alltagslebens von Familien sind und die Alltagsbelastungen und -probleme von Müttern und Vätern maßgeblich beeinflussen, werden folgende Fragen etwas genauer betrachtet: Wie teilen sich Paare diese Arbeiten auf und gibt es einen Zusammenhang zur Erwerbsbeteiligung der Mütter? In welchem Umfang und für welche Bereiche greifen die Familien auf Dienstleistungen zur Bewältigung der Hausarbeiten zurück? Wie wird die Kinderbetreuung im häuslichen Umfeld organisiert und wie viele Familien sind für pflegebedürftige Angehörige verantwortlich? All diese Fragen sind wesentliche Komponenten der individuellen Arrangements von Familien zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Abbildung 8.2: Arbeitsteilung im Haushalt



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

8.2.1 Arbeitsteilung im Haushalt und Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit

In Abbildung 8.2 werden verschiedene Tätigkeiten im Haushalt und ihre Aufteilung zwischen den Eltern dargestellt. Dazu wurden Mülheimer Familien danach gefragt, ob diese Tätigkeiten überwiegend durch die Mutter oder den Vater ausgeführt werden oder es eine gleichberechtigte Aufgabenteilung zwischen beiden Elternteilen gibt.²⁹ Die Ergebnisse der Familienbefragung zu diesem Lebensbereich unterscheiden sich in den Grundtendenzen nicht von Ergebnissen für andere Städte der Projektfamilie.

Die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen hierzu eine noch deutlich geschlechtsspezifisch und traditionell geprägte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Vätern und Müttern, die mit der eingangs aufgezeigten traditionellen Erwerbsbeteiligung korrespondiert. Vor allem Hausarbeiten wie Wäsche waschen, Putzen und Kochen werden mehrheitlich überwiegend von der Mutter durchgeführt. Väter sind in diese Hausarbeiten nur selten einbezogen und fühlen sich offenbar auch nicht verantwortlich. Ein etwas höherer Anteil einer geteilten Verantwortung bzw. Zustän-

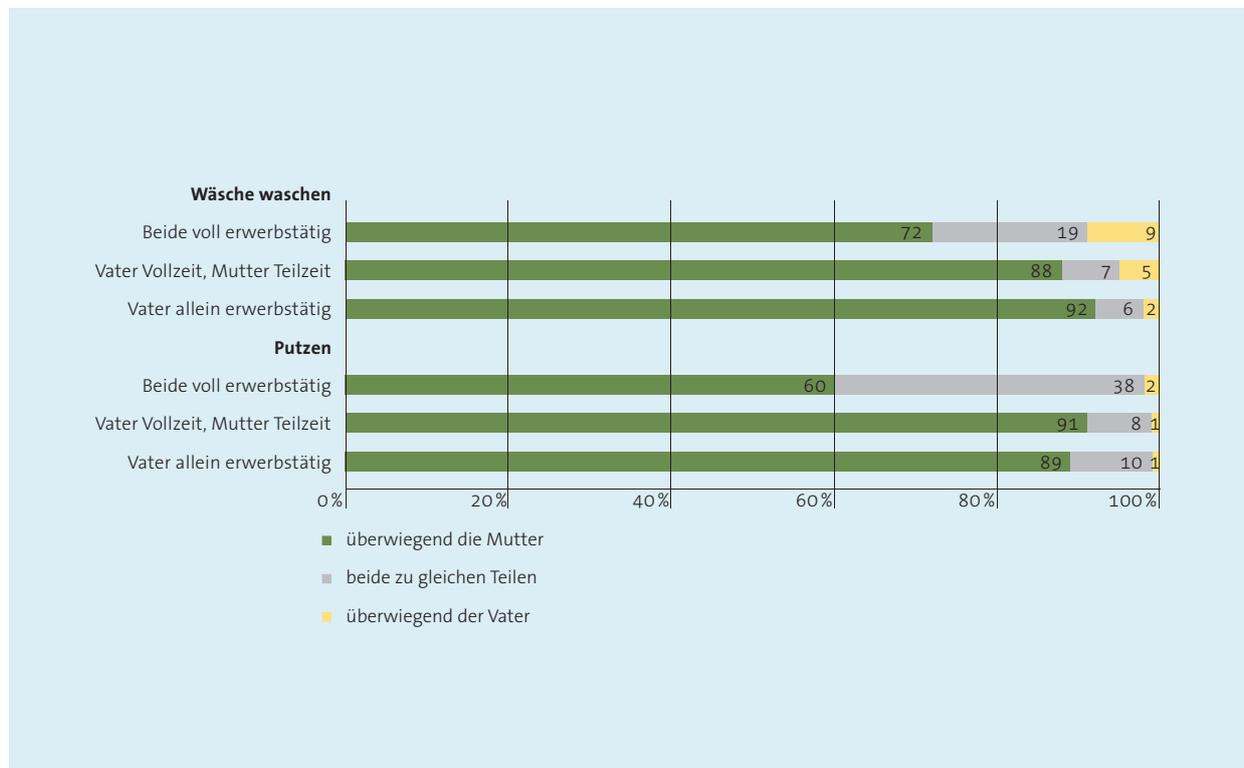
digkeit findet sich für das Einkaufen, die Kinderbetreuung und pflegerische Tätigkeiten, unabhängig davon, ob es um die Pflege von Kindern oder von Angehörigen geht. Überwiegend in der gemeinsamen Verantwortung bzw. Zuständigkeit liegt das gemeinsame Spielen mit den Kindern (60 Prozent). Dagegen zeigt die Bewältigung von „Papierkram“ und Behördengängen im Unterschied zu den anderen Tätigkeiten keine geschlechtsspezifischen Differenzen. Reparaturen werden – wenig überraschend – in der Mehrzahl der Familien vorwiegend von den Vätern ausgeführt.

Da auch in Mülheim in der Regel hauptsächlich die Väter einer Erwerbstätigkeit nachgehen (vgl. Kapitel 8.1), ist es wenig verwunderlich, dass die Mütter häufiger für die Hausarbeit und die Betreuung und Erziehung der Kinder verantwortlich sind. Doch inwiefern verändert sich die Arbeitsteilung im Haushalt mit einer zunehmenden Erwerbseinbindung der Mütter bzw. hat diese überhaupt einen Einfluss darauf?

Abbildung 8.3 zeigt unterschiedliche Konstellationen der Erwerbsaufteilung von Paaren und ihre Arbeitsaufteilung im Haushalt an den Beispielen Putzen und Wäsche waschen. In allen

²⁹ Diese Frage wurde nur Müttern oder Vätern gestellt, die mit ihrem (Ehe-)Partner in einem Haushalt leben.

Abbildung 8.3: Erwerbsaufteilung von Paaren und Arbeitsteilung im Haushalt



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Erwerbskonstellationen werden diese beiden Tätigkeiten überwiegend von der Mutter übernommen. Lediglich bei einer vollen Erwerbseinbindung der Mutter ist eine deutliche Verschiebung zugunsten einer gleichberechtigteren Aufteilung zu erkennen. Eine überwiegende Zuständigkeit des Vaters bleibt aber dennoch die Ausnahme. Im Unterschied zur Erwerbseinbindung ist die Arbeitsteilung im Haushalt jedoch relativ unabhängig vom Bildungs- und Migrationsstatus der Familie (vgl. auch Tabelle 17 im Kommentierten Tabellenband: 50).

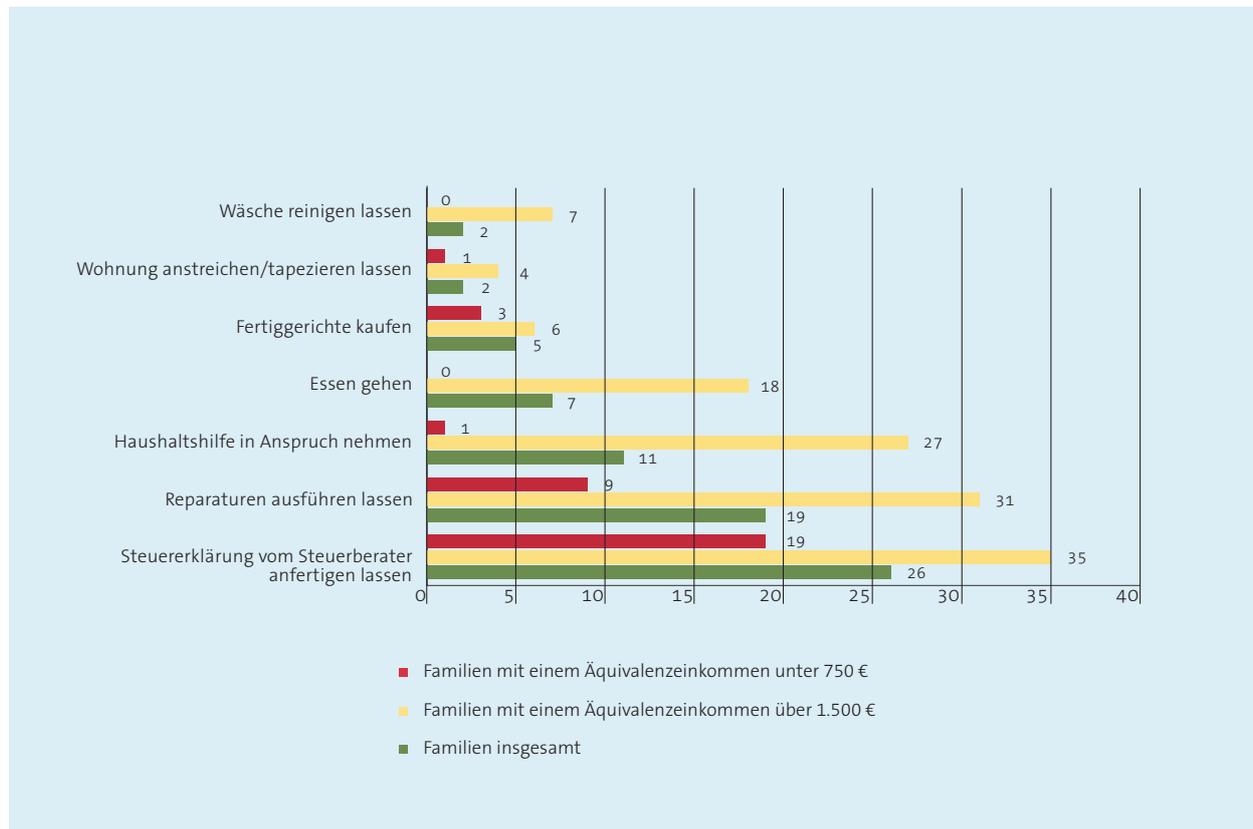
Obwohl gerade die Doppelbelastungen durch Familienarbeit und Erwerbsarbeit Vereinbarkeitsprobleme im Alltag aufwerfen, wird dieser Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in öffentlichen Diskussionen nur selten aufgegriffen. Dabei kann eine bessere Vereinbarkeit in Zukunft nur gelingen, wenn auch Väter stärker in die Familienarbeit einbezogen werden und permanente Doppelbelastungen für erwerbstätige Mütter abgebaut werden können.

Allerdings gibt es noch andere Möglichkeiten, sich von der Familienarbeit zu entlasten, z.B. indem haushaltsnahe Dienstleistungen

in Anspruch genommen werden, Fertigprodukte konsumiert werden oder Ähnliches (vgl. Tabelle 18 im Kommentierten Tabellenband: 51). Werden diese Möglichkeiten von Mülheimer Familien genutzt? Welche Familien nutzen diese Arbeitsentlastungen zur Bewältigung der Familienarbeit? Können sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern?

Da nur dann von einer Entlastung hinsichtlich der zu leistenden Familienarbeit gesprochen werden kann, wenn diese Möglichkeiten nicht nur gelegentlich genutzt werden, betrachten wir nur die regelmäßige Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen durch die Mülheimer Familien (vgl. Abbildung 8.4). Diese Möglichkeiten der Arbeitsentlastung werden von den Familien insgesamt sehr unterschiedlich in Anspruch genommen: Jede vierte Familie lässt ihre Steuererklärung anfertigen und jede fünfte lässt Reparaturen vom Fachmann ausführen. Eine Haushaltshilfe nehmen hingegen 11 Prozent der Mülheimer Familien regelmäßig in Anspruch, die Wäsche regelmäßig reinigen lassen sogar nur zwei Prozent der Familien.

Abbildung 8.4: Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit nach Einkommen



Anmerkung: Nur regelmäßige Inanspruchnahme
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Bei einem genaueren Blick zeigt sich außerdem, dass die Inanspruchnahme solcher Dienstleistungen bzw. anderer Arbeitsentlastungen stark einkommensabhängig ist. Von Familien der höchsten Einkommensgruppe (mit einem Äquivalenzeinkommen von über 1.500 Euro monatlich), was in der Regel Zwei-Verdiener-Familien sind, werden solche haushaltsnahen Dienstleistungen sehr viel häufiger regelmäßig genutzt als von einkommensschwachen Familien. Die Möglichkeiten über diese Wege die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und eine Arbeitsentlastung hinsichtlich der Familienarbeit zu erreichen, sind für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen sehr viel eingeschränkter.

8.2.2 Alltägliche Betreuungs- und Hilfeleistungen zu Hause

Nach der Darstellung der Erwerbseinbindung von Müttern in Kapitel 8.1 überrascht es nicht, dass Mütter deutlich stärker als andere Personen in die Betreuung der Kinder außerhalb von Schule

und Kindergarten eingebunden sind. Zwischen 79 und 84 Prozent der Kinder unter zehn Jahren werden außerhalb der Schule bzw. des Kindergartens von der Mutter betreut (vgl. Tabelle 8.2 und Tabelle 24 im Kommentierten Tabellenband: 58). Mit größerem Abstand folgen dann Großeltern und der Vater der Kinder, wobei sie bei Kindern unter sechs Jahren noch etwas stärker in die Betreuung eingebunden sind. In späteren Lebensphasen der Kinder verlieren jedoch sämtliche Betreuungspersonen an Bedeutung. So geben Mülheimer Eltern bei 27 Prozent der Kinder im Alter von zehn bis unter 14 Jahren bereits an, dass keine Betreuung mehr nötig ist, bei Kindern im Alter von 14 bis unter 18 Jahren sind es sogar 60 Prozent. Alle anderen Personen wie Geschwister und andere verwandte und nicht verwandte Personen sind sehr viel seltener für die Betreuung der Kinder verantwortlich. Auch eine Betreuung durch eine Tagesmutter oder in einer Tagespflegestelle kommt nur selten und da besonders bei Kindern unter drei Jahren vor.

Tabelle 8.2: Betreuung der Kinder außerhalb von Einrichtungen nach Alter der Kinder

	Alter der Kinder				
	unter 3 Jahre	3 bis unter 6 Jahre	6 bis unter 10 Jahre	10 bis unter 14 Jahre	14 bis unter 18 Jahre
	Angaben in Prozent				
keine Betreuung mehr nötig	2	7	7	27	60
Mutter	84	79	79	63	42
Vater	33	33	29	19	11
Partner/ Partnerin	2	2	4	4	1
(Ältere) Geschwister	2	2	7	5	3
Großmutter/ Großvater	36	44	35	21	7
Sonstige verwandte Person	5	6	5	2	1
Andere nicht verwandte Person	5	13	12	8	2
Tagesmutter/ Tagespflegestelle	8	5	2	1	0
Kind ist ohne Betreuung	2	1	1	6	5

Anmerkung: Da Mehrfachantworten zugelassen waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Hilfeleistungen im Alltag

Doch nicht nur für die Kinderbetreuung erhalten Familien im Alltag Hilfeleistungen von verwandten und nicht verwandten Personen (so genannte Netzwerkhilfen), sondern häufig auch für verschiedene andere zu erledigende Arbeiten z.B. beim Hausbau, der Renovierung oder der Gartenarbeit. Ein funktionierendes Hilfenetz dieser Art kann bei der Bewältigung von Vereinbarkeitsproblemen eine große Erleichterung sein, um die alltäglichen Herausforderungen des Familienalltags zu meistern oder Problemsituationen zu bewältigen. Innerhalb dieses Netzwerkes spielen die Eltern und Großeltern der Väter und Mütter eine besonders wichtige Rolle. In Mülheim können 29 Prozent aller Familien auf eine regelmäßige Unterstützung durch die Eltern- bzw. Großelterngeneration zurückgreifen, weitere 34 Prozent auf eine hin und wieder geleistete (vgl. Abbildung 8.5). Familien mit Kindern unter drei Jahren erhalten von der Eltern- bzw. Großelterngeneration, auch wenn diese nicht im Familienhaushalt wohnt, zwar etwas seltener regelmäßige, dafür aber etwas häufiger eine hin und wieder gewährte Unterstützung im Alltag. Ist die Mutter voll erwerbstätig, kann die Familie aber vergleichsweise etwas seltener auf eine Unterstützung durch die (Groß-)Eltern zurückgreifen.

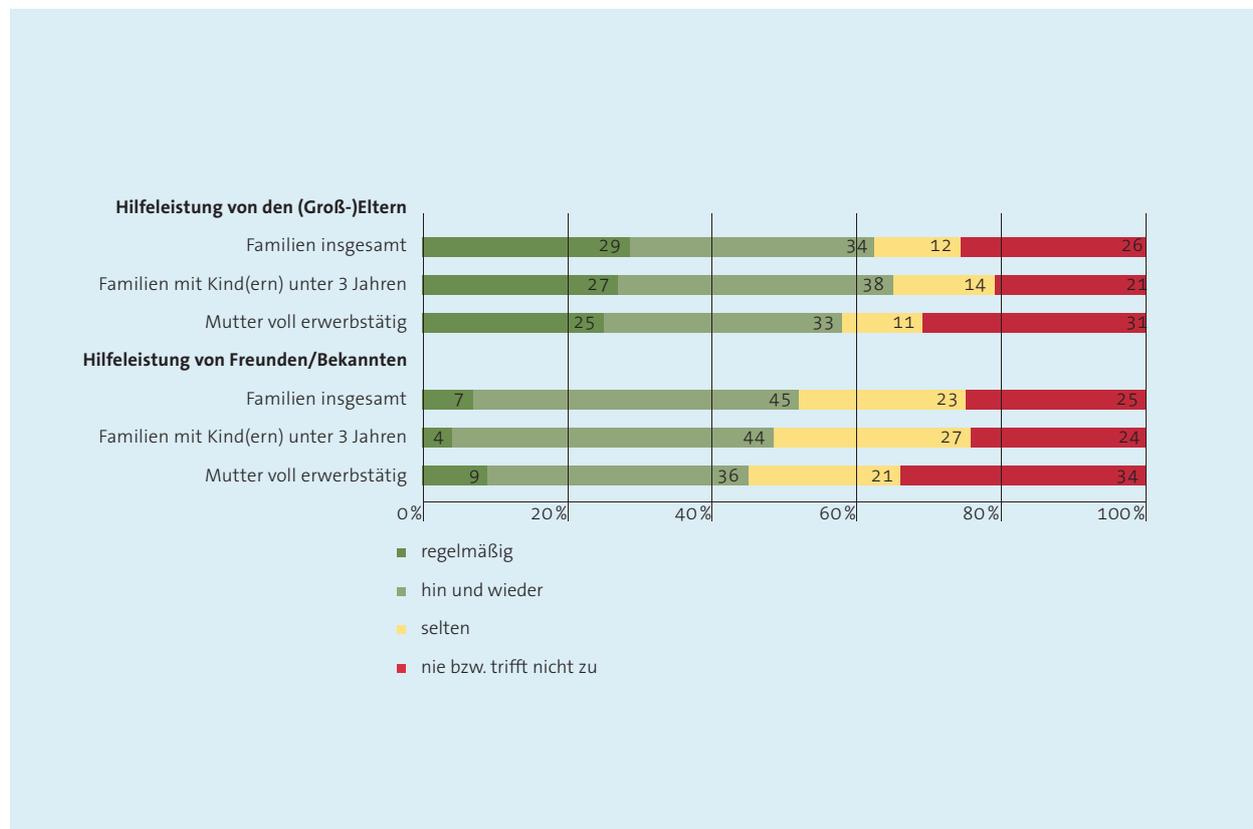
Demgegenüber sind regelmäßige Hilfeleistungen von Freunden und Bekannten sehr viel seltener. Auch die u.U. fehlende Hilfe durch die ältere Generation kann durch diese Netzwerkbeziehungen nur teilweise ausgeglichen werden, da auch Familien mit höheren Alltagsbelastungen, wie z.B. Familien mit voll erwerbs-

tätigen Müttern oder mit Kindern unter drei Jahren, höchstens hin und wieder auf Hilfen durch den Freundes- und Bekanntenkreis zurückgreifen können.

8.3 Außerhäusliche Kinderbetreuung

Die dargestellten individuellen Betreuungs- und Hilfeleistungen über soziale Netzwerke und Haushaltsmitglieder spielen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine entscheidende Rolle, die in der Debatte um eine bessere Vereinbarkeit keineswegs zu vernachlässigen ist. Dennoch ist die institutionelle Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Grundschulen eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dabei müssen die Betreuungseinrichtungen flexibel, wohnort- bzw. arbeitsplatznah sein und alle Altersklassen berücksichtigen. Eine Umfrage von Forsa aus dem Jahr 2005 unter 1.000 jungen Eltern in Deutschland unterstreicht diese Forderung. Dort kritisieren 53 Prozent der jungen Eltern, dass es zu wenige Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige gibt. 70 Prozent der berufstätigen Alleinerziehenden wünschen sich flexiblere und längere Öffnungszeiten und mehr Ganztagsangebote (vgl. Forsa 2005). Auch die häusliche Fremdbetreuung und die Selbstbetreuung sollten unterstützt werden, um Eltern ein breites Spektrum von Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Abbildung 8.5: Private Unterstützungsleistungen im Alltag



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

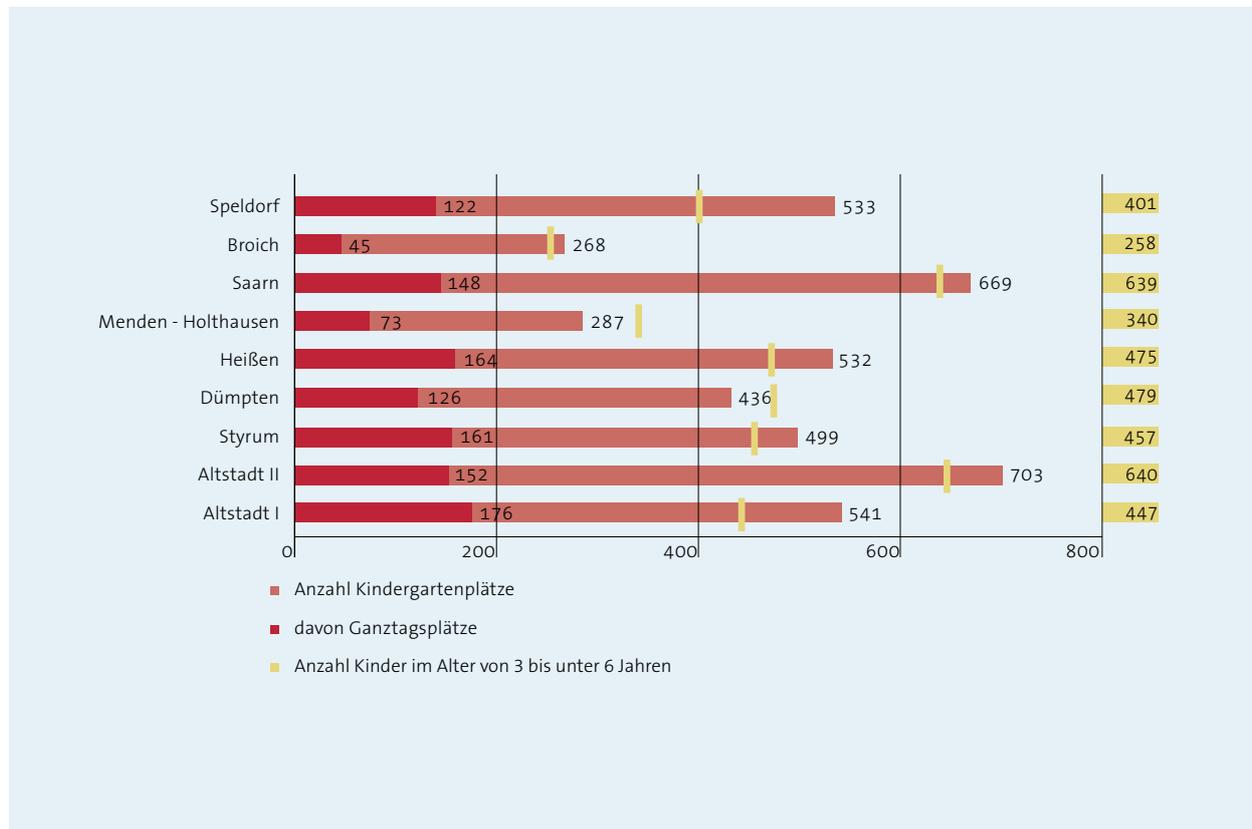
8.3.1 Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen für Kinder

Zum Stichtag 31.12.2006 standen in den Mülheimer Tageseinrichtungen für Kinder 4.468 Plätze für Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren, für die ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, zur Verfügung. Die Versorgungsquote lag gesamtstädtisch betrachtet bei 108 Prozent. Innerhalb Mülheims wurden die niedrigsten Versorgungsquoten in den Stadtteilen Menden-Holthausen (84 Prozent) und Dümpten (91 Prozent) erreicht (vgl. Abbildung 8.6). Da alle übrigen Mülheimer Stadtteile Versorgungsquoten von (zum Teil deutlich) über 100 Prozent aufweisen, können Kinder aus Menden-Holthausen und Dümpten aber auch Einrichtungen in angrenzenden Stadtteilen besuchen. Gesamtstädtisch betrachtet war zum 31.12.2006 bereits jeder vierte Platz im Betreuungssegment der drei- bis unter sechsjährigen Kinder in den Tageseinrichtungen ein Ganztags-

platz, was einer Versorgungsquote von 28 Prozent entspricht. Auf Ebene der Stadtteile reicht die Spanne von 17 Prozent in Broich bis 39 Prozent in Altstadt I (vgl. Abbildung 8.6).

In der bundesweit geführten Diskussion um eine bedarfsgerechtere außerhäusliche Kinderbetreuung wird besonders ein Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige gefordert. Wie in vielen anderen westdeutschen Städten sind in Mülheim diesbezügliche Angebote (noch) eher selten. In den Mülheimer Tageseinrichtungen für Kinder wurden zum Stichtag 31.12.2006 insgesamt 167 Ganztagsplätze für unter dreijährige Kinder angeboten, was lediglich einer Versorgungsquote von 4,6 Prozent entspricht. Eine weitere Betreuungsmöglichkeit wird nach Angaben der Stadt Mülheim durch die sog. Spielgruppen angeboten, die zum einen als Ersatz für (noch) nicht vorhandene Betreuungsplätze von Eltern- bzw. Mütterinitiativen gegründet und genutzt

Abbildung 8.6: Betreuung von Drei- bis unter Sechsjährigen in Kindertageseinrichtungen nach Stadtteilen 2006



Anzahl der (ganztägigen) Kinderbetreuungsplätze für Drei- bis unter Sechsjährige und Anzahl der Drei- bis unter Sechsjährigen in Mülheim zum Stichtag 31.12.2006
Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Mülheim

werden, zum anderen aber auch bewusst gegründet wurden, um eine individuelle Kleinstkindbetreuung mit großer persönlich-emotionaler Bindung zu erreichen. Diese boten im Jahr 2006 55 zusätzliche U3-Betreuungsplätze an.

Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass für alle Kinder unter drei Jahren tatsächlich auch ein institutioneller Betreuungsplatz benötigt wird. Im Rahmen der Familienbefragung wurden Mülheimer Familien mit unter dreijährigen Kindern gefragt, ob sie innerhalb der nächsten zwölf Monate einen Betreuungsplatz benötigen (vgl. Tabelle 8.3). Lediglich für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren wird kein Bedarf an Betreuungsplätzen angemeldet, während für fast die Hälfte der Kinder unter drei Jahren noch eine Betreuungsmöglichkeit fehlt, weil diese Kinder von ihren Eltern entweder noch nicht in einer Tageseinrichtung angemeldet wurden oder die Kinder auf der Warteliste für einen

U3-Platz stehen. Demnach ist in Mülheim noch ein recht hoher Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen festzustellen.

Gründe für die Wahl einer Kindertageseinrichtung

Gerade vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter Dreijähriger spielt neben der quantitativen Ausgestaltung von Kindertageseinrichtungen in einer Stadt die Qualität der Einrichtungen eine wichtige Rolle. Doch was ist Eltern wichtig? Warum wählen Familien bestimmte Kindertagesstätten für ihre Kinder aus?

Wie Abbildung 8.7 zeigt, geben über 90 Prozent der Eltern als ausschlaggebenden Grund an, dass die Kinder gut draußen spielen können, besonders gut gefördert werden oder die Einrichtung einen guten Ruf hat. Besonders wichtig sind den Eltern also Gründe, die sich direkt auf das Kind und dessen Förderung beziehen.

Für die Vereinbarkeit relevante Motive, wie die Nähe zur eigenen Wohnung und die Flexibilität der Öffnungszeiten, werden von 83 bzw. 66 Prozent der Eltern angegeben. Etwa vier von fünf Familien nennen außerdem eigene gute Erfahrungen und ein besonderes pädagogisches Konzept als Wahlgründe. Altersgemischte Gruppen und die Trägerschaft der Einrichtung sind hingegen einem geringeren Anteil der Eltern wichtig und deutlich weniger wichtig ist, ob es sich um eine integrative Einrichtung handelt

oder ob die Arbeitsstelle in der Nähe der Tagesstätte liegt (vgl. auch Tabelle 21 im Kommentierten Tabellenband: 54).

Tabelle 8.3: Bedarf an Betreuung unter dreijähriger Kinder

	jüngstes Kind im Alter von ... Jahr(en)			
	bis unter 1	1 bis unter 2	2 bis unter 3	insgesamt
	Angaben in Prozent			
Nein, benötige ich nicht	43	28	27	33
Ja, ich habe bereits eine Zusage	0	4	11	5
Ja, ich stehe bereits auf der Warteliste	13	30	39	27
Ja, ich habe mich aber noch nicht angemeldet	21	24	13	20
Kann ich (noch) nicht abschätzen	23	13	10	16

Die Angaben in der Tabelle werden nicht auf den Anteil der Familien, sondern auf den Anteil der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe bezogen.
 Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 (Kinderdatensatz)

Abbildung 8.7.: Gründe für die Wahl einer Kindertagesstätte



(nur Familien mit unter sechsjährigen Kindern)
 Anmerkung: Da Mehrfachnennungen zulässig waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.
 Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

8.3.2 Betreuung an Grundschulen

Mittlerweile hat die öffentliche Diskussion um Kinderbetreuung auch die Betreuung von Grundschulkindern in den Blick genommen, da die traditionelle Halbtagschule von acht bis etwa zwölf Uhr kaum die Aufnahme einer Teilzeitstelle am Vormittag ermöglicht. Neben Effekten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Betreuung in Grundschulen mit der Hoffnung verbunden, durch Ganztagsangebote die Bildungsqualität und Chancengleichheit in den Schulen zu verbessern sowie besonders leistungsstarke ebenso wie benachteiligte Kinder besser zu fördern.

Auch an Mülheimer Grundschulen wird eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten. So konnte die „Schule von acht bis eins“ im Schuljahr 2005/2006 an 26 der 31 Grundschulen in Mülheim in Anspruch genommen werden, die „Offene Ganztagschule“, die eine verlässliche Betreuung von 8 bis 16 Uhr ermöglicht, wurde von 14 Grundschulen angeboten. Das Angebot „13 plus“ war an einer Grundschule vorhanden. In Anspruch genommen wurden diese Angebote im Schuljahr 2005/2006 jedoch lediglich von 8,3 Prozent („Schule von acht bis

eins“) bzw. 14,3 Prozent („Offene Ganztagschule“) der Mülheimer Grundschüler/innen. Dieses Betreuungsangebot wird nach Angaben der Stadt Mülheim noch weiter ausgebaut werden, so dass zum Schuljahr 2008/2009 (mit einer Ausnahme) an allen Grundschulen eine Kinderbetreuung im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ möglich sein wird.

Eine weitere Möglichkeit zur über die Unterrichtszeit hinausgehenden Betreuung von sechs- bis unter 14-jährigen Kindern wird in Kindertageseinrichtungen in Form von Hortplätzen geboten. Zum 31.12.2005 lag hier der Versorgungsgrad in Mülheim stadtweit bei 7,1 Prozent, er schwankte innerhalb der Stadtteile allerdings stark zwischen 1,4 Prozent in Altstadt II und 13,3 Prozent in Saarn.

Im Rahmen der Familienbefragung gaben 91 Prozent der Mülheimer Familien mit Grundschulkindern an, dass in der Schule ihres Kindes eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten wird, 31 Prozent der Familien nahmen diese auch in Anspruch (vgl. Tabelle 8.4). Familien, die eine Betreuung in Anspruch nehmen würden, dies aber nicht können, weil sie an der Schule ihres Kindes nicht angeboten wird, gibt es in Mülheim praktisch nicht.

Tabelle 8.4: Inanspruchnahme von Grundschulbetreuung*

Inanspruchnahme von Grundschulbetreuung	
Angaben in Prozent	
Familienhaushalte	
ohne Migrationshintergrund	32
mit Migrationshintergrund	27
Familienhaushalte	
mit einem Kind	32
mit zwei Kindern	33
mit drei und mehr Kindern	26
Alleinerziehende	50
Paare,	
beide erwerbstätig	38
nur ein Elternteil erwerbstätig	14
Äquivalenzeinkommen	
unter 750 €	29
750 bis unter 1.000€	32
1.000 bis unter 1.250€	34
1.250 bis unter 1.500€	35
über 1.500€	25
Familienhaushalte insgesamt	31

*Berücksichtigt wurden nur Familien mit Grundschulkindern, in deren Schule eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten wird (91 Prozent aller Familien mit Grundschulkindern).
Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

8.4 Aus Sicht der Familien: Wie lässt sich Familie und Beruf vereinbaren?

Am Ende dieses Kapitels soll auf Basis subjektiver Einschätzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Bilanz zu den angesprochenen Aspekten der Vereinbarkeit über alle Familienformen hinweg gezogen werden. Wie empfinden Mülheimer Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen? Welche Familien sehen besonders häufig Probleme und welche Gründe werden angeführt, wenn es Vereinbarkeitsprobleme gibt?

Insgesamt zeigt sich trotz unterschiedlichster Einschränkungen die übergreifende Meinung, dass sich Familie und Beruf – wenn auch oftmals nur mit viel Energie und Geschick – vereinbaren lassen. Für immerhin 29 Prozent der Mülheimer Familien lassen sich Familie und Beruf sogar „gut vereinbaren“, weitere 56 Prozent koordinieren mit „viel Energie und Geschick“ ihre Arbeit mit dem Familienleben. 15 Prozent der Familien in Mülheim sagen, dass Familie und Erwerbstätigkeit kaum oder gar nicht zu vereinbaren sind (vgl. Tabelle 8.5).

Dass diese Einschätzungen stark durch die jeweiligen Lebenssituationen – also die Familienform, das Alter und die Anzahl der Kinder sowie den Umfang der Erwerbseinbindung der Eltern – bestimmt werden, überrascht nur wenig. Wie zu erwarten, sind insbesondere Familien mit kleinen Kindern sowie Familien mit drei und mehr Kindern stärker von Vereinbarkeitsproblemen betroffen als der Durchschnitt der Mülheimer Familien. Für sie erreichen die Anteile der Familien, die einschätzen, Familie und Beruf seien kaum oder gar nicht vereinbar, überdurchschnittliche Anteilswerte. Allerdings steigen mit dem Alter des jüngsten Kindes die positiven Einschätzungen für eine gute Vereinbarkeit stark an. In der Gruppe der Familien, deren jüngstes Kind älter als 14 Jahre ist, sprechen sich 42 Prozent für eine gute Vereinbarkeit aus.

Auch Alleinerziehende haben erwartungsgemäß deutlich mehr Probleme, neben der Familienarbeit erwerbstätig zu sein. Dennoch geben 23 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden an, Familie und Beruf „gut vereinbaren“ zu können, weitere 71 Prozent vereinbaren Familie und Erwerbsarbeit jedoch nur mit „viel Energie und Geschick“. Unter den nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden ist der Anteil derjenigen, die Familie und Beruf kaum oder gar nicht vereinbaren können, mit 33 Prozent am höchsten. Offenbar sind diese Alleinerziehenden häufig gerade aus diesem Grund nicht erwerbstätig. Auch bei Paaren bewirkt

die Erwerbseinbindung bzw. der Erwerbsumfang eine Verschiebung in den Einschätzungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Betrachtet man nur Familien, die angeben, Beruf und Familien seien nur mit viel Energie und Geschick bzw. kaum oder gar nicht vereinbar, und fragt etwas genauer nach den Gründen für diese Einschätzung, werden von Mülheimer Familien am häufigsten längere Abwesenheit von zu Hause sowie zu lange Arbeitszeiten und regelmäßige Überstunden genannt. Diese nicht zu beeinflussenden Anforderungen des Erwerbslebens werden von Alleinerziehenden noch etwas häufiger als von anderen Familien als Gründe für die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie wahrgenommen. Häufig wechselnde Arbeitszeiten und die damit verbundenen kurzfristigen Flexibilitätsanforderungen werden von 29 Prozent der Familien genannt, fehlende Flexibilität der Arbeitgeberseite von weiteren 24 Prozent. (vgl. Abbildung 8.8)

Übergreifend zeigt sich für Mülheim aber, dass die bewerteten Vereinbarkeitsprobleme nicht nur durch die Erwerbseinbindung der Mütter hervorgerufen werden. Betrachtet man Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, liegt das Niveau hinsichtlich der angegebenen Vereinbarkeitsprobleme meist unter den Anteilen für Familien insgesamt. Offenbar fließen hier auch Überstunden, zu lange Arbeitszeiten oder Flexibilitätsanforderungen, denen erwerbstätige Väter nachkommen müssen und die hierdurch eingeschränkten „Familienzeiten“ der Väter in die Bewertungen ein. Beiträge der Arbeitgeberseite zur Verbesserung von Familie und Beruf sollten sich demnach nicht ausschließlich an erwerbstätige Frauen und Mütter wenden. Wichtig für diesen Bereich ist auch, dass Väter mehr Zeit und Möglichkeiten haben, sich in die Familienarbeit einzubringen.

Neben den erwerbstätigkeitsbezogenen Problemen wird in Mülheim aber auch die externe Kinderbetreuung von 30 Prozent der befragten Familien beanstandet. Unter Familien mit Kindern im Alter von unter sechs Jahren steigt dieser Anteil noch einmal deutlich auf 46 Prozent und ist damit der von diesen Familien mit Abstand am häufigsten genannte Grund für eine schwierige bzw. unmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf.³⁰ Die Forderung an die kommunale Familienpolitik, das Angebot der Kinderbetreuung zu verbessern bzw. auszubauen, bleibt demnach bestehen. Dies gilt trotz oder gerade aufgrund der Tatsache, dass in Mülheim im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie eine größere Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Familien insgesamt und in Familien mit kleinen Kindern festzustellen ist.

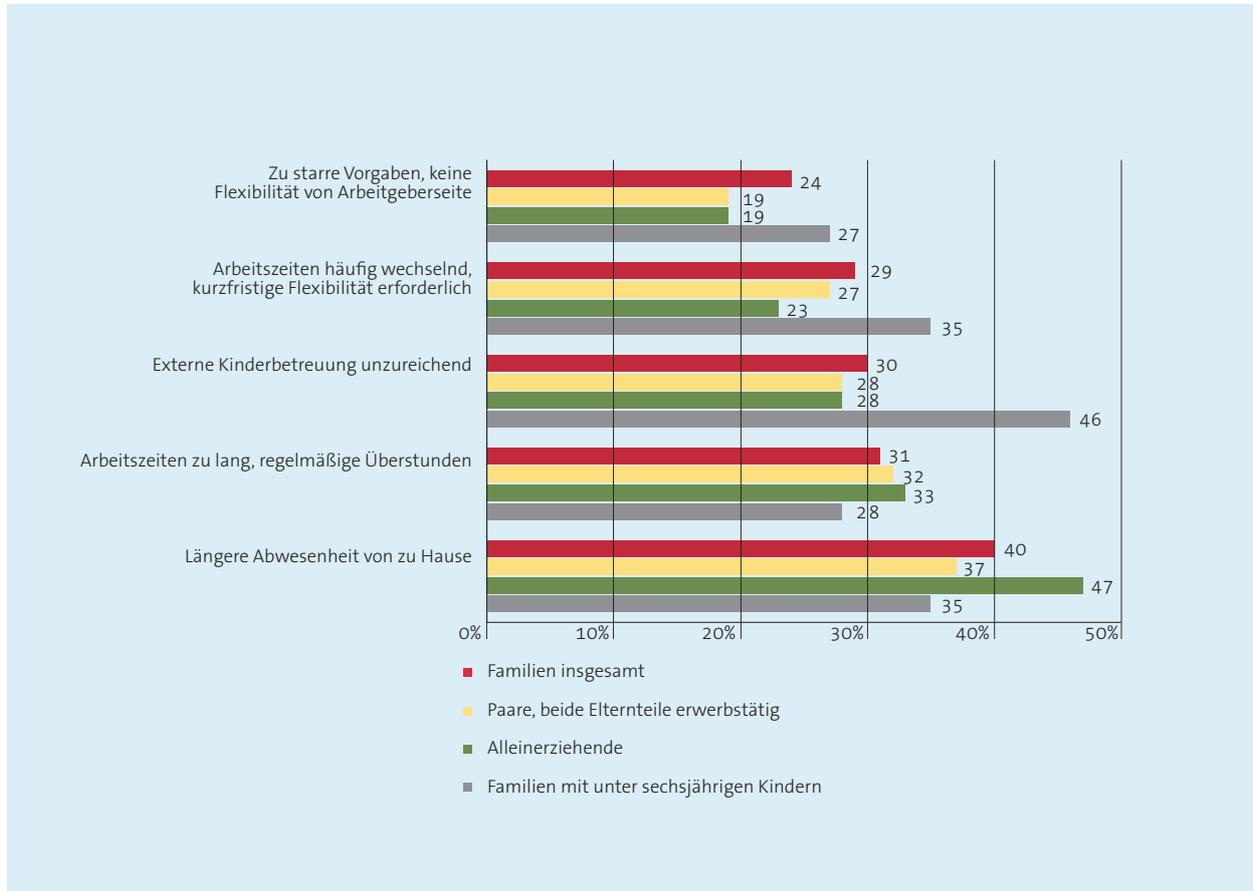
30 Bei Familien mit unter dreijährigen Kindern ist dieser Anteil mit 45 Prozent fast identisch.

Tabelle 8.5: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familie und Beruf lassen sich ...	gut vereinbaren	mit viel Energie und Geschick vereinbaren	kaum oder gar nicht vereinbaren
Angaben in Prozent			
Familienhaushalte			
ohne Migrationshintergrund	29	56	15
mit Migrationshintergrund	30	55	16
Familienhaushalte			
mit einem Kind	33	56	11
mit zwei Kindern	24	57	19
mit drei und mehr Kindern	28	51	21
Familien, deren jüngstes Kind ... alt ist			
unter 3 Jahren	23	50	27
3 bis unter 6 Jahre	22	62	16
6 bis unter 10 Jahre	26	61	13
10 bis unter 14 Jahre	30	58	12
14 bis unter 18 Jahre	42	49	9
Familienhaushalte mit			
niedriger beruflicher Stellung	47	37	16
mittlerer beruflicher Stellung	32	52	16
höherer beruflicher Stellung	30	57	13
höchster beruflicher Stellung	27	58	15
Paare,			
beide Elternteile erwerbstätig	32	65	4
nur ein Elternteil erwerbstätig	31	43	27
Aleinerziehende,			
erwerbstätig	23	71	5
nicht erwerbstätig	19	47	33
Familienhaushalte insgesamt	29	56	15

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Abbildung 8.8: Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf*



*Nur Familien, die angaben, Familie und Beruf seien gar nicht oder nur mit viel Energie und Geschick vereinbar.

Anmerkung: Da Mehrfachnennungen zulässig waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Wohnung und Wohnumfeld haben gerade für Familien eine herausragende Bedeutung, denn dort wo Familien wohnen, spielt sich ihr Alltag ab. Eine ausreichend große und gut ausgestattete Wohnung, ein familienfreundliches Wohnumfeld mit kurzen Wegen zum Supermarkt, zur Kita oder zur Schule sowie sichere und attraktive Spielmöglichkeiten für Kinder bilden grundlegende Rahmenbedingungen für ein sorgenfreies Familienleben.

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit diesen Fragen rund um den Lebensraum Stadt und seine Attraktivität bzw. Mängel für Familien in Mülheim. Wir beginnen mit Angaben zur Wohnsituation. Anschließend betrachten wir das Wohnumfeld in den Stadtteilen. Wie ist die Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen und von Einrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs? Ist das Wohnumfeld kindgerecht gestaltet und welche Mängel sehen Mülheimer Familien in ihrem Wohnumfeld? Danach betrachten wir die Wohndauer der Mülheimer Familien und die Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Am Ende des Kapitels werden Umzugswünsche Mülheimer Familien, die Gründe für einen eventuell geplanten Umzug und die Umzugsziele dieser Familien näher analysiert.

9.1 So wohnen Familien in Mülheim

Eine gut ausgestattete und ausreichend große Wohnung ist sicherlich eine Grundvoraussetzung für ein zufriedenes Familienleben. Im Folgenden schauen wir uns an, wie Mülheimer Familien wohnen: Wie groß sind die Wohnungen? Wer lebt im eigenen Haus oder der Eigentumswohnung? Wer wohnt zur Miete? Wie hoch sind die Miete und die Mietbelastungen für die Familien?

9.1.1 Größe der Wohnung und Eigentumsstatus

Durchschnittlich bewohnen Familien in Mülheim 111 qm Wohnfläche in 4,2 Zimmern, was für jede Person durchschnittlich 32 qm bedeutet. Die Wohnfläche für Familien liegt damit knapp über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt von 106 qm³¹ und dem deutschen Durchschnitt von 109 qm Wohnfläche (vgl. Braun / Pfeiffer 2005). Innerhalb Mülheims liegt der Stadtteil Menden-Holthausen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 134 qm (und 37 qm pro Person) deutlich vor den übrigen Stadtteilen. Ebenfalls überdurchschnittlich große Wohnungen finden sich in den Stadtteilen Saarn (124 qm insgesamt und 34 qm pro Person) und Speldorf (122 qm insgesamt und 34 qm pro Person). Weit beengter wohnen die Familien in den Stadtteilen Dümpten (96 qm), Altstadt II (97 qm) und Broich (98 qm) (vgl. Tabelle 27 im Kommentierten Tabellenband: 66).

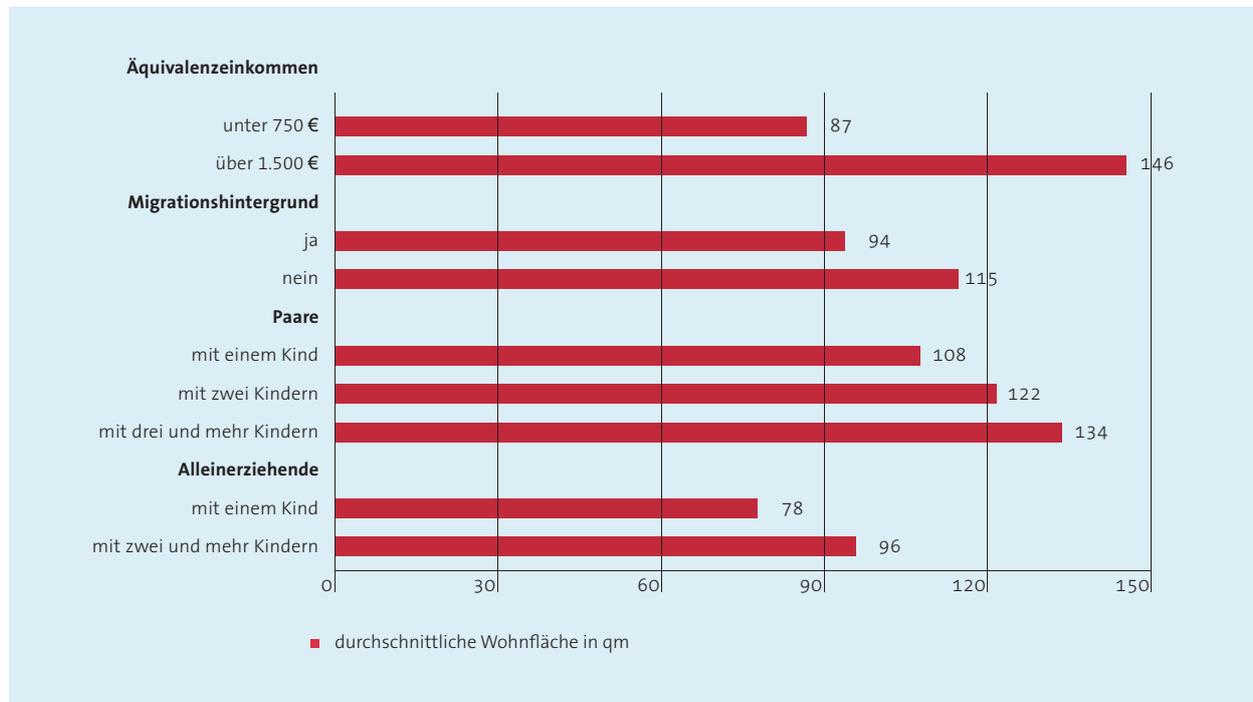
Wie zu erwarten, steigt die Größe der Wohnung mit dem Einkommen des Haushaltes. So verfügen Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro im Durchschnitt lediglich über 87 qm Wohnfläche, während wohlhabende Familien mit über 1.500 Euro Äquivalenzeinkommen auf durchschnittlich 146 qm leben (vgl. Abbildung 9.1). Bei Paarhaushalten nimmt die durchschnittliche Wohnfläche mit der Anzahl der Kinder von 108 qm (bei nur einem Kind) auf 134 qm (bei drei und mehr Kinder) zu. Hier sinkt allerdings gleichzeitig die Quadratmeterzahl pro Kopf, da auch deutlich mehr Wohnraum benötigt wird. Während Paarhaushalten mit einem Kind 34 qm pro Haushaltsmitglied zur Verfügung stehen, sind es bei Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern nur 26 qm. Es ist aber davon auszugehen, dass der Quadratmeterbedarf nicht proportional mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder steigt (vgl. auch Tabelle 28 im Kommentierten Tabellenband: 67). Bei Alleinerziehenden erhöht sich die durchschnittliche Wohnfläche mit zunehmender Kinderzahl ebenfalls. Mit 78 qm bei einem Kind und 96 qm bei zwei und mehr Kindern liegt die durchschnittliche Wohnfläche von Alleinerziehenden jedoch um einiges unter der von Paarfamilien.

Auch Migrantenfamilien leben in deutlich kleineren Wohnungen auf durchschnittlich 94 qm. Zudem sind Haushalte von Migranten im Durchschnitt etwas größer als Familienhaushalte ohne Migrationshintergrund, so dass sich die Disparitäten noch zusätzlich verstärken. Gut 25 Prozent der Migrantenhaushalte und nur knapp 14 Prozent der Familien ohne Migrationshintergrund leben mit weniger als einem Raum pro Person, was in der Armutsforschung als Indikator für beengte Wohnverhältnisse gilt. Schließlich leben Migrantenfamilien auch in Bezug auf das Alter und die Anzahl der Kinder in kleineren Wohnungen als Familien ohne Migrationshintergrund. Paarhaushalte mit Migrationshintergrund und einem Kind verfügen im Schnitt über 92 qm, mit drei und mehr Kindern über 99 qm. Bei Paaren ohne Migrationshintergrund sind es 112 bzw. 142 qm.

Die Wohneigentumsquote liegt mit 43 Prozent in Mülheim unter dem deutschen Durchschnitt von 51 Prozent (vgl. Braun / Pfeiffer 2004). In den Stadtteilen Menden-Holthausen und Saarn werden mit 59 und 52 Prozent die höchsten Werte erreicht, während Altstadt I und Altstadt II mit 26 bzw. 27 Prozent deutlich hinter den übrigen Stadtteilen liegen. Wie die durchschnittliche Wohnungsgröße steigt auch die Wohneigentumsquote mit dem Alter der Kinder. Auch vom sozialen Status der Familien ist die Eigentümerquote stark bestimmt: Unter Familien aus unteren Bildungs- und Einkommenschichten sowie Familien mit Migrationshintergrund ist die Wohneigentumsquote sehr viel niedriger als unter Familien mit hohem Einkommen, hohem Bildungsstatus und ohne Migrationshintergrund.

31 Angaben nach eigenen Berechnungen anhand des Mikrozensus 2002.

Abbildung 9.1: Durchschnittliche Wohnungsgröße von Familien in Mülheim



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

In Mülheim existieren demnach hinsichtlich der Wohnsituation sowohl zwischen den Stadtteilen als auch zwischen besser gestellten und benachteiligten Familienhaushalten deutliche Unterschiede. Überdurchschnittlich große Wohnungen finden sich in den Stadtteilen Speldorf, Saarn und Menden-Holthausen. Dort ist auch die Eigentümerquote höher als in den übrigen Stadtteilen. Die durchschnittlich kleinsten Wohnungen finden sich demgegenüber in den Stadtteilen Dümpten, Altstadt II und Broich, die niedrigsten Eigentümerquoten in Altstadt I und Altstadt II. Familien mit wenig finanziellem Kapital und geringer Bildung sowie Alleinerziehende und Migranten wohnen anteilig häufiger in beengten Wohnverhältnissen und in Mietwohnungen. Auch andere Faktoren wie die Kinderanzahl sind – wenn auch etwas weniger – bedeutend für die Wohnsituation.

9.1.2 Miethöhe und Mietbelastung

Mülheimer Familien, die zur Miete wohnen (57 Prozent aller Familien) zahlen eine durchschnittliche monatliche Nettomiete von 545 Euro. Mieter geben danach mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für Miete exklusive Nebenkosten aus. Auch unter Familien, die zur Miete wohnen, zeigen sich die oben angesprochenen Differenzierungen hinsichtlich der Wohnsituation. Nicht nur die durchschnittliche Miethöhe unterscheidet sich zwischen den unterschiedlichen Familientypen, auch bei den Mietbelastungsquoten sind größere Unterschiede zu erkennen (vgl. Tabelle 29 im Kommentierten Tabellenband: 68).

Die Mietbelastung ist besonders in den Familien hoch, die bereits auf kleinem Wohnraum leben. Haushalte Alleinerziehender sowie Familienhaushalte mit niedriger beruflicher Qualifikation sind mit einer durchschnittlichen Mietbelastung von 34 bzw. 32 Prozent besonders häufig betroffen. Unter diesen Familien ist der Anteil der Haushalte, die monatlich mindestens 30 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens für Miete ausgeben, mit 57 Prozent (Alleinerziehende) bzw. 45 Prozent (niedrige Qualifikation) ausgesprochen hoch. Die geringste Mietbelastung (23 Prozent) haben trotz höherer durchschnittlicher Miete Familienhaushalte mit höchstem Bildungsstatus (mindestens ein Elternteil mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss).

Da aber das Wohnumfeld sicherlich eine mindestens ebenso große Rolle spielt, ob sich Familien in ihrem Lebensraum wohl fühlen, soll dieses im Folgenden näher betrachtet werden.

9.2 Ist das Wohnumfeld kindgerecht und „alltagstauglich“?

Wohnumfeldqualitäten wie Spielmöglichkeiten für Kinder, die öffentliche Nahverkehrsanbindung oder der Ruf der Gegend sind entscheidend dafür, wo Familien hinziehen und dauerhaft wohnen bleiben, weil sie sich wohl fühlen. Im Hinblick auf die Wohnumfeldqualität betrachten wir, welche Mängel im Wohnumfeld wahrgenommen werden, ob die Infrastruktur „stimmt“ und wie die verschiedenen Freizeit- und Bildungseinrichtungen in den Stadtteilen durch die Familienmitglieder fußläufig erreichbar sind.

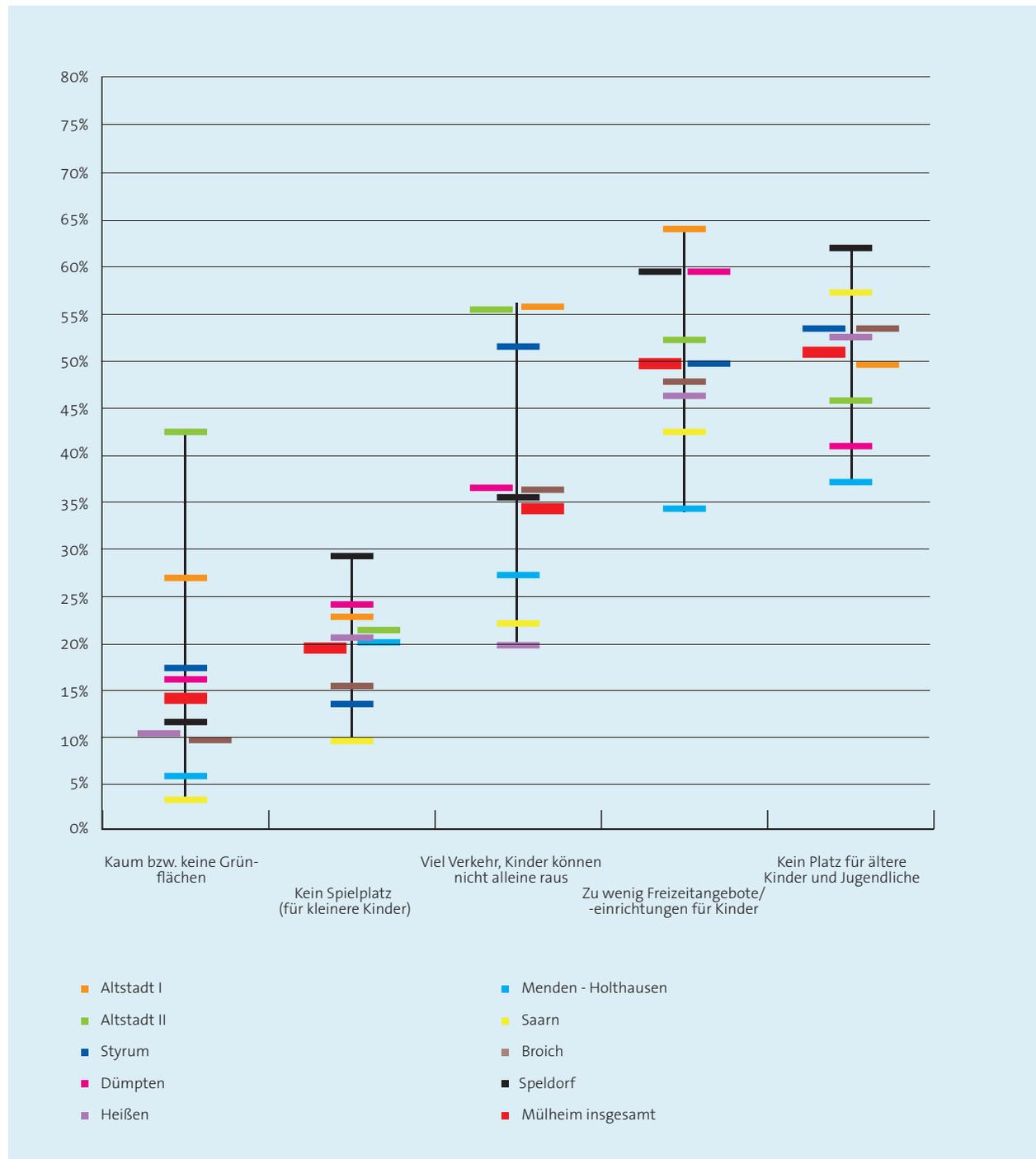
Besonders wichtig für Familien mit Kindern ist ein kindgerechtes Wohnumfeld. Dazu zählen z.B. Grünflächen und Spielplätze, ausreichende Freizeitangebote und Möglichkeiten, wo ältere Kinder und Jugendliche sich treffen können, aber auch wenig Verkehr, damit Kinder auch alleine die Wohnung oder das Haus verlassen können. Mängel hinsichtlich dieser Wohnumfeldmerkmale haben für Eltern bei der Einschätzung der Wohnsituation und der Bewertung des Wohnumfeldes häufig eine größere Bedeutung als Merkmale der Wohnung selbst.³²

Betrachtet man die diesbezüglichen Einschätzungen der Mülheimer Familien, zeigt sich über alle Stadtteile hinweg insbesondere hinsichtlich der Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder und der Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche ein größeres Kritikpotenzial. Abbildung 9.2 verdeutlicht, dass etwa jede zweite Familie in Mülheim ein Fehlen entsprechender Angebote kritisiert.³³ Fehlende Aufenthaltsorte für ältere Kinder und Jugendliche werden insbesondere in Speldorf (61 Prozent) und Saarn (57 Prozent) bemängelt, während dies in Menden-Holthausen und Dümpten deutlich weniger Familien kritisieren (37 bzw. 40 Prozent). Fehlende Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder werden am häufigsten in Altstadt I (63 Prozent) und am seltensten in Menden-Holthausen (34 Prozent) beanstandet. Zu viel Verkehr wird stadtweit von etwa einem Drittel der Familien bemängelt, wobei hier größere Unterschiede zwischen den Stadtteilen festzustellen sind: In Altstadt I und Altstadt II ist es jeweils mehr als die Hälfte der Familien, die diesbezüglich Mängel sehen, in Heißen hingegen nur knapp jede fünfte Familie. Insgesamt deutlich seltener werden fehlende Spielplätze für kleine Kinder kritisiert (stadtweit von knapp jeder fünften Familie). Die deutlichsten Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind in Bezug auf die Einschätzung der vorhandenen Grünflächen festzustellen. Auf der einen Seite geben nur drei Prozent der Familie in Saarn, auf der anderen Seite aber 42 Prozent in Altstadt II an, dass kaum bzw. keine Grünflächen vorhanden sind.

32 Eine kurze Beschreibung der einzelnen Mülheimer Stadtteile hinsichtlich der Mängel im Wohnumfeld und der Erreichbarkeit von Einrichtungen zu Fuß findet sich auf den Seiten 72 bis 75 im Kommentierten Tabellenband.

33 Neben den entsprechenden Prozentanteilen kann in dieser Darstellungsform auch die Varianz, also die „Bandbreite“, zwischen den einzelnen Stadtteilen abgelesen werden: Je weiter die Markierungen für die Stadtteile mit dem höchsten und dem niedrigsten Wert auseinander liegen, desto größer sind die Unterschiede zwischen den Stadtteilen.

Abbildung 9.2: Mängel hinsichtlich eines kindgerechten Wohnumfeldes



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Darüber hinaus ist es für Familien wichtig, dass die Infrastruktur der Wohngegend ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Hierzu zählen neben einer guten Anbindung an den Nahverkehr besonders die Einkaufsmöglichkeiten, aber auch die Freizeitangebote für Erwachsene oder das Image der Wohngegend insgesamt. Wie Abbildung 9.3 zeigt, werden die Freizeitangebote für Erwachsene in Mülheim sehr viel häufiger als die übrigen Punkte kritisiert. 46 Prozent aller Familien sehen hier einen Mangel. Diese negative Einschätzung der Freizeitangebote für Erwachsene ist auch in fast allen Stadtteilen Mülheims (insbesondere in Styrum und Dümpfen) feststellbar, lediglich in Menden-Holthausen sind mit einem knappen Drittel deutlich weniger Familien unzufrieden. Dahingegen fallen die Einschätzungen der vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Mülheim insgesamt und in den einzelnen Stadtteilen deutlich besser aus. Ein sehr differenziertes Bild zeigt sich in Bezug auf die Einschätzung des Rufes der jeweiligen Wohngegend: In einigen Stadtteilen wird dieser nur sehr selten (neun Prozent in Broich), kaum (zwischen zwei und vier Prozent in Saarn, Speldorf und Heißen) oder gar nicht (in Menden-Holthausen) kritisiert, während er in anderen Stadtteilen ein Hauptkritikpunkt (40 Prozent in Altstadt II) oder sogar *der* Hauptkritikpunkt (72 Prozent in Styrum) ist.

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist aber nicht nur das Vorhandensein von Infrastruktureinrichtungen und Einrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs, sondern auch ihre einfache Erreichbarkeit. Um diese einschätzen zu können, haben wir die Familien für verschiedene wichtige Infrastruktureinrichtungen gefragt, ob sie diese in weniger oder mehr als 15 Minuten zu Fuß erreichen können. Wir gehen dabei nicht davon aus, dass es für ein familienfreundliches und kindgerechtes Wohnumfeld unbedingt notwendig ist, dass die Einrichtungen in kurzer Zeit auch zu Fuß erreichbar sind. Die Frage zielt vielmehr darauf ab, überhaupt einzuschätzen, welche Einrichtungen den Familien im Alltagsleben zur Verfügung stehen. Die fußläufige Erreichbarkeit ist in diesem Zusammenhang sicher ein Hinweis auf ein gut ausgestattetes Wohnumfeld, das das Alltagsleben mit Kindern erleichtern kann.

Fußläufig gut erreichbar sind für die deutliche Mehrheit der Mülheimer Familien neben Spielplätzen und Parks/Grünanlagen auch Grundschulen, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf und Tageseinrichtungen für Kinder. In Mülheim insgesamt geben hier lediglich zwischen 14 und 24 Prozent der Familien an, dass sie mehr als 15 Minuten Fußweg dorthin auf sich nehmen müssen (vgl. Tabelle 32 im Kommentierten Tabellenband: 73). Sportplätze und Jugendzentren/Jugendfreizeiteinrichtungen

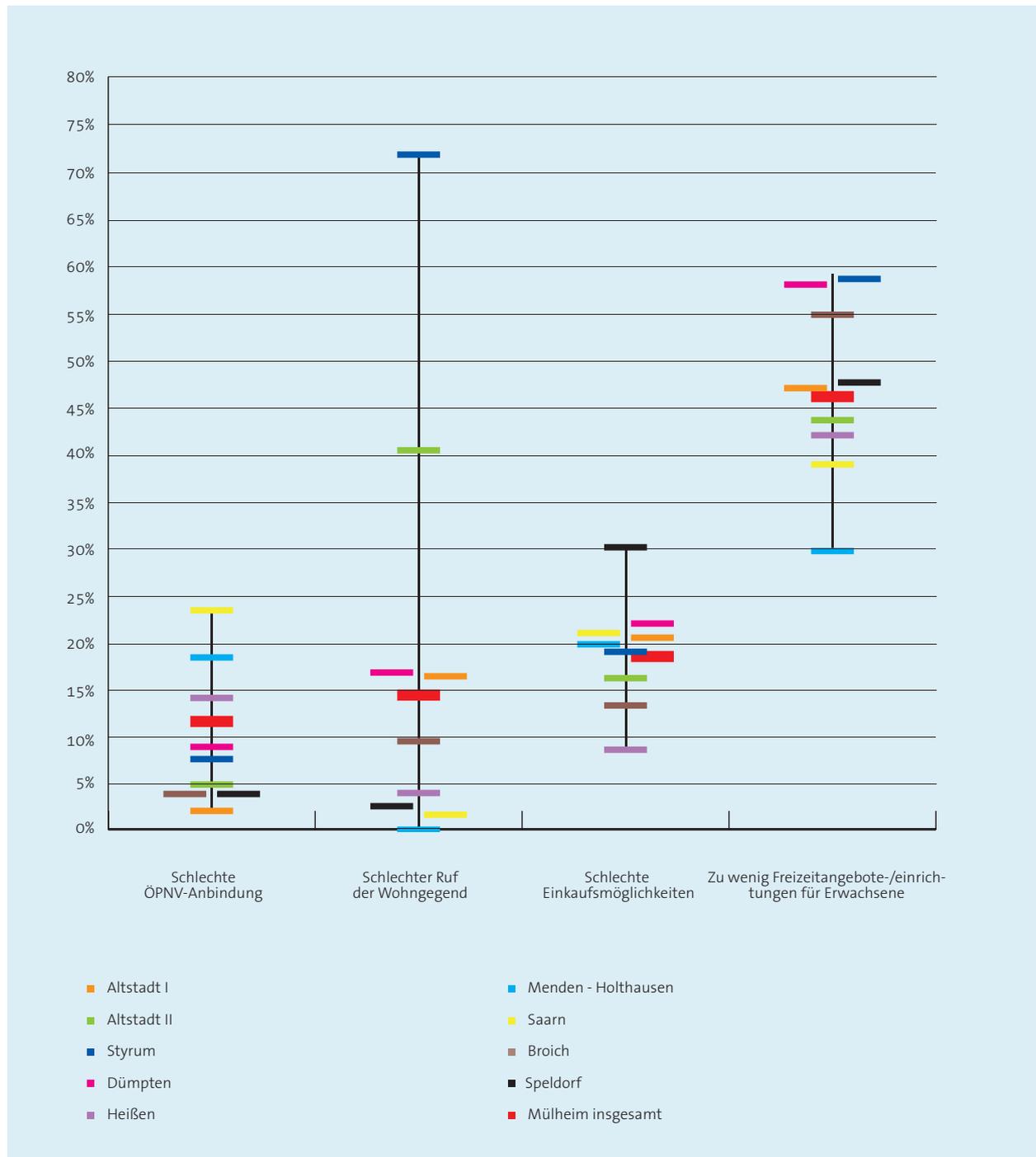
können dagegen stadtweit von jeder dritten bzw. zweiten Familie nur in mehr als 15 Minuten zu Fuß erreicht werden.

9.3 Bewertung der Kinderfreundlichkeit und der Freizeitangebote für Kinder

Wie schätzen Familien in Mülheim die Kinderfreundlichkeit ihrer Stadt subjektiv ein? Sind die vorhandenen Freizeitangebote für Kinder ihrer Meinung nach ausreichend oder besteht Verbesserungsbedarf? Lassen sich Unterschiede zwischen den Familienformen erkennen? In der Familienbefragung haben wir die Familien darum gebeten, verschiedene Aussagen zu diesem Thema mit einer Fünferskala von 1 „stimme voll und ganz zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“ zu bewerten. Gut ein Viertel der Familien stimmt dabei der Aussage, dass Mülheim eine kinderfreundliche Stadt sei, voll und ganz bzw. eher zu. 39 Prozent sind unentschieden und weitere 35 Prozent stimmten der Aussage eher bzw. überhaupt nicht zu (vgl. Abbildung 17 im Kommentierten Tabellenband: 85). Deutlich positiver als in anderen Stadtteilen bewerten Familien in Menden-Holthausen die Kinderfreundlichkeit Mülheims. Dort stimmen 41 Prozent der Aussage voll und ganz bzw. eher zu. Am kritischsten sind Familien in Altstadt II (20 Prozent Zustimmung).

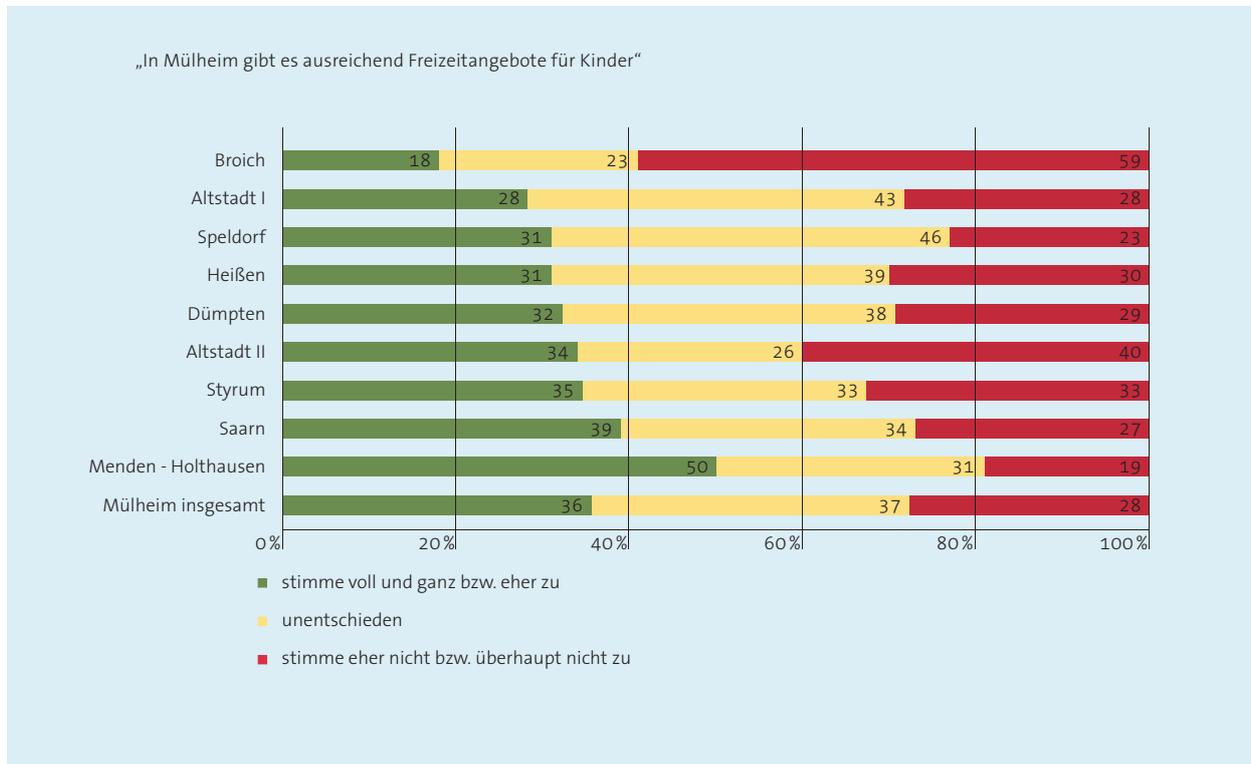
Die Bewertung der Freizeitangebote für Kinder in Mülheim zeigt, dass das Angebot durchaus verbesserungswürdig ist, obwohl die Einschätzungen eher ambivalent sind und zwischen den Stadtteilen zum Teil größere Unterschiede erkennbar sind (vgl. Abbildung 9.4). Mehr als ein Drittel der Familien stimmt der positiven Einschätzung zum Freizeitangebot voll und ganz bzw. eher zu. 28 Prozent der Familien lehnen die Aussage ab und fast zwei Fünftel sind in der Einschätzung unentschieden. Die Einschätzung des Freizeitangebotes ist stark davon abhängig, in welchem Stadtteil die befragten Familien leben. Während in Menden-Holthausen jede zweite Familie das Freizeitangebot für ausreichend hält, ist dies in Broich nicht einmal jede fünfte. Mit knapp 60 Prozent ist in Broich auch der Anteil der Familien, die die positive Bewertung des Freizeitangebots ablehnen, sehr hoch. Bereits in Kapitel 9.2 wurde auf den deutlichen Zusammenhang zwischen der Bewertung des Mülheimer Freizeitangebotes für Kinder und der Einschätzung des kindgerechten Umfeldes in Wohnungsnähe verwiesen: Familien, die mit dem Angebot an Spielplätzen, dem Angebot an Treffpunkten für ältere Kinder oder Freizeitangeboten/-einrichtungen für Kinder vor Ort zufrieden sind, bewerten auch das Freizeitangebot in Mülheim insgesamt deutlich positiver als Familien, die das Angebot vor Ort, im jeweiligen Stadtteil bzw. direktem Wohnumfeld als unzureichend empfinden.

Abbildung 9.3: Weitere Mängel des Wohnumfeldes



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Abbildung 9.4: Bewertung des Freizeitangebotes für Kinder in Mülheim



Anmerkung: Nur Familien, in denen mindestens ein Kind im Alter von unter 12 Jahren wohnt.

Die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Kategorien „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006 (Kinderdatensatz)

9.4 Zufriedenheit mit der Wohnsituation und Wohndauer

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat Mülheim mehr als zehn Prozent seiner Einwohner verloren, eine weitere Abnahme um über zehn Prozent wird bis zum Jahr 2025 prognostiziert (vgl. Kapitel 3.1). Für die Stadtentwicklung ist es deshalb wichtig, Unzufriedenheitspotenziale in den Stadtteilen zu beobachten, um rechtzeitig vor Ort auf Mängel des Stadtumfeldes und des Wohnungsbestandes reagieren zu können.

9.4.1 Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld

Zur subjektiven Einschätzung der Wohnsituation wurde ganz allgemein nach der Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld gefragt (vgl. Abbildungen 9.5 und 9.6).³⁴ Mit ihrer Wohnung sind in Mülheim vier von fünf Familien zufrieden, gut zwei von fünf Familien sind sogar sehr zufrieden. Unzufriedenheit mit der eigenen Wohnung ist eher selten (lediglich 4,2 Prozent sind mit ihrer Wohnung unzufrieden, 0,8 Prozent sehr unzufrieden). Wäh-

rend die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung nicht davon abhängt, in welchem Stadtteil eine Familie wohnt, wird sie vom sozialen Status der Familien deutlich beeinflusst: Wer beengt lebt und zudem im Bezug auf sein Einkommen viel für Miete ausgibt, ist etwas häufiger unzufrieden mit seiner Wohnsituation. Daraus ergibt sich wiederum: Familien mit Migrationshintergrund sind nicht ganz so zufrieden wie Familien ohne Migrationshintergrund, wohlhabende und hoch qualifizierte Familien sind deutlich häufiger sehr zufrieden mit ihrer Wohnung als arme und niedrig qualifizierte Familien, und Alleinerziehende beklagen sich mehr über die Wohnsituation als Paare. Auch Mieter sind gegenüber Wohnungseigentümern deutlich unzufriedener.

Etwas weniger stark ausgeprägt als die Zufriedenheit mit der Wohnung ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Etwa 70 Prozent der Mülheimer Familien sind damit zufrieden oder sehr zufrieden. Allerdings ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld stark davon abhängig, in welchem Stadtteil die Familien leben. So sind im Stadtteil Menden-Holthausen neun von zehn Familien mit

34 Zur Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld siehe auch Seite 65 und 70 bis 71 im Kommentierten Tabellenband.

Abbildung 9.5: Zufriedenheit mit der Wohnung



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

ihrem Wohnumfeld zufrieden oder sehr zufrieden, keine der dort lebenden Familien ist unzufrieden oder gar sehr unzufrieden. Auch in Saarn, Speldorf und Heißen sind deutlich weniger (sehr) unzufriedene Familien zu finden. Dagegen sind im Stadtteil Altstadt II mit 29 Prozent fast ein Drittel der Familien mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden oder gar sehr unzufrieden. Hier sind – wie auch in Styrum und Altstadt II – auch deutlich weniger (sehr) zufriedene Familien zu finden als in den übrigen Stadtteilen. Die im Wohnumfeld wahrgenommenen Mängel, die im vorangegangenen Abschnitt angesprochen wurden, finden demnach einen sehr deutlichen Niederschlag in der Wohnumfeldzufriedenheit der Familien.

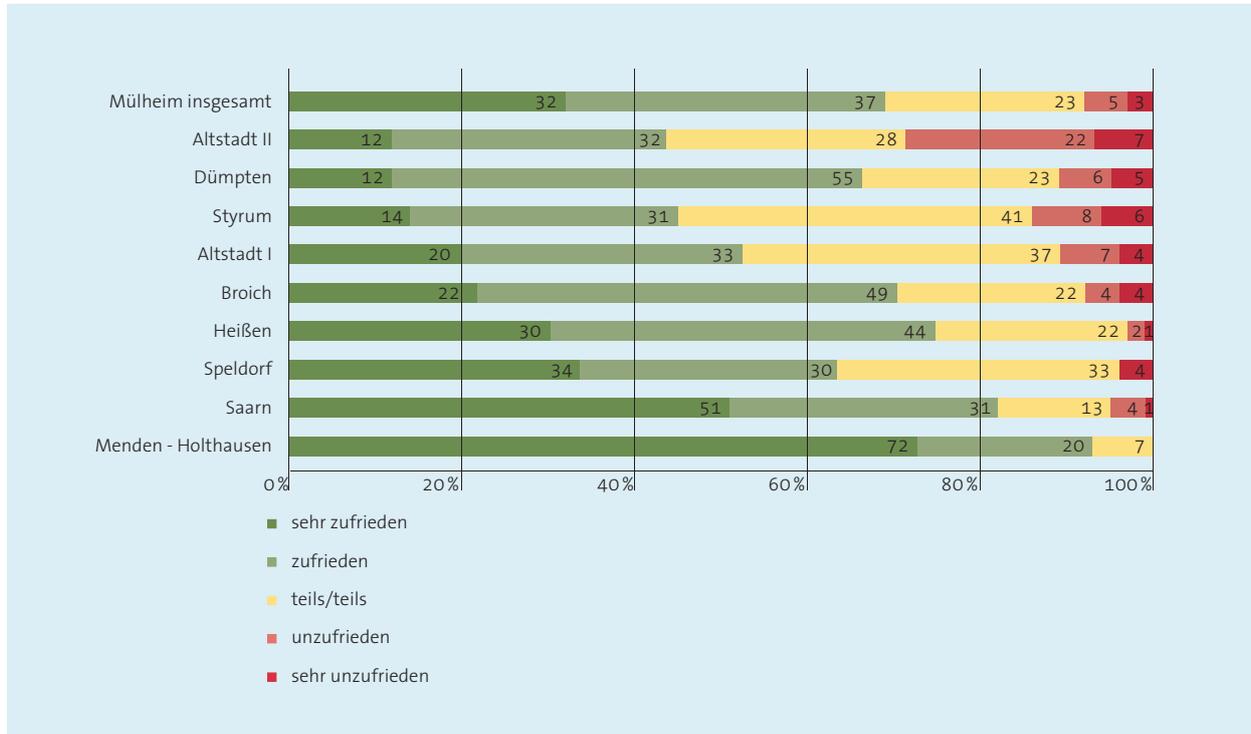
9.4.2 Wohndauer

Als Ausdruck von lokaler Integration der Bewohner und Identifikation mit dem Wohnort kann häufig eine lange Wohndauer in einer Stadt oder Gemeinde gesehen werden. Intakte soziale Netzwerke beispielsweise über nachbarschaftliche Hilfe und Solidarität

finden sich häufiger in Wohngegenden, in denen viele der Bewohner seit langem wohnen. Im Gegensatz dazu kann eine hohe Fluktuation der Bewohner als Indiz für eher instabile soziale Verhältnisse gewertet werden, denn mit häufig wechselnden Nachbarn lassen sich nur schwer längerfristige Netzwerke aufbauen (Strohmeier / Bader 2004: 62ff.). Zugleich lässt sich aber auch feststellen, dass in schrumpfenden und stark segregierten Städten mit entspannten Wohnungsmärkten insbesondere ärmere und sozial benachteiligte Familien in weniger attraktiven Wohngegenden zurückbleiben (vgl. ILS / ZEFIR 2006). Eine lange Wohndauer in sozial eher benachteiligten Stadtteilen kann demnach auch Ausdruck für eine Zunahme innerstädtischer Disparitäten sein.

Im Folgenden betrachten wir daher, wie lange Familien schon in der Stadt Mülheim, ihrem Stadtteil und in ihrer momentanen Wohnung leben (vgl. Tabelle 33 im Kommentierten Tabellenband: 77). In Mülheim leben 38 Prozent der befragten Mütter und Väter bereits seit ihrer Geburt in der Stadt, was im Vergleich

Abbildung 9.6: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld



Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

mit anderen Ruhrgebietsstädten ein eher geringer Anteil ist (vgl. Oberhausen/ ZEFIR 2006; Gelsenkirchen/ ZEFIR 2006). Wobei es in Dümpten (50 Prozent) und Altstadt II (44 Prozent) – beides eher benachteiligte Stadtteile – deutlich höhere Anteile alteingesessener Familien gibt. Die Zugezogenen wohnen eher in den besser gestellten Stadtteilen Speldorf (29 Prozent) und Saarn (31 Prozent).

Entsprechend sind die Unterschiede in der durchschnittlichen Wohndauer: Im Durchschnitt wohnen die Familien 24,6 Jahre in Mülheim. Die meisten Familien bzw. Väter und Mütter sind aber schon ein- oder mehrmals innerhalb der Stadt umgezogen. In ihrem Stadtteil wohnen die Familien durchschnittlich 13,9 Jahre, in der aktuellen Wohnung durchschnittlich „nur“ noch 8,0 Jahre. Am längsten in ihrem Stadtteil leben Familien in Styrum (18 Jahre) und Dümpten (17 Jahre), in ihrer Wohnung in Altstadt II (zehn Jahre). In allen drei Stadtteilen, in denen vor allem einkommenschwächere Familien leben, waren überdurchschnittlich viele Familien mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden und bemängelten den Ruf der Wohngegend. Ein Indiz dafür, dass diese Familien häufig keine Ressourcen haben, um ihre Wohnsituation durch ei-

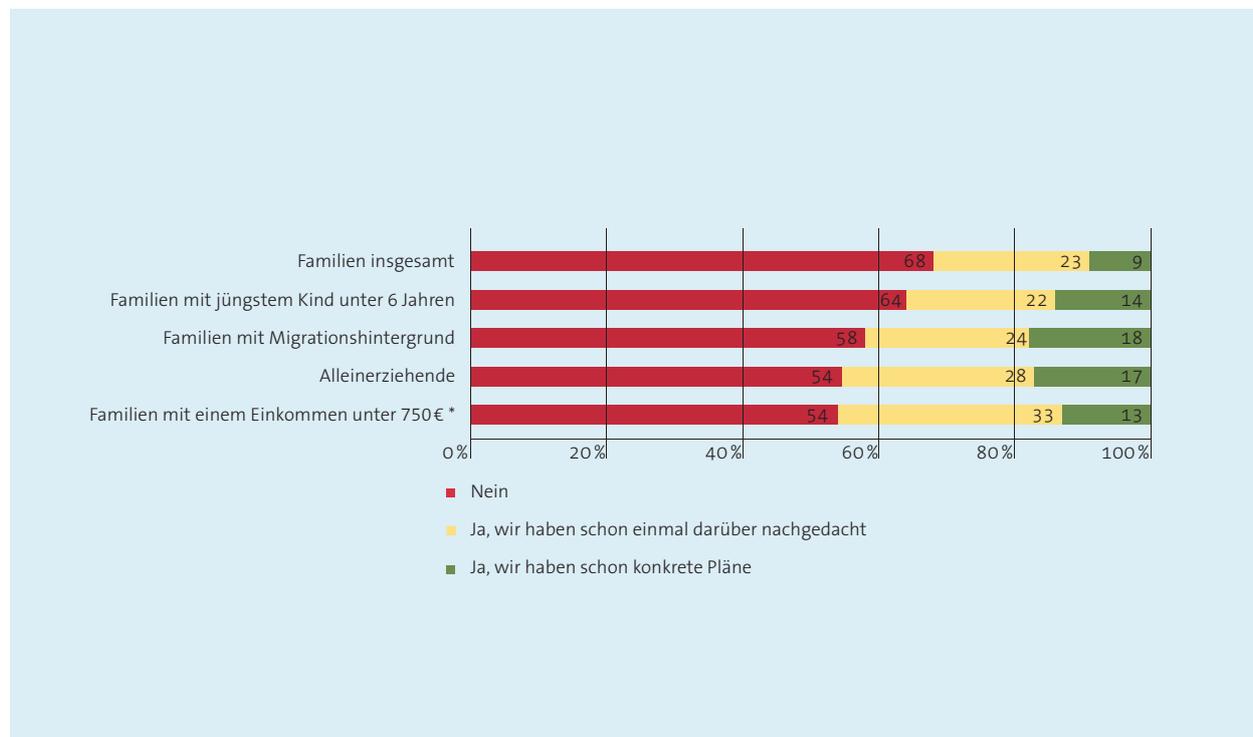
nen Umzug zu verbessern. Eine Verbesserung des Wohnumfeldes in diesen drei Stadtteilen wäre für die Wohnqualität dieser Familien besonders wichtig.

Dahingegen konnte die kürzeste durchschnittliche Wohndauer im Stadtteil in Menden-Holthausen festgestellt werden (zehn Jahre), wo die stadtweit besten Ergebnisse für Wohnungs- und Wohnumfeldzufriedenheit erzielt wurden. Dort leben außerdem weit mehr wohlhabende und Wohneigentum besitzende Familien, als in den übrigen Stadtteilen.

9.5 Umzüge in Mülheim: Absichten, Wünsche, Motive und Ziele

Nachdem wir die Wohndauer der Mülheimer Familien betrachtet haben, soll im Folgenden etwas näher analysiert werden, welche Familien einen Umzug planen. Was sind die Gründe für Mülheimer Familien einen Umzug in Erwägung zu ziehen? Welche Rolle spielen dabei die Wohnung und das Wohnumfeld? Was sind die Umzugsziele dieser Familien?

Abbildung 9.7: Umzugspläne in den nächsten zwei Jahren nach Lebenslage der Familie



*Nettoäquivalenzeinkommen

Datenbasis: Familienbefragung Mülheim 2006

Umzugspläne

68 Prozent der Familien in Mülheim denken zurzeit nicht darüber nach, innerhalb der nächsten zwei Jahre umzuziehen (vgl. Tabelle 34 im Kommentierten Tabellenband: 78). Von den verbleibenden Familien haben neun Prozent schon konkrete Umzugspläne, die anderen 23 Prozent haben lediglich „schon einmal darüber nachgedacht“ umzuziehen. Insbesondere in den Stadtteilen Broich und Altstadt I ist der Anteil der umzugswilligen Familien hoch. Dort haben 48 Prozent (Broich) bzw. 41 Prozent (Altstadt I) der Befragten schon einmal über einen Umzug nachgedacht oder haben sogar schon konkrete Pläne. Die wenigsten umzugswilligen Familien finden sich in den Stadtteilen Menden-Holthausen, Saarn und Dümpten.

Unter Familien, die mit ihrem Wohnumfeld zufrieden oder sehr zufrieden sind, haben nur knapp sieben Prozent bereits konkrete Pläne und 16 Prozent haben schon einmal darüber nachgedacht, während unter Familien, die mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden oder sehr unzufrieden sind, gut die Hälfte der Familien schon einmal darüber nachgedacht hat und 29 Prozent sogar konkre-

te Pläne haben. Darüber hinaus denken Familien, die in Wohneigentum wohnen, nur sehr selten über einen Umzug nach (neun Prozent) und haben kaum konkrete Pläne (ein Prozent). Dagegen hat ein Drittel der Familien, die zur Miete wohnen, schon einmal über einen Umzug nachgedacht und 15 Prozent haben bereits konkrete Pläne.

In den Umzugswünschen spiegelt sich demnach auf der einen Seite die konkrete aktuelle Wohnsituation, auf der anderen Seite aber auch die aktuelle Lebenslage der Familien wider. Betrachtet man die Familien, die in den nächsten zwei Jahren einen Umzug konkret oder unter Umständen planen, etwas genauer, sind es anteilig häufiger Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und arme bzw. armutsnahe Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 750 Euro im Monat, die umziehen möchten (vgl. Abbildung 9.7). Umzugspläne erwähnen zwischen 42 und 46 Prozent der betreffenden Familien. Weiter oben wurde bereits darauf verwiesen, dass gerade diese Familien besonders häufig in engen Wohnungen und schlechter bewertetem Wohnumfeld wohnen. Unter den armen und armutsna-

hen Familien sind aber zugleich die Anteile derjenigen am höchsten, die noch keine konkreten Pläne haben. Zudem sind unter Familien mit jüngeren Kindern unter sechs Jahren anteilig etwas mehr Familien bereit umzuziehen. Auch diese Familien wohnen anteilig besonders häufig in kleineren (teilweise auch zu kleinen) Wohnungen.

Umzugsgründe und Umzugsziele

So finden wir „eine zu kleine Wohnung“ mit 38 Prozent auch ganz oben auf der Liste der angeführten Gründe für eine Umzugsplanung (vgl. Tabelle 36 im Kommentierten Tabellenband: 81). An zweiter Stelle steht ein weiterer, direkt die Wohnung betreffender Umzugsgrund: eine zu hohe Miete. Sie wird von jeder vierten umzugswilligen Familie genannt. Eine schlechte bzw. nicht bedarfsgerechte Ausstattung der Wohnung nennen lediglich 13 Prozent der Familien, eine zu große Wohnung spielt mit nur einem Prozent kaum eine Rolle. Bei den Gründen, die das Wohnumfeld betreffen, werden eine zu hohe Lärmbelästigung von außen (24 Prozent) und ein schlechter Ruf der Gegend (23 Prozent) am häufigsten genannt, aber auch ein unattraktives oder nicht kindgerechtes Wohnumfeld werden noch von 17 bzw. 18 Prozent der Familien als Umzugsgründe angegeben. Deutlich seltener spielen zu weite Wege zur Arbeit bzw. zum Einkaufen eine Rolle.

Mit 73 Prozent ist der Anteil der umzugswilligen Familien, die nach einem Umzug weiter in Mülheim wohnen möchten, sehr hoch (vgl. Tabelle 35 im Kommentierten Tabellenband: 80). Die Hälfte von ihnen (36 Prozent) möchte in ihrem bisherigen Stadtteil bleiben, die andere Hälfte möchte innerhalb Mülheims umziehen. Von den übrigen Familien möchten 16 Prozent in der näheren Umgebung von Mülheim bleiben, elf Prozent wollen weiter entfernt ziehen.

Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Mülheim hat die Lebenssituation von Familien und Kindern sowie die Bedingungen, unter denen die Familien und Kinder in den statistischen Bezirken und Stadtteilen der Stadt aufwachsen, in einer umfassenden sozialräumlichen Perspektive in den Blick genommen. Dabei erfolgt eine Konzentration auf die so genannte „Kernfamilie“, d.h. es wird lediglich das familiäre Leben in einem gemeinsamen Haushalt von Eltern mit minderjährigen Kindern betrachtet.

Der Familienbericht für die Stadt Mülheim ist ein Baustein eines umfassend angelegten Familienberichtssystems, das Ergebnisse einer Familienbefragung und des Familienstatistischen Informationssystems (FIS) mit verwaltungsinternen Daten der Stadt detailliert analysiert und für familienpolitische Akteure und die Verwaltung bereitstellt. Der Schwerpunkt des Familienberichtes liegt dabei auf der Darstellung der „Ist-Situation“ und beschränkt sich auf die Skizzierung von ersten Handlungsanregungen als Ergebnis der Analysen. Im Folgenden sollen wesentliche Ergebnisse des Berichtes prägnant zusammengefasst werden.

Aufgabe der Stadt bzw. der Verwaltung und aller familienpolitischen Akteure wird es sein, die hoffentlich mit diesem Bericht angestoßenen Diskussionen zu moderieren, zu bündeln und in die Strategie für mehr Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit in Mülheim einzubinden.

Bevölkerung, Bevölkerungsentwicklung und -prognose

Im Jahr 2005 waren 21,0 Prozent der Mülheimer Haushalte Familienhaushalte, was bedeutet, dass **in etwa jedem fünften Haushalt (noch) Kinder unter 18 Jahren** leben. Dieser Anteil entspricht in etwa dem in anderen (vergleichbaren) Städten in Nordrhein-Westfalen. Mit 54 Prozent ist mehr als jede zweite Mülheimer Familie eine Ein-Kind-Familie. In 36 Prozent der Familien leben zwei Kinder, in zehn Prozent der Familien drei und mehr Kinder unter 18 Jahren. Zu den Paarhaushalten zählen 64 Prozent der Mülheimer Familienhaushalte, 17,9 Prozent zu den Haushalten Alleinerziehender und weitere 18,1 Prozent zu den sonstigen Familienhaushalten. Des Weiteren zählen 21,5 Prozent der Mülheimer Familienhaushalte zu den Haushalten nichtdeutscher Familien mit Kindern unter 18 Jahren.

Betrachten wir die Bevölkerungsentwicklung in Mülheim über eine längere Zeitspanne von **1975 bis 2006**, so ist ein **deutlicher Bevölkerungsverlust von mehr als zehn Prozent** zu verzeichnen. Am deutlichsten ist der Bevölkerungsverlust bis Mitte der 1980er Jahre, durch den Mülheim fast 20.000 Einwohner verliert. Anschließend findet ein kurzfristiger Bevölkerungsanstieg bis 1993 statt. Seitdem sinken die Bevölkerungszahlen in Mülheim erneut

und haben im Jahr 2005 erstmals die 170.000-Einwohner-Grenze unterschritten. Ähnlich wie in anderen Ruhrgebietsstädten verlief die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Mülheim somit nicht wie die des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt.

In den 1980er und 1990er Jahren haben Zuzüge Nichtdeutscher zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der nichtdeutschen Bevölkerung von nur knapp sechs Prozent (1976) auf knapp zehn Prozent (2006) geführt. Obwohl die Bevölkerungsverluste in Mülheim ohne diesen Zuwachs noch deutlicher ausgefallen wären als dies ohnehin der Fall ist, konnte der Zuzug von Nichtdeutschen – anders als in anderen Städten Nordrhein-Westfalens – die Bevölkerungsverluste nicht ausgleichen.

Zeitgleich hat sich in Mülheim während der letzten drei Jahrzehnte eine Verschiebung in den Altersstrukturen ergeben: Von 1975 bis 1987 ist der **Anteil der Kinder und Jugendlichen** unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung **von knapp 23 Prozent** auf gut 15 Prozent gesunken und pendelt seitdem **zwischen 15 und 17 Prozent**. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der über 64-Jährigen von gut 16 Prozent auf fast 24 Prozent im Jahr 2006 kontinuierlich an. Anders als 1975, als der Anteil der Kinder und Jugendlichen fast sieben Prozentpunkte größer als der Anteil der über 64-Jährigen war, ist der **Anteil der Älteren und Alten heute (2006) demnach deutlich größer als der der Kinder und Jugendlichen**.

Nach Angaben einer **Bevölkerungsprognose** des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ist für die Stadt Mülheim davon auszugehen, dass die Gesamtbevölkerung bis 2025 kontinuierlich von 170.327 Einwohnern im Jahr 2005 auf 153.186 Einwohner im Jahr 2025 schrumpfen wird. Das entspricht einer **Abnahme der Bevölkerung um mehr als zehn Prozent** (etwa 17.000 Einwohner) **in 20 Jahren**. Diese Bevölkerungsschrumpfung wird mit einer weiteren Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung verbunden sein, so dass der Jugendquotient deutlich von 26,8 im Jahr 2005 auf 23,3 im Jahr 2025 sinkt, während der Altenquotient deutlich von 37,0 auf 47,1 steigt. **2025 werden in Mülheim über 60 Prozent mehr Menschen im Alter von 80 Jahren und älter als heute (2005)** leben. Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Pflegebedarf proportional mit dem Anteil der Hochbetagten steigt, ergeben sich aus diesen Entwicklungen dennoch wachsende Anforderungen an eine altersgerechte Infrastruktur.

Kleinräumige Disparitäten

Die Bevölkerungs- und Familienstrukturen variieren zwischen den statistischen Bezirken in Mülheim recht deutlich. Es gibt „ältere“ und „jüngere“ statistische Bezirke, Räume, in denen mehr Nichtdeutsche leben als in anderen, stärker „familiengeprägte“ Räume,

und solche, die durch eine Häufung bestimmter Familienformen (z.B. Kinderreiche) auffallen.

Die „jüngsten“ statistischen Bezirke Mülheims sind **Altstadt II-Südwest und Styrum-Süd**, d.h. hier sind der Anteil der unter Siebenjährigen und der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung am höchsten und zugleich gibt es die niedrigsten Anteile über 65-Jähriger. In den statistischen Bezirken **Holthausen-Südost** und **Menden und Ickten**, in denen anteilig die meisten über 65-Jährigen leben (etwa 31 Prozent), sind dagegen die stadtweit niedrigsten Anteile unter Siebenjährigen und unter 18-Jähriger zu finden. Diese Tendenz ist für die gesamte Stadt Mülheim zu beobachten: Dort wo viele Junge wohnen, leben wenige Alte und umgekehrt.

Innerhalb der Stadt am deutlichsten **familiengeprägt** ist der statistische Bezirk Styrum-Süd, wo in mehr als jedem vierten Haushalt Kinder unter 18 Jahren leben. Auch der bevölkerungsstärkere statistische Bezirk Saarn-Mitte weist einen Anteil von Familienhaushalten von über 25 Prozent auf. **Kinderreiche Familien** konzentrieren sich vor allem in den drei statistischen Bezirken **Altstadt II-Südwest** (21,8 Prozent), **Altstadt I-Stadtmitte** (17,1 Prozent) und **Styrum-Süd** (16,9 Prozent). Diese drei statistischen Bezirke fallen auch durch die **höchsten Anteile der nichtdeutschen Bevölkerung** auf. In Altstadt II-Südwest hat fast ein Drittel der Bevölkerung keinen deutschen Pass, in Altstadt I-Stadtmitte sind es 26 Prozent und in Styrum-Süd 24 Prozent. In der Stadt gibt es aber auch mehrere statistische Bezirke mit einem ausgesprochen niedrigen Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung von unter drei Prozent (Holthausen-Südost, Menden und Ickten, Saarn-Süd, Saarn-West).

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass in den statistischen Bezirken, in denen wir einen hohen Anteil Nichtdeutscher, Nichtdeutscher unter 18 Jahren und viele Alleinerziehende finden, tendenziell auch der Anteil der unter 18-Jährigen, die Sozialgeld beziehen, hoch ist. Zudem finden wir einen niedrigen Anteil deutscher Bewohner, einen hohen Anteil kinderreicher Familien sowie unter 18-Jähriger Sozialgeld Beziehender dort, wo auch die Arbeitslosenrate hoch ist. Ein in dieser Hinsicht recht ähnliches sozioökonomisches Profil weisen die statistischen Bezirke Altstadt I-Stadtmitte, Altstadt I-Südost, Altstadt II-Südwest, Altstadt II-Südost sowie Styrum-Süd auf. Insgesamt verweisen die Ergebnisse auf eine **relativ deutliche Armuts- und ethnische Segregation innerhalb der Stadt** und eine **Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen** in den genannten statistischen Bezirken.

Eine wichtige Aufgabe der Stadt sollte deshalb die **Stabilisierung der sozialen Strukturen und der Lebensverhältnisse** in diesen statistischen Bezirken sein. Dies lässt sich insbesondere über die Integration der nachwachsenden Generation der nichtdeutschen

Bevölkerung erreichen. Auch die Ergebnisse des Familienberichtes belegen, dass Integration dabei in erster Linie eine sozialstrukturelle Kategorie und erst in zweiter Linie ein kulturelles Problem ist.

Wirtschaftliche Lage der Familien

Der Familienbericht hat aufgezeigt, dass es bezüglich der wirtschaftlichen Lebens- und Einkommenssituation erhebliche Unterschiede zwischen den Familien, aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen in Mülheim gibt. Das durchschnittliche **Haushaltsnettoeinkommen** der Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren liegt in Mülheim bei **2.938 Euro monatlich**. Das ist im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten des Ruhrgebiets ein **überdurchschnittliches Familieneinkommen**. Etwa jede dritte Mülheimer Familie verfügt über ein Einkommen zwischen 2.000 und 3.000 Euro. Ein gutes Viertel der Familien hat monatlich weniger als 2.000 Euro Einkommen zur Verfügung, unter ihnen (nur) etwa fünf Prozent mit einem vergleichsweise sehr niedrigen Einkommen von weniger als 1.000 Euro. Ein gutes Fünftel aller Familien in Mülheim ordnet sich in die höheren Einkommensgruppen über 4.000 Euro ein.

Betrachtet man die Verteilung der bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommen für die Stadtteile etwas genauer, zeigt sich eine **deutliche Besserstellung** der Familien in den Stadtteilen **Menden-Holthausen** und **Speldorf**, aber auch für Familien in **Saarn**. In **Styrum** und **Altstadt I** hingegen hat mehr als ein Drittel der Familien lediglich ein **niedriges** bedarfsgewichtetes **Einkommen** von unter 750 Euro monatlich zur Verfügung und der Anteil der Familien mit höheren Einkommen ist deutlich geringer.

Familienarmut und Lebenslagen armer Familien in Mülheim

Als arm gelten Personen in Haushalten, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nordrhein-Westfalen beträgt. Im Jahr 2005 gelten demnach Haushalte als einkommensarm, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 615 Euro erreicht. Familien mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen monatlich leben nach der Definition dieses Familienberichtes in armutsnahen Verhältnissen. Unter den Familien in der Stadt Mülheim sind nach dieser Definition 78 Prozent nicht arme Familien, neun Prozent leben in armutsnahen Einkommensverhältnissen und 13 Prozent der Familien sind arm.

Das **Armutsrisiko der Familienformen** ist aber sehr unterschiedlich: Während unter Paarhaushalten mit Kindern lediglich etwas mehr als jede zehnte Familie arm ist, sind unter Alleinerziehenden mit 26 Prozent etwas mehr als ein Viertel von Einkommensarmut betroffen. Auch Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, d.h. kinderreiche Familien, haben im Vergleich zu Fa-

milien mit Kindern insgesamt ein erhöhtes Armutsrisiko. Etwa ein Viertel der kinderreichen Familien in Mülheim müssen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auskommen.

Vergleicht man diese Zahlen aber mit den **Armutsquoten im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens**, so zeigt sich für alle betrachteten Familienformen ein **deutlich niedrigeres Armutsrisiko für Familien in Mülheim**. Auch Alleinerziehende und Kinderreiche sind in Mülheim viel seltener von Einkommensarmut betroffen, als vergleichbare Familien im Landesdurchschnitt. Ein ähnlich positives Bild zeigt sich hinsichtlich des Armutsrisikos von Paarfamilien im Allgemeinen.

Ganz ähnlich wie in anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen ist aber das Armutsrisiko von Migrantenfamilien in der Stadt deutlich höher als das von Familien ohne Migrationsgeschichte. Mehr als zwei Fünftel der Migrantenfamilien in Mülheim leben im Sinne unserer Definition in Armut bzw. Armutsnähe.

Betrachtet man die Einkommensbestandteile von armen, armutsnahen und nicht armen Familien, lässt sich deutlich erkennen, dass insbesondere die **Erwerbseinbindung der Eltern von entscheidender Bedeutung für das Armutsrisiko** der Familien ist: In 96 Prozent der nicht armen Familien trägt das Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit mindestens eines Haushaltsmitgliedes zum Haushaltseinkommen bei. In armutsnahen Familien erreicht dieser Anteil lediglich 74 Prozent und in armen Familien ist es sogar nur die Hälfte der Familien, die Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit beziehen. Für arme Familien sind Arbeitslosengeld II und Sozialgeld eine fast ebenso bedeutsame Einkommensquelle.

Für die kommunale Familienpolitik sind die Möglichkeiten dem strukturellen Armutsrisiko, dem Familien in Deutschland unterliegen, entgegenzuwirken und Familienarmut zu vermeiden, eher begrenzt. Hier geht es besonders um die Bearbeitung von sozialen Folgen dieser Entwicklungen, so durch eine intensivierte Beratung von Familien in armutsnahen Milieus. Darüber hinaus können Armutslagen über die Verbesserung des Bildungsniveaus und der Bildungszugänge – z.B. für Migranten – beeinflusst werden.

Verbesserung von Bildungschancen

In Mülheim zeigt sich, wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens und in Deutschland insgesamt, eine starke Beziehung zwischen sozialer Herkunft und Lebens- und Bildungschancen der Kinder. Dies lässt sich u.a. in einer **Benachteiligung von Kindern aus nichtdeutschen Familien beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen** nach-

weisen: Mehr als jede/r fünfte nichtdeutsche Schüler/in der Stadt ist im Schuljahr 2005/2006 nach der Grundschule auf eine Hauptschule gewechselt. Der vergleichbare Wert für deutsche Schüler/innen lag bei lediglich sechs Prozent. Auf der anderen Seite haben 46 Prozent der deutschen, aber nur 18 Prozent der nichtdeutschen Schüler/innen im gleichen Jahr den Übergang zum Gymnasium geschafft. Auch hinsichtlich der erreichten Schulabschlüsse lassen sich zwischen deutschen und nichtdeutschen Schulabgänger/innen deutliche Unterschiede erkennen: Während 43 Prozent aller deutschen Schüler/innen das Schuljahr 2005/2006 mit einer Fach- oder allgemeinen Hochschulreife beendeten, waren dies bei den nichtdeutschen Schüler/innen nur 16 Prozent. Sehr drastisch sind auch die Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Schüler/innen, die die Schule ohne Abschluss bzw. lediglich mit einem Hauptschulabschluss verlassen: Bei den deutschen Schüler/innen sind dies 19, bei den nichtdeutschen 42 Prozent!

Neben der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund der Schüler/innen sind weitere soziale Einflussfaktoren und Einflüsse der Familiensituation auf die Bildungsbeteiligung wirksam. So lassen die Befragungsergebnisse eine hohe **Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung von Bildung, beruflicher Stellung und Einkommen der Eltern** erkennen. Drei Viertel der Kinder aus Familienhaushalten mit höchster Qualifikation besuchen das Gymnasium und nur noch ein Prozent die Hauptschule. Von den Kindern aus Familienhaushalten mit niedriger Qualifikation ist dagegen nur jedes sechste Kind auf einem Gymnasium zu finden, während 18 Prozent eine Haupt- und 15 Prozent eine Förderschule besuchen.

Um diesen **engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungszugang und Schulerfolg** aufzubrechen, muss der gleichberechtigte Zugang zu höheren Schulabschlüssen von nichtdeutschen Kindern und Kindern aus sozial benachteiligten Haushalten gezielter gefördert werden. Darüber hinaus sollte eine stärkere Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien im vorschulischen und schulischen Bereich geschehen, die aber die Eltern und die spezifischen Lebenskontexte der Kinder mit einbeziehen muss.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Verbesserung institutioneller Kinderbetreuung

Wie in vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen ist auch in Mülheim das **klassische Modell** mit dem Vollzeit erwerbstätigen Vater und der Ehefrau, die die Familienarbeit leistet und höchstens Teilzeit erwerbstätig ist, die **am weitesten verbreitete Erwerbskonstellation** unter den Paarfamilien. Dennoch sind mit insgesamt 52 Prozent in **Mülheim etwas mehr Mütter berufstätig**, als dies in den anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie der Fall ist. Die beiden klassischen Ernährermodelle (nur der Vater berufs-

tätig bzw. Vater in Voll- und Mutter in Teilzeit beschäftigt) finden sich anteilig am häufigsten in Broich und Saarn, am seltensten in Altstadt II und Altstadt I. Die wenigsten Familien, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig sind, finden sich in Broich, die meisten in Altstadt II. Der höchste Anteil an Familien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind, ist in Styrum zu finden.

Die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen in Mülheim zudem eine noch deutlich **geschlechtsspezifisch und traditionell** geprägte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Vätern und Müttern. Eine in Zukunft zu erwartende breitere Erwerbsbeteiligung von Müttern sollte nicht nur vor dem Hintergrund der Verbesserung der Kinderbetreuung diskutiert werden. Zudem sollten auch Aspekte der innerfamiliären Arbeitsteilung in die öffentliche Diskussion getragen werden, da gerade die **Doppelbelastung durch Familienarbeit und Erwerbsarbeit** Vereinbarkeitsprobleme im Alltag aufwirft. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann in Zukunft nur gelingen, wenn auch Väter stärker in die Familienarbeit einbezogen und permanente Doppelbelastungen für erwerbstätige Mütter abgebaut werden können.

Eine weitere Möglichkeit, um diese Belastungen abzubauen, ist die Verbesserung der institutionellen Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Betreuungseinrichtungen müssen flexibel, wohnort- bzw. arbeitsplatznah sein und alle Altersklassen berücksichtigen. Die **Versorgungsquote** mit Kindergartenplätzen für Kinder von **drei bis unter sechs Jahren** lag zum Stichtag 31.12.2006 in Mülheim bei 108 Prozent. Dem bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder in dieser Altersklasse kann mit dem bereitgestellten Angebot in den Mülheimer Tageseinrichtungen **voll entsprochen** werden. Innerhalb Mülheims wurden die niedrigsten Versorgungsquoten in den Stadtteilen Menden-Holthausen (84 Prozent) und Dümpten (91 Prozent) erreicht. Da alle übrigen Mülheimer Stadtteile Versorgungsquoten von (zum Teil deutlich) über 100 Prozent aufweisen, können Kinder aus Menden-Holthausen und Dümpten aber auch Einrichtungen in angrenzenden Stadtteilen besuchen.

Gesamtstädtisch betrachtet war zum 31.12.2006 bereits **jeder vierte Platz** im Betreuungssegment der drei- bis unter sechsjährigen Kinder in den Tageseinrichtungen ein **Ganztagsplatz**, was einer Versorgungsquote von 28 Prozent entspricht. Auf Ebene der Stadtteile reicht die Spanne von 17 Prozent in Broich bis 39 Prozent in Altstadt I. In den Mülheimer Kinderbetreuungseinrichtungen gab es zum 31.12.2006 darüber hinaus für alle Familien mit **Kindern unter drei Jahren** 176 Betreuungsplätze, was einer **Betreuungsquote von 4,6 Prozent** für die Kinder dieser Altersgruppe entspricht.

In der Familienbefragung wurde der zusätzliche Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder dieser Altersgruppe erfragt. **Lediglich für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren** wird **kein Bedarf** an Betreuungsplätzen angemeldet, während für fast die Hälfte der Kinder unter drei Jahren noch eine Betreuungsmöglichkeit fehlt, weil diese Kinder von ihren Eltern entweder noch nicht in einer Tageseinrichtung angemeldet wurden oder die Kinder auf der Warteliste für einen U3-Platz stehen. Demnach ist in Mülheim noch ein **recht hoher Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen** festzustellen.

Wohnsituation und Ausgestaltung des Wohnumfeldes

In Mülheim existieren **hinsichtlich der Wohnsituation** (bezogen auf Größe der Wohnung, Pro-Kopf-Quadratmeterzahl und Eigentümerquote) sowohl zwischen den Stadtteilen, als auch zwischen besser gestellten und benachteiligten Familienhaushalten **deutliche Unterschiede**. Überdurchschnittlich große Wohnungen finden sich in den Stadtteilen Speldorf, Saarn und Menden-Holthausen. Dort ist auch die Eigentümerquote höher als in den übrigen Stadtteilen. Die durchschnittlich kleinsten Wohnungen finden sich demgegenüber in den Stadtteilen Dümpten, Altstadt II und Broich, die niedrigsten Eigentümerquoten in Altstadt I und Altstadt II.

Besonders wichtig für Familien mit Kindern ist ein kindgerechtes Wohnumfeld. Dazu zählen z.B. Grünflächen und Spielplätze, ausreichende Freizeitangebote und Möglichkeiten, wo ältere Kinder und Jugendliche sich treffen können, aber auch wenig Verkehr, damit Kinder auch alleine die Wohnung oder das Haus verlassen können. Betrachtet man die diesbezüglichen Einschätzungen der Mülheimer Familien, zeigt sich über alle Stadtteile hinweg insbesondere **hinsichtlich der Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder und der Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche ein größeres Kritikpotenzial**. Fehlende Aufenthaltsorte für ältere Kinder und Jugendliche werden insbesondere in Speldorf (61 Prozent) und Saarn (57 Prozent) bemängelt. Fehlende Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder werden am häufigsten in Altstadt I (63 Prozent) beanstandet.

Darüber hinaus ist es für Familien wichtig, dass die Infrastruktur der Wohngegend ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Hierzu zählen neben einer guten Anbindung an den Nahverkehr besonders die Einkaufsmöglichkeiten, aber auch die Freizeitangebote für Erwachsene oder das Image der Wohngegend. Insgesamt werden in Mülheim die Freizeitangebote für Erwachsene sehr viel häufiger als die übrigen Punkte kritisiert. 46 Prozent aller Familien sehen hier einen Mangel. Ein **sehr differenziertes Bild** zeigt sich **in Bezug auf die Einschätzung des Rufes der jeweiligen Wohngegend**: In einigen Stadtteilen wird dieser nur sehr selten (neun Prozent in Broich), kaum (zwischen zwei und vier Prozent in Saarn, Spel-

dorf und Heißen) oder gar nicht (in Menden-Holthausen) kritisiert, während er in anderen Stadtteilen ein Hauptkritikpunkt (40 Prozent in Altstadt II) oder sogar *der* Hauptkritikpunkt (72 Prozent in Styrum) ist. Diese im Wohnumfeld wahrgenommenen Mängel finden in Mülheim auch einen sehr deutlichen Niederschlag in der **Wohnumfeldzufriedenheit** der Familien. So sind im Stadtteil Menden-Holthausen neun von zehn Familien mit ihrem Wohnumfeld zufrieden oder sehr zufrieden, keine der dort lebenden Familien ist unzufrieden oder gar sehr unzufrieden. Dagegen sind im Stadtteil Altstadt II mit 29 Prozent fast ein Drittel der Familien mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden oder gar sehr unzufrieden.

Gerade bei der Gestaltung eines familienfreundlichen Wohnumfeldes kann kommunale Familienpolitik gemeinsam mit anderen Akteuren Verbesserungen für Familien erreichen. Diese Maßnahmen sollten **gemeinsam mit den in den Stadtteilen ansässigen Familien** geplant werden, da die angeführten Mängel örtlich sehr unterschiedlich sind. Aspekte eines familienfreundlichen Wohnumfeldes sollten darüber hinaus auch in anderen Bereichen der Stadtentwicklung berücksichtigt werden, um die Attraktivität und Erreichbarkeit der städtischen Infrastruktur für Familien zu verbessern.

Familienpolitik als örtliche Politik

Die konkrete Maßnahmenentwicklung und -planung auf Basis der vorgestellten Ergebnisse kann nur vor Ort durch die Stadt und die Verwaltung sowie die familienpolitischen Akteure in den Mülheimer Stadtteilen und in einem breit angelegten Diskussionsprozess erfolgen. Neben der Einbeziehung der zuständigen Verwaltungseinheiten sowie der entsprechenden politischen Gremien gilt es hier Wege zu finden, um die Ergebnisse des Familienberichtes allen relevanten Akteuren zugänglich zu machen. Hierzu zählen selbstverständlich in erster Linie **Akteure in der Kommunalverwaltung und der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik**. Darüber hinaus sollten **Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung** einbezogen werden, um eine breite Öffentlichkeit für die familienpolitische Diskussion zu erreichen. Hier geht es um Akteure, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit Familien zu tun haben, beispielsweise in den Kindertagesstätten, Schulen oder bei freien Trägern. Nicht zuletzt geht es aber auch darum, **die Familien in der Stadt selbst und in den Stadtteilen** in die Diskussion einzubeziehen. Denn Familien sind die „echten“ Experten für Familienfragen! Zum einen haben viele Familien in Mülheim durch ihre Bereitschaft, an der Familienbefragung teilzunehmen, an der Entstehung dieses Berichtes mitgewirkt. Zum anderen stellt ein Einbeziehen von Familien sicher, dass die vorgelegten Analysen und Interpretationen von denjenigen, die sie betreffen, beurteilt werden können.

Übergreifendes Ziel sollte sein, die Familien durch öffentliche Lei-

stungen und Angebote zu unterstützen, damit sie auch in Zukunft „Leistungen“ für das örtliche Gemeinwohl erbringen können. Dabei ist wichtig, *dass* es Unterstützung für Familien vor Ort gibt. Zweitrangig dabei ist, *wer* diese Leistungen anbietet. Für Familien selbst ist es in der Regel weitestgehend unwichtig, ob Familienförderung direkt von der Kommune oder von anderen Trägern und Akteuren ausgeht. Familienförderung ist und kann auch nicht ausschließlich Sache der Kommune sein. Familienpolitik muss vielmehr als „örtliche“ oder „lokale“ Familienpolitik verstanden werden, bei der nicht nur die Kommunalverwaltung eine Rolle spielt, sondern alle freien Träger und familienpolitisch relevanten Akteure eingebunden werden. Kommunale Familienpolitik ist also nichts anderes als Familienpolitik in der Kompetenz der Kommune.

Zu einer wirksamen örtlichen Familienpolitik gehört aber auch, dafür zu sorgen, dass **Familien und ihren Leistungen** in der Öffentlichkeit, in der Politik und in der Wirtschaft auch symbolisch ein **größerer Stellenwert** zukommt. Die Präsenz der Familien in allen gesellschaftlichen Bereichen kann durch eine breite öffentliche Diskussion verbessert werden, um strukturellen Rücksichtslosigkeiten entgegenzuwirken.

- Belwe, Katharina (2006): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 26. Juni 2006, S. 3.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2005): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh.
- Braun, Rainer / Pfeiffer, Ulrich (2004): So wohnen Familien. In: Online-Familienhandbuch. http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Familienforschung/s_1493.html#top.
- Bundesfamilienministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2007): Familienatlas 2007 – Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder. Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Prognos AG Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2001): Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Butterwegge, Christoph (2006): Wege aus der Kinderarmut. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 26. Juni 2006, S. 32-38.
- Feith, Norbert (ohne Angabe): Wege zu einer kinder- und familienfreundlichen Gemeinde. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Materialien für die Arbeit vor Ort, Nr. 14, download: www.kas.de am 15.03.03.
- Forsa (2005): <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/050316-forsa-umfrage,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf>.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (IES) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1996): Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln.
- LDS (2006): Angaben des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen. Landesdatenbank-nrw.de.
- LDS (2007): Sozialbericht NRW 2007. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2007): Sozialbericht NRW 2007. Düsseldorf.
- OECD (2007): Bildung auf einen Blick 2007: OECD-Indikatoren. OECD 2007.
- Reißlandt, Carolin / Nollmann, Gerd (2006): Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 26. Juni 2006, S. 24-32.
- Scheuer, Angelika / Dittmann, Jörg (2007): Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren. Ausgabe 38. Juli 2007, S. 1-5.
- Schultz, Annett / Strohmeier, Klaus Peter / Weischer, Christoph (2006): Familienentwicklung im industriellen Ballungsraum. Lebensformen, Lebenslagen und die Zukunft der Familien im Ruhrgebiet. Expertise für den 7. Familienbericht, Berlin.
- Strohmeier, Klaus Peter (1994): Demographischer Strukturwandel und kommunale Sozialpolitik. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.) (1994): Kommunen vor neuen sozialen Herausforderungen. Interne Studien. Nr. 100/1994.
- Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Projekt Ruhr GmbH.
- Strohmeier, Klaus Peter / Bader, Silvia (2004): Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jahrgang. 2004/ I, Berlin, S. 51 – 68.
- Strohmeier, Klaus Peter / Schultz, Annett (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung. Expertise im Auftrag des MGSFF NRW.
- Strohmeier, Klaus Peter / Alic Safet (2006): Segregation in den Städten. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration. Abteilung Wirtschaft und Sozialpolitik.
- Ströker, Kerstin (2006): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2005 bis 2025/2050. In: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hg.): Statistische Analysen und Studien NRW, Band 31. Düsseldorf.
- Wingen, Max (1997): Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart.
- ZEFIR (2003): Modellprojekt „Kommunale Familienberichterstattung: familienpolitische Informationssysteme für Kreise und kreisfreie Städte“. Abschlussbericht Projektphase 1.
- ZEFIR / Stadt Gelsenkirchen (2006): Familienbericht Gelsenkirchen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.
- ZEFIR / Stadt Herten (2006): Familienbericht Herten 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.
- ZEFIR / Stadt Oberhausen (2006): Familienbericht Oberhausen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.